

ZfP Zeitschrift für Politik 4/2021

68. Jahrgang

Gegründet im Jahre 1907 durch Adolf Grabowsky und Richard Schmidt Seite 351 – 479

Herausgeber: Prof. Dr. **Maurizio Bach**, Universität Passau; Prof. Dr. **Nils Goldschmidt**, Universität Siegen; Prof. Dr. **Anna-Bettina Kaiser**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. **Jens Loenhoff**, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. **Carlo Masala**, Universität der Bundeswehr München; Prof. Dr. Dr. h.c. **Heinrich Oberreuter**, Universität Passau; Prof. Dr. **Joachim Scholtyseck**, Universität Bonn; Prof. Dr. **Roland Sturm**, Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. **Barbara Zehnpfennig**, Universität Passau

Redaktion: Dr. **Andreas Vierecke**, München

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Dr. **Manfred Brocker**; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Peter Häberle**; Prof. Dr. **Hans Mathias Kepplinger**; Prof. Dr. **Peter Graf Kielmansegg**; Prof. Dr. **Sabine Kropp**; Prof. Dr. Dr. h.c. **Hermann Lübke**; Prof. Dr. **Harvey C. Mansfield**; Prof. **Jan-Werner Mueller**, PhD.; Prof. Dr. **Julian Nida-Rümelin**; Prof. Dr. Dr. h.c. **Hans Jürgen Papier**; Prof. Dr. **Armin Pfahl-Traughber**; Prof. Dr. **Fritz Plasser**; Prof. Dr. **Alois Riklin**; Prof. Dr. **Manfred G. Schmidt**; Prof. Dr. **Kristina Spohr**; Prof. Dr. **Tine Stein**; Prof. Dr. **Charles Taylor**; Prof. Dr. **Christian Waldhoff**

Inhalt

Eckhard Jesse

**Die Bundestagswahl 2021 mit vielen Neuheiten
Kein Kanzlerbonus, erstes Dreier-Bündnis nach 70 Jahren, Isolation der
geschwächten Union** 353

Patrick Horst

**Donald J. Trumps desaströse Präsidentschaft: Eine anhaltende Zerreißprobe für
die US-Demokratie** 378

Luca Hemmerich / Dirk Jörke

**Politische Anthropologie und Anthropologiekritik
Der Platz des Menschen im politischen Denken heute** 406

Werner Link

Zwischen Globalismus und Demokratie 424

Zum Thema: COVID-19 und Internationale Beziehungen

Luba von Hauff

Covid-19 und Machtübergänge im internationalen System 429

Daniel Lambach

**Materie über Geist? COVID, der antipopulistische Reflex und Theoriebildung
in den Internationalen Beziehungen** 448

Buchbesprechungen mit Verzeichnis 459

ZfP Zeitschrift für Politik

Schriftleitung: Dr. Andreas Vierecke (V.i.S.d.P.), Wilhelm-Kuhnert-Str. 2a, 81543 München, ZfP@suedpol-redaktion.de
www.zfp.nomos.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2021: Jahresabonnement incl. Onlinezugang (Privatbezieher) 109,- €, für Studierende (jährliche Vorlage einer Studienbescheinigung erforderlich) 71,- €, für Institutionen 279,- €; Einzelheft 32,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MwSt, zzgl. Vertriebskostenanteil 14,00 € (Inland), plus Direktbeorderungsgebühr 1,65 € p.a. Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit: Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell: Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BIC PBNKDEFF, IBAN DE07 6601 0075 0073 6367 51 oder Sparkasse Baden-Baden Gagneau: BIC SOLADES1BAD, IBAN DE05 6625 0030 0005 0022 66

Druck und Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestr. 3-5, D-76484 Baden-Baden, Telefon (07221) 2104-0/ Fax (07221) 2104-27, E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen: Sales friendly Verlagdienstleistungen, Pfaffenweg 15, 53227 Bonn, Telefon (0228) 978980/Fax (0228) 9789820, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung.

Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen besteht keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 0044-3360

Hinweise für Autoren

Die im Jahre 1907 begründete ZfP veröffentlicht neueste Forschungsergebnisse und Analysen (theoretische und empirische Beiträge) aus dem gesamten Spektrum der Politikwissenschaft. Um einen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten, unterliegen die Manuskripte einem strikten Begutachtungsverfahren nach internationalen Standards. Dies bedeutet u. a., dass unaufgefordert eingereichte Manuskripte von mindestens zwei Experten anonym begutachtet werden. Die Manuskripte sollen der ZfP-Redaktion deshalb in digitaler Form (vorzugsweise per E-Mail) in zweifacher Ausführung eingereicht werden, von denen eine vollständig zu anonymisieren ist, d. h. dass diese keinerlei Hinweise enthalten darf, die auf die Identität des Verfassers schließen lassen; dies gilt auch für Verweise im Manuskript auf andere Veröffentlichungen des Verfassers. Zur Veröffentlichung kommen ausschließlich Originalaufsätze, die noch in keinem anderen Publikationsorgan veröffentlicht worden sind und für die Dauer des Begutachtungsverfahrens auch keiner anderen Zeitschrift zum Abdruck angeboten werden.

Ein Merkblatt mit **Hinweisen zur Manuskriptgestaltung** kann bei der Redaktion angefordert oder unter der Rubrik Redaktion von der Internetseite der ZfP (www.zeitschrift-fuer-politik.de) heruntergeladen werden.

Eckhard Jesse

Die Bundestagswahl 2021 mit vielen Neuheiten

Kein Kanzlerbonus, erstes Dreier-Bündnis nach 70 Jahren, Isolation der geschwächten Union

Zusammenfassung: Die 20. Bundestagswahl hatte drei Sieger (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP) und drei Verlierer (CDU/CSU, AfD, Die Linke). Das schlägt sich auf die Regierungsbildung nieder. Zum ersten Mal seit 70 Jahren kommt eine – heterogen zusammengesetzte – Dreier-Koalition zustande. Nach der 16-jährigen Regierungszeit Angela Merkels fehlte ein Kanzlerbonus. Der Wahlkampf war zwischen den drei Parteien, die Kanzlerkandidaten aufgestellt hatten, durch eine hohe Dynamik gekennzeichnet. Armin Laschet, der Spitzenkandidat der wenig geschlossen agierenden Union, verspielte aufgrund schwerer Fehler im Wahlkampf den Vorsprung und trug maßgeblich zum klar schwächsten Ergebnis der Union in der Geschichte bei; Annalena Baerbock konnte trotz günstiger Rahmenbedingungen zwar den Anteil der Grünen mehr als verdoppeln, aber die Partei blieb maßgeblich wegen der wenig überzeugenden Kandidatin unter dem erwarteten Resultat. Olaf Scholz, den der linke Flügel mit Kritik verschonte, profitierte von den Schwächen der beiden Konkurrenten und vermochte die SPD zur stärksten Kraft zu machen. Die Liberalen entschlossen sich so zu einem Lagerwechsel. Der Union, mit der AfD und der Partei Die Linke in der Opposition, stehen schwere Zeiten bevor. In der Terminologie Giovanni Sartoris: Das deutsche Parteiensystem ist wie schon nach der Wahl 2017 zwischen einem moderaten und einem polarisierten Pluralismus angesiedelt. Sowohl die beiden Volksparteien (zum ersten Mal unter 50 Prozent) als auch die beiden Randparteien haben Stimmen verloren.

Schlüsselwörter: Bundestagswahl, Regierungsbildung, Dreier-Koalition, deutsches Parteiensystem

Eckhard Jesse, The 2021 Bundestag Election: A Ballot with Many Innovations. No chancellor's bonus, first three-party-alliance after 70 years, isolation of the weakened CDU/CSU

Summary: The 20th Bundestag election had three winners (SPD, Alliance 90/Greens, FDP) and three losers (CDU/CSU, AfD, Die Linke). This is reflected in the formation of the government. For the first time in 70 years, a three-party coalition – heterogeneously composed – is formed. After Angela Merkel's 16 years in government, there was no chancellor's bonus. The election campaign was characterised by high dynamism between the three parties which all had nominated candidates for the office of the Prime Minister. Armin Laschet, the leading candidate of the CDU/CSU, which did not act very cohesively, squandered

the lead due to serious mistakes in the election campaign and contributed significantly to the CDU/CSU's clearly weakest result in history; Annalena Baerbock, despite favourable conditions, was able to more than double the Green Party's share, but the party fell short of the expected result, mainly due to the unconvincing candidate. Olaf Scholz, who was spared criticism from the left wing, profited from the weaknesses of both competitors and made the SPD the strongest force. The liberals thus decided to change the camp. The CDU/CSU, with the AfD and the Left Party in opposition, is facing hard times. In Giovanni Sartori's terminology: the German party system is situated between a moderate and a polarised pluralism, as it was after the 2017 election. Both the two catch-all-parties (below 50 per cent for the first time) and the two fringe parties have lost votes.

Keywords: German Bundestag election, formation of government, three-party coalition, German party system

Eckhard Jesse, Dr. phil., Prof. em. für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz

Korrespondenzanschrift: ■■■■

1. Einleitung

Hieß es schon von der letzten Bundestagswahl, sie werde in die Annalen der deutschen Wahlgeschichte eingehen¹, wegen der massiven Verlust für die Volksparteien, wegen der 12,6 Prozent für die AfD, wegen der langwierigen Sondierungen und Koalitionsverhandlungen, die schließlich wieder in eine vorher für nahezu ausgeschlossene Große Koalition mündeten, dürfte dies auf die 20. Bundestagswahl, die neunte gesamtdeutsche, ebenso zutreffen.

Wer auf kurzatmige Aktualität fixiert ist, neigt dazu, vergangene Vorgänge zu vergessen und gegenwärtigen Trends vorschnell einen neuartigen Charakter zuzuschreiben. Doch schon im Vorfeld der 20. Bundestagswahl deutete vieles auf einen präzedenzlosen Verlauf hin. Dies ist nicht, wie oft behauptet, der vermutet knappe Wahlausgang – man denke an 1969, 1994, 2002 und 2005. Aber noch niemals gab es eine Wahl zum Bundesparlament ohne den vorherigen Amtsinhaber. Somit fehlte ein Kanzlerbonus! Dass die Spitzenkandidaten gleich von drei Parteien sich Chancen auf das mächtigste Amt ausrechneten, war bisher ebenso nie der Fall. Und drei Vorgänge von fundamentaler Bedeutung spielten im Vorfeld der Wahl eine Rolle: die Pandemie (schon seit dem Frühling 2021), die »Jahrhundertflut« in Nordrhein-Westfalen wie in

1 Vgl. Richard Hilmer/Jérémie Gagné, »Die Bundestagswahl 2017: GroKO IV – ohne Alternative für Deutschland«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2018), S. 372–406; Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hg.), *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2019; Uwe Jun/Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland*, Wiesbaden 2019; Bernhard Weißels/Harald Schoen (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*, Wiesbaden 2021.

Rheinland-Pfalz im Juli 2021 und das Desaster in Afghanistan im August 2021. Bisher gab es nie derart viele realistischen Koalitionsoptionen wie bei der Bundestagswahl 2021. 40 Parteien, auch das ist ein Rekord, hatten Landeslisten aufgestellt, freilich nicht in jedem Bundesland. Und die Parteien legten sich mit Blick auf die Koalitionsoptionen weniger fest denn je. Das schnelle Auf und Ab in den Umfragen ist ebenfalls neu gewesen.

Dieser Beitrag², verfasst in der Woche unmittelbar nach der Wahl³, bezieht sich, von Einleitung und Schluss abgesehen, auf drei große Komplexe: die Vorgängen vor der Bundestagswahl 2021, die Analyse des Wahlergebnisses sowie die Vorgängen nach der Wahl. Berücksichtigen die Abschnitte für die Zeit vor der Wahl die höchst unterschiedliche Ausgangslage der Parteien nach 2017 sowie – ansatzweise – den Wahlkampf, behandelt die Wahlanalyse die Frage nach der ausschlaggebenden Rolle der Spitzenkandidaten, nach der Schwäche der Volksparteien, nach dem teils unterschiedlichen Wahlvotum im Osten und im Westen des Landes, nach den diversen Bestimmungsgründen für das Verhalten des Elektorats. Die (nicht leicht zu beantwortende) Leitfrage: Bewegt sich das Parteiensystem Deutschlands auf dem Weg vom moderaten zum polarisierten Pluralismus hin? Die Abschnitte für die Zeit nach der Wahl betreffen zum einen die Perspektiven der Parteien vornehmlich mit Blick auf Regierungsbildung und Opposition, zum anderen für sinnvoll erachtete Anregungen in puncto Wahlrecht. Gerade diese Wahl hat den Reformbedarf zu einschlägigen Bestimmungen nachhaltig vor Augen geführt.

2. Vor der Wahl

2.1 Ausgangslage

Das Dreiparteiensystem Deutschlands wuchs in den achtziger Jahren zu einem Vierparteiensystem heran. Aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ging nach dem Zusammenbruch der kommunistischen DDR-Diktatur Ende 1989 die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Diese wiederum fusionierte mit der westdeutschen Wahlalternative 2007 zur Partei Die Linke. Und die AfD entstand im Frühjahr 2013, zunächst als euro- und europaskeptische Kraft, ehe sie zu einer migrationsskeptischen, wenn nicht -feindlichen Partei mutierte. Die Linke hat mit gut 60.000 Mitgliedern mehr als doppelt so viele wie die AfD, wobei die Zahlen jeweils rückläufig sind.

2 Er knüpft an die drei Analysen des Verfassers zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 in diesem Periodikum an: »Der glanzlose Sieg der ‚Bürgerlichen‘ und die Schwäche der Volksparteien bei der Bundestagswahl 2009«, in: *Zeitschrift für Politik* 56 (2009), S. 397–408; »Nach allen Seiten offen? Der Ausgang der Bundestagswahl 2013 und mögliche Folgen für das Parteiensystem und das Koalitionsgefüge«, in: *Zeitschrift für Politik* 60 (2013), S. 372–392; Die Bundestagswahl 2017 und die Regierungsbildung. Zäsur im Wahlverhalten, im Parteiensystem und in der Koalitionsbildung, in: *Zeitschrift für Politik* 65 (2018), S. 168–194.

3 Der Verfasser geht von der Bildung einer rot-grün-gelben Koalition aus. Dies ist zwar sehr wahrscheinlich, am 3. Oktober 2021 aber noch nicht sicher. Unter diesem Vorbehalt verstehen sich die folgenden Überlegungen.

So hat sich im letzten Jahrzehnt ein fluides Sechsparteiensystem etabliert, auch in den meisten Bundesländern (nur die FDP ist in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen nicht vertreten).

Die Regierungsbildung 2017/18 im Bund⁴ – die bisher längste mit 171 Tagen – war ein Trauerspiel. Diese Aussage bezieht sich weniger darauf, dass die SPD in der Person ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz noch am Wahlabend erklärte, nicht für Koalitionsverhandlungen zur Verfügung zu stehen und die Liberalen die Sondierungen mit der CDU/CSU und den Grünen platzen ließen, allenfalls auf die Art und Weise (nach einem Monat!). Was vor allem störte, war die mediale Begleitmusik. (Vermeintliche und tatsächliche) Zwischenstände sickerten immer wieder durch – gleichsam in »Echtzeit«. Maßgeblich durch die Intervention des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier kamen schließlich Sondierungsgespräche und erfolgreiche Koalitionsverhandlungen zwischen den bisherigen Regierungspartnern zustande.

Die abermalige Große Koalition funktionierte alles in allem, wiewohl es zeitweise so aussah, als könnte die SPD nach der Wahl der neuen Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Bojans im November 2019 den Bruch der Koalition herbeiführen. Und nach der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten Thüringens im Februar 2020 nicht nur mit den Stimmen der CDU und der FDP, sondern auch mit denen der AfD bestand eine weitere kritische Situation für die Koalition im Bund. Sie wurde jedoch durch den Rückzug Kemmerichs schnell entschärft, nachdem im Bund der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD den sofortigen Rücktritt des Liberalen gefordert hatte.

2.2 (Vor-)Wahlkampf

Die Union dominierte das ganze Jahr 2020 – mit einem Stimmenanteil, der zeitweilig den zusammengerechneten der Grünen und der SPD übertraf. Diese fristete mit 15 Prozent ein Schattendasein. Die Union führte in den ersten Monaten des Jahres 2021 haushoch, die SPD lag abgeschlagen auf dem dritten Platz. Dann – im Mai 2021 – zog Bündnis 90/Die Grünen nach der Bekanntgabe der Kandidatur durch Annalena Baerbock kurz an der Union vorbei. Später, im Juni, gelangte diese wieder ganz nach vorne, und die bereits abgeschriebene SPD rückte dank Olaf Scholz SPD Anfang August auf den zweiten Rang wegen verschiedener Ungereimtheiten bei Baerbock. Von Ende August an überholte die SPD selbst die Union – Laschets Lacher bei einer Rede des Bundespräsidenten für die Flutopfer gehörte zu den Patzern mit großem Effekt und hing ihm bis zum Schluss des Wahlkampfes an. Die auf dem linken Flügel angesiedelten Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans traten so gut wie nicht in Erscheinung, weil sie um ihre Unpopularität wussten, und agierten diszipliniert-defensiv. Scholz ließ sich nur selten mit ihnen in der Öffentlichkeit sehen.

⁴ Vgl. Sven T. Siefken, »Regierungsbildung ‚wider Willen‘ – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2018), S. 407–436.

Die Union, die SPD, die FDP und die Grünen traten im Wahlkampf nicht klar für ein bestimmtes Bündnisvotum ein. Damit waren die Wähler, die wissen wollten, wer mit wem zu koalieren gedenkt, mehr oder weniger verunsichert. Der Hauptgrund: Das fragmentierte Parteiensystem sorgt für ein gewisses Auflösen politischer Lager. Olaf Scholz, und nicht nur er, machte es sich zu einfach, wenn die Frage nach einer spezifischen Koalition folgende Antwort hervorrief: »Solche Spekulationen vor einer Wahl irritieren die meisten Bürgerinnen und Bürger. Weil sie das Gefühl bekommen, nicht sie würden über die neue Regierung entscheiden, sondern die Funktionäre in der Hauptstadt.«⁵ Ist es nicht gerade umgekehrt? Nach der Wahl entscheiden die »Funktionäre in der Hauptstadt«, nicht die Bürger. Das Thema »Wer mit wem?« wurde von den Parteien im Wahlkampf weithin umgegangen. Anfangs ließ der FDP-Vorsitzende durchblicken, seine Partei neige zur Union, die ohnehin den Kanzler stellen werde. Seine Hoffnung: auf diese Weise möglichst viele Anhänger der Union auf die eigene Seite zu ziehen, damit es für Rot-Grün arithmetisch nicht reicht und die FDP für ein »Jamaika«-Bündnis benötigt wird. Hingegen hielten sich die Grünen in dieser Phase bedeckt. In der Endphase des Wahlkampfs ging die FDP etwas auf Distanz zur Union, betonte sie ihre koalitionspolitische Offenheit, und die Grünen zeigten nun ein gesteigertes Interesse an einem Bündnis mit der SPD, so etwa im dritten »Triell« am 19. September.

Die Hauptslogans der umfassender denn je ausgefallenen Wahlprogramme der vier Parteien, die für eine Koalition in Frage kamen, waren weithin austauschbar. Würden Wähler das »Regierungsprogramm« der CDU/CSU mit dem Slogan »Gemeinsam für ein modernes Deutschland« (140 Seiten) identifizieren, das »Zukunftsprogramm« der SPD mit dem Slogan »Aus Respekt vor Deiner Zukunft« (66 Seiten), das Programm der Grünen mit »Deutschland. Alles ist drin« (272 Seiten) und das der FDP mit »Nie gab es mehr zu tun« (91 Seiten)? Wohl kaum!

Die Union kündigte im Wahlprogramm und im Wahlkampf ein »Modernisierungsjahrzehnt« an. Eine arbeitsmarktpolitische Zuwanderung werde unterstützt, eine Zuwanderung in die Sozialsysteme nicht. Steuererhöhungen seien kein angemessenes Mittel, um die Wirtschaft zu beleben. Deutschland müsse im Bereich der Sicherheit ein starker Staat sein: Das Ziel: Klimaneutralität bis 2045. Ein ergänzendes Wahlprogramm der CSU betonte deren Identität, ohne direkte Abgrenzung.

Die SPD plädierte für den weiteren Ausbau des Sozialstaates. Dazu zählte der Mindestlohn in Höhe von 12 Euro. Ein neues Bürgergeld solle die Hartz-IV-Grundsicherung ablösen, steuerliche Entlastung für mittlere und kleinere Einkommen sei ebenso unabdingbar wie eine etwas größere Steuerlast für sehr hohe Vermögen. Angestrebt werde eine Gesellschaft des Respekts mit gegenseitiger Wertschätzung, in der Gesundheitspolitik eine Bürgerversicherung für alle. Das Ziel (wie bei der Union): Klimaneutralität bis 2045.

Die FDP plädierte für eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und für Entbürokratisierung. Ein besonderer Schwerpunkt: das Vorantreiben der Digitalisierung durch ein Ministerium für digitale Transformation. In der Bildungspolitik seien mehr

5 Olaf Scholz, »Im Moment läuft es ganz gut für uns«, in: *Der Spiegel* v. 14. August 2021, S. 18.

bundeseinheitliche Regeln erstrebenswert. Beim Klimaschutz bedürfe es der Kraft des Marktes. Der Solidaritätszuschlag müsse komplett abgeschafft werden. Ein Tempolimit stehe ebenso wenig zur Debatte wie ein Dieselfahrverbot: Das Mantra der Liberalen: Einhalten der Schuldenbremse und Ablehnen jeglicher Steuerhöhungen.

Bündnis 90/Die Grünen rückten den Klimaschutz an die oberste Stelle auf der Agenda. Dazu gehöre ein Klimaschutzministerium mit einem Vetorecht gegenüber anderen Ministerien. Der Kohleausstieg müsse vorgezogen, Hartz IV durch eine Garantiesicherung überwunden werden, und ein Mindestlohn von 12 Euro vor Armut schützen. Im Gegenzug: den Spitzensteuersatz anzugeben und eine Vermögenssteuer einzuführen. Die Entscheidung bei Asylverfahren dürfe nicht an den Außengrenzen der EU stattfinden, sondern in Deutschland.

Wer die Wahlprogramme der AfD (unter dem griffigen Titel: »Deutschland. Aber normal«, 103 Seiten) und der Partei Die Linke (unter dem umständlichen Titel: »Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit«, 155 Seiten) miteinander vergleicht, findet bei der AfD Punkte, die klar schärfer konturiert sind: So forderte sie, zum Ärger der europäischen Rechtsparteien, den »Dexit«⁶, während der Partei Die Linke ein »sozialer und ökologischer Systemwechsel in Europa«⁷ genügte. Zuweilen formulierte Die Linke entschiedener. Sie wollte den Verfassungsschutz abschaffen und ihn durch eine unabhängige »Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«⁸ ersetzen – die AfD drängte bloß auf eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes.

Befürwortete die AfD eine äußerst restriktive Migrationspolitik nach japanischem Modell (bei der begrenzten Aufnahme soll der kulturelle wie religiöse Hintergrund von Relevanz sein) und lehnte jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge strikt ab, verfocht Die Linke ohne Wenn und Aber »offene Grenzen für alle Menschen«⁹. Mit Blick auf Corona prangerte Die Linke die soziale Schieflage an, die AfD die als übertrieben geltenden Schutzmaßnahmen. Es gab freilich nicht nur Unterschiede, sondern auch auffallende Affinitäten. Im Vergleich zu den etablierten Parteien standen AfD wie Die Linke Russland nahe und den USA fern. Allerdings übertreibt, wer diesen Parteien unterstellt, sie kultivierten ein Feindbild gegenüber den USA und ein Freundbild gegenüber Russland. Was jedoch stimmt: Sie sind außenpolitisch unsichere Kantonisten.

Die Linke trat ebenso wie die AfD mit zwei Spitzenkandidaten an, die die doppelte Parität – nach Herkunft und Geschlecht – erfüllen: auf der einen Seite der gemäßigte ostdeutsche Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und die radikale westdeutsche Parteivorsitzende Janine Wissler, auf der anderen Seite der ostdeutsche Parteivorsitzende Tino Chrupalla und die westdeutsche Fraktionsvorsitzende Alice Weidel. Beide begreifen sich als Gegner des anderen – pragmatischen – Vorsitzenden Jörg Meuthen, der bei

6 Vgl. *Deutschland, aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag*, Berlin 2021, S. xxx.

7 Vgl. *Zeit zu handeln. Für sozial Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE*, Berlin 2021, S. xxx.

8 Ebd., S. xxx.

9 Ebd., S. xxx.

der AfD »Bundessprecher« heißt. Nicht nur hier prallten Positionen schroff aufeinander. Die Partei Die Linke stritt zwischen »Soziallinken«, für die Sahra Wagenknecht steht¹⁰, und »Kulturlinken«. Weder die AfD noch Die Linke konnte Kampagnenfähigkeit oder gar die Agenda bestimmen.

Der Wahlkampf verlief weithin langweilig und inhaltsleer, was Sachfragen betraf. Die drei Spitzenkandidaten standen im Vordergrund des Interesses. SPD und Grüne gerieten in die Defensive, als die Union ein für diese Parteien heikles Thema in den Vordergrund rückte, eine offene Flanke für Rot-Grün, die Frage nach einer möglichen Koalition mit der Partei Die Linke. Kein anderes Koalitionsbündnis bedachte die Bevölkerung so negativ wie Rot-Grün-Rot. Union und FDP konnten SPD und Grüne mit der Frage nach einer möglichen Regierungsbeteiligung der Postkommunisten daher in die Enge treiben. Auf diese Weise, so die Hoffnung, ließe sich ein Teil der Wähler von einem Votum für die SPD oder die Grünen abbringen. Diese beiden Parteien wollten jedoch aus zwei Gründen ein derartiges Bündnis nicht kategorisch ausschließen, ungeachtet ihrer Vorbehalte gegenüber den außenpolitischen Zielen der Linksaußenkonkurrenz. Zum einen würde der linke Flügel rebellieren und nicht mitspielen, zum anderen ermöglichte das Offenhalten eine weitere Koalitionsoption, und sei es bloß als strategisches Motiv im Machtspiel. Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten verbot sich eine Kooperation, selbst als taktisches Element.¹¹

3. Analyse der Wahl

3.1 Wahlergebnis

Bei der Bundestagswahl gab es drei Sieger: Bündnis 90/Die Grünen (+5,9 Punkte), SPD (+5,2 Punkte) und FDP (+0,8 Punkte) sowie drei Verlierer: CDU/CSU (-8,8 Punkte), Die Linke (-4,3 Punkte) und AfD (-2,3 Punkte). Die Gründe hierfür sind jeweils unterschiedlich – das Wahlverhalten ist volatilere denn je. Obwohl im Vorfeld der Wahl allerorten von einem Kopf-an-Kopf-Rennen und einer »Richtungswahl« vielfach die Rede war, stieg die Wahlbeteiligung mit 76,6 Prozent nur um 0,4 Punkte. Dies dürfte ebenso ein Zeichen gewisser Unzufriedenheit sein wie die hohe Quote der Stimmen für die »Sonstigen« mit 8,6 Prozent.

Wie die Demoskopien einhellig vorhergesagt hatten, lag die SPD (25,7 Prozent) vor der Union (24,1 Prozent), und zwar mit 1,6 Punkten. Diese erlebte damit ein Debakel.

10 Vgl. das für viele Repräsentanten der Partei Die Linke provozierende Buch von Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Frankfurt a.M./New York 2021. Hier rechnet sie ab mit der »Lifestyle«-Linken, die sie nicht bloß in einer Partei verortet.

11 Vgl. die Kontroverse zwischen Frank Decker (»Leiernde Wahlkampfschläger. Rot-Grün-Rot ist ein Popanz, aber kein Grund für Ausschließertis«) und Eckhard Jesse (»Passt nicht? Passt doch? Passt vielleicht? SPD und Grüne lavieren in Sachen Rot-Grün-Rot – zu ihrem Schaden«), jeweils unter: <https://www.derhauptstadtbrief.de>, 4. September/11. September 2021 (11. September 2021).

Die Grünen erreichten angesichts für sie günstigen Großwetterlage ihr klar bestes Ergebnis (14,8 Prozent) und schoben sich damit auf den dritten Platz, doch war die Erwartung weitaus größer. Die FDP kam mit 11,5 Prozent erneut auf ein zweistelliges Resultat, wie 2017. Verlor die AfD mit 10,3 Prozent knapp 20 Prozent ihrer Stimmen, büßte Die Linke gar nahezu 50 Prozent ein. Sie zog wegen des Gewinns von drei Direktmandaten mit 4,9 Prozent in den Bundestag ein. Dem Südschleswigischen Wählerverband, der Vertretung der dänischen und friesischen Minderheit genügten 0,1 Prozent der Stimmen für ein Mandat. Die Direktmandate fielen auf eine Vielzahl von Parteien: 121 für die SPD, 98 für die CDU, 45 für die CDU, 16 jeweils für Bündnis 90/Die Grünen und die AfD sowie drei für Die Linke (3). Dies spricht für eine Regionalisierung des Wahlverhaltens. Der Bundestag umfasst nun 735 Abgeordnete, 26 mehr als letztes Mal – und 137 mehr als die Normgröße von 598.

Tabelle 1: Bundestagswahlen 2021 nach Stimmen und Mandaten (in Klammern Unterschiede und Prozentpunkten und Mandaten gegenüber der Bundestagswahl 2017)

	Stimmen		Mandate	
Wahlbeteiligung	76,6	(+0,4)		
CDU und CSU	24,1	(-8,9)	196	(-49)
CDU	18,9	(-7,9)	151	(-49)
CSU	5,2	(-1,0)	45	(-1)
SPD	25,7	(+5,2)	206	(+53)
AfD	10,3	(-2,3)	83	(-11)
FDP	11,5	(+0,8)	92	(+12)
Die Linke	4,9	(-4,3)	39	(-30)
B 90/Gr.	14,8	(+5,9)	118	(+51)
SSW	0,1	(-)	1	(-)

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Von den »Sonstigen« schnitten die besonders in Bayern starken Freien Wähler, die sich unter Hubert Aiwanger, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten des größten Freistaates, als bürgerlich-konservative Kraft verstehen, mit 2,4 Prozent am besten ab. Es folgten die Tierschutzpartei (1,5 Prozent), für die Tier, Mensch und Natur eine Einheit bilden, die Basisdemokratische Partei Deutschland (1,4 Prozent), sie entstand 2020 als Protestpartei gegen die Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19, und Die PARTEI (1,0 Prozent), im Kern eine von Martin Sonnenborn geführte Spaßpartei, wie die Auflösung des Akronyms belegt: »Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative«. Mit 0,5 Prozent partizipiert auch das »Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei« von der staatlichen Teilfinanzierung. Die harten rechts- (III. Weg, NPD) und linksextremistischen Parteien (DKP, MLPD, Sozialistische Gleichheitspartei), erlebten ein Desaster. Nur die NPD, die in allen 16 Ländern Listen aufgestellt

hatte, erzielte 0,1 Prozent der Stimmen, ihr schlechtestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen. Für die anderen stand unter dem Strich jeweils: 0,0 Prozent!

Bei einer rein formalen Rechnerei hätten die nicht-linken Parteien (Union, FDP, AfD) mehr Stimmen (45,9 zu 45,4 Prozent) erzielt als die linken Parteien (SPD, B 90/Die Grünen, Die Linke) und damit eine knappe absolute Mehrheit (371:363), auch unter Einbeziehung des einen Mandats für den SSW. Niemand ist zu Recht auf diese Idee einer Regierungsbildung gekommen. Die Mehrzahl der »Sonstigen« ist zudem eher rechts von der Mitte als links davon angesiedelt.

3.2 Personalisierung zugunsten von Olaf Scholz

Olaf Scholz war mit weitem Abstand der Kandidat, den sich die meisten Wähler als Nachfolger Angela Merkels wünschten. Der SPD-Politiker, von 2002 bis 2004 Generalsekretär seiner Partei, von 2007 bis 2009 Bundesminister für Arbeit und Soziales, von 2011 bis 2018 Erster Bürgermeister von Hamburg, seit dem Frühjahr 2018 Bundesfinanzminister, verfügt mithin über große Erfahrungen in der Exekutive. Scholz, im Gegensatz zu seinen Konkurrenten mehr als ein Jahr vor der Wahl nominiert, war nicht der konfrontative Schulz des Jahres 2017. Er gerierte sich als männliche Merkel – selbst die Raute fehlte nicht. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht – sein mangelndes Charisma galt als Zeichen staatsmännischer Sachlichkeit. Bei allen drei Triells ging er als Sieger hervor. Scholz, der 2019 beim Kampf um den SPD-Vorsitz unterlag, praktizierte faktisch einen Wahlkampf ohne Partei und verkörperte beides: die Sehnsucht nach einer gewissen Wechselstimmung wie die nach Kontinuität.

Den Aufschwung verdankte die SPD freilich nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, ihrem Spitzenkandidaten, sondern den Konkurrenten. Wegen der mittlerweile eher schwachen Parteiidentifikation der Bürger spielte Personalisierung im Wahlkampf eine dominante Rolle, es zählte das »Gesicht« der Spitzenkandidaten. Annalena Baerbock hatte ihren Lebenslauf »aufgehübscht« und »ihr« Buch mit ungekennzeichneten Versatzstücken versehen (lassen). Außerdem war ihr – verständlich angesichts des Lebensweges ausschließlich im Umfeld der Partei – vielfach unzureichende Kompetenz anzumerken. Armin Laschet musste sich zunächst im harten Kampf um den Parteivorsitz gegen Friedrich Merz durchsetzen und dann in erbitterter Schlacht um die Kanzlerkandidatur gegen Markus Söder. Er trat in Krisen (Corona, Flut) nicht stets von seiner besten Seite her auf.

Ungeachtet dessen: Die Häme über diese beiden Kanzlerkandidaten in den sozialen Netzwerken, Indiz für eine üble Verrohung, macht betroffen. Ihre mangelnde Professionalität fiel bei Medien und Wählern weitaus mehr negativ ins Gewicht als die ungeklärte Rolle von Scholz bei den Cum-Ex-Geschäften der Warburg-Bank und der Insolvenz des Zahlungsdienstleisters Wirecard. Und was ein großer Nachteil für die Union war: Angela Merkel engagierte sich für Laschet allenfalls halbherzig, warum auch immer (Entsprach es ihrem Politikstil? Sah sie Laschet nicht als geeigneten Nachfolger an?), erst in den letzten zwei Wochen vor der Wahl sah dies etwas anders aus.

Union und Grüne folgten der Binnenlogik: Die CDU wollte unbedingt »ihren« Kandidaten auf den Schild heben und nicht den der CSU, obwohl Söder für die Bevölkerung weitaus überzeugender auftrat. Und die Grünen waren auf ihr Alleinstellungsmerkmal erpicht: eine Frau als Kanzlerkandidatin. Entschieden hat dies Annalena Baerbock. Der Vorgang lief geräuschlos ab, doch war er demokratisch? Robert Habeck machte gute Miene zum aus seiner Sicht bösen Spiel! Scholz verlor zwar den Kampf um den Parteivorsitz, führte seine Partei aber auf den ersten Platz. Laschet gewann zwar den Kampf um den Parteivorsitz, verspielte für die Union aber den sicher geglaubten ersten Platz. Pointiert formuliert: Der Spitzenkandidat der SPD nützte der Partei, jener der Union schadete ihr.

Im Nachhinein erwies sich die Niederlage von Scholz bei der Wahl des Parteivorsitzes als Gewinn: Auf diese Weise wurde der starke linke Flügel eingebunden. Parteinterne Querschüsse wie 2009, 2013 und 2017 blieben aus. Danach hatte es im Februar und März 2021 angesichts der Attacken von Esken gegen Wolfgang Thierse mit Blick auf Identitätspolitik zunächst wahrlich nicht ausgesehen.¹² Die Riege der dezidierten Linkspolitiker um Saskia Esken, Norbert Walter-Borjans und Kevin Kühnert hielt still, fiel Scholz nicht in den Rücken. Das war professionell!

Bei der Union ist nicht nur Laschet für das verheerende Ergebnis verantwortlich zu machen, sondern auch Wolfgang Schäuble, Markus Söder und, last not least, Angela Merkel. Schäuble deshalb, weil er sich derart massiv für Laschet ins Zeug gelegt hatte, um einen Kandidaten der CSU zu verhindern; Söder, weil dieser im Wahlkampf das eine oder andere Mal mit Spitzen gegen Laschet aufwartete; Merkel, weil sie ihn, wie erwähnt, kaum unterstützte.

3.3 Schwäche der Volksparteien

Volksparteien sind solche Parteien, die einen beträchtlichen Anteil des Volkes repräsentieren (eine feste Größenordnung gibt es nicht), der sich aus verschiedenen sozialen Schichten zusammensetzt. Schließlich muss eine gesellschaftliche Verankerung ebenso vorhanden sein wie ein breites Programmangebot. Und, nicht zu vergessen: Volksparteien haben die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates zu bejahen, sind also mehr als Großparteien.¹³ Den Grünen steht das Etikett der Volkspartei nicht zu, unabhängig von ihrer Größe, da ihre Wählerschaft fast ausschließlich im urbanen Milieu verankert ist.

Zum ersten Mal haben Union und SPD, die Parteien der Großen Koalition, wie eingangs geschildert, mit 49,8 Prozent die absolute Stimmenmehrheit verfehlt (vgl. Tabelle 2). Die Zeiten, als Union und SPD bei einer Wahlbeteiligung von mehr als

12 Vgl. Stephan-Andreas Casdorff, »Thierse und der Streit über Identitätspolitik. So schafft die Sozialdemokratie sich selbst ab«, unter: tagesspiegel.de, 3. März 2021 (24. September 2021).

13 Diese Interpretation der Volkspartei unterscheidet sich also von der Otto Kirchheimers zur »Catch-all-Party« – und erst recht in der Bewertung. Vgl. ders., »Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1965), S. 20–41.

90 Prozent zugleich mehr als 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten wie 1972 und 1976, scheinen vorbei zu sein.¹⁴ Was nicht vergessen werden darf: Die Integrationsleistungen der beiden – mittlerweile ausgelaugt wirkenden und entkernten – Volksparteien sind beträchtlich gewesen, gerade vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen, denn das fragmentierte und polarisierte Parteiensystem der Weimarer Republik trug wahrlich nicht zur Stabilität des demokratischen Gemeinwesens bei – ganz im Gegenteil.

Tabelle 2: Das Abschneiden von CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2021 (in Prozent)

Jahr	CDU/CSU	SPD	zusammen
1949	31,0	29,2	60,2
1953	45,2	28,8	74,0
1957	50,2	31,8	82,0
1961	45,3	36,2	81,5
1965	47,6	39,3	86,9
1969	46,1	42,7	88,8
1972	44,9	45,8	90,7
1976	48,6	42,6	91,2
1980	44,5	42,9	87,4
1983	48,8	38,2	87,0
1987	44,3	37,0	81,3
1990	43,8	33,5	77,3
1994	41,5	36,4	77,9
1998	35,1	40,9	76,0
2002	38,5	38,5	77,0
2005	35,2	34,2	69,4
2009	33,8	23,0	56,8
2013	41,5	25,7	67,2
2017	32,9	20,5	53,4
2021	24,1	25,7	49,8

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

14 Vgl. etwa Michael Koß, *Demokratie ohne Mehrheit. Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen*, München 2002.

Die von Oskar Niedermayer¹⁵ schon 2010 zur Sprache gebrachte Erosion der beiden Volksparteien (Durchschnittsalter der Mitglieder: 61 Jahre)¹⁶ war noch stärker erkennbar am Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 mit 44,7 Prozent für Union und SPD zusammen. Bei der Landtagswahl in Thüringen 2019 erreichten sie insgesamt lediglich 29,9 Prozent (Die Linke und die AfD zusammen 54,4 Prozent), bei der in Baden-Württemberg 35,1 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen und FDP: 43,1 Prozent). Die paradoxe Konsequenz: Ihre elektorale Schwäche führt in den Bundesländern oft zu einer gouvernementalen Stärke, wegen der nicht als koalitionsfähig angesehenen Randparteien, zumal der AfD.

Die Fragmentierung hat, bezogen auf die elektorale Ebene, ebenso zugenommen wie die Volatilität; die Polarisierung ist mit Blick auf die parlamentarische Ebene ebenso schwächer geworden wie die Segmentierung, jedenfalls für Die Linke. Der Ausschluss von der Bündnisfähigkeit gilt für die AfD stärker denn je. Aber hat sich durch das Ergebnis der Bundestagswahl nichts geändert? Wohl kaum, denn die SPD hat trotz ihres Stimmenzuwachses nur 25,7 Prozent erreicht, exakt ihr Resultat von 2013 bei der Bundestagswahl. Und die Verluste der Union fallen mit 3,6 Punkten höher als die Gewinne der SPD aus.

Die Ursachen der Krise¹⁷ sind vielfältig: Auch andere Großorganisationen – wie Gewerkschaften und Kirchen – verlieren im Zeichen der Säkularisierung und Individualisierung an Unterstützung und damit an Mitgliedern. Zu den strukturellen Gründen für den Rückgang der Stammwählerschaft gesellen sich situative. Die Volksparteien sind oft zu sehr auf ihre »Basis« fixiert. Mithin gerät aus dem Blick, dass die Wählerschaft deren Präferenzen so gar nicht teilt. Und: Die großen Parteien haben sich zu sehr angeglichen. Ist die Union nicht »schwarz« genug, so die SPD nicht »rot« genug. Mit der Vernachlässigung des Markenkerns tun sich Repräsentationslücken auf. Allerdings profitierten die Randparteien AfD und Die Linke angesichts interner Zwistigkeiten diesmal – anders als 2017 – nicht von der Großen Koalition.

3.4 Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern

32 Jahre nach der »Freiheitsrevolution, die zum Ende der SED-Diktatur führte, und 31 Jahre nach der »Einheitsrevolution«, die zum Ende der DDR führte, springt das krass unterschiedliche Wahlverhalten in den neuen und den alten Ländern ins Auge. Das gilt selbst für das Wahlverhalten in Ost- (SPD: 22,3; Grüne: 20,5; Die Linke: 16,1; CDU: 12,3; AfD: 10,8; FDP: 7,9 – jeweils in Prozent) und Westberlin (SPD: 24,3; Grüne: 23,7;

15 Vgl. Oskar Niedermayer, »Die Erosion der Volksparteien«, in: *Zeitschrift für Politik* 57 (2010), S. 265–277.

16 Vgl. ders., »Parteimitgliedschaften im Jahre 2020«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52 (2021), S. 390. Das Durchschnittsalter der CSU-Mitglieder liegt bei 60 Jahren (ebd., S. 391).

17 Vgl. u.a. Eckhard Jesse, »Krise (und Ende?) der Volksparteien«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26–27/2021, S. 39–46.

CDU: 18,5; Prozent; FDP: 10,0; Die Linke: 8,1, AfD: 6,7, jeweils in Prozent).¹⁸ Dabei ist innerhalb einer Stadt die Mobilität doch hoch, von Ost nach West, von West nach Ost.

Bei allen Wahlen im vereinigten Deutschland seit 1994 haben CDU, SPD, FDP und Grünen im Westen des Landes besser abgeschnitten als im Osten – mit einer Ausnahme: 2002. Wenn damals die SPD in den neuen Ländern bessere Werte als in den alten erzielt hatte, lag das wesentlich an der Strategie Gerhard Schröders, der mit der Absage an einen Einsatz im Irak-Krieg ebenso den Nerv vieler Ostdeutscher traf wie mit seinem Engagement bei der Elbeflut. Die weitaus höhere Volatilität im Osten fußt auf der dort deutlich geringeren Parteiidentifikation. Ein charakteristisches Beispiel: Hatte die SPD in den neuen Ländern 2017 13,9 und im Westen 21,9 Prozent erreicht, legte sie im Osten 10,4 Punkte zu, im Westen »nur« 4,2. Nahezu spiegelbildlich fallen die Zahlen für die Union aus: Diese kam 2017 im Osten auf 27,6 und im Westen auf 34,1 Prozent. Die Verluste betragen jetzt 10,7 Punkte (Ost) und 8,5 Punkte (West). Wer Prozentangaben berücksichtigt, nimmt eine deutlich größere Differenz wahr.

Die Grünen stiegen im Osten von 5,0 (2017) auf 9,1 Prozent (2021), im Westen von 9,8 auf 16,0 Prozent. Liegt die Steigerungsquote im Osten bei 80 Prozent, beträgt sie im Westen rund 60 Prozent. Noch drastischer ist die Differenz bei den Liberalen: 7,5 zu 9,5 Prozent im Osten, 11,4 zu 11,9 Prozent. Die wesentlichen Gründe für die Unterrepräsentation der beiden Parteien in den neuen Bundesländern: Die sozio-ökonomische (schwächer ausgeprägter Mittelstand) und die soziokulturelle Dimension (schwächer ausgeprägter Postmaterialismus) erklären gleichermaßen die Schwäche der beiden Parteien. Auch die moderate Kritik an der Corona-Politik der Bundesregierung mag zum Erfolg der FDP im stärker impfskeptischen Osten beigetragen haben. Kurz: Das Bürgertum ist in den neuen Ländern weniger stark vertreten, bedingt durch die Zeit vor 1990 wie danach.

Tabelle 3: Wahlverhalten im Wahlgebiet West (mit Berlin-West) und im Wahlgebiet Ost (mit Berlin-Ost) bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2017 im Vergleich (in Prozent)

Bundestagswahlen 1990	Gesamt	Ost	West
SPD	33,5	24,3	35,7
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3
FDP	11,0	12,9	10,6
B 90/Gr.	5,0	6,1	4,8
PDS	2,4	11,1	0,3
Sonstige	4,3	3,8	4,3

¹⁸ Vgl. Bundeswahlleiter, *Bundestagswahl 2021, Heft 2: Vorläufige Ergebnisse*, Wiesbaden 2021, S. 328.

Bundestagswahlen 1994	Gesamt	Ost	West
SPD	36,4	31,5	37,5
CDU/CSU	41,5	38,5	42,1
FDP	6,9	3,5	7,7
B 90/Gr.	7,3	4,3	7,9
PDS	4,4	19,8	0,9
Sonstige	3,5	2,4	3,9
Bundestagswahlen 1998	Gesamt	Ost	West
SPD	40,9	35,1	42,3
CDU/CSU	35,1	27,3	37,0
FDP	6,2	3,3	7,0
B 90/Gr.	6,7	4,1	7,3
PDS	5,1	21,6	1,2
Sonstige	6,0	8,6	5,2
Bundestagswahlen 2002	Gesamt	Ost	West
SPD	38,5	39,7	38,3
CDU/CSU	38,5	28,3	40,8
FDP	7,4	6,4	7,6
B 90/Gr.	8,6	4,7	9,4
PDS	4,0	16,9	1,1
Sonstige	3,3	6,7	2,8
Bundestagswahlen 2005	Gesamt	Ost	West
SPD	34,2	30,4	35,1
CDU/CSU	35,2	25,3	37,5
FDP	9,8	8,0	10,2
B 90/Gr.	8,1	5,2	8,8
Die Linkspartei	8,7	25,3	4,9
Sonstige	3,9	5,7	3,5

Bundestagswahlen 2009	Gesamt	Ost	West
SPD	23,0	17,9	24,1
CDU/CSU	33,8	29,8	34,6
FDP	14,6	10,6	15,4
B 90/Gr.	10,7	6,8	11,5
Die Linke	11,9	28,5	8,3
Sonstige	6,0	6,4	6,1
Bundestagswahlen 2013	Gesamt	Ost	West
SPD	25,7	17,9	27,4
CDU/CSU	41,5	38,5	42,2
FDP	4,8	2,7	5,2
B 90/Gr.	8,4	5,1	9,2
Die Linke	8,6	22,7	5,6
AfD	4,7	5,9	4,5
Sonstige	6,3	7,3	5,8
Bundestagswahlen 2017	Gesamt	Ost	West
SPD	20,5	13,9	21,9
CDU/CSU	33,0	27,6	34,1
FDP	10,7	7,5	11,4
B 90/Gr.	8,9	5,0	9,8
PDS/Die Linke	9,2	17,8	7,4
AfD	12,6	21,9	10,7
Sonstige	5,0	6,4	4,7
Bundestagswahlen 2021	Gesamt	Ost	West
SPD	25,7	24,3	26,1
CDU/CSU	24,1	16,9	25,6
FDP	11,5	9,5	11,9
B 90/Gr.	14,8	9,1	16,0
PDS/Die Linke	4,9	10,4	3,7
AfD	10,3	20,5	8,2
Sonstige	8,7	9,3	8,5

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Hingegen schneiden Die Linke und die AfD in den neuen Bundesländern deutlich besser als in den alten ab. Bei der AfD fallen auf einen Wähler im Westen 2,5 im Osten; bei der Partei Die Linke ist die Diskrepanz noch höher: 1:2,8! Die Ursache liegt zum einen in der Zeit vor 1990 (Die Linke profitierte von der SED, die AfD vom Fehlen einer 68er-Bewegung in der DDR), zum anderen in der Zeit nach der deutschen Einheit: Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Probleme bei der Konsolidierung der Demokratie nützen solchen Flügelparteien. Der Trend fällt seit einiger Zeit allerdings gegenläufig aus: Die Linke legte zuletzt in den alten Ländern leicht zu (diesmal allerdings büßte sie dort die Hälfte ihres Stimmenanteils ein) und verlor, zuletzt dreimal hintereinander, in den neuen, wo sie das Potenzial der Unzufriedenen nicht mehr binden kann. Hingegen vertiefte sich bei der AfD die Kluft in der Wählergunst zwischen dem Osten und dem Westen. Sie verlor in neuen Bundesländern nur etwas mehr als fünf Prozent, in den alten fast 25. Diese Gegenläufigkeit trifft ebenso auf die politische Ausrichtung zu. Ist die AfD im Osten deutlich radikaler als Die Linke, fällt das Urteil über den Westen umgekehrt aus. In den neuen Bundesländern gehört Die Linke in gewisser Weise zum Establishment¹⁹ – im Freistaat Thüringen stellt sie seit 2014 mit dem leutselig wirkenden Bodo Ramelow sogar den Ministerpräsidenten. Jeweils der Hauptgrund: Aus der einstigen Protestpartei ist im Osten eine vielfach akzeptierte »Mitmach«-Partei geworden, aus der AfD eine »Dagegen«-Partei.²⁰ Das Wort »dagegen« freilich lockt auf eine falsche Fährte: Die Partei ist keine reine Protestpartei. Es hat sich mittlerweile eine von der Politik der etablierten Kräfte enttäuschte Stammwählerschaft gebildet – die Annahme, die AfD würde schnell von der politischen Bildfläche verschwinden, beruht daher auf Wunschdenken.

Wie ein Blick auf die einzelnen 16 Ländern verdeutlicht, fehlt es freilich an Homogenität. In den neuen wie in den alten Ländern besteht ein Nord-Süd-Gefälle. Nur in den südlichen Ländern des Westens (Baden-Württemberg, Bayern – Siege für CDU bzw. CSU) und des Ostens (Sachsen, Thüringen – Siege für die AfD) avancierte die SPD nicht zur stärksten Kraft. Allerdings verlor die AfD in ihrem stimmenstärksten Land, in Sachsen mit 24,6 Prozent, 2,4 Punkte gegenüber der letzten Bundestagswahl.²¹ Lediglich in Thüringen steigerte die Partei ihren Anteil, von 22,7

19 Vgl. Thorsten Holzhauser, *Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005*, Berlin/Boston 2019; siehe jetzt auch ders., »Die »Nachfolgepartei« PDS als Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung. Befunde und Potenziale«, in: Marcus Bölck/Constantin Goschler/Ralph Jessen (Hg.), *Jahrbuch Deutsche Einheit 2021*, Berlin 2021, S. 197–214.

20 Ausführlicher zur Analyse des Verfassers: »Wahlen in den neuen Bundesländern seit 1990«, in: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* 69 (2020), S. 321–334; »Parteien und Wahlen im Osten und im Westen Deutschlands«, in: *Bürger & Staat* 71 (2021), S. 114–121.

21 Vgl. Hendrik Traeger, »Sachsens »blaues Wunder« bei der Bundestagswahl 2017«, in: *Zeitschrift für Politik* 65 (2018), S. 195–216. Wie Traeger richtig prognostiziert hatte, ist in diesem Freistaat kein einziger Wahlkreis mehr »sicher«. Die AfD gewann zehn Wahlkreise, die CDU vier, die SPD und Die Linke je einen. Im Wahlkreis 160 siegte der CDU-Kandidat Lars Rohwer mit einem Ergebnis von 18,6 Prozent. Er lag damit 35 Stimmen vor dem AfD-Kandidaten Andreas Harlaß. Bei den Zweitstimme lag die AfD (19,2 Prozent) klar vor der CDU (13,8 Prozent), die in diesem Wahlkreis nur auf dem vierten Platz landete.

auf 24,0 Prozent.²² Während Die Linke und die Union in jedem Bundesland Federn lassen mussten, gewannen die SPD und Bündnis 90 90/Die Grünen überall dazu. Die FDP hatte in drei Ländern (Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) Stimmeinbußen hinzunehmen. In Bremen ist sie in der Opposition, in Nordrhein-Westfalen regiert sie mit der CDU, in Schleswig-Holstein mit der CDU und den Grünen. Schlüsse sind daraus nicht zu ziehen. Hingegen geht der größte Stimmengewinn (im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern) in Höhe von 14,0 Punkten zum Teil auf die Landtagswahl am gleichen Tag zurück. Hier feierte die SPD unter Manuela Schwesig mit 39,6 Prozent einen Wahlsieg. Die Landesstimme zog zum Teil die Bundesstimme nach sich.

3.5 Moderater versus polarisierter Pluralismus

Der Italo-Amerikaner Giovanni Sartori hat 1976 die vornehmlich numerische Typologie der Parteiensysteme (Einparteiensystem, Zweiparteiensystem, Dreiparteiensystem, Mehrparteiensystem, Vielparteiensystem) durch eine inhaltliche, eine ideologische Dimension ergänzt.²³ Bezog sich die Fragmentierung auf die Zahl der Parteien (ein Parteiensystem ist umso fragmentierter, je mehr Parteien im Parlament vertreten sind), betrifft die Polarisierung die programmatischen Differenzen der Parteien (ein Parteiensystem ist umso polarisierter, je stärker die Gegensätze zwischen den Parteien sind). Für Sartori war dabei die Stärke der systemfeindlichen bzw. systemkritischen das Kriterium für die Stärke der Polarisierung.

Der Politikwissenschaftler unterschied vier demokratische Parteiensystemtypen. (1) Beim prädominanten Wettbewerbstyp stellt eine Partei mehr oder weniger immer die Mehrheit – sie kann nur durch eine Koalition aller anderen abgelöst werden. (2) Beim Zweiparteiensystem regiert mal die eine, mal die andere Partei. Hier ist der Wettbewerb zentripetal ausgerichtet. Die Parteien buhlen um den Grenzähler. (3) Beim moderaten Mehrparteiensystem (mit drei bis fünf Parteien) kämpfen die Parteien um die Wähler der Mitte. Ein zentripetaler Wettbewerb dominiert – bei einer polaren Koalitionsbildung. Den Parteien der rechten Mitte stehen die Parteien der linken Mitte gegenüber. (4) Beim polarisierten Pluralismus (mit mehr als fünf Parteien) gibt es starke systemfeindliche bzw. systemkritische Parteien, die für eine Koalitionsbildung nicht in Frage kommen. Außerdem handelt es sich um eine bilaterale, also nicht nur auf einer Seite des politischen Spektrums angesiedelte Opposition. Für dieses Parteiensystem ist die Schwäche der großen Parteien kennzeichnend. Und die Flügelparteien können sich gegenseitig mit Forderungen überbieten, da sie nicht in die Regierung gelangen. So steigt der zentrifugale Wettbewerbscharakter.

²² In zwei Bundesländern (im Saarland mit 10,0 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 19,6 Prozent) deckte sich das Ergebnis mit dem von 2017.

²³ Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976.

War das hiesige Parteiensystem lange das Musterbeispiel eines gemäßigten Pluralismus, so gibt es seit 2017 eine gewisse Dynamik, nicht notwendigerweise ein polarisierter Pluralismus, sondern eine Art Mischtyp.²⁴ Wer Sartoris Kriterien für einen moderaten Parteienpluralismus zugrunde legt (nicht mehr als fünf Parteien, Regierungsbildung durch Koalition, keine bilaterale Opposition, nahezu völliges Fehlen von Antisystemparteien, geringe ideologische Distanz zwischen den tragenden Parteien, zentripetale Wettbewerbsstruktur), dem fällt mit Blick auf den Ausgang der Bundestagswahl 2021 ein klares Urteil schwer. Die Zahl von sechs Parteien und die bilaterale Opposition spricht für polarisierten Pluralismus, die Vielzahl der anderen Elemente eher für einen moderaten.

Fragmentierung (Rückgang der Stärke der Volksparteien) überlagert im Vergleich zu 2017 Polarisierung (Rückgang der Stärke der Flügelparteien). Im Übrigen ist die Frage nach der ausreichenden Differenziertheit von Sartoris Klassifikation, für eine angemessene Einordnung des Parteiensystems keineswegs abwegig.²⁵ »Aus politikwissenschaftlicher Sicht lohnt die Diskussion, inwieweit Sartoris Typologie (a) nicht analytisch hilfreich ist, wenn sich damit gegenwärtige Realfälle kaum einfangen lassen, und (b) intern valide ist, wenn aus als hinreichend konzeptualisierten Bedingungen die theoretisierten Ergebnisse empirisch nicht folgen.«²⁶ Um nur eine Frage aufzuwerfen: Ist die Zahl der Parteien im Parlament wirklich ein aussagekräftiger Indikator für einen moderaten oder einen polarisierten Parteienpluralismus? Die Weimarer Parteienlandschaft zählte für Sartori zum Prototyp des polarisierten Pluralismus. Von »Weimarer Verhältnissen« ist Deutschland heute jedoch weit entfernt.²⁷

3.6 Bestimmungsfaktoren für das Wahlverhalten

Wer wählte wen warum? Die Forschungsgruppe Wahlen²⁸ und Infratest dimap²⁹ haben in der Woche vor der Wahl und am Wahltag die Motive der Bürger für ihr Votum in repräsentativen Umfragen zu ermitteln versucht. Diese Analyse basiert wesentlich auf Daten der beiden Institute.

Die Frage nach dem Spitzenkandidaten zählt wohl zu einem der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das Votum gerade bei der jüngsten Bundestagswahl. Da die bisherige Amtsinhaberin nicht mehr antrat, fiel der Kanzlerbonus am ehesten dem Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz zu, der im Wahlkampf mit seiner spröden

24 Vgl. Aiko Wagner, »Typwechsel 2017? Vom modernen zum polarisierten Pluralismus«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 50 (2019), S. 114–129.

25 So muss die Vielzahl der Modifikationen zu diesem Referenzwerk nicht verwundern. Vgl. etwa Klaus von Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien*, überarbeitete Neuausgabe, München/Zürich 1984, insbes. S. 318–325.

26 So Wagner (FN 24), S. 129.

27 Vgl. beispielsweise Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hg.), *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Ditzingen 2018.

28 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 26. September 2021, Mannheim 2021.

29 Vgl. Infratest dimap, Bundestagswahl 2021. Übersichten/Tabellen, Berlin 2021.

Sachlichkeit der Kanzlerin ähnelte. Ihm bescheinigten 66 Prozent Kanzlerqualitäten, Armin Laschet 29 Prozent und Annalena Baerbock 23 Prozent. 48 Prozent wünschten sich Scholz als Kanzler, 24 Prozent Laschet und 14 Prozent Baerbock. Diese Rangfolge spiegelte sich auch bei den Eigenschaften wie Glaubwürdigkeit, Sympathie, Sachverstand, und Problemlösungskompetenz wider, jedenfalls mit Blick auf Scholz. Er nützte der SPD, Laschet schadete der Union. Die Union fiel gegenüber 2017 von +1,7 auf +0,7, die SPD konnte den Wert von +1,3 behalten. Die Skala reichte dabei von +5 bis -5.³⁰

Anders als früher dominierte bei den meisten Kompetenzwerten der Parteien nicht mehr die CDU/CSU. Sie lag zwar bei der Corona-, der Flüchtlings- und der Wirtschaftspolitik vorne, musste jedoch der SPD den ersten Platz bei der Renten-, der Bildungs- und der Steuerpolitik überlassen, sowie der Sozialpolitik, einer sozialdemokratischen Domäne. Hingegen schrieben die Wähler bei dem Thema, das als am wichtigsten galt, der Klimapolitik, den Grünen die größte Kompetenz zu (mit 39 Prozent). Was auffällt: Immerhin etwa 25 bis 30 Prozent der Bürger trauten keiner Partei Lösungskompetenz zu.³¹

Nach diesen Daten ist das Erstaunliche weniger die Niederlage der Union, sondern der nur knappe Vorsprung der SPD. Als plausible Erklärung dient das vergleichsweise dürftige Erscheinungsbild der SPD. Dies signalisieren die Antworten auf die Frage nach dem Grund für das Wahlvotum: Kandidat, Programm oder Parteibindung? Der Unterschied könnte kaum deutlicher sein: Beim Kandidaten lag die SPD klar vorne, beim Programm Bündnis 90/Grüne, bei der Parteibindung die Union. 30 Prozent der Unionswähler nannten diese als ausschlaggebenden Faktor, lediglich 15 Prozent bei der SPD und gar nur neun Prozent bei den Grünen.³² Es dürfte daher keineswegs bloß eine pure Spekulation sein: Andere Spitzenkandidaten bei der Union (Markus Söder) und bei den Grünen (Robert Habeck) hätten zu einem besseren Ergebnis für sie geführt. Wie aus einer Nachwahlbefragung des Forsa-Instituts hervorgeht, wären mehr als 30 Prozent der Wähler bereit gewesen, für die Union mit Markus Söder an der Spitze zu stimmen.³³

Wie die (freilich notgedrungen ungenaue) Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap erhellt, ist die Wechselwählerbereitschaft hoch. So votierten fast zwei Millionen früherer Wähler der Union für die SPD, während 460.000 von der SPD zur Union wechselten.³⁴ Die Union verlor im Saldo zu gleichen Teilen an Grüne und FDP. Das ist ein Zeichen für einen fehlenden Markenkern. Und der Wähleraustausch verlief angesichts ohnehin fließender Grenzen keineswegs nur innerhalb eines Lagers. Die SPD gewann von der Partei Die Linke 640.000 Wähler, aber auch von der AfD (260.000) und der FDP (180.000). Bündnis 90/Die Grünen, die einzige Partei mit

30 Vgl. für die vorhergehenden Daten: Forschungsgruppe Wahlen (FN 28), S. 1.

31 Vgl. ebd., S. 2.

32 Vgl. Infratest dimap (FN 29), S. 13.

33 Vgl. den Artikel: »Nachwahlbefragungen führt zu eindeutigem Ergebnis«, unter: <https://www.focus.de>, 29. September 2021 (3. Oktober 2021).

34 Vgl. für die folgenden Angaben: Infratest dimap (FN 29), S. 7–10.

einem durchweg positiven Wählerstromkonto, profitierte am stärksten von ehemaligen Unionswählern, die FDP ebenso, ferner von der AfD und der Partei Die Linke – freilich mussten die Liberalen Stimmen an die Grünen und die SPD abgeben. Weist das Wählerstromkonto der Partei Die Linke für jede Partei eine durchweg negative Bilanz auf, konnte die AfD eine einzige positive verbuchen – und zwar gegenüber dieser Partei. Was verwundern mag: Die AfD büßte mehr Stimmen an die Union ein (490.000) als umgekehrt (410.000). Die verbreitete Annahme, das Zubewegen der Union auf die Grünen und die SPD erkläre wesentlich die Stimmengewinne für die AfD, scheint damit nicht zuzutreffen.

Von den – freilich höchst unterschiedlich verteilten – Schwächen der Etablierten vermochten die Kräfte am Rand – die AfD und Die Linke – keineswegs zu profitieren, anders als nach den Regeln in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern. Dafür fielen ihre Kompetenzwerte fielen ihre Kompetenzwerte nur mäßig aus. Immerhin 14 Prozent der Bürger schrieben der AfD die größte Kompetenz bei der Flüchtlingspolitik zu, elf Prozent der Partei Die Linke beim Thema soziale Gerechtigkeit. Das Ansehen beider Kräfte, in den neuen Bundesländern fast dreimal derart stark wie in den alten, hat sich gegenüber der letzten Wahl weiter verschlechtert. Die AfD steht auf der Skala bei -3,2 (2017: -2,8), Die Linke bei -1,2 (2017: -0,4).³⁵

Im Bildungsniveau war das Elektorat der beiden mittelstarken Parteien – der Grünen und der Liberalen – das ganze Gegenteil zur AfD und zur Partei Die Linke: je höher der Bildungsgrad, um so mehr Stimmen für die Parteien. Die Grünen wiesen bei den Beamten (24 Prozent) eine starke Überrepräsentation auf, die Liberalen bei den Selbständigen (19 Prozent).³⁶ Der leichte Rückgang im Ansehen gegenüber der letzten Bundestagswahl, bei den Grünen von +0,5 auf +0,4, bei den Liberalen von +0,7 auf +0,3³⁷, mag mit der größeren Polarisierung als 2017 zusammenhängen.

4. Nach der Wahl

4.1 Perspektiven

Der Wahlabend offenbarte schnell die fehlende Mehrheit für Rot-Grün-Rot. Insofern erübrigten sich Diskussionen über dieses leidige Thema. Und obwohl auch der knappe Vorsprung der SPD gegenüber der Union bald erkennbar war, meldete Armin Laschet Ansprüche auf das Kanzleramt an. Doch selbst die eigene Partei ging auf Distanz zu dieser von Demut wenig getragenen Forderung. Eine Woche nach der Bundestagswahl ist die prospektive wie die präskriptive Sichtweise augenscheinlich klar. Es kommt eine Koalition aus der SPD, den Grünen und der FDP zustande, und angesichts der Wählerkonstellationen ist ein derartiges Bündnis das beste.

35 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (FN 28), S. 2.

36 Vgl. Infratest dimap (FN 29), S. 12.

37 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (FN 28), S. 2.

Zum ersten Punkt: Die SPD wird eine Koalition schmieden und der FDP in Punkten, die für diese Partei zentral sind (etwa Abschaffung des Solidaritätsbeitrages; Verzicht auf ein Tempolimit), weithin entgegenkommen. Als Wahlsieger kann Scholz sich gegenüber dem linken Flügel seiner Partei durchsetzen, gerade mit dem Verweis auf die sich zierende FDP. Allerdings wird der linke Flügel der Partei, der vor der Wahl gegenüber Scholz nicht aufgemuckt hat, nach seiner Wahl zum Kanzler mit inhaltlichen und personellen Forderungen aufwarten. Die linke Basis der Grünen, die den Koalitionsvertrag in einem Mitgliederentscheid verabschieden will, würde angesichts dieser Konstellationen niemals ein Übereinkommen mit der Union passieren lassen, selbst wenn eine geschwächte Union den Grünen in puncto Klimaschutz und mit weiteren Konzessionen entgegenkäme, so dass diese sich in einer »Jamaika«-Koalition besser zu profilieren verstünden als in einem Bündnis unter Führung der gestärkten SPD. Eine Einigung zwischen SPD und Grünen steht ohnehin wohl außer Frage.

Zum zweiten Punkt: Die Union hat 8,8 Punkte eingebüßt, und sie liegt nun 1,6 Punkte hinter der SPD. Zuvor führte sie mit 12,4 Punkten. Es wäre ein Gebot der Fairness und im Interesse des Wahlvolkes (sowie im eigenen Interesse, um sich zu erneuern), dass sie nach 16 Jahren in die Opposition gelangt, zumal die Grünen, die der SPD näher stehen als der Union, 3,3 Punkte vor den Liberalen rangieren? Scholz ist die Person, die, weit über die Anhängerschaft seiner Partei hinaus, mit großem Vorsprung gegenüber den Konkurrenten als favorisierter Kanzler gilt. Allerdings ist die Bundesrepublik Deutschland keine Präsidialdemokratie, sondern eine parlamentarische Demokratie, in welcher der Bundestag den Kanzler wählt – und nicht das Volk. Zwar muss in einer parlamentarischen Demokratie nicht die stärkste Partei den Kanzler stellen muss, wie dies 1969, 1976 und 1980 der Fall war, aber die immer wieder geäußerten Parallelen zu diesen drei Wahlen sind fehl am Platz: »Helmut Schmidt, den Scholz sein Vorbild nennt, wurde zweimal zum Kanzler gewählt, obgleich die SPD in den vorausgegangenen Bundestagswahlen nur zweitstärkste Kraft geworden war.«³⁸ Doch seinerzeit hatte die FDP vor der Wahl verkündet³⁹, sie strebe eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD an. Die Wahl des Spitzenkandidaten der stärksten Partei durch die FDP (1976 hatte die Union unter Helmut Kohl 48,6 Prozent erhalten, also mehr als doppelt so viel wie heute), wäre einem Wortbruch gleichgekommen.

Allen Parteien – bis auf die Liberalen – stehen heftige Grabenkämpfe bevor. Dies gilt selbst für die SPD und die Grünen. Die »Mühen der Ebenen« sind manchmal gravierender als die gemeisterten »Mühen der Gebirge«. Hochtrabende Pläne könnten an der Realität zerschellen. Fußangeln und Fallstricke lauern. Was kein Geheimnis ist: Ein Teil der neuen – zum Teil jungen – Abgeordneten hätte sich lieber ein Bündnis mit der Partei Die Linke gewünscht als mit der FDP. Für die Grünen gilt Analoges. Inner- und interparteiliche Konflikte stehen bevor. Was die Union betrifft, so ist die

38 So aber Berthold Kohler, »Kämpfen oder kapitulieren?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28. September 2021, S. 1.

39 1969 hatte sie ein Bündnis mit der SPD zwar angedeutet, jedoch eine Koalition mit der Union nicht dezidiert ausgeschlossen.

Vorhersage schwierig, welche Richtung – der Merkel-Flügel oder, wahrscheinlicher, die Strömung, die diesem vorwirft, die AfD wider Willen »gepäppelt« zu haben, – sich durchsetzt, zumal es zwischen den beiden Schwesterparteien knirscht, nicht nur zwischen Laschet und Söder. Den beiden Randparteien AfD⁴⁰ und Die Linke stehen nicht allein wegen des mäßigen Abschneidens Kontroversen bevor: In dem einem Fall ist es der Konflikt zwischen Gemäßigteren und Radikalen, in dem anderen der zwischen »Soziallinken« und »Kulturlinken«.⁴¹

Die Parteien, die schlechte Erfahrungen von 2017/18 vor Augen, wollten augenscheinlich Druck bei der Regierungsbildung aufbauen. Was neu war: Die beiden kleineren Kräfte – die Grünen und die Liberalen – trafen sich zuerst zu »Vorsondierungen«, um Selbstbewusstsein an den Tag zu legen und die Ernsthaftigkeit der Kooperation unter Beweis zu stellen. Flapsig formuliert: Der Schwanz hat mit dem Hund gewedelt. Aber die »Mittelgroßen« müssen die Realität zur Kenntnis nehmen, wenngleich die Koch/Kellner-Metapher ausgedient hat: Zusammengenommen kommen sie bloß geringfügig auf mehr Stimmen als die SPD oder die Union. Sie sind, nach dem Scheitern 2017/18, zum Erfolg verdammt. Ob es allerdings angesichts der jetzigen Verwickelheiten des nicht aus *einem* politischen Lager bestehenden Dreier-Bündnisses und anderer Imponderabilien gelingt, dass künftig in den Annalen zu den Regierungszeiten deutscher Kanzler nicht steht: »Angela Merkel (2005–2022)«?

4.2 Reformvorschläge

Reformen liegen nach der Bundestagswahl auf der Hand. Der Verfasser zielt zwar ausschließlich auf institutionelle, aber er will nicht verschweigen, dass für die Bundesrepublik, die sich in einer Art Dornröschenschlaf wiegt, auch andere Reformen zuträglich sind, um nicht zu sagen: unumgänglich. Das gilt etwa für die teils stickige, teils polarisierende politische Debattenkultur. Angesichts verschiedener Missheiligkeiten bei dieser Wahl kommen im Folgenden nur solche Vorschläge zur Sprache und nicht weitere.⁴² Konsens zwischen den Parteien ist dabei geboten, entscheidet das Parlament doch »in eigener Sache«.⁴³

(1) Der Bundestag umfasst nun 735 Abgeordnete (bisher 709). Dies ist eine weitere Aufblähung, die freilich nicht derart stark ausfiel wie befürchtet. Die reguläre Anzahl der Bundestagabgeordneten liegt bei 598. Ein aufgeblähtes Parlament fördert

40 Ein Abgeordneter gehört bereits nicht mehr der Fraktion an. Er hatte sich in geleakten Facebook-Nachrichten als das »freundliche Gesicht des NS« und als »demokratischer Freisler« offenbart – eine Äußerung, die als Persiflage auf Unterstellungen linker Blogger gemeint sein soll.

41 Auf beiden Seiten gibt es systembejahende und systemoppositionelle Kräfte.

42 Zu weiteren Anregungen vgl. Frank Decker/Eckhard Jesse, »Wahlrechtsreform. Eine Agenda in zwölf Punkten«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51 (2020), S. 785–801.

43 Vgl. Joachim Wieland (Hg.), *Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache. Tagungsband zum Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Professor Dr. Hans Herbert von Arnim am 19. März 2010*, Berlin 2011; Hans Herbert von Arnim, »Wahlgesetz: Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache«, in: *JuristenZeitung* 64 (2009), S. 813.820.

weder Arbeitsfähigkeit noch den Wettbewerbscharakter. Offenbar bestand folgender Konsens, sarkastisch formuliert: Weniger Stimmen müssen nicht zu weniger Mandaten führen. Und drei Überhangmandate erfuhren durch das Wahlgesetz keinen Ausgleich, wodurch das Proporzprinzip leicht einschränkt wird. Der Grund: die Aufblähung des Bundestages stärker in Grenzen zu halten. Der neue Bundestag muss schnell ein Wahlgesetz verabschieden. Wird die Zahl der Wahlkreise drastisch reduziert, entstehen keine Überhang- und folglich keine Ausgleichsmandate.

(2) 8,6 Prozent der Stimmen blieben unverwertet, weil sie an kleine Partei fielen – trotz des zu erwartenden Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen der Union und der SPD. Das belegt die hohe Unzufriedenheit mit den großen Parteien und verfälscht die Wahl. (Zum Beispiel stammen die Stimmen der Freien Wähler vorwiegend aus dem Milieu der Union). Jeder Wähler sollte eine Nebenstimme erhalten, die dann zum Zuge kommt, wenn die gewählte Partei mit der Hauptstimme unter fünf Prozent bleibt. So ist der Sinn der Fünfprozentklausel gewahrt, aber das (Zweit-)Votum jedes Wählers zählt.

(3) Die Linke zog, wie erwähnt, mit 4,9 Prozent in den Bundestag wegen ihrer drei Direktmandate.⁴⁴ Der Gewinn von drei Direktmandaten setzt die Fünfprozentklausel außer Kraft. So wird ihr Sinn – Vermeiden der parlamentarischen Zersplitterung – unterlaufen. Die Bürger wählen ein Bundesparlament – eine Privilegierung von Schwerpunktparteien verbietet sich.⁴⁵ Diese Alternativklausel muss abgeschafft werden. Selbstverständlich sollen die Direktmandate den Wahlsiegern der an der Fünfprozentklausel gescheiterten Partei erhalten bleiben.

(4) Der Südschleswigsche Wählerverband hat mit einem Stimmenanteil von 0,1 Prozent (!) ein Mandat errungen, weil für Parteien nationaler Minderheiten die Fünfprozentklausel nicht gilt. Eine solche – schwerlich zu rechtfertigende – Privilegierung ist anachronistisch und ist aus dem Wahlgesetz zu streichen. Für ein Bundesparlament – es sind ohnehin nur Kandidaten deutscher Staatsangehörigkeit wählbar – ist eine solche Ausnahmebestimmung nicht zuträglich.⁴⁶

(5) Last but not least: Es ist ein Unding, dass die Bürger eine Partei wählen, wie jetzt, aber nach der Wahl nicht wissen, für welche Koalition diese votiert. Dies läuft auf eine Bevormundung der Bürger hinaus: Parteien bestimmen nach der Wahl das Koalitionsvotum. Der Wähler muss nicht nur für eine Partei votieren, sondern auch für eine Regierung. Die Einführung einer Mehrheitsprämie für das siegreiche politische Parteienlager schwächt das konkordanzdemokratische Element, da dann lagerübergrei-

44 Sie erreichte sogar Fraktionsstatus, weil sie dank der nicht verwerteten Stimmen der »Sonstigen« auf 5,3 Prozent der Mandate gekommen war.

45 Abgesehen davon: Die drei Direktmandate müssen nicht in einem eng umgrenzten Gebiet errungen werden.

46 Die Frage, ob die Klausel in Schleswig-Holstein ihre Berechtigung hat, soll hier nicht untersucht werden. Vgl. dazu bejahend Everhard Holtmann, »Dürfen die das, wo sie doch Dänen sind? Über den Umgang mit Macht und Minderheiten in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), S. 616–629; eher kritisch: Angelika Kühn, *Privilegierung nationaler Minderheiten im Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holstein*, Frankfurt a.M. 1991.

fende Bündnisse ausbleiben.⁴⁷ Und der Wähler weiß am Wahlabend, wer die Regierung stellt. Somit ist Transparenz gesichert und einer Verfälschung des Wählerwillens wird vorgebeugt.

5. Schluss

Von der Bundestagswahl 2021 wird später noch häufiger zu reden sein. Sie bietet Anschauungsmaterial dafür, wie eine politische Kraft einen Sieg verspielen konnte, weniger durch die Macht der Konkurrenz, sondern durch eigene Fehler: Die Union wartete nicht mit zündender Programmatik auf, und die mangelnde Geschlossenheit der Partei, vornehmlich persönlich bedingt, trug nicht dazu bei, die eigene Wählerschaft bei der Stange zu halten und Wähler anderer Parteien für sich zu gewinnen. Und Laschet war der falsche Kandidat, keineswegs bloß für den Philosophen Peter Sloterdijk »nicht bühnenfähig«. Sein »Formatfehler«: die »völlige Abwesenheit von Charisma und Ausstrahlung«.⁴⁸ Ebenso treffend ist das Diktum von Friedrich Merz, für den die Union im Laufe der letzten Jahre an Substanz verloren hat: »Übrig geblieben ist ein harter Kern von 24 Prozent, der zu einem großen Teil noch nicht einmal aus Überzeugung, sondern aus purer Angst vor Rot-Grün-Rot die Union gewählt hat. Angst vor den Gegnern ist aber auf Dauer kein tragfähiges Fundament für eine politische Partei, für eine Volkspartei schon gar nicht.«⁴⁹

Der Ausgang der Wahl wäre noch sechs Wochen vor der Wahl so nicht für möglich erachtet worden. Fast alles sprach für eine von der Union geführte Bundesregierung mit dem Juniorpartner von den Grünen. Nicht nur die AfD und Die Linke wähten sich wie eh und je in der Opposition, sondern auch SPD und FDP. Doch wurden im Wahlkampf Fehler der Grünen und der Union deutlich – mit bitteren Konsequenzen für die beiden Parteien.

Große Worte (»Zeitenwende«, »Zäsur«) verbieten sich angesichts der starken Wählerfluktuationen und im Grunde unklaren Mehrheitsverhältnisse. Die These, Deutschland sei nun »auf dem Weg in die Dritte Republik«⁵⁰ ist gleich in mehrfacher Hinsicht schief. Zum ersten verabsolutiert sie eine Momentaufnahme, weitgehend hervorgerufen durch den Spitzenkandidaten der Union, wobei der Wendung vom »durchgeschüttelten Parteiensystem« eine Übertreibung zugrunde liegt, zum zweiten hat Helmut Kohl keine zweite Republik ermöglicht (die DDR trat der Bundesrepublik Deutschland bei), zum dritten ist die Behauptung, die »Ampel« sei »nahezu politisch alternativ-

47 Vgl. hierzu Volker Best, *Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012*, Baden-Baden 2015; Peggy Mataushek, *Wahlsystemreform in Deutschland. Plädoyer für ein Prämienwahlsystem mit Koalitionsbonus*, Baden-Baden 2021.

48 Zitiert nach dem Artikel: Deutschland Sloterdijk räumt mit großem Wahl-Irrtum auf, unter: <https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl> (1. Oktober 2021).

49 Zitiert nach: <https://www.fr.de>, 1. Oktober 2001 (2. Oktober 2021).

50 Detlef Prinz, »Auf dem Weg in die Dritte Republik. Warum eine Ampelkoalition gut für Deutschland wäre«, unter: <https://www.derhauptstadtbrief.de>, 3. Oktober (3. Oktober 2021).

los« so nicht haltbar: »soziale Ausgleichsfähigkeit und Regierungserfahrung in vielerlei Konstellationen, klimapolitische und ökologische Entschiedenheit und schließlich marktwirtschaftliche und liberale Überzeugungskraft.«⁵¹ »Soziale Ausgleichsfähigkeit und Regierungserfahrung in vielerlei Konstellationen« gilt schließlich ebenso für die Union. Diese Argumentation überfrachtet die neue Koalition ideologisch – sie ist ein Zweckbündnis, kein Projekt.

Wer dennoch einen »Einschnitt« sieht, bezieht diesen weniger auf die Schwäche der Volksparteien, weniger auf die unterschiedliche Wahlentwicklung in Ost und West und auch nicht auf das Heraufziehen einer »Klima-Regierung«. Der Einschnitt betrifft nicht das politische System insgesamt, sondern »bloß« die CDU/CSU. Sie geht schweren Zeiten entgegen. Zum einen ist sie in einer heterogenen parlamentarischen Opposition mit der AfD und der Partei Die Linke in einer extrem misslichen Situation, ohne Chance auf Kooperation in der Opposition. Das Wort von der »Regierung im Wartestand« verbietet sich daher. Zum anderen, und das ist für die Partei, die weithin die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland bestimmt hat, deutlich schlimmer: Da es der SPD und den Grünen gelingen dürfte, die Liberalen auf ihre Seite zu ziehen, muss die Partei mit einer längeren Abwesenheit von den Fleischtrögen der Macht im Bund rechnen. Insofern wohnt Laschets Versuch, mit den Grünen und den Liberalen eine Koalition zu schmieden, keine völlige Irrationalität inne. Gewiss, ohne das Kanzleramt ist Laschet bloß einfacher Abgeordneter, nicht Fraktionsvorsitzender, und bald weder Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen noch Parteivorsitzender, aber ihm dürfte klar sein, was auf die Union zukommt: wohl eine längere Zeit in der Opposition, die der Erneuerung der Partei dienen kann. Besser steht die CSU da. Sie kann im Landtagswahlkampf 2023 einen kommunikativ gut vermittelbaren Kurs gegen die Bundesregierung führen.

Die Parallele ist nicht 1998, als die Union mit der ihr verbündeten FDP in die Opposition geraten war, sondern 1969. Damals vermochte die SPD die Liberalen für ein Reformbündnis zu gewinnen. Es dauerte 13 Jahre, ehe die Union wieder den Regierungschef stellen konnte. Doch anders als 1969, und das mag nur ein schwacher Trost für die Union sein, präjudiziert die Regierungsbildung im Bund nicht die in den Ländern. Der Grund: Die politischen Lager haben sich zwar nicht aufgelöst, aber abgeschwächt, und die Interessen der Parteien in den Ländern decken sich nicht durchweg mit denen ihrer Bundesparteien.

51 Ebd.

Patrick Horst

Donald J. Trumps desaströse Präsidentschaft: Eine anhaltende Zerreißprobe für die US-Demokratie

Zusammenfassung: Donald J. Trumps desaströse Präsidentschaft wurde entscheidend von seiner autoritären Persönlichkeit, seiner demagogischen Rhetorik und seinem despotisch-chaotischen Regierungsstil bestimmt. Die politischen Errungenschaften des 45. Präsidenten waren bescheidener als angepriesen, seine Versäumnisse dafür umso grandioser. Die beiden größten Fehlleistungen vollbrachte Trump im letzten Jahr seiner Präsidentschaft, als er zunächst bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie eklatant versagte und dann im Angesicht der drohenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl zum Schlag gegen die Demokratie ausholte. Die Weigerung, seine Wahlniederlage zu akzeptieren und die Aufstachelung seiner Anhänger zum Sturm auf das Kapitol setzen die amerikanische Demokratie über die Amtszeit Trumps hinaus einer anhaltenden »Zerreißprobe« aus – mindestens solange, wie Trump weiterhin die Republikanische Partei kontrolliert.

Schlüsselwörter: Anschlag auf die Demokratie, Autoritäre Persönlichkeit, Bilanz der Präsidentschaft Trumps, Demagogische Rhetorik, despotisch-chaotischer Regierungsstil, Errungenschaften und Versäumnisse, Putschversuch, Sturm auf das Kapitol, Donald J. Trump, Trumps Große Lüge, US-Demokratie, US-Präsidentschaft.

Patrick Horst, Donald J. Trump's Disastrous Presidency. A Severe Trial of Endurance for U.S. Democracy

Summary: Donald J. Trump's disastrous presidency has been defined by his authoritarian personality, demagogic rhetoric, and despotically-chaotic governing style. The 45th president's political accomplishments have been more modest than advertised, but his failures have been all the more grandiose. Trump's two greatest blunders came in the final year of his presidency, when he first blatantly failed to combat the coronavirus pandemic and then, facing imminent defeat in the presidential election, lashed out at democracy and delegitimized the election. Trump refused to accept defeat, tried to convert the result of the election and incited his supporters to storm the Capitol. With his insurgency, American democracy will be put to the test for at least as long as Trump retains control of the Republican Party.

Keywords: Accomplishments and Failures, Assessment of Trump's Presidency, Attack on Democracy, Authoritarian Character, Capitol Riot, Coup Attempt, Demagogic Rhetoric, Despotically-Chaotic Governing Style, Donald J. Trump, Trump's Big Lie, US Democracy, US Presidency.

Patrick Horst, Dr. phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Korrespondenzanschrift: ■■■■

In den frühen Bewertungen der Präsidentschaft Donald J. Trumps ist immer einmal wieder kontraintuitiv versucht worden, diese Präsidentschaft als eine ganz gewöhnliche darzustellen: Trump sei zwar »in Stil, Verfahren, Worten, Rhetorik und gemachten Versprechungen« ein höchst außergewöhnlicher Präsident, nicht aber mit Blick auf »Substanz, Politikinhalt, Taten, Handeln und gehaltene Versprechungen«. In dieser Hinsicht sei er ein ganz gewöhnlicher Präsident – »weitgehend konventionell, orthodox und konservativ«¹. Eine derart gekünstelte Trennung von Person und Präsidentenamt, von Regierungsstil und inhaltlicher Substanz, von Politics und Policy überzeugte schon zur Mitte der Amtszeit Trumps nicht²; zwei weitere Jahre, zwei gescheiterte, aber wohlbegründete Amtsenthebungsverfahren³ und einen gescheiterten Putsch des abgewählten Präsidenten später tritt die Unhaltbarkeit einer solchen Argumentation offen zutage. Stil und Substanz lassen sich nur schwer voneinander trennen. Wer in einem »Ober-Störenfried«⁴ (»disrupter-in-chief«) wie Trump einen ganz gewöhnlichen Präsidenten sehen möchte macht sich nicht nur etwas vor, sondern muss sich auch vorhalten lassen, die Verletzungen demokratischer Normen durch den Präsidenten zu beschönigen und dessen Spiel mit dem Feuer achselzuckend hinzunehmen.

Hier wird dagegen argumentiert, dass Trumps substantielle Leistungsbilanz von seinem »autoritären Charakter«⁵, seiner demagogischen Rhetorik und seinem despotisch-chaotischen Regierungsstil entscheidend bestimmt wird. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass auch unter einem Präsidenten Trump der politische Prozess in den USA auf vielen Feldern weiter in seinen gewohnten, mehr oder weniger geordneten Bahnen verlief. So sind auch unter dem 45. Präsidenten der USA Gesetze gemacht, ausgefertigt und vollzogen, Exekutivanordnungen erlassen und umgesetzt, freie Stellen in den Behörden und an den Gerichten besetzt sowie Pressekonferenzen abgehalten worden. Die Art und Weise, wie diese eigentlich normalen Dinge unter Trump ablie-

1 Jon Herbert / Trevor McCrisken / Andrew Wrone, *The Ordinary Presidency of Donald J. Trump*, Cham 2019, S. 4. Etwas unentschieden zeigten sich – zweifelsohne dem frühen Zeitpunkt ihrer Bewertung geschuldet – Florian Böller / Markus B. Siewert, »100 Tage Donald J. Trump. Eine frühe Bewertung einer (außer)gewöhnlichen Präsidentschaft«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 2 (2017), S. 329–349.

2 Vgl. Patrick Horst, *Halbzeitbilanz der Trump-Regierung. Innenpolitik – Außenpolitik – Demokratie*, Wiesbaden 2019.

3 Zum ersten Impeachment-Verfahren siehe Patrick Horst, »Die gescheiterte Amtsenthebung von Präsident Trump. Verfassungslage, Verfahren, Vorgeschichte und bilanzierender Vergleich«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier USA online, 23.6.2020, <https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/310933/die-gescheiterte-amtsenthebung-von-praesident-trump> (Zugriff: 24.5.2021).

4 Richard S. Conley, *Donald Trump and American Populism*, Edinburgh 2020, S. 1–57.

5 Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt am Main 1995.

fen, war aber fast immer abnormal – und wenn sie es einmal nicht war wie bei der Steuerreform 2017, der Strafrechtsreform 2018 oder den Coronavirus-Hilfspaketen 2020, dann war Trump daran allenfalls peripher beteiligt und gab im Wesentlichen nur seinen Segen dazu. Die Bedeutung Trumps liegt aus politikwissenschaftlicher Perspektive aber weniger in der relativ normalen Gesetzesproduktion des Kongresses unter seiner Ägide als in der demokratiezersetzenden Wirkung, die seine disruptiven Worte und Taten hatten und haben. Seine Präsidentschaft war eine »Zerreißprobe für die Demokratie«⁶, von der keineswegs sicher ist, ob diese Zerreißprobe schon zugunsten der Demokratie entschieden ist. Die Abwahl Trumps und das Scheitern des von ihm angezettelten Aufstands am 6. Januar 2021 waren Etappensiege in einem Kampf um die Demokratie, der mindestens solange weiter anhält, wie Trump in der Lage ist, den Kurs der Republikanischen Partei zu bestimmen.⁷

Die folgende Bilanz der Präsidentschaft Donald J. Trumps rückt Person, Rhetorik und Regierungsstil des Präsidenten in das Zentrum der Betrachtung, weil sich das Desaströse dieser Präsidentschaft vor allem an diesen drei Elementen ermessen lässt. Trumps Charakter, sein Kommunikations- und Regierungsstil waren für die Bilanz des Präsidenten wirkungsmächtiger als die institutionellen Rahmenbedingungen des Regierens, weshalb diese hier etwas in den Hintergrund treten. Ganz ausgeklammert werden können sie allerdings nicht, weil bestimmte Interessengruppen hinter Trumps Blendwerk durchaus mit einigem Erfolg ihre jeweils eigene Agenda verfolgten – Personalisierung als ablenkende Zuspitzung. Trotzdem machten Trumps Charaktermängel letztlich auch diese Erfolge größtenteils wieder zunichte, sodass seine politischen Errungenschaften bescheidener ausfielen als angepriesen, und die Fehlleistungen, die es in Trumps eigener Wahrnehmung gar nicht gab, dafür umso grandioser waren. Die Analyse beschränkt sich aus Platzgründen auf die Innenpolitik; da Trumps Charakter seine Präsidentschaft so stark bestimmte, fällt sie in der Außenpolitik aber nicht grundsätzlich anders aus.⁸ Seine beiden allergrößten Fehlleistungen vollbrachte Trump im letzten Jahr seiner Präsidentschaft, indem er zunächst bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie eklatant versagte und dann im Angesicht der drohenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl zum Schlag gegen die Demokratie ausholte. Die Weigerung, seine Wahlniederlage zu akzeptieren und die Aufstachelung seiner Anhänger zum Sturm auf das Kapitol erbrachten den letzten Beweis, dass die amerikanische Demokratie über die Amtszeit Trumps hinaus im Krisenmodus verbleibt.⁹

6 Philipp Adorf / Patrick Horst, *Zerreißprobe für die Demokratie. Die Wahlen und der Regierungswechsel in den USA 2020/21*, Frankfurt am Main / New York 2021.

7 Vgl. Timothy Snyder, »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch. Trumps große Lüge und der drohende Faschismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 66., Nr. 2 (2021), S. 59–69.

8 Siehe die vernichtende Bilanz bei Stephan Bierling, *America First. Donald Trump im Weißen Haus*, München 2020, S. 141–213.

9 Vgl. bereits Patrick Horst, »Eine liberale Demokratie in der Krise. Die USA im Spiegel der Indizes empirischer Demokratiemessung und der Einstellungen ihrer Bürger«, in: Patrick Horst / Philipp Adorf / Frank Decker (Hrsg.), *Die USA – eine scheiternde Demokratie?*, Bonn 2019, S. 33–60. Alle einschlägigen Demokratieindizes – von Bertelsmann (SGI), EIU,

1. Trumps autoritäre Persönlichkeit

Dieter Thomä hat schon kurz nach seinem Amtsantritt Präsident Trump in einem anregenden Aufsatz unter Rekurs auf Thomas Hobbes als einen »puer robustus«, einen »kräftigen Knaben« oder »starken Kerl« bezeichnet. Wer als Erwachsener auf dem Entwicklungsstand eines »kräftigen Knaben« stehengeblieben sei und dessen psychische Dispositionen an den Tag lege, erscheint Hobbes als das Synonym für einen »bösen Mann«. Beim idealtypisch gedachten Übergang vom anarchischen Naturzustand in den Gesellschaftsvertrag entscheide sich der »puer robustus« gegen die Regeltreue und für den Rechtsbruch, die Verwandlung vom »wilden Tier« in den »Menschen« scheitere. Diese Weigerung, sich der Staatsmacht und den gesellschaftlichen Konventionen zu unterwerfen, sei bei Hobbes, so die Lesart Thomäs, an zwei Bedingungen geknüpft: »Zum Ersten muss ein solcher Mensch so mächtig oder stark (robustus, kursiv i.O.) sein, dass er meint, seine Begierden auf Kosten und zum Schaden anderer durchsetzen zu können. Zum Zweiten – und vor allem – muss dieser Mensch einen ‚Mangel an Vernunft‘ aufweisen, also eben nur über einen ‚kindischen Sinn‘ ... verfügen«. Hobbes sehe den Störenfried ausschließlich negativ, seine Vorstellungswelt kenne nicht die positive Idee eines Störenfrieds, der einen faulen Frieden störe und dadurch der Gesellschaft einen Dienst erweise. Der »starke Kerl« erscheine als »ultimativer Störenfried der politischen Ordnung«¹⁰.

Im Anschluss an Hobbes und andere politische Theoretiker nach ihm entwickelt Thomä in seinem Aufsatz eine Typologie des Störenfrieds: Während der »egozentrische Störenfried« meine, seine Interessen oder seinen geschäftlichen Vorteil »ohne oder gegen die staatliche Ordnung maximieren zu können«, verfolge der »nomozentrische Störenfried« eine »größere gesellschaftliche Vision« und wolle »eine andere, bessere Ordnung« durchsetzen. Als Drittes gebe es noch den »exzentrischen Störenfried«. Er sei im Wesentlichen ein etwas ziel- und orientierungsloser Rebell, »dessen Abneigung gegen Regeln gar nichts mit blindem Eigeninteresse zu tun hat«. Der vierte Typus wird bei Thomä durch den »massiven Störenfried« repräsentiert. Er falle insofern aus der Reihe, als bei ihm »eine gestörte Störung« vorliege: »Für seine Hetze und Härte braucht er etwas, was dem Selbstbild des Störenfrieds eigentlich zuwiderläuft: den Schutz der Masse, in der er verschwindet und in deren Namen er handelt.«¹¹

Trump trage, so Thomä, Züge des egozentrischen wie des massiven Störenfrieds.¹² Sein egozentrisches Gesicht habe er zum Beispiel im Wahlkampf gezeigt, als er auf den Vorwurf Hillary Clintons, keine Einkommenssteuer bezahlt zu haben, geantwortet habe: »That makes me smart«. Der Trick in Trumps Reaktion bestehe darin, dass

Freedom House oder dem Göteburger V-Dem-Institut – diagnostizierten für die USA unter Trump ein anhaltendes »democratic backsliding«.

10 Dieter Thomä, »Der Präsident als puer robustus (kursiv i.O.). Donald Trump, Thomas Hobbes und die Krise der Demokratie«, in: *Leviathan* 45, Nr. 2 (2017), S. 154–179, alle Zitate S. 157 ff.

11 Ebenda, S. 159–163.

12 Zum Folgenden ebenda, S. 164–169.

er den Vorwurf damit bestätige, ihn aber zugleich ins Positive wende. Die Regeln zu brechen, um einen maximalen persönlichen Vorteil zu erzielen, mache ihn in der Selbstwahrnehmung zu einem schlaunen Mann. Trump folge der Devise »Rules are for losers«, sein Weltbild ähnele sehr dem Hobbes'schen Naturzustand, in dem der Mensch als das böseste aller Tiere erscheine und sich in einem permanenten Überlebenskampf befände. Trumps Sozialdarwinismus, seine Überzeugung, dass er ein »Killer«¹³ sein müsse, um zu überleben, dass Angriff die beste Verteidigung sei und nur Siege zählten, ist ihm – das sagen alle seine Biographen und von nah wie fern urteilende klinische Psychologen übereinstimmend – in der Kindheit von seinem Vater eingebläut worden. Die Haltung, dass nur die skrupellosesten Betrüger überleben, hat sein Geschäftsgebaren als New Yorker Immobiliencycoon, Celebrity und Showmaster genauso bestimmt wie sein Privatleben. Auf einen kurzen Nenner gebracht ging es ihm vor allem um die Sammlung von Trophäen: die Frauen mit dem »besten Körper«, die längste Stretch-Limousine, die höchsten Gebäude oder auch das Haus, das mit Geld nicht zu kaufen ist, nämlich das Weiße Haus – am besten alle mit seinem Namen versehen und vergoldet.¹⁴

Psychoanalytisch gesprochen könnte man Trump tatsächlich so sehen, wie auch er sich beschreibt: als »Killer« oder als »Tier«. Trump wird beinahe ungefiltert von seinem »Es«, seinen Trieben und Gelüsten, regiert. Weil ein »Über-Ich«, so etwas wie ein soziales Gewissen, bei ihm nicht existiert, trägt er auch so ein gigantisches und unbeschränktes Ego zur Schau. Was anderen peinlich wäre, weil es so grotesk ist, erscheint ihm als das Normalste der Welt: dass er der reichste, der schlaueste, der von allen am meisten geliebte, ja der von Gott auserwählte Mensch auf Erden sei. Gott war es auch, der ihm zum größten Dealmaker und zum größten »Arbeitsplatzbeschaffer« auf Erden gemacht habe. Als Trump im Oktober 2020 positiv auf das Coronavirus getestet wurde, meinte er in einer Videobotschaft an die Nation, dass Gott ihn mit dem Virus »gesegnet« habe, damit er es persönlich besiege. Er versprach, den ungetesteten Medikamentencocktail, den er eingenommen und der ihn geheilt habe, in Hunderttausenden Dosen kostenlos an das Volk zu verteilen.¹⁵ Es schien wieder einmal so, als hätte Trump, der in seinem Leben nie ein Buch gelesen hat, seinen Max Weber studiert, der unter Charisma »eine als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlich-

13 Bertram Eisenhauer, Sei ein Killer, sei ein König, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 2.10.2016, S. 11–13.

14 Vgl. stellvertretend für die Biographen Michael D'Antonio, *Never Enough. Donald Trump and the Pursuit of Success*, New York 2015; für die aus der Nähe urteilende klinische Psychologin siehe das Buch der Nichte Donald Trumps Mary L. Trump, *Too Much and Never Enough. How My Family Created the World's Most Dangerous Man*, New York 2020; für einen von fern urteilenden Philosophen, der sich die psychoanalytischen Kategorien Erich Fromms zunutze machte, vgl. Douglas Kellner, »Donald Trump as Authoritarian Populist: A Frommian Analysis«, in: Douglas Kellner, *American Nightmare. Donald Trump, Media Spectacle, and Authoritarian Populism*, Rotterdam 2016, S. 29–39.

15 Vgl. Maggie Haberman / Katie Thomas, »I think this was a blessing from God that I caught it', Trump says of the virus in a new video«, in: *New York Times* vom 7.10.2020, <https://www.nytimes.com/2020/10/07/us/trump-video-blessing-from-god.html> (Zugriff: 25.5.2021).

keit« verstand, »um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften [begabt] oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird«¹⁶. Trumps »charismatische Autorität« beruhte nicht darauf, dass er über solche Zauberkräfte tatsächlich verfügte, sondern dass eine hinreichend große Anzahl von Anhängern und »Jüngern« an diese übermenschlichen Qualitäten in ihm glaubte und ihm deshalb ihre »affektuelle Hingabe« schenkte.¹⁷

Deutlich wird hier, dass die Anhänger Trumps in ihm nicht nur ein Ebenbild (er ist »einer von uns«) suchten und fanden, sondern auch ein Idealbild, einen Heiland. Es gebe Dinge, so ihre Wahrnehmung, die eben nur Trump für sie tun könne, weil nur er die dafür nötigen übernatürlichen, Superman-ähnlichen Kräfte habe¹⁸: das Virus besiegen, den Korruptionssumpf in Washington trockenlegen, die »fake news« in die Schranken weisen, die großartige Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen, der Wall Street Paroli bieten, Amerika wieder groß machen. Für seine Jünger und Anhänger ist Trump der »massive Störenfried«¹⁹, den es brauche, um die Kräfte des Bösen, welche die massiv gestörte Ordnung verteidigten, zu besiegen. Was der Psychoanalyse als Krankheitsbild gilt, erscheint dem glaubenden Kollektiv der Trump-Anhänger als Gottes Segen: der extrem narzisstische Mensch, der sich »nur für sich selbst interessiert, seine Begierden, seine Gedanken, seine Wünsche«, der »endlos über seine Ideen, seine Rolle, seine Pläne spricht« und dabei »alles besser weiß als jeder andere«²⁰. Auch die böartige Aggression, die Brutalität und der Sadismus, die sich bei Trump zum Beispiel darin zeigen, dass ihm ein Sieg über den Gegner nicht reicht, sondern er ihn beinahe zwanghaft auch noch öffentlich demütigen muss, dürfte vom glaubenden Anhänger-Kollektiv eher nützlich als destruktiv und gefährlich wahrgenommen werden wie aus psychoanalytischer Perspektive.²¹ Das Pech für das glaubende Kollektiv ist auf lange Sicht nur, dass es nicht allein ein Idealbild anhimmelt, sondern auch einem Trugbild aufsitzt. Der Superman in der Wirklichkeit überschätzt anders als derjenige im Comic

16 Zitiert bei Wilfried Nippel, »Charisma und Herrschaft«, in: Wilfried Nippel (Hrsg.), *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Macht von Perikles bis Mao*, München 2000, S. 7–22, S. 7.

17 Ebenda, S. 7–12.

18 Vgl. auch schon Patrick Horst, »Wahlkampf in den USA: Der entfesselte, unmaskierte Präsident. Superman im aussichtslosen Kampf gegen das tödliche Virus«, in: *regierungsforschung.de* vom 27.10.2020, <https://regierungsforschung.de/wahlkampf-in-den-usa-der-entfesselte-unmaskierte-praesident/> (Zugriff: 25.5.2021).

19 Thomä, Präsident, aaO (FN 10), S. 166–169.

20 Die Zitate scheinen zwar auf Trump zugeschnitten, entstammen aber einer Studie der Persönlichkeit Adolf Hitlers von Erich Fromm. Hier zitiert bei Kellner, *American Nightmare*, aaO (FN 14), S. 31.

21 In James David Barbers berühmter Typologie präsidentieller Charaktere (*The Presidential Character*, Englewood Cliffs 1972) wäre Trump wie Richard Nixon, Lyndon B. Johnson oder Woodrow Wilson dem »aktiv-negativen« Typus zuzurechnen. Vgl. Michael A. Genovese, »Trump's Personality Predicts Self-Inflicted Downfall«, in: *The PEP Report*, Spring 2017, S. 22–24.

seine Macht, weshalb er scheitern wird.²² Der echte Superman ist gar nicht Superman, sondern nur eine Attrappe, ein aufgeblasenes Super-Ego.²³

2. Trumps demagogische Rhetorik

Trump's öffentliche Kommunikation und Rhetorik war und ist von seiner privaten nicht zu unterscheiden, was die Analyse relativ einfach macht. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als der ziemlich unvermittelte und unverfälschte Ausfluss seiner autoritären Persönlichkeit. Dies beginnt damit, dass Trump schon als Kandidat und genauso als Präsident großen Wert darauflegte, spontan und improvisiert (»unscripted«) zu erscheinen.²⁴ Er war es auch tatsächlich bis zu einem gewissen Grad, wich immer wieder von seinen Redemanuskripten ab, ließ sich gerne in Pressekonferenzen provozieren, um dann zum Gegenschlag ansetzen zu können. Auch genoss er es, Reporterfragen in scheinbar spontanen und dynamischen Settings – auf dem Rasen des Weißen Hauses, vor knatternden Hubschrauber-Rotoren, auf dem Rollfeld oder im Hangar eines Flughafens – entgegenzunehmen und seine Standpunkte über Lärm oder andere Widerstände hinweg hinauszuschreien.

Einer seiner »Lieblingsfeinde« und die personifizierte »fake news« war der CNN-Reporter Jim Acosta. Als dieser ihn in einer denkwürdigen Pressekonferenz nach den Halbzeitwahlen 2018 mit bohrenden Nachfragen zur Einwanderungspolitik und zur Russland-Untersuchung von Sonderberater Robert Mueller nervte, ließ er ihm sogar für kurze Zeit die Akkreditierung entziehen – revidierte die Entscheidung aber nach Presseprotesten wieder.²⁵ So sehr Trump die Qualitätsmedien als »fake news« verabscheute, so symbiotisch war seine Beziehung zu ihnen. Letztlich brachten sie

22 Vgl. Thomä, Präsident, aaO (FN 10), S. 159.

23 Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, dass bei Trumps Wahlkampfauftritten im Publikum und auch bei der Erstürmung des Kapitols immer wieder Anhänger im Superman-Kostüm auftraten. Trump soll selbst auch erwogen haben, sich nach seiner Entlassung aus dem Walter-Reed-Krankenhaus öffentlich das Hemd vom Leib zu reißen und im Superman-Kostüm zu posieren. Vgl. Brooke Seipel, »Rally crowd chants 'Superman' after Trump talks coronavirus recovery«, in: *The Hill* vom 19.10.2020, <https://thehill.com/homenews/campaign/521787-rally-crowd-chants-superman-after-trump-talks-coronavirus-recovery>; Danielle Kurtzleben, »Macho Politics Defined Trump's Presidency, Culminating With Capitol Riot«, in: National Public Radio vom 18.1.2021, <https://www.npr.org/2021/01/18/957617150/macho-politics-defined-trumps-presidency-culminating-with-capitol-riot> (Zugriff: jeweils 25.5.2021).

24 Vgl. Kathleen Hall Jamieson / Doron Taussig, »Disruption, Demonization, Deliverance, and Norm Destruction: The Rhetorical Signature of Donald J. Trump«, in: *Political Science Quarterly* 132, Nr. 4 (2017), S. 620–623.

25 Vgl. Manuela Nyffenegger, »Das Weiße Haus erlässt nach dem Streit mit CNN neue Presseregeln«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.11.2018, <https://www.nzz.ch/international/das-wei%C3%A4sse-haus-gibt-im-streit-mit-dem-cnn-reporter-nach-ld.1437911> (Zugriff: 25.5.2021); Jan Philipp Burgard, Ein Leben als Feind – Das Weiße Haus im Kampf gegen die Medien, in: Horst et al. (Hrsg.), USA, aaO (FN. 9), S. 221–233.

und sein »Propagandasender« Fox News²⁶ – der wahre Verbreiter von »fake news«²⁷ – ihn ins Amt, weil sie seiner Kandidatur kostenlose Aufmerksamkeit (»free media«) in einem Maße verschafften wie keinem seiner Mitbewerber.²⁸ Im Präsidentenamt angekommen, waren sie dann seine Lebensversicherung, weil den Qualitätsmedien als »Feinden des Volkes nicht geglaubt werden konnte und Fox News »alternative Fakten« anbot. Trump konnte noch so viel Unheil anrichten – für seine Anhänger waren alle investigativ zutage geförderten Missstände nicht mehr als die größte »Hexenjagd« der Geschichte.²⁹

Eine frühe, bereits nach einhundert Tagen im Präsidentenamt unternommene Untersuchung fand neben der scheinbaren Spontaneität und Authentizität weitere rhetorische Signaturen Trumps in seiner manichäischen Weltsicht, der Missachtung wissenschaftlicher Evidenz, der Rechenschaftsverweigerung und der Verachtung von Institutionen sowie präsidentiellen Verhaltensnormen.³⁰ Dieser Befund kann für die gesamte Amtszeit Trumps und darüber hinaus Geltung beanspruchen. Es bedarf kaum der Begründung, dass dies auch die Argumentations- und Ausdruckformen autoritärer Persönlichkeiten sind. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß springt uns aus allen maßgeblichen Gedankenfiguren Trumps entgegen. Der Niedergang Amerikas, von Trump in seiner Inaugurationsrede in den schwärzesten Farben gemalt (»American carnage«) kontrastiert mit der Erlösung (»Make America Great Again«), die nur er – »I alone can fix it« – liefern kann. Auch in Trumps Anfälligkeit für Verschwörungstheorien manifestiert sich diese manichäische Sichtweise auf die Welt, wonach böse Kräfte hinter den Kulissen das Gute bekämpften: Präsident Barack Obama, der den Trump-Tower abhöre; amerikanische Muslime, die den 9/11-Anschlag feierten; Bill und Hillary Clinton, die hinter dem Suizid von Investmentbanker Jeffrey Epstein stünden; linke Demokraten und »schwache« Republikaner, die Trump den Wahlsieg 2020 klauten.³¹

Eigentlich immer fehlt es bei Trump an Differenzierungen und Schattierungen. Nicht einige wenige Politiker seien korrupt, sondern die gesamte politische Elite. Nicht einzelne Muslime verübten Terroranschläge (Islamisten), sondern alle seien Terroristen, deshalb »islamischer Terrorismus«. Auch alle Demokraten seien »linksradika-

26 Vgl. Jane Mayer, »The Making of the Fox News White House«, in: *The New Yorker* vom 11.3.2019, <https://www.newyorker.com/magazine/2019/03/11/the-making-of-the-fox-news-white-house>; Jonathan Mahler / Jim Rutenberg, »How Rupert Murdoch's Empire of Influence Remade the World«, in: *The New York Times Magazine* vom 3.4.2019, <https://www.nytimes.com/interactive/2019/04/03/magazine/rupert-murdoch-fox-news-trump.html> (Zugriff: 25.5.2021).

27 Dazu Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 33–36.

28 Siehe Patrick Horst, »Die populistische Revolte in den USA – Donald Trump und die Zukunft der Republikanischen Partei in den USA«, in: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 65, Nr. 2 (2016), S. 157–158.

29 Vgl. Katy J. Harriger, »'Witch Hunts' and the Rule of Law: Trump, the Special Counsel, and the Department of Justice«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 3 (2020), S. 176–192.

30 Vgl. Jamieson / Taussig, Disruption, aaO (FN 24), S. 619–650.

31 Vgl. Roderick P. Hart, »Donald Trump and the Return of the Paranoid Style«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 2 (2020), S. 348–365.

le Sozialisten«, nicht nur Bernie Sanders, Alexandra Ocasio-Cortez oder einige Antifa- und Black-Lives-Matter-Gruppen. Eng verbunden mit seinem Schwarz-Weiß-Denken sind Trumps maßlose Übertreibungen: ISIS werde nicht nur besiegt, sondern »schnell und effektiv«; der »totale Sieg«. Übertreibungen sind unausweichlich, wenn Trump über sich und seine Fähigkeiten spricht: Niemand baue Mauern besser als er, niemand kenne das korrupte politische System besser als er – und nur er allein könne es deshalb reparieren; niemand sei ein besserer Präsident als er – und Obama »der schlechteste« von allen. Auch die Dämonisierung des politischen Gegners ist in das manichäische Weltbild einzuordnen: »Low Energy« Jeb Bush, »Crooked Hillary« Clinton, »Lying Ted« Cruz, »Little Marco« Rubio, »Pocahontas« Elizabeth Warren oder die »Loser« John McCain (weil er sich im Vietnam-Krieg gefangen nehmen ließ) und Mitt Romney (weil er die Präsidentschaftswahl 2012 mit Anstand verlor).³² Trump reicht der Sieg allein nicht, er hat das unstillbare Bedürfnis eines Sadisten, seine Kontrahenten öffentlich zu demütigen und sie zu »essentialisieren«: Ted Cruz hat nicht diese oder jene Lüge erzählt, sondern er sei im Kern verlogen, Hillary Clinton im Kern korrupt.³³ Liz Cheney, die Nummer drei der Republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus, kritisierte er als »schwach«, nachdem sie Trump für seinen Putsch scharf kritisiert und für die Anklage im Amtsenthebungsverfahren gestimmt hatte. Als sie dann von der Fraktion ihres Amtes enthoben worden war, legte er nach: sie sei ein »bitterböser, schrecklicher Mensch«³⁴.

Ein maßloser Aufschneider wie Trump nimmt es mit der Wahrheit beziehungsweise den evidenzbasierten Fakten nicht so genau – dieses Phänomen ist so oft festgestellt worden, dass man sich scheut, es ein weiteres Mal zu tun. Trumps Präsidentschaft hat einen neuen Berufszweig im Journalismus auf den Plan gerufen, den »fact checker«. Immer wenn der Präsident angebliche Fakten zur Untermauerung seiner Position anführte, musste und konnte davon ausgegangen werden, dass er sie in seinem Interesse verfälscht hatte. Das betraf Arbeitslosenstatistiken genauso wie Wettervorhersagen (Hurrikan »Dorian« im September 2019) oder wissenschaftliche Expertisen von Klimaforschern und Virologen. Man mag das belächeln und mit einem Achselzucken abtun, weil man es ja besser weiß – die systematisch von höchster staatlicher Stelle betriebene Wahrheitsverdrehung wird aber zu einem Problem, weil es viele Bürger eben nicht besser wissen und es ihnen auch nicht zugemutet werden kann, die Informationen von staatlicher Seite ständig auf ihre Richtigkeit hin überprüfen zu müssen. Eine solche Überforderung erschüttert den Staat in seinen Grundfesten. Die systematischen Desinformationskampagnen waren insofern vielleicht das zentrale Element der Trump-Präsidentschaft, weil sie Trump nicht nur überhaupt erst ins Präsidentenamt

32 Vgl. Jamieson / Taussig, *Disruption*, aaO (FN 24), S. 623–626.

33 Vgl. George C. Edwards III, »The Bully in the Pulpit«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 2 (2020), S. 286–324, S. 287.

34 Zitiert bei Oliver O’Connell, » ‘A bitter horrible human being’: Trump slams Liz Cheney in gloating statement as she loses leadership role«, in: *The Independent* vom 13.5.2021, <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/liz-cheney-trump-vote-out-b1846297.html> (Zugriff: 25.5.2021).

brachten³⁵, sondern dann auch sein wichtigstes Instrument waren, um aus dem Präsidentenamt heraus den Angriff auf die Institutionen der liberalen Demokratie zu führen.

Nirgends wurde dies deutlicher als in der Coronaviruspandemie und der Kampagne des abgewählten Präsidenten, den Wahlsieg Joe Bidens nicht anzuerkennen («Stop the Steal»). Das Coronavirus leugnete Trump zunächst als »chinesische Falschmeldung« («Chinese hoax») ganz, dann spielte er es als »chinesisches Virus« herunter. Bob Woodward enthüllte zwei Monate vor der Wahl, dass Trump dies aus wahlstrategischen Motiven absichtlich getan habe, obwohl er über die tödliche Gefahr schon seit dem 7. Februar 2020 informiert gewesen sei.³⁶ Nicht in den Sinn schien Trump gekommen zu sein, dass er damit die effektive Bekämpfung der Pandemie aus dem Weißen Haus heraus boykottierte und dies im Ergebnis Menschenleben kosten würde. Hier kam eine weitere rhetorische Signatur Trumps ins Spiel: die beharrliche Zurückweisung und Flucht vor politischer Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht.³⁷ Für das Virus und seine Folgen machte er wahlweise China, Europa, die Gouverneure Demokratisch regierter Einzelstaaten oder Anthony Fauci, den weltweit renommierten Infektionsschutzexperten seiner Regierung verantwortlich, nicht aber sich selbst. Öffentlich bekümmerte es Trump nicht, dass bei einer frühzeitigen, entschlossenen Reaktion auf das Virus Stand Oktober 2020 mindestens 60 Prozent der bis dahin 224.000 Toten laut einer Studie renommierter Gesundheitsforscher hätte gerettet werden können.³⁸ Der einzig schwache Trost ist, dass immerhin die Mehrheit der Wähler am 3. November wusste, wen sie zur Rechenschaft zu ziehen hatte; dies bringt aber keines der fahrlässig aufs Spiel gesetzten Menschenleben zurück.

Auch die Weigerung des abgewählten Präsidenten, seine Wahlniederlage zu akzeptieren, gehört in diesen Zusammenhang. Sie kündigte sich sehr früh im Wahljahr mit haltlosen, durch keine Evidenz belegten Behauptungen an, dass die Briefwahl zu massivem Wahlbetrug führen würde. Weil die Pandemie es vielen Bürgern zu gefährlich oder unmöglich machte, die Wahllokale aufzusuchen, waren die Einzelstaaten bereits im Laufe der Vorwahlen im Frühjahr 2020 dazu übergegangen, die Briefwahl und das vorzeitige Wählen zu erleichtern. Dies geschah vielfach unabhängig davon, ob in einem Staat die Demokraten oder die Republikaner die Staatenhäuser und das Gouverneursamt kontrollierten. Trump aber fühlte sich instinktiv benachteiligt und behauptete,

35 Vgl. dazu Robert S. Mueller III, *Report on the Investigation into Russian Interference in the 2016 Presidential Election*, U.S. Department of Justice, Washington D.C. 2019; sowie den fünfbandigen Bericht des U.S. Senate Select Committee on Intelligence, *Russian Active Measures Campaigns and Interference in the 2016 U.S. Election*, S-Rept. 116–290, 10.11.2020.

36 Vgl. Arno Widmann, »Bob Woodward in Rage: ‚Trump ist der falsche Mann für den Job‘, in: Frankfurter Rundschau vom 30.9.2020, <https://www.fr.de/kultur/literatur/donald-trump-bob-woodward-rage-usa-anthony-fauci-george-floyd-jared-kushner-corona-epidemie-praesident-90056415.html> (Zugriff: 25.5.2021); Bob Woodward, *Rage*, New York 2020.

37 Vgl. Jamieson / Taussig, aaO (FN 24), S. 631–635.

38 Vgl. Irwin Redlener / Jeffrey D. Sachs / Sean Hansen / Nathaniel Hupert, »130,000 – 210,000 Avoidable Covid-19 Deaths – and Counting – in the U.S.«, National Center for Disaster Preparedness, Columbia University, New York, 21. Oktober 2020.

dass Republikaner nie mehr eine Wahl gewinnen würden, wenn es zu einem weiteren Ausbau der Briefwahl komme. Er scheute selbst davor nicht zurück, den Einzelstaaten via Twitter mit dem Stopp föderaler Hilfszahlungen zur Bekämpfung des Coronavirus zu drohen, sollten sie den Wählern von sich aus und nicht auf Antrag Briefwahlunterlagen zusenden. In der ersten TV-Debatte warnte Trump vor 70 Millionen Zuschauern, dass es zu einem Betrug kommen werde, wie man ihn noch nie gesehen habe. Für diesen Fall sollten sich die »Proud Boys«, eine neofaschistische, chauvinistische Männer-Gruppierung, die bei Rednern der rechten Szene oft als Sicherheitsdienst auftritt, als Wahlbeobachter bereithalten. Die »Proud Boys« sollten dann am 6. Januar 2021 beim Sturm auf das Kapitol neben anderen rechtsextremen Milizen wie den »Oath Keepers« eine zentrale Rolle spielen.³⁹

Für diesen Anschlag auf das Herz der amerikanischen Demokratie, der fünf Menschen das Leben kostete und zahlreiche Kongressmitglieder um ihr Leben fürchten ließ, wies Trump wie gewohnt jede Verantwortung von sich. Dabei war es für jeden halbwegs aufmerksamen Nachrichtenkonsumenten offensichtlich, dass er den Aufruhr mit seiner »zunehmend verzweifelten, lügnerischen und verwirrten Kampagne«⁴⁰, das Wahlergebnis durch einzelstaatliche Legislativen, Wahlbehörden, Gerichte, den Kongress und schließlich selbst Vizepräsident Mike Pence zu kippen, aufgestachelt hatte. Trotz der offensichtlichen, von allen maßgeblichen Instanzen bestätigten Beweislage, dass Biden die Wahl rechtmäßig gewonnen hatte, entschieden sich am 6. und 7. Januar 2021 zwei Drittel der Republikaner im Repräsentantenhaus und acht von 50 der Republikanischen Senatoren dafür, das Wahlergebnis nicht zu zertifizieren. Im wenig später vom Repräsentantenhaus eingeleiteten zweiten Amtsenthebungsverfahren gegen Trump schlossen sich nur zehn Republikanische Abgeordnete (darunter Liz Cheney) der Anklage der »Aufstachelung zum Aufruhr« an. Einen Monat später – Trump war bereits nicht mehr im Amt, hätte aber mit einer Verurteilung von künftigen Kandidaturen für öffentliche Ämter ausgeschlossen werden können – sprachen 43 der 50 Republikaner im Senat ihn im Amtsenthebungsverfahren frei. Zu welchem strategischen Spagat sie sich dabei gezwungen sahen, verdeutlichte die haarspalterische Argumentation des Republikanischen Mehrheitsführers Mitch McConnell. Einerseits warf er Trump »ein schändliches Pflichtversäumnis« vor, andererseits nahm er für die Republikanischen Senatoren in Anspruch, mit dem Freispruch ihrer »verfassungsmäßigen Pflicht« gefolgt zu sein.⁴¹ Diese Behauptung gründete er auf das von vielen Verfassungsrechtlern angezweifelte Argument, dass Amtsträger nach dem Ende ihrer Amtszeit nicht mehr angeklagt und verurteilt werden könnten.⁴²

39 Vgl. Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (Fn 6), S. 137–143 und 195–207.

40 Gary C. Jacobson, »Donald Trump's Big Lie and the Future of the Republican Party«, in: *Presidential Studies Quarterly*, Early View, 15.4.2021, DOI: 10.1111/psq.12176, S. 1.

41 McConnell on Impeachment, »'Disgraceful Dereliction' Cannot Lead Senate to 'Defy Our Own Constitutional Guardrails'«, Pressemitteilung vom 13.2.2021, ausführlich zitiert bei Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (Fn. 6), S. 232–233.

42 Der Ansicht, dass eine solche Anklage sehr wohl auch noch nach dem Ausscheiden aus dem Amt möglich ist, sind zum Beispiel Keith E. Whittington, »Can a Former President Be

3. Trumps despotisch-chaotischer Regierungsstil

Trump's demagogische Rhetorik hatte handfeste Folgen für sein Regierungshandeln, im Grunde bestand es aus Norm- und Gesetzesbrüchen. Der groteske »Selbst-Coup« Trumps vom 6. Januar 2021 war nur der symbolträchtige Gipfelpunkt der vielen Ereignisse, in denen dies während der Präsidentschaft offenkundig wurde. Umso erstaunlicher mag beim Blick zurück die Tatsache erscheinen, dass anfangs viele noch die Auffassung hegten, der Präsident ließe sich im Amt zähmen und einhegen. Selbst engste Berater äußerten die Einschätzung, dass Trump mit der Psyche eines bockigen Kleinkindes ausgestattet sei. Dennoch traten die vielbeschworenen »Erwachsenen im Raum«, anfangs häufig Generäle⁴³, ihre Position in der Regierung mit der Zuversicht an, das »Ober-Kleinkind« (»Toddler in Chief«⁴⁴) in Trump zum Präsidenten erziehen zu können. Gelegentlich sollten sie tatsächlich erfolgreich Schlimmeres verhindern, früher oder später mussten sie jedoch einsehen, dass sie gescheitert waren. So hielt Verteidigungsminister Jim Mattis Trump zu Beginn seiner Amtszeit von Militärschlägen auf den Iran und auch von einem überstürzten Rückzug aus Syrien ab, solange ISIS noch nicht besiegt war. Am Ende aber setzte der Präsident seinen Willen durch, zog sich aus Syrien zurück und überließ das Feld dem russischen, türkischen und syrischen Diktator. Mattis trat aus Protest zurück.⁴⁵ Vor Mattis mussten bereits zwei weitere Generäle erkennen, dass sie Trump nicht wirksam einhegen konnten: im März 2018 entließ Trump seinen nationalen Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster per Tweet; Anfang Dezember 2018 kündigte John F. Kelly seinen Rückzug vom Posten des Stabschefs an.⁴⁶

Robert J. Spitzer hat argumentiert, dass der Schlüssel zum Verständnis Trumps in fünf Regeln zusammengefasst werden kann: »Regel eins: Donald Trump tut genau das, was er tun will. Regel zwei: Das Gesetz bedeutet Trump nichts. Regel drei: Geld verdienen ist das Wichtigste in Trumps Leben. Regel vier: Die Wahrheit ist eine austauschbare und entbehrliche Ware. Regel fünf: Trump kümmert sich nicht um Politikinhalt.«⁴⁷ Anhand dieser fünf Regeln lässt sich Trumps Regierungsstil tatsächlich erschöpfend beschreiben. Man könnte sogar argumentieren, dass die erste Regel

Impeached and Convicted?«, in: *Lawfare Blog* vom 25.1.2021, <https://www.lawfareblog.com/can-former-president-be-impeached-and-convicted>; Brian C. Kalt, »The Constitutional Case for the Impeachability of Former Federal Officials: An Analysis of the Law, History, and Practice of Late Impeachment«, in: *Texas Review of Law and Politics* 6, <https://ssrn.com/abstract=286277> (Zugriff: 25.6.2021).

43 Vgl. Peter Bergen, *Trump and His Generals: The Cost of Chaos*, New York 2019.

44 Daniel W. Drezner, *The Toddler in Chief. What Donald Trump Teaches Us About the Modern Presidency*, Chicago 2020.

45 Vgl. Helene Cooper, »Jim Mattis, Defense Secretary, Resigns in Rebuke of Trump's Worldview«, in: *The New York Times* vom 20.12.2018, <https://www.nytimes.com/2018/12/20/us/politics/jim-mattis-defense-secretary-trump.html> (Zugriff: 25.5.2021).

46 Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 27–30.

47 Robert J. Spitzer, »Conclusion: The Five Rules of Trump«, in: Charles M. Lamb / Jacob R. Neiheisel (Hrsg.), *Presidential Leadership and the Trump Presidency: Executive Power and Democratic Government*, Cham 2020, S. 151–168, S. 151.

ausreicht, weil aus ihr alles andere erwächst. Trump hat Regel eins mehrfach selbst wörtlich formuliert; seiner Auffassung nach gibt ihm Artikel II der US-Verfassung »das Recht zu tun, was immer ich will«⁴⁸. In der Personalpolitik gibt ihm diese eklatant falsche Interpretation des zweiten Verfassungsartikels angeblich das Recht, einzustellen, zu entlassen und zu begnadigen, wen immer er will. So ernannte Trump zum Beispiel seinen Sohn Donald Jr., seine Tochter Ivanka und seinen Schwiegersohn Jared Kushner zu Top-Beratern in flagranter Verletzung des »Anti-Nepotismus-Gesetzes« von 1967, das dem Präsidenten die Ernennung von Verwandten für Behörden unter seiner Leitung untersagt.⁴⁹

Wer Trumps erste Regel missachtete, musste damit rechnen, nicht lange der Entourage des Präsidenten anzugehören. Schon zur Halbzeitbilanz wurde festgestellt, dass Trumps Umschlag an Personal Rekordniveau erreicht hatte: von seinen 24 Ministern waren bis Ende 2018 etwas mehr als die Hälfte (13), von seinen 65 engsten Beratern zwei Drittel ausgetauscht worden.⁵⁰ Über die komplette Dauer der Präsidentschaft hielten überhaupt nur sechs Berater im Kabinettsrang durch: Vizepräsident Mike Pence, Finanzminister Steven Mnuchin, Handelsminister Wilbur Ross, Gesundheitsminister Ben Carson, Landwirtschaftsminister Sonny Perdue und der Handelsbeauftragte Robert Lightizer. Die restlichen 18 wurden »gefeuert« oder gingen freiwillig, auf manchen Positionen wurden zwei und mehr Personen verschlissen. Über die gesamte Amtszeit Trumps hinweg kam es zu 24 Rücktritten oder Entlassungen von Beratern im Kabinettsrang, wobei die große Mehrzahl der geschäftsführenden Minister (»acting secretaries«) noch nicht einmal mitgezählt worden ist.⁵¹ In vier Jahren wechselte Trump 60 der 65 engsten Berater des sogenannten »A-Teams« (92 Prozent) aus. 27 der 60 Positionen (45 Prozent) wurden von ihm mindestens zweimal neu besetzt. Zum Vergleich: Von Reagan bis Obama tauschten die Präsidenten im Durchschnitt zwischen 60 und 80 Prozent ihres »A-Teams« aus.⁵² Symptomatisch war demgegenüber, dass alle Familienmitglieder Trumps von Anfang bis Ende dem Beraterstab angehörten. Sie kannten das oberste Gesetz des Trump-Imperiums, kamen ihrem Familienpatriarchen nicht in die Quere und schenkten ihm die Bewunderung, die er verlangte.

Ein wiederkehrendes Thema in Trumps Präsidentschaft war die häufige Ernennung geschäftsführender Minister (»acting secretaries«): »Ich mag geschäftsführend«, hatte

48 Siehe dazu das folgende Video: »All the times Trump said the Constitution lets him do whatever he wants«, in: *Washington Post* vom 24.7.2019, https://www.washingtonpost.com/video/politics/all-the-times-trump-said-the-constitution-lets-him-do-whatever-he-wants/2019/07/24/10bc7309-92f2-4886-a65a-e6738b13380b_video.html (Zugriff: 25.5.2021).

49 Vgl. Spitzer, Conclusion, aaO (FN 47), S. 153.

50 Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 29 f.

51 Recherchen im Wikipedia-Eintrag »Cabinet of Donald Trump«. Von den zahlreichen geschäftsführenden Beratern im Kabinettsrang wurden nur Stabschef Mick Mulvaney (amtierte vom 2. Januar 2019 bis zu seiner Entlassung am 31. März 2020) und Heimatschutzminister Chad Wolf (13. November 2019 bis zu seinem Rücktritt am 11. Januar 2021) aufgrund ihrer unverhältnismäßig langen Führung der Geschäfte gewertet.

52 Vgl. Kathryn Dunn Tenpas, *Tracking Turnover in the Trump Administration*, Brookings Report, Washington D.C. 2021.

der Präsident einmal in seiner unbeholfenen Ausdrucksweise erklärt, »es gibt mir mehr Flexibilität«⁵³. Der Grund ist offensichtlich: Geschäftsführende Minister müssen nicht vom Senat bestätigt werden. Während die Präsidenten von Carter bis Obama durchschnittlich 30 Prozent ihrer Kabinettsmitglieder auf geschäftsführender Basis beschäftigten, waren dies bei Trump in den ersten drei Jahren etwas mehr als die Hälfte. Bereits nach drei Jahren hatte Trump mehr geschäftsführende Minister ernannt als Clinton, George W. Bush oder Obama in acht Jahren.⁵⁴ Das wahre Ausmaß des Missbrauchs erschließt sich jedoch erst beim Blick in den »Federal Vacancies Reform Act« von 1998, der die Ernennung geschäftsführender Minister im Wesentlichen an zwei Voraussetzungen knüpft. Zum einen dürfen nur bestimmte Personen – nämlich der stellvertretende Behördenleiter, ein leitender Beamter der Behörde oder eine Person, die bereits vom Senat ernannt worden ist – ernannt werden, zum anderen dürfen die Ernennungen nur für die Zeit von maximal 210 Tagen erfolgen oder aber solange, wie eine erste oder zweite Nominierung für die Position vor dem Senat anhängig ist.⁵⁵ Trump ernannte wiederholt Personen zu geschäftsführenden Behördenleitern, die nicht berechtigt oder deren Berechtigung umstritten war und die auch nicht über die nötige Qualifikation für die Stelle verfügten. Und er hielt viele geschäftsführende Behördenchefs länger im Amt, als es zulässig war.⁵⁶

Dem Alleinherrscher der Trump-Organisation gänzlich fremd war die Idee, dass er sich auch bei Entlassungen an Regularien oder Normen zu halten hätte. Besondere Sensibilität wird von einem Präsidenten gegenüber dem Justizministerium, den nationalen Sicherheitsbehörden und den zwar in der Exekutive angesiedelten, aber aufgrund ihres internen Kontrollauftrags mit einer größeren Unabhängigkeit ausgestatteten Aufsichtsbehörden erwartet. Trump konnte diese Norm nie akzeptieren; wenige Wochen nach Amtsantritt wollte er bereits Justizminister Jeff Sessions entlassen, weil dieser sich wegen Befangenheit aus der laufenden Ermittlung über die Einmischung Russlands in den Wahlkampf zurückgezogen hatte. Trump hielt sich in diesem Fall einmal ausnahmsweise an den Rat seiner Mitarbeiter und entließ Sessions bis zur verlorenen Halbzeitwahl im November 2018 nicht. Anstelle Sessions' feuerte Trump am 9. Mai 2017 FBI-Direktor James Comey, nachdem dieser sich nicht nur geweigert hatte, Trumps ersten nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn laufen zu lassen, sondern auch nicht öffentlich bezeugen wollte, dass gegen Trump im Zusammenhang mit der Russland-Konspiration nicht ermittelt werde. Wie er später selbst eingestand, lag der Grund für die Entlassung darin, dass er »wegen Russland unter großem Druck stand.

53 Zitiert bei Bob Bauer / Jack Goldsmith, *After Trump. Reconstructing the Presidency*, Washington D.C. 2020, S. 320.

54 Vgl. ebenda.

55 Vgl. Valerie C. Brannon, *The Vacancies Act: A Legal Overview*, CRS Report, Washington D.C., 28.5.2020, S. 10–12.

56 Vgl. Bauer / Goldsmith, *After Trump*, aaO (FN 53), S. 320–325; Anne Joseph O'Connell, »Actings«, in: *Columbia Law Review* 120, Nr. 3 (2020), S. 613–728; Becca Damante, »At Least 15 Trump Officials Do Not Hold Their Positions Lawfully«, in: *Just Security* vom 17.9.2020, <https://www.justsecurity.org/72456/at-least-15-trump-officials-do-not-hold-their-positions-lawfully/> (Zugriff: 25.5.2021).

Das hat sich gelegt⁵⁷. Comeys Freistellung war ein klarer Fall von Obstruktion der Justiz und somit ein Vergehen, das zur Amtsenthebungsklage berechtigt hätte.

Hinter Trumps Personalpolitik stand oftmals nicht viel mehr als der Wunsch, sich, seine Familie, seine Freunde und seine politischen Mitstreiter vor unliebsamen Enthüllungen und möglicher Strafverfolgung zu schützen. Besonders eklatant trat dies in einer Serie von Entlassungen im April und Mai 2020 zutage, als Trump der Reihe nach fünf Generalinspektoren entließ. Den Auftakt machten am 7. April die Entlassungen von Michael Atkinson, dem Generalinspektor der Nachrichtendienste, und Glenn Fine, dem amtierenden Generalinspektor des Verteidigungsministeriums. Atkinson wurde entlassen, weil er die Whistleblower-Beschwerde, die zu Trumps Impeachment in der Ukraine-Affäre geführt hatte, gegen den Willen Trumps veröffentlicht hatte. Der als unabhängig geltende Fine wäre in seiner Funktion auch Leiter einer Behörde geworden, die mit der Aufsicht über die Verteilung der 2,2 Billionen Dollar aus dem Coronahilfspaket beauftragt war, was dem Präsidenten missfallen haben soll. Christi Grimm, die geschäftsführende Generalinspektorin des Gesundheitsministeriums wurde am 1. Mai 2020 ihres Amtes enthoben, nachdem sie einen kritischen Bericht über die Schutzausrüstung und die Testkapazitäten der Krankenhäuser während der Pandemie veröffentlichte. Am 15. Mai waren dann die Generalinspektoren des Außen- und des Verkehrsministeriums an der Reihe. Steve Linick (Außenministerium) entließ Trump auf Ersuchen seines Außenministers Mike Pompeo, weil Linick gleich zwei Korruptionsuntersuchungen gegen Pompeo durchführte. Außerdem prüfte er den Vorwurf, ob Pompeo bei den Waffenkäufen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate den Kongress unrechtmäßig umgangen hatte. Mitch Behm, amtierender Generalinspektor im Verkehrsministerium, wurde eine Korruptionsermittlung gegen Ministerin Elaine Chao zum Verhängnis. Der Ehefrau von Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell wurde vorgeworfen, dessen Heimatstaat Kentucky begünstigt zu haben.⁵⁸

Während die Entlassungen der drei geschäftsführenden Generalinspektoren zumindest dem Buchstaben des Gesetzes (»Federal Vacancies Reform Act«) folgten, waren die Entlassungen der beiden Generalinspektoren Atkinson und Linick deutlich problematischer. Zwar wurde auch hier dem Buchstaben des betreffenden Gesetzes (»Inspector General Act«) wenigstens insoweit Rechnung getragen, als dass der Kongress wie erforderlich 30 Tage vorher von den Entlassungen in Kenntnis gesetzt wurde.⁵⁹ Die von Trump angeführte unspezifische Begründung, dass er das Vertrauen in die beiden Generalinspektoren verloren habe, wurde jedoch von Senatoren beider Parteien als unzureichend gewertet. Der Republikanische Senator Chuck Grassley machte gegenüber dem Weißen Haus deutlich, dass Generalinspektoren nur aus einem »guten

57 Zitiert bei Mueller III, Report, aaO (FN 35), Bd. 2, S. 62.

58 Vgl. Melissa Quinn, »The Internal Watchdogs Trump Has Fired or Replaced«, in: *CBS News* vom 19.5.2020, <https://www.cbsnews.com/news/trump-inspectors-general-internal-watchdogs-fired-list/> (Zugriff: 25.5.2021).

59 Vgl. Todd Garvey, *Presidential Removal of IGs Under the Inspector General Act*, CRS Legal Sidebar, Washington D.C. am 22.5.2020.

Grund« (»good cause«) entlassen werden dürften, weil sonst die Rechenschaftspflicht des Präsidenten Schaden nehme. Trump ließ sich jedoch auch durch eine von Grassley angedrohte Blockade anderer Nominierungen nicht beeindrucken.⁶⁰

Trump's oberste Maßregel, dass er als Präsident tun könne, was er wolle, schlug sich auch in seinem eigennütigen Gebrauch des Begnadigungsrechtes (»pardon power«) nieder. Nun ist das Begnadigungsrecht des Präsidenten tatsächlich in der Verfassung nahezu grenzenlos ausgestaltet – nur auf Amtsenthebungen und Verstöße gegen einzelstaatliche Gesetze erstreckt es sich nicht. Dennoch haben die Präsidenten vor Trump im Großen und Ganzen verantwortungsvollen Gebrauch von dieser Befugnis gemacht – wenn sie einmal ethisch fragwürdige Begnadigungen aussprachen wie George H.W. Bush zugunsten von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Zuge der Iran-Contra-Affäre oder Bill Clinton zugunsten des Steuerbetrügers und Demokratischen Großspenders Marc Rich, dann taten sie es zumeist am Ende ihrer Präsidentschaft. Trumps Gebrauch war demgegenüber in vieler Hinsicht ungewöhnlich: Er setzte das Begnadigungsrecht schon früh in seiner Präsidentschaft ein; er nutzte es, um politische Botschaften an seine Anhänger zu senden, nicht um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen, und um seine politischen Gegner zu provozieren; er umging fast immer den regulären Begnadigungsprozess im Justizministerium; er »belohnte« damit Freunde und politische Bundesgenossen, die sich für ihn die Hände schmutzig gemacht hatten und stellte es anderen vorab in Aussicht, um sie zu einem Gesetzesbruch zu verleiten; ungewöhnlich häufig nutzte er Begnadigungen oder Strafmilderungen, um sich vor unliebsamen Konsequenzen zu schützen.⁶¹

Seine erste Begnadigung galt Joe Arpaio, dem berüchtigten Polizeichef von Maricopa County (Arizona), der sich einem Gerichtsbeschluss, das »Racial Profiling« zu unterlassen, widersetzt hatte. Die Begnadigung sollte die politische Botschaft senden, dass er es mit einem strikten Kurs in der Einwanderungspolitik ernstmeinte. Im Mai 2019 begnadigte Trump den Armeeeffizier Michael Behenna, der einen Kriegsgefangenen im Irak getötet hatte, und im November desselben Jahres den »Navy-SEAL«-Zugführer Eddie Gallagher, der einen gefangenen jugendlichen ISIS-Kämpfer im Irak grundlos erstochen und danach mit der Leiche posiert hatte.⁶² Trump sendete mit diesen Begnadigungen die Botschaft, dass amerikanische Soldaten Todesmaschinen (»killing machines«) seien und selbst für Kriegsverbrechen nicht bestraft werden dürften. Andere Begnadigungen kamen korrupten Politikern (Rod Blagejovic, Chris Collins, Randy »Duke« Cunningham, Duncan Hunter, Kwame Kilpatrick, Rick Renzi, Steve Stockman) zugute, betrügerischen Geschäftsleuten (Elliott Broidy, Michael R. Milken, Hillel Nahmad, Sholam Weiss), Freunden der Familie (Ken Kurson, Charles Kushner, Albert J. Pirro Jr.) und Beratern Trumps, die in der Mueller-Untersuchung oder in

60 Vgl. Matthew Daly, »Grassley Vows to Block Trump Nominees Over Watchdog Firings«, in: *Associated Press* vom 5.6.2020, <https://apnews.com/article/e824cfec687655a4e4507271e0b82592> (Zugriff: 25.5.2021).

61 Vgl. Bauer / Goldsmith, *After Trump*, aaO (FN 53), S. 111–131.

62 Vgl. James P. Pfiffner, »Donald Trump and the Norms of the Presidency«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 96–124, S. 109.

anderen Zusammenhängen verurteilt worden waren (Stephen K. Bannon, Michael T. Flynn, Paul Manafort, George Papadopoulos, Roger J. Stone Jr., Alex van der Zwaan).⁶³

Politisch besonders skandalös waren die Umstände der Begnadigung (»pardon«) von Trumps erstem nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn und des Strafnachlasses (»commutation«) für den jahrzehntelangen Trump-Vertrauten Roger Stone, die beide im Umfeld der Mueller-Investigation verurteilt worden waren. Flynn, der gegenüber dem FBI über seine Russland-Kontakte während des Wahlkampfes 2016 gelogen hatte, begnadigte Trump im November 2020, nachdem zuvor der Versuch des Justizministers William Barr, in den Fall einzugreifen und Flynn laufenzulassen, am Widerstand eines Bundesrichters gescheitert war.⁶⁴ Roger Stone war im Dezember 2019 verurteilt worden, weil er über seine Kontakte zu WikiLeaks während des Wahlkampfes 2016 gelogen, Zeugen eingeschüchert und die Justiz behindert hatte, um Schaden von Trump anzuwenden. Trump hatte ihm von vornherein auch öffentlich in Aussicht gestellt, dass er ihn bei einer Verurteilung begnadigen würde. Nach der Verurteilung Stones griff Trump in das laufende Verfahren der Strafzumessung ein, indem er twitterte, dass Stone ein »Opfer einer korrupten illegalen Hexenjagd« sei und er diesen »Justizirrtum« nicht stehenlassen könne. Politische Beamte im Justizministerium griffen daraufhin in den Fall ein und reduzierten das Strafmaß von den vorgeschlagenen sieben bis zehn Jahren Gefängnis auf 40 Monate. Vier Bundesstaatsanwälte zogen sich aus Protest gegen diese regelwidrige Intervention von dem Fall zurück. Kurz bevor Stone im Juli 2020 seine Haft antreten sollte, ließ ihm Trump seine Strafe nach. Senator Mitt Romney twitterte: »Beispiellose, historische Korruption: Ein amerikanischer Präsident wandelt die Strafe einer Person um, die von einer Jury der Lüge überführt wurde, um eben diesen Präsidenten zu schützen.« Einen Tag vor Weihnachten begnadigte Trump seinen langjährigen »Mann fürs Grobe« vollends.⁶⁵

Über die weiteren Normen – der Höflichkeit, der Nichtverbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Stereotype, der Vermeidung von Interessenkonflikten im Amt, der Orientierung an Wahrheit und wissenschaftlicher Erkenntnis, der Kooperation mit den politischen Institutionen, des Nicht-Einsatzes des Militärs im Innern, des Vertrauens in die nationalen Sicherheitsdienste – die Trump mit seiner Regierungsweise verletzte, ließe sich noch vieles sagen.⁶⁶ Dafür ist hier aber leider nicht der Platz, we-

63 Vgl. »Here Are Some of the People Trump Pardoned«, in: *The New York Times* vom 26.1.2021, <https://www.nytimes.com/article/who-did-trump-pardon.html> (Abruf am 25. Mai 2021).

64 Vgl. Charlie Savage, »Trump Pardons Michael Flynn, Ending Case His Justice Dept. Sought to Shut Down«, in: *The New York Times* vom 25.11.2020, <https://www.nytimes.com/2020/11/25/us/politics/michael-flynn-pardon.html> (Zugriff: 25.5.2021).

65 Der Fall, einschließlich der Zitate, wird rekapituliert von Pfiffner, Donald, aaO (FN 62), S. 110 f.

66 Das Militär setzte Trump zum Beispiel im Wahlkampf 2018 ein, als er 5.000 Soldaten an die Grenze zu Mexiko schickte, um die vermeintliche »Einwanderer-Karawane« zu stoppen – allerdings ein reiner Wahlkampf-Stunt, das Militär wurde nicht eingesetzt. Gegen Black-Lives-Matter-Demonstranten, die aus Anlass der Ermordung des Afro-Amerikaners George

sentliche Punkte sind auch schon im Zusammenhang mit Trumps autoritärer Persönlichkeit und seiner demagogischen Rhetorik angesprochen worden. Hier soll abschließend noch eine zentrale Erwartung, die Amerikaner gemeinhin an ihren Präsidenten stellen und die Trump ebenfalls nicht erfüllte, beleuchtet werden – die Erwartung nämlich, dass Präsidenten eine reibungslos funktionierende Organisation im Weißen Haus errichten und sich darum bemühen, die allerbesten Mitarbeiter (»the very best people«) einzustellen.⁶⁷

Das Chaos begann schon während des Übergangs (»transition«) ins Präsidentenamt in der zweiten Hälfte des Jahres 2016, als Trump die Planungen von Gouverneur Chris Christie über den Haufen warf und Schwiegersohn Jared Kushner sowie Vizepräsident Mike Pence mit der Aufgabe betraute.⁶⁸ Über die gesamten vier Jahre hinweg gelang es nicht, einen strukturierten Arbeitsablauf im Weißen Haus zu installieren. Reince Priebus, der erste Stabschef im Weißen Haus, wurde nach sechs Monaten entlassen, nachdem Trump seine Autorität systematisch untergraben hatte, indem er ~~den~~ Steve Bannon (kurz nach Priebus entlassen) zum Chefstrategen sowie Kushner und Tochter Ivanka zu Chefberatern ernannt hatte. Den Nachfolgern im Amt des Stabschefs gelang es ebenso wenig, das Chaos im Weißen Haus zu bändigen. Trump verschliss in vier Jahren vier Stabschefs, fünf stellvertretende Stabschefs, vier Pressesekretäre, sechs Kommunikationsdirektoren, vier nationale Sicherheitsberater, sechs stellvertretende nationale Sicherheitsberater und fünf Direktoren der nationalen Geheimdienste. Weil Chaos »das Operationsprinzip« im Weißen Haus Trumps war, ist es auch als »die irrlichternde Präsidentschaft«⁶⁹ bezeichnet worden. »Kakistokratie«⁷⁰, Herrschaft der Schlechtesten, oder »Twitter-Präsidentschaft«⁷¹ brachte das regierende Chaos auch gut auf den Punkt.

Floyd durch den weißen Polizisten Derek Chauvin auf den Straßen der Hauptstadt protestierten, ließ Trump das Militär und die Nationalgarde aufmarschieren. Beim Sturm auf das Kapitol hielt sich die Nationalgarde demgegenüber auffällig zurück. Gegenüber den Nachrichtendiensten als vermeintlicher Teil des »deep state« ging Trumps Misstrauen so weit, dass er deren Erkenntnisse regelmäßig ignorierte und auch nur noch sporadisch ihre Briefings nutzte. Zu diesen und anderen Beispielen Pfiffner, Donald, aaO (FN 62), S. 96–124.

67 Vgl. David E. Lewis / Mark D. Richardson, »The Very Best People: President Trump and the Management of Executive Personnel«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1. (2021), S. 51–70.

68 Dazu John P. Burke, »'It Went Off the Rails': Trump's Presidential Transition and the National Security System«, in: *Presidential Studies Quarterly* 48, Nr. 4 (2018), S. 832–844.

69 Kenneth R. Mayer, »The Random Walk Presidency«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 71–95.

70 Norm Ornstein, »American Kakistocracy«, in: *The Atlantic* vom 9.10.2017, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/10/american-kakistocracy/542391/> (Zugriff: 25.5.2021).

71 Brian L. Ott / Greg Dickinson, *The Twitter Presidency. Donald J. Trump and the Politics of White Rage*, New York 2019.

4. Trumps bescheidene Errungenschaften und grandiose Fehlleistungen

Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl im November 2020 nach den großen Errungenschaften der Trump-Präsidentschaft gefragt, nannten die meisten Wähler (54 Prozent) den Anstieg der Börsenkurse, gefolgt von der Schaffung von Arbeitsplätzen (46 Prozent), dem Bau der Mauer und der Senkung der Steuern (jeweils 44 Prozent). Bemerkenswert ist, dass überhaupt nur eine Leistung Trumps – die Stärkung des Aktienmarktes – von einer Mehrheit der amerikanischen Wähler als große Errungenschaft gewertet wurde. Neben 80 Prozent der Trump-Anhänger nahmen dies auch 35 Prozent der Biden-Unterstützer so wahr. Die drei anderen Errungenschaften Trumps – Arbeitsplätze, Mauer, Steuersenkungen – waren »groß« nur im Urteil einer Minderheit der Wähler, wobei sogar nur zwischen acht und 15 Prozent der Biden-Unterstützer dies so sah. Die größten Fehlleistungen wurden von den Wählern im Management der Pandemie (62 Prozent), im Umweltschutz (60 Prozent), in der Hilfe für schwarze Amerikaner (55 Prozent), im Gesundheitsschutz von Menschen mit bestehenden Krankheiten und in der »Trockenlegung des Sumpfes« (jeweils 51 Prozent) wahrgenommen. Bemerkenswerterweise war der letzte Punkt, womit in Trumps Sprechweise die Bekämpfung der vermeintlich korrupten Eliten in Washington D.C. gemeint ist, für die meisten Republikaner (22 Prozent) die größte Fehlleistung, gefolgt vom Umweltschutz (19 Prozent) und dem Pandemiemanagement (16 Prozent).⁷²

Auch die traditionell zur Bilanzierung einer Präsidentschaft eingesetzten Messinstrumente der Wahlergebnisse, der Umfrageforschung und der Expertensurveys stellten Trump ein vernichtendes Zeugnis aus. Die pauschale Zustimmungsrates zur Amtsführung des Präsidenten war mit durchschnittlich 41 Prozent die niedrigste, die je für einen Präsidenten seit der Erfindung der Meinungsumfragen in den 1930er Jahren gemessen wurde. Trump, mit 46,2 Prozent der Stimmen ins Amt gewählt, blieb über die gesamte Amtszeit hinweg ein Minderheitspräsident – er erreichte an keinem Tag seiner Präsidentschaft die Zustimmung einer Mehrheit der Amerikaner und ging auf dem Tiefpunkt seines Ansehens mit 34 Prozent Zustimmung aus dem Amt, nachdem er auch bei seiner zweiten Präsidentschaftswahl nur eine Minderheit der Wähler (46,9 Prozent) hinter sich bringen konnte. Nur Harry Truman und Richard Nixon waren am Ende ihrer Amtszeit unpopulärer (vgl. Tabelle 1).

72 Vgl. Candice Jaimungal, »The Greatest Achievements and Failures of the Trump Administration According to Voters«, in: *YouGov* vom 27.10.2020, <https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2020/10/27/greatest-achievements-and-failures-trump-administr> (Zugriff: 25.5.2021).

Tabelle 1: Zustimmungsraten der Präsidenten von Harry S. Truman bis Joe Biden (in Prozent)

Präsident	Beginn	Ende	Durchschnitt	Höchste	Niedrigste
Truman	(86)	32	45	87	22
Eisenhower	68	59	65	79	48
Kennedy	72	(58)	70	83	56
Johnson	(77)	49	55	79	35
Nixon	59	24	49	67	24
Ford	(70)	53	47	71	37
Carter	66	34	46	75	28
Reagan	51	63	53	68	35
Bush 41	51	56	61	89	29
Clinton	58	66	55	73	37
Bush 43	57	34	49	90	25
Obama	68	59	48	69	38
Trump	45	34	41	49	34
Biden	57		(56)	(57)	(54)

Anmerkung: Trumans, Johnsons und Fords Zustimmungsraten zu Beginn ihrer Präsidentschaft sind mit den anderen nur sehr bedingt vergleichbar, weil sie nicht gewählt wurden und infolge des Todes oder Rücktritts ihres Vorgängers ins Amt gelangten. Kennedys Zustimmungsraten am Ende seiner Präsidentschaft hat begrenzte Aussagekraft, weil diese ein unvorhergesehenes Ende fand. Bidens Werte beruhen auf dem Stand vom 21. April 2021 und haben folglich auch nur eine begrenzte Aussagekraft.

Quelle: Gallup, Presidential Job Approval Center, <https://news.gallup.com/interactives/185273/presidential-job-approval-center.aspx> (Abruf am 25. Mai 2021).

Bemerkenswert aber war, dass Trump trotz seiner »Großen Lüge« über die Wahl und seines grotesken Putschversuches immer noch von einem Drittel der Wähler unterstützt wurde und damit auf exakt denselben Wert wie George W. Bush und Jimmy Carter kam. Dies war das Ergebnis einer extremen parteipolitischen Polarisierung, die sich während der Präsidentschaft Trumps noch weiter zugespitzt hatte. Bis zur Wahl im November standen zumeist mehr als 90 Prozent der Republikaner hinter ihm; im Januar 2021 nach dem Sturm auf das Kapitol immer noch mehr als 80 Prozent.⁷³ Auch der Achtungserfolg der Republikaner bei den Kongresswahlen war Resultat dieser extremen Polarisierung – und der verzerrten Repräsentation zugunsten der

⁷³ Vgl. Gallup, Presidential Approval Ratings – Donald Trump, <https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx> (Zugriff: 19.5.2021); Gary C. Jacobson, »Donald Trump and the Parties: Impeachment, Pandemic, Protest, and Electoral Politics in 2020«, in: *Presidential Studies Quarterly* 50, Nr. 4 (2020), S. 762–795.

Republikaner im Kongress. Obwohl die Republikaner 4,7 Millionen Stimmen (drei Prozentpunkte) weniger als die Demokraten erzielten, gewannen sie ein Dutzend Sitze im Repräsentantenhaus hinzu. Trotzdem bleibt für Trump zu bilanzieren, dass er nach dem Repräsentantenhaus 2018 zwei Jahre später auch den Senat für die Republikaner verlor und der neugewählte Präsident Joe Biden in seinen ersten beiden Amtsjahren mit – wenn auch denkbar knappen – Demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses regieren kann. Dabei war es ganz allein Trumps »Stop-the-Steal«-Kampagne zu verdanken, dass beide Senatswahlen in Georgia in der Stichwahl Anfang Januar von den Demokraten gewonnen werden konnten, was ihnen die Kontrolle über die Zweite Kammer brachte.⁷⁴

Nicht weniger katastrophal schnitt Trump in den einschlägigen Expertensurveys der Politikwissenschaftler und Historiker ab. Bisher liegen erst zwei Rankings vor, das eine nach einem Jahr unter Politikwissenschaftlern der »American Political Science Association« erhoben, das andere nach anderthalb Jahren vom »Siena College Research Institute« durchgeführt. Trump landete im ersten Ranking auf dem letzten Platz aller Präsidenten seit George Washington, im zweiten Ranking auf dem drittletzten Rang (vgl. Tabelle 2). Da seine Erfolge nach den verlorenen Halbzeitwahlen 2018, die ihm den Verlust der Republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und eine geteilte Regierung (»divided government«) bescherten⁷⁵, eher weniger als mehr wurden und seine Fehlleistungen zunahmen, dürfte Trump auf absehbare Zeit am Ende der Rankings verharren.⁷⁶

Tabelle 2: Experten-Rankings der Präsidenten von Franklin D. Roosevelt bis Donald J. Trump

Präsident	SCRI 2018*	APSA 2018**	C-Span 2017
Roosevelt	2 (-1)	3 (0)	3
Truman	9 (0)	6 (0)	6
Eisenhower	6 (+4)	7 (0)	5
Kennedy	10 (-1)	16 (-2)	8
Johnson	16 (0)	10 (-2)	10
Nixon	29 (+1)	33 (+1)	28
Ford	27 (+1)	24 (0)	25
Carter	26 (+6)	26 (0)	26
Reagan	13 (+5)	11 (0)	9

74 Siehe Barry Burden, »The 2020 Presidential Election Verdict«, in: *Presidential Studies Quarterly*, Early View, 22.4.2021, DOI: 10.1111/psq.12715, S. 19f.

75 Vgl. Patrick Horst, »Halbzeitwahlen 2018 in den USA. Ausbalancierung Trumps bei Wahlbeteiligung und Ausgaben in Rekordhöhe – Demokraten erobern das Repräsentantenhaus, sieben Gouverneursämter und sechs Staatenhäuser«, in: *Zeitschrift für Politik* 66 NF, Nr. 1 (2019), S. 34–62.

76 Vgl. Horst, Halbzeitbilanz, aaO (FN 2), S. 3 ff.

Präsident	SCRI 2018*	APSA 2018**	C-Span 2017
Bush 41	21 (+1)	17 (0)	20
Clinton	15 (-2)	13 (-5)	15
Bush 43	33 (+6)	30 (+5)	33
Obama	17 (-2)	8 (+10)	12
Trump	42	44	-

Anmerkungen: * = in Klammern Vergleich zu 2010; ** = in Klammern Vergleich zu 2014.

Die Grundgesamtheit, auf die sich der Rang bezieht, sind alle 45 Präsidenten seit George Washington; faktisch sind es 44 Personen, weil Grover Cleveland (Präsident von 1885 bis 1889 und von 1893 bis 1897) nach einer Unterbrechung von vier Jahren ein zweites Mal in das Präsidentenamt gewählt wurde.

Quellen: Siena College Research Institute (SCRI), Survey of U.S. Presidents, 13. Februar 2019, <https://scri.siena.edu/wp-content/uploads/2019/02/Presidents-2018-Rank-by-Category.pdf>; Brandon Rottinghaus / Justin S. Vaughn, How Does Trump Stack Up Against the Best – and Worst – Presidents?, in: The New York Times online vom 19. Februar 2018, <https://www.nytimes.com/interactive/2018/02/19/opinion/how-does-trump-stack-up-against-the-best-and-worst-presidents.html>; C-SPAN, Presidential Historians Survey, 17. Februar 2017, <https://www.c-span.org/presidentsurvey2017/> (Abruf jeweils am 9. Mai 2021).

Noch das positivste Bild der Präsidentschaft Trumps – allerdings nur auf den ersten Blick – vermittelten quantitative Indizes, die den Erfolg des Präsidenten bei Abstimmungen im Kongress und bei der Verabschiedung bedeutsamer Gesetze zu ermitteln suchten. So wurden für Trump in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft, als er noch über Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses (»unified government«) verfügte, Rekordwerte bei den Abstimmungserfolgen im Kongress von 98,7 Prozent (2017) und 93,4 Prozent (2018) ermittelt. Diese hohen Werte sagten aber tatsächlich weniger etwas über den Erfolg Trumps im Kongress aus als über die methodischen Probleme des Messverfahrens. Trumps unkenntliche und schwankende Position in vielen Abstimmungsfragen und die Tatsache, dass er oft überhaupt gar keine Position bezog, verfälschten diesen ehrwürdigen Index.⁷⁷ Ähnliches gilt für die Liste wichtiger und besonders wichtiger (»historischer«) Gesetze, die David Mayhew für jeden Kongress seit 1947 ermittelt hat und mit der er den gesetzgeberischen Erfolg eines jeden Präsidenten im Kongress beschreiben möchte. Auch hier schnitt Trump zumindest bei den besonders wichtigen Gesetzen ungewöhnlich gut ab; in den vier Jahren seiner Präsidentschaft verabschiedete der Kongress acht besonders wichtige Gesetze – so viele wie unter Präsident George W. Bush in acht Jahren. Unter keinem Präsidenten der Nachkriegszeit wurden mehr bedeutende Gesetze vom Kongress verabschiedet als in den vier Jahren unter Trump. Auch die 19 wichtigen Gesetze lagen etwa im üblichen Rahmen für vier Jahre (vgl. Tabelle 3).

⁷⁷ Siehe dazu bereits ebenda, S. 23 ff. und die dort referenzierte Literatur.

Tabelle 3: Die fünf Präsidenten der Nachkriegszeit, in deren Amtszeit der Kongress den größten Output historischer / wichtiger Gesetze zustande brachte, 1947 bis 2020

Präsident	historische / wichtige Gesetze	historische Gesetze laut <i>David Mayhew</i>
1. George W. Bush (2001 bis 2008)	8 / 45	Bush Tax Cut (2001), Use of Force Resolution (2001), USA Patriot Act (2001), Iraq Resolution (2002), New Homeland Security Department (2002), Medicare Reform (2003), Housing Relief Program (2008), Bank Bailout (2008)
2. Donald J. Trump (2017 bis 2020)	8 / 19	Tax Reform (2017), 16 Executive Regulations Repealed Through Use of CRA (2017), Omnibus Appropriations Package (2019), COVID 1, COVID 2, COVID 3, COVID 4, COVID 5 (alle 2020)
3. Lyndon Johnson (1964 bis 1968)	7 / 38	Civil Rights Act (1964), Economic Opportunity Act (1964), Tax Cut (1964), Medicare (1965), Voting Rights Act (1965), Elementary and Secondary Education Act (1965), Open Housing Act (1968)
4. Barack Obama (2009 bis 2016)	6 / 39	Stimulus Bill (2009), Health Care Overhaul (2010), Financial Regulatory Overhaul (2010), Bipartisan Tax Deal (2010), Debt Ceiling Deal (2011), Fiscal Cliff Deal (2013)
5. Bill Clinton (1993 bis 2000)	5 / 37	Omnibus Deficit Reduction Act (1993), NAFTA (1993), Welfare Reform (1996), Telecommunications Reform (1996), Budget Balancing Deal (1997)
6. Truman (1947 bis 1952): 4 / 24, 7. Reagan (1981 bis 1988): 3 / 34, 8. Kennedy (1961 bis 1963): 2 / 19, 9. G.H.W. Bush (1989 bis 1992): 2 / 15, 10. Nixon (1969 bis 1974): 1 / 59, 11. Eisenhower (1953 bis 1960): 1 / 30, 12. Carter (1977 bis 1980): – / 22, 13. Ford (1975 bis 1976): – / 14.		

Quelle: David R. Mayhew, *Divided We Govern. Party Control, Lawmaking, and Investigations, 1946 – 2002*, New Haven 2005. Die Liste der »important enactments« von 2003 bis 2018 findet sich unter <https://campuspress.yale.edu/davidmayhew/datasets-divided-we-govern/>. Die Liste der »important enactments« 2019/20 findet sich unter <https://works.bepress.com/david-mayhew/410/> (Zugriff: 9.5.2021).

Die bloße Anzahl der vom Kongress verabschiedeten historischen Gesetze rechtfertigt jedoch noch kein Urteil darüber, ob eine Präsidentschaft als historisch oder transformativ einzuordnen ist.⁷⁸ Dazu bedarf es einer Einordnung in den historischen Kontext

⁷⁸ Vgl. dazu schon Patrick Horst, »Bilanz der Präsidentschaft Barack Obamas: kein transformativer, aber ein effektiver und mutiger Leader«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Nr. 2 (2017), S. 397–422.

und auch qualitativer Studien über die Gesetzesarbeit im Kongress und die Rolle, die der Präsident dabei spielte. Gesetze können mit oder gegen einen Präsidenten gemacht werden; sie können auch ganz ohne seine Beteiligung erarbeitet und verabschiedet werden. Bei Trump, der sich – siehe oben Regel fünf bei Spitzer – für Politikinhalt nicht interessierte, traf vor allem Letzteres zu. Einzig bei seinem »Meisterstück«, der Steuerreform 2017, zeigte sich Trump etwas aktiver und mit konkreten inhaltlichen Zielen. Trotzdem und trotz eines Republikanisch kontrollierten Kongress stand das Gesetz mehrmals kurz vor dem Scheitern. Am Ende musste Trump, der noch weitergehende Steuerkürzungen vorgeschlagen hatte, erhebliche Abstriche von seinen Zielen machen.⁷⁹ Schon bei seinem zweiten großen Vorhaben für 2017 war Trump aber »missing in action«. Er hatte weder ein Konzept für den »American Health Care Act« noch zeigte er sich an den Verhandlungen über den Gesetzentwurf interessiert. Weil er zudem die Verhandlungen im Kongress in der entscheidenden Phase torpedierte, wurde die gescheiterte Reform von »Obamacare« zur größten Fehlleistung Trumps im ersten Jahr seiner Präsidentschaft.⁸⁰ Im zweiten Jahr brachte er dann nicht viel mehr zustande als den längsten »Government Shutdown« in der Geschichte der USA, der vom 22. Dezember 2018 bis zum 5. Januar 2019 währte. Seine Ziele, vor allem die zusätzlichen Mittel für den Bau der Mauer, konnte er aber trotzdem nicht durchsetzen, weshalb er im Februar einen willkürlichen nationalen Notstand an der Grenze erklärte, um Mittel aus dem Verteidigungshaushalt in den Mauerbau umleiten zu können. Der Schritt war verfassungsrechtlich hoch umstritten und schadete darüber hinaus der Wehrbereitschaft des Militärs, an der Trump doch angeblich so viel lag.⁸¹

Alle weiteren »historischen« Gesetze, die der Kongress unter Trump verabschiedete, kamen ohne größeren Input des Präsidenten aus. Das galt schon für das zweite »historische« Gesetzespaket aus Trumps erstem Jahr: den Widerruf der 16 Regulierungen Obamas über den »Congressional Review Act« (CRA). Die innovative Nutzung dieses Instruments war das Verdienst der Republikaner im Kongress, die hier auch ihre wirtschaftspolitische Orthodoxie verfolgten. Noch viel weniger beteiligt war Präsident Trump am Omnibus-Bewilligungsgesetz des Jahres 2019 und an den fünf Corona-Hilfspaketen des Jahres 2020. Im März und April 2020, als die ersten vier von ihnen mit einem Gesamtumfang von 2,8 Billionen Dollar verabschiedet wurden, war Trump nach eigenem Eingeständnis noch damit beschäftigt, die Gefahr des Coronavirus herunterzuspielen.⁸² Die Verhandlungen über die Hilfspakete führten Demokraten und Republikaner, allen voran Speaker Nancy Pelosi und Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell. Wenn die Kongressvertreter mit der Regierung verhandeln mussten, dann wendeten sie sich an Finanzminister Steven Mnuchin. Trumps Vorschlag einer breiten Lohnsteuersenkung fand weder bei Republikanern noch Demokraten Unterstützung.

79 Vgl. George C. Edwards III, »Was Donald Trump an Effective Leader of Congress?«, in: *Presidential Studies Quarterly* 51, Nr. 1 (2021), S. 4–34, S. 13 f.

80 Dazu Steven E. Schier / Todd E. Eberly, *The Trump Presidency: Outsider in the Oval Office*, Lanham 2017, S. 60–66.

81 Vgl. Mayer, *Random Walk*, aaO (FN 69), S. 77 ff.

82 Vgl. Woodward, *Rage*, aaO (FN 36).

Insgesamt spiegelten sich vor allem in dem großen, 2,2 Billionen Dollar an Hilfsleistungen umfassenden »CARES Act« mit der Ausweitung der Arbeitslosenversicherung, den Hilfen für die Einzelstaaten und die Anbieter von Gesundheitsleistungen deutlich stärker Demokratische als Republikanische Prioritäten wider. Das galt auch für den Barscheck im Umfang von 1.200 Dollar, den Erwachsene mit einem Haushaltseinkommen von unter 75.000 Dollar erhielten. Trump ließ es sich aber nicht nehmen, auf jeden Scheck seine Unterschrift drucken zu lassen, um für diese Wohltat den Kredit beanspruchen zu können.⁸³

Trotz fünf »historischer« Hilfspakete des Kongresses wurde Trumps Corona-Krisenmanagement zur »Apotheose des Versagens«⁸⁴. Sein grandioses Scheitern im Umgang mit dieser Jahrhundertherausforderung war aufgrund seiner Inkompetenz und schweren Charaktermängel vorgezeichnet. Um die amerikanische Bevölkerung wirksam schützen zu können, hätte Trump früh die Gefahr des Virus anerkennen und sein Land in einen konsequenten Lockdown führen müssen. Er hätte auf den Rat seiner Gesundheitsexperten hören müssen statt auf seine Intuition, die ihm sagte, dass ein Lockdown ihm die Argumente für seine Wiederwahl (boomender Aktienmarkt, historisch niedrige Arbeitslosigkeit, solides Wirtschaftswachstum) aus der Hand schlagen würde. Und er hätte, nachdem der Lockdown dann mehr oder weniger von den steigenden Inzidenzen und Todesfällen erzwungen wurde, nicht wieder so schnell auf eine Öffnung drängen dürfen. All dies war ihm unmöglich – genauso wie ein beständiges, einer klaren Richtschnur und einem konsistenten »Messaging« folgendes Krisenmanagement. So beanspruchte Trump an einem Tag (13. April 2020) »totale Autorität« über die Öffnungsentscheidung, am nächsten Tag wies er die Verantwortung den Gouverneuren der Einzelstaaten zu.⁸⁵ Sein erratisches und unberechenbares Verhalten – gepaart mit den ständigen Beleidigungen seiner Verhandlungspartner – wurde ihm dann auch im Sommer und Oktober 2020 in den Verhandlungen mit den Kongressführern beider Parteien über ein fünftes Coronahilfspaket zum Verhängnis. Am Ende stand Trump mit leeren Händen vor den Wählern, die ihm ihre Quittung ausstellten. Das fünfte, 900 Milliarden Dollar Hilfspaket wurde dann – bereits unter tatkräftiger Mithilfe des neugewählten Präsidenten Joe Biden – von einem »Lame-Duck«-Kongress im Dezember verabschiedet.⁸⁶

Eine innenpolitische Errungenschaft Trumps – aus seiner Sicht sowie derjenigen Mitch McConnells und sozialkonservativer Republikaner wahrscheinlich die bedeutendste – soll am Ende dieses Abschnitts nicht unterschlagen werden. Dank der Abschaffung des Filibuster⁸⁷ für Richternennungen im Jahre 2013 durch die Demokraten – von den Republikanern 2017 dann postwendend auf die Supreme-Court-Richter

83 Vgl. Edwards III, Was Donald, aaO (FN 79), S. 16.

84 Mayer, Random Walk, aaO (FN 69), S. 88.

85 Vgl. Jacobson, Donald, aaO (FN 73), S. 777 f.

86 Vgl. Mayer, Random Walk, aaO (FN 69), S. 76 f.; Edwards III, Was Donald, aaO (FN 79), S. 16–20.

87 Eine Geschäftsordnungsregel im Senat, die 60 Stimmen verlangt, um den Schluss der Debatte beantragen und abstimmen zu können. Vgl. Florian Gawehns, »Goodbye Filibuster? Institu-

ausgedehnt – war es Trump möglich, eine Rekordzahl konservativer Richter zu nominieren: drei für den Supreme Court, 54 für die Berufungsgerichte und 174 für die Bezirksgerichte. Das ist seit Ronald Reagan unter Berücksichtigung der Amtszeiten die beste Bilanz – Jimmy Carter war der letzte Präsident, der mehr Berufungs- und Bezirksrichter ernannte, aber keinen Richter am Supreme Court (vgl. Tabelle 4). Mit der Wahl von Amy Coney Barrett, die Ruth Bader Ginsburg ersetzte, gelang es den Republikanern, die konservative Mehrheit am Obersten Gericht auf sechs zu drei auszubauen. Trumps Richterernennungen waren zudem überdurchschnittlich jung, was ihnen potentiell eine lange Wirkungsmöglichkeit gibt. Die drei neuen Richter am Supreme Court waren bei ihrer Ernennung im Durchschnitt 50 Jahre alt. Da Trump jedoch nur vier Jahre amtierte, gelang ihm letztlich auch die angestrebte Umgestaltung der Gerichte nicht. Im Januar 2021 hatte Trump 30 Prozent der aktiven Berufungsrichter und 27 Prozent der aktiven Bezirksrichter ernannt. Auf die gesamte Bundesrichterschaft bezogen hatten Trump 28, Obama 38, George W. Bush 20, Bill Clinton elf, George H.W. Bush und Ronald Reagan jeweils zwei Prozent der aktiven Richter ernannt. Die Richterschaft ist damit parteipolitisch sehr ausgewogen besetzt: 51 Prozent der aktiven Richter sind von Republikanischen, 49 Prozent von Demokratischen Präsidenten ernannt worden.⁸⁸

Tabelle 4: Von den Präsidenten ernannte und vom Senat bestätigte Richter, Zeitraum: Jimmy Carter bis Donald J. Trump

	Supreme-Court-Richter	Berufungsrichter	Bezirksrichter
Carter (1977 bis 1981)	0	59	203
Reagan (1981 bis 1989)	3	83	290
Bush 41 (1989 bis 1993)	2	42	148
Clinton (1993 bis 2001)	2	66	305
Bush 43 (2001 bis 2009)	2	62	261
Obama (2009 bis 2017)	2	55	268
Trump (2017 bis 2021)	3	54	174

Quelle: John Gramlich, How Trump, aaO (FN 88).

Neben der quantitativen gibt es jedoch auch eine qualitative Bilanz von Trumps Richterernennungen, die weit weniger positiv ausfällt. In Zusammenarbeit mit Senatsmehrheitsführer McConnell politisierte Trump die Richterernennungen in einem Maße,

tioneller Wandel im polarisierten Senat«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 50, Nr. 4 (2019), S. 830–851.

88 Vgl. John Gramlich, »How Trump Compares With Other Recent Presidents in Appointing Federal Judges«, Pew Research Center Fact Tank vom 13.1.2021, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/01/13/how-trump-compares-with-other-recent-presidents-in-appointing-federal-judges/> (Zugriff: 25.5.2021).

die eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter und die Legitimität der Gerichte darstellte.⁸⁹ Das begann bereits im Wahlkampf 2016, als sich Präsidentschaftskandidat Trump und McConnell entschieden, Präsident Obamas hochrespektablen Kandidaten Merrick Garland für den freigewordenen Sitz von Richter Antonin Scalia am Supreme Court zu blockieren, obwohl diese Nominierung acht Monate vor der Wahl erfolgte. Diese Totalblockade war präzedenzlos und ein Verstoß gegen die »Advice-and-Consent«-Norm der Verfassung, weshalb der Sitz von Neil Gorsuch am Supreme Court nicht nur den Herausgebern der New York Times als »gestohlener Sitz«⁹⁰ gilt. Brett Kavanaughs Nominierung im Oktober 2018 nach dem Rückzug von Richter Anthony Kennedy wurde von Trump genauso für den Wahlkampf instrumentalisiert wie Amy Coney Barretts Nominierung zwei Jahre später. Alle von Trump nominierten Richter am Supreme Court wurden mit denkbar knappsten Mehrheiten im Senat gewählt: Gorsuch unterstützten nur drei Demokraten, Kavanaugh ein und Coney Barrett kein Demokrat. Die drei von Trump nominierten Supreme-Court-Richter erhielten weniger Stimmen der Opposition als jeder andere Richter in der Geschichte der USA seit der »Reconstruction«-Ära.⁹¹

5. Trumps anhaltende Gefahr für die US-Demokratie

Trump's Präsidentschaft war ein Desaster, das viele kommen sahen, aber zu wenige verhindern konnten oder wollten. Das Unheil nahm seinen Lauf mit Trumps Ankündigung seiner Präsidentschaftskandidatur im Juni 2015, als er Einwanderer aus Mexiko pauschal als Verbrecher und »Vergewaltiger« denunzierte.⁹² Trotz Trumps offen zutage liegender Charakterdefizite, die vor allem in seiner kriminellen und autoritären Veranlagung bestehen, und seiner demagogischen, volksverhetzenden Rhetorik eroberte er prompt die Spitze des Republikanischen Bewerberfeldes in den Meinungsumfragen. Die Republikanische Partei erwies sich als unfähig, Trump in den Vorwahlen zu stoppen. Dies verweist auf die Mängel des Nominierungsprozesses von Präsidentschaftskandidaten in den USA⁹³, auf die innere Zerstrittenheit und vor allem auf das Demokratieproblem großer Teile der Republikanischen Partei, die auch schon als »semi-demokratische Partei«⁹⁴ beschrieben worden ist.

89 Vgl. Adorf / Horst, Zerreißprobe, aaO (FN 6), S. 91–108.

90 The Editorial Board, »The Stolen Supreme Court Seat«, in: *The New York Times* vom 24.12.2016, <https://www.nytimes.com/2016/12/24/opinion/sunday/the-stolen-supreme-court-seat.html> (Zugriff: 25.5.2021).

91 Vgl. Sarah Binder, »Barrett Is the First Supreme Court Justice Confirmed Without Opposition Support Since 1869«, in: *The Washington Post* vom 27.10.2020, <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/10/27/barrett-is-first-supreme-court-justice-confirmed-without-opposition-support-since-least-1900/> (Zugriff: 25.5.2021).

92 Vgl. Horst, Revolte, aaO (FN 28), S. 154.

93 Vgl. Patrick Horst, »Die Präsidentschaftsvorwahlen der Demokraten 2020 – eine Rückkehr zur parteielitengesteuerten Kandidatennominierung vor 2016«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52, Nr. 4 (2021), S. 244–262.

94 Philipp Adorf, *Die Republikanische Partei in den USA*, München 2019.

Die vier Jahre von Donald Trump im höchsten Amt der Vereinigten Staaten von Amerika waren von Anfang bis Ende eine Zerreißprobe für die Demokratie. Schon die Eroberung des Präsidentenamtes gelang nur aufgrund illegaler Einmischungen von Russland und WikiLeaks sowie einer hochgradig problematischen Intervention des FBI in den Wahlkampf. Trump gewann das Präsidentenamt mit drei Millionen Stimmen weniger als Hillary Clinton und galt vielen von Anbeginn als »illegitimer Präsident«. Das Damoklesschwert der Amtsenthebung hing vom ersten Tag seiner Präsidentschaft über ihm. Auch wenn es weder der Mueller-*Investigation* noch den beiden Amtsenthebungsklagen gelang, den Republikanisch kontrollierten Senat zur Amtsenthebung Trumps zu bringen, so fällt das historische Urteil über den 45. Präsidenten dennoch vernichtend aus. In beiden Amtsenthebungsverfahren befanden neben allen Demokraten mindestens ein Republikaner den Präsidenten des Verstoßes gegen die Verfassung für schuldig: Mitt Romney im ersten *Impeachment* (Machtmissbrauch), Richard Burr, Bill Cassidy, Susan Collins, Lisa Murkowski, Mitt Romney, Ben Sasse und Patrick Toomey im zweiten *Impeachment* (Aufstachelung zum Aufruhr).

Obwohl Trumps Putsch, der fünf Menschen das Leben kostete, scheiterte und der Machtwechsel zu Joe Biden vollzogen werden konnte, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass dieser Machtwechsel eben nicht so friedlich war, wie es einer konsolidierten Demokratie geziemt. Trump erkennt, obwohl er das Weiße Haus räumte, bis heute den Wahlsieg Bidens nicht an. Laut Umfragen folgen ihm gut 70 Prozent der Republikaner in dieser Sichtweise. Aufgrund seiner nach wie vor unvermindert hohen Popularität bei der Republikanischen Parteibasis kontrolliert der Ex-Präsident auch nach wie vor den Kurs der Republikanischen Partei. Nicht korrumpierbare Republikaner wie Liz Cheney im Repräsentantenhaus oder Mitt Romney im Senat sind, weil sie von Trump unaufhörlich mit Beleidigungen überzogen werden, fast schon zu *Parias* innerhalb der Partei geworden. Die flächendeckende Kampagne zur Einschränkung des Wahlrechts, welche die Republikaner in den Einzelstaaten mit Jahresbeginn starteten, weist daraufhin, dass die Partei auch weiterhin ihren antidemokratischen Kurs beibehalten möchte. Die USA werden ihre Demokratiekrise erst überstanden haben, wenn die Republikanische Partei in ihrer Mehrheit auf den Boden der Verfassung zurückgekehrt ist.⁹⁵

95 Vgl. zum Ganzen vertiefend Adorf / Horst, *Zerreißprobe*, aaO (FN 6), S. 179–245.

Luca Hemmerich / Dirk Jörke

Politische Anthropologie und Anthropologiekritik

Der Platz des Menschen im politischen Denken heute

Zusammenfassung: Anthropologische Begründungsfiguren gelten in der zeitgenössischen Politikwissenschaft als überholt. Zugleich sind anthropologische Annahmen im politischen Denken jedoch allgegenwärtig. Diese Spannung nehmen wir zum Anlass für eine Verteidigung der Notwendigkeit und Möglichkeit der politischen Anthropologie. Dazu systematisieren wir erstens die Stellung anthropologischer Prämissen in der politischen Theorie, indem wir diese nach ihrem Explikationsgrad, der Stärke ihres Gehalts, ihrem epistemischen Zugang sowie ihrer theoretischen Funktion klassifizieren. Zweitens typologisieren wir verschiedene argumentative Motive (post-)moderner Anthropologiekritik, um zu zeigen, dass sie zwar methodisch wichtige Hinweise für das Projekt der politischen Anthropologie liefern, es aber nicht notwendigerweise als Ganzes untergraben. Drittens schlagen wir angesichts aktueller Problemstellungen in der politischen Theorie wie der Frage nach den Subjekten politischer Ordnung eine Erneuerung der politischen Anthropologie vor. Durch unsere Systematisierung der Stellung von anthropologischen Annahmen und anthropologiekritischen Argumenten möchten wir einen Beitrag zur Klärung der Rolle der Anthropologie für das politische Denken leisten und eine Wiederaufnahme des Projekts der politischen Anthropologie motivieren.

Schlüsselwörter: Politische Anthropologie, Anthropologiekritik, Mensch, Philosophische Anthropologie, Politische Theorie, menschliche Natur

Luca Hemmerich / Dirk Jörke, Human Nature and Its Critics. The Role of Anthropological Arguments in Political Thought

Summary: Arguments from human nature are considered obsolete in contemporary political science. At the same time, implicit or explicit conceptions of human nature are ubiquitous in political thought. In order to address this tension, we defend the inevitability and possibility of ›political anthropology‹ as the study of arguments from human nature in political theory. First, we develop a typology of the role of anthropological premises in political theory by classifying them according to their degree of explication, thickness, epistemic approach, and theoretical function. Second, we typologize (post-)modern critiques of the concept of human nature in order to show that they raise important methodological issues for the project of political anthropology, but do not undermine it as such. Third, we propose a renewal of political anthropology in light of current challenges in political theory, such as the question of the political subject. By systematizing the place of anthropological

premises and criticisms of the concept of human nature we want to contribute to clarifying their role in political thought and encourage a revival of the project of political anthropology.

Keywords: Human Nature, Political Anthropology, Critique, Philosophical Anthropology, Political Theory

Luca Hemmerich, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Politische Theorie und Ideengeschichte, Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt

Korrespondenzanschrift: luca.hemmerich@tu-darmstadt.de

Dirk Jörke, Dr. phil. Prof. für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Darmstadt

Korrespondenzanschrift: joerke@pg.tu-darmstadt.de

1. Einleitung: Die Hegemonie der Anthropologiekritik

Annahmen über die Natur des Menschen¹ sind im politischen Denken allgegenwärtig. In der politischen Ideengeschichte begegnen wir dem Menschen etwa als *zoon politikon* (Aristoteles), als rational-egoistisches Individuum (Hobbes) oder als friedliches Naturwesen (Rousseau). Wenngleich explizite Konzeptionen der menschlichen Natur heute nicht mehr en vogue sind, stützen sich auch zeitgenössische Ansätze in der politischen Theorie auf anthropologische Prämissen, deren theoretischer Status erheblich variiert. So lassen sich bei so unterschiedlichen Denkern wie John Rawls, Charles Taylor oder Jürgen Habermas fundamentale anthropologische Annahmen ausmachen, die ausdrücklich formuliert werden oder implizit bleiben.²

Zugleich hat sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Gesellschaftswissenschaften eine Hegemonie der Anthropologiekritik herausgebildet. Auch in der politischen Theorie werden anthropologische Argumentationen seitdem zunehmend misstrauisch beäugt; sie gelten als essentialistisch und werden für normalisierende und exkludierende Denkmuster mitverantwortlich gemacht. Axel Honneth fasst diesen zeitgenössischen anthropologiekritischen Konsens folgendermaßen zusammen:

»Die philosophische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat diesseits und jenseits des Atlantiks solchen essentialistischen Bestimmungen den Garaus gemacht; inzwischen wissen wir, dass wir auch dann, wenn wir bestimmte Universalien der

1 Im Folgenden verwenden wir die Begriffe »Natur des Menschen«, »menschliche Natur« und »menschliches Wesen« synonym.

2 Vgl. Dirk Jörke, *Politische Anthropologie. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005.

menschlichen Natur gar nicht bezweifeln, von einem ›Wesen des Menschen‹ [...] nicht mehr in einem objektivistischen Sinn reden dürfen.«³

Honneth gesteht dabei zu, dass der politischen Theorie mit einem vollständigen Verzicht auf ein anthropologisches Vokabular ein wichtiges Diagnosewerkzeug verloren geht. Der Hegemonie der Anthropologiekritik schreibt er beispielsweise das »Verschwinden der Entfremdungskategorie aus der lebendigen Umgangssprache der Philosophie«⁴ zu. Auch wenn Honneth diese These mit einem Optimismus bezüglich formalerer kritisch-diagnostischer Kategorien verbindet, die nicht auf anthropologische Essenzialismen angewiesen seien, ist gerade in der heutigen sich als kritisch verstehenden politischen Theorie eine gewisse Armut des zeitdiagnostischen Vokabulars nicht zu verkennen. Statt gesellschaftliche Verhältnisse als menschenunwürdig anzuprangern, ist dort gewöhnlich von ›Reflexivitätsdefiziten‹, ›Lernblockaden‹ oder ›mangelnder Resonanz‹ die Rede.⁵ Nicht ganz zu Unrecht bezeichnet Christoph Henning derartige Entwicklungen als »freiwillige Verzichtserklärungen der Kritik« infolge einer verbreiteten »Anthropologie-Phobie«.⁶

Derlei Zweifel an einer hegemonial gewordenen Anthropologiekritik legen nahe, die Gründe für die Verabschiedung der politischen Anthropologie erneut in den Blick zu nehmen. Im vorliegenden Aufsatz möchten wir daher neben einer Bestandsaufnahme des Feldes der politischen Anthropologie eine Kritik der Anthropologiekritik unternehmen. Dazu entwickeln wir nach einer kurzen Klärung des Begriffs der ›politischen Anthropologie‹ zunächst eine Systematisierung der Stellung anthropologischer Annahmen in politischen Theorien. In einem zweiten Schritt erkunden und typologisieren wir verschiedene argumentative Motive (post-)moderner Anthropologiekritik und zeigen, dass sie zwar methodisch wichtige Hinweise liefern, aber nicht notwendigerweise das Projekt der politischen Anthropologie als Ganzes untergraben. Schließlich erfolgt ein Ausblick auf Möglichkeiten, Grenzen und Aufgaben der politischen Anthropologie. Durch die Systematisierung der Funktion von anthropologischen Annahmen und anthropologiekritischen Argumenten möchten wir einen Beitrag zur Klärung der Rolle

3 Axel Honneth, »Vorwort« in: Rahel Jaeggi (Hg.), *Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems*, Berlin 2016, S. 7–10, hier S. 7.

4 Honneth, Vorwort, aaO. (FN 3), S. 7.

5 Vgl. etwa Rahel Jaeggi, *Kritik von Lebensformen*, Berlin 2014; Robin Celikates, *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*, Frankfurt a.M. 2009; Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin 2016. Innerhalb der Philosophischen Anthropologie gibt es jedoch zunehmend Diskussionen über das Verhältnis von Anthropologie und Gesellschaftstheorie, vgl. etwa Matthias Schloßberger, »Philosophische Anthropologie als normative Gesellschaftstheorie« in: *Internationales Jahrbuch für philosophische Anthropologie* 4, Nr. 1 (2014), S. 187–201; und Thomas Ebke / Sebastian Edinger / Frank Müller / Roman Yos (Hg.), »Mensch und Gesellschaft zwischen Natur und Geschichte« in: *Internationales Jahrbuch für Philosophische Anthropologie* 6 (2017).

6 Christoph Henning, »Entfremdung lebt. Zur Rettung der Künstlerkritik. Drei Wege aus einer sozialtheoretischen Selbstverhedderung.« *Working Paper der DFG-Kolleg-Forscher/innegruppe Postwachstumsgesellschaften* 3 (2013).

der Anthropologie für das politische Denken leisten und eine Wiederaufnahme des Projekts der politischen Anthropologie motivieren.

2. Was ist »politische Anthropologie«?

2.1 Begriffsklärung

Es können zwei Bedeutungen des Begriffs der politischen Anthropologie in seiner heutigen Form ausgemacht werden, die von unterschiedlichen Verwendungsweisen des Begriffs der Anthropologie geprägt sind.⁷ Im 16. Jahrhundert gebildet von Magnus Hundt und Otto Casmann bezeichnet der Begriff der Anthropologie zunächst die wissenschaftliche Lehre von der menschlichen Natur insgesamt.⁸ In seiner *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht* grenzt dann Kant die spezifische Beschäftigung mit dem Menschen als freihandelndem Wesen von einer rein physiologischen Anthropologie ab.⁹ Die Philosophische Anthropologie als eigenständiger Denkansatz, der sich aus philosophischer Perspektive mit der menschlichen Natur befasst, kristallisiert sich schließlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem mit dem Werk von Max Scheler, Helmuth Plessner und Arnold Gehlen heraus.

Einen anderen Fokus besitzt der Begriff der Anthropologie in den angelsächsischen Traditionen der *social* bzw. *cultural anthropology*. In dieser Disziplin – im deutschen Sprachraum ursprünglich unter dem Namen Völkerkunde oder Ethnologie bekannt – steht nicht die philosophische Betrachtung einer universellen Natur des Menschen, sondern die empirische Erforschung kultureller Differenzen und deren Vergleich im Mittelpunkt. Stark zugespitzt könnte man sagen, dass in der (philosophischen) Anthropologie die Gleichheit, in der *anthropology* die Differenz zwischen Menschen als elementar gesetzt wird.

Anknüpfend an die beiden Konnotationen des Anthropologiebegriffs kann *politische* Anthropologie ebenfalls in zwei Weisen verstanden werden. Im ersten Wortsinn ist die politische Anthropologie ein Unterfeld der philosophischen Anthropologie, das sich mit dem spezifischen Zusammenhang von menschlicher Natur und politischen Normen und Institutionen befasst. Dabei stehen diejenigen menschlichen Eigenschaften im Mittelpunkt, die für das politische Zusammenleben in empirischer oder normativer Hinsicht relevant sind. In der zweiten Bedeutung stellt die politische Anthropologie eine Teildisziplin der Sozial- bzw. Kulturanthropologie dar, welche

7 Vgl. zur folgenden Begriffsklärung Jörke, Politische Anthropologie, aaO. (FN 2), S. 10–12. Die Ideengeschichte der Anthropologie können wir an dieser Stelle nicht nachzeichnen. Für eine kritische Geschichte der philosophischen Anthropologie vgl. Marc Rölli, *Kritik der anthropologischen Vernunft*, Berlin 2011.

8 »Anthropologia est doctrina humanae naturae«. Otto Casmann 1594, zit. nach Odo Marquard, »Anthropologie« in: Joachim Ritter / Gottfried Gabriel / Karlfried Gründer (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 1*, Basel 1971, S. 362–374.

9 Immanuel Kant, *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*, Hamburg [1798] 2000.

sich empirisch mit den politischen Institutionen verschiedener Kulturen befasst.¹⁰ Im weiteren Verlauf dieses Beitrags beziehen wir uns auf die politische Anthropologie im ersteren Sinn und insbesondere auf Begründungsstrategien, die politische Normen und Institutionen mithilfe der Natur des Menschen zu legitimieren versuchen.

2.2 Die Stellung anthropologischer Annahmen im politischen Denken: vier Dimensionen politischer Anthropologie

Jede Theorie der Politik und des Sozialen ist in der einen oder anderen Form auf Ideen oder Vorstellungen einer menschlichen Natur angewiesen.¹¹ Auch die konstruktivistischsten Diskurstheorien gesellschaftlicher Realität gehen implizit von einem Menschenbild aus, das etwa die menschliche Sprachfähigkeit wesentlich voraussetzt. Selbst für explizit anthropologiekritische Positionen wie diejenigen von Horkheimer, Habermas und Foucault lässt sich daher zeigen, dass sie die Spannung zwischen Anthropologiekritik einerseits und der Angewiesenheit auf Annahmen über die menschliche Natur andererseits nie ganz auflösen können.¹² Hinter der foucaultianischen Vorstellung, der Mensch sei ein reiner Effekt im Gewebe der Machtverhältnisse, steckt beispielsweise die voraussetzungsreiche und umstrittene anthropologische Annahme, dass Menschen durch soziale und kulturelle Einflüsse größtenteils formbar sind.

Da anthropologische Prämissen somit weiter verbreitet sind, als es zunächst den Anschein haben kann, bildet der *Grad der Explikation* ein erstes, formelles Unterscheidungskriterium ihrer Rolle im politischen Denken. Auf der einen Seite finden sich ausgearbeitete anthropologische Theorien wie etwa diejenige von Gehlen, der aus einer Anthropologie des ›Mängelwesens‹ unmittelbar politische Folgerungen wie die Notwendigkeit von Institutionen zur Begrenzung der menschlichen Reizüberflutung ableitet.¹³ Auch klassische ideengeschichtliche Positionen wie die aristotelischen Bestimmungen des Menschen als *zoon politikon* und als *zoon logon echon*¹⁴ können als explizite politische Anthropologie eingeordnet werden, insofern aus ihnen direkte Schlüsse für den Charakter eines (guten) politischen Zusammenlebens gezogen werden.

Dem gegenüber stehen etwa poststrukturalistische Theorien, in denen anthropologische Annahmen im affirmativen Sinn lediglich eine implizite Rolle spielen. Sie lehnen

10 Vgl. etwa Pierre Clastres, *Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie*, Konstanz 2020.

11 Carl Schmitt dehnt diese These gar auf alle politischen Ideen aus: »Jede politische Idee nimmt irgendwie Stellung zur ›Natur‹ des Menschen und setzt voraus, dass er entweder ›von Natur gut‹ oder ›von Natur böse‹ ist«. Carl Schmitt, *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, 10. Aufl., Berlin 2015, S. 61.

12 Dirk Jörke, »Szenen einer heimlichen Liebe. Anthropologiekritik bei Horkheimer, Habermas und Foucault« in: ders. / Bernd Ladwig (Hg.), *Politische Anthropologie. Geschichte – Gegenwart – Möglichkeiten*, Baden-Baden 2009, S. 87–106.

13 Arnold Gehlen, *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*, 13. Aufl., Wiesbaden 1997.

14 Aristoteles, *Politik*, Hamburg 2012, I, 2, 1253a1–17.

positive Aussagen über eine menschliche Natur ab, weil diese stets mit problematischen Universalisierungen und konstitutiven Ausschlüssen einhergehen, können unterliegende anthropologische Vorstellungen jedoch trotz dieser antiessenzialistischen Haltung nicht ganz umschiffen.¹⁵ Auch Positionen wie Rawls' Theorie der Gerechtigkeit lassen sich auf der impliziten Seite dieser Dimension einordnen: In kantianischer Tradition zielt Rawls darauf, anthropologische Annahmen aus der Begründung seiner Theorie so weit wie möglich, wenn auch nicht vollständig,¹⁶ auszuklammern. Letztlich kommt auch er jedoch nicht ohne eine philosophische Anthropologie aus, wie Michael Sandel in seiner klassischen Kritik von Rawls' impliziter Voraussetzung eines »essentially unencumbered subject«¹⁷ zeigt.

Die rawlsianische Idee einer schwachen bzw. dünnen Konzeption des Guten verweist auf eine zweite Dimension, anhand derer die in politischen Theorien angelegten anthropologischen Annahmen unterschieden werden können: die Stärke ihres *Gehalts*. Eine »dünne« oder »formale« Anthropologie versucht sich auf die Benennung weniger und möglichst allgemeiner menschlicher Eigenschaften zu beschränken, was durch die implizite Vorstellung motiviert ist, dass die anthropologischen Prämissen dadurch möglichst unkontrovers bleiben. Dagegen legen »substanziellere« Positionen eine umfassende Theorie der menschlichen Natur dar, die reichere normative Schlussfolgerungen erlaubt. Ein Beispiel für die »formale« Position findet sich wiederum bei Rawls, der im Rahmen seiner »schwachen Theorie des Guten« die Vernunftfähigkeit als zentrale menschliche Eigenschaft voraussetzt, um seine Auswahl der Grundgüter zu fundieren.¹⁸ Dem gegenüber stehen teleologische Konzeptionen des guten menschlichen Lebens, wie sie sich in der antiken politischen Philosophie finden, die stets mit einer substanziellen Anthropologie verbunden sind. In Martha Nussbaums aristotelisch grundiertem *Capabilities Approach* findet sich diese Dimension in dem Begriff der »starke[n] vage[n] Theorie des Guten«¹⁹ wieder. Dabei handelt es sich – in Abgrenzung zu Rawls – um eine substanzielle Bestimmung dessen, was ein (gutes) menschliches Leben ausmacht, während zugleich ausreichend Raum für eine multiple Realisierbarkeit der menschlichen Grundfähigkeiten in verschiedenen Kulturen bleiben soll.

Eine weitere Dimension anthropologischer Annahmen lässt sich in der Art des *epistemischen Zugangs* ausmachen. Nussbaum differenziert hier im Anschluss an eine Unterscheidung von Hilary Putnam zwischen *internen* Ansätzen, die ihre Erkenntnisse über die menschliche Natur aus einer »Untersuchung der menschlichen Geschichte und des menschlichen Erkennens *von innen heraus*« beziehen, und *externen* Ansätzen, die von einer objektiven Erkenntnisquelle außerhalb menschlicher Selbstverständnisse

15 Vgl. Jörke, Szenen einer heimlichen Liebe, aaO. (FN 12).

16 Vgl. John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M. 1979, S. 286–290.

17 Michael J. Sandel, *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge 1998, S. 175.

18 Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, aaO. (FN 16), S. 434f.

19 Martha C. Nussbaum, »Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit. Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus« in: Holmer Steinfath (Hg.), *Was ist gutes Leben? Philosophische Reflexionen*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1998, 196–234, hier S. 207.

ausgehen.²⁰ Ihren eigenen Befähigungsansatz, der in dessen frühen Formulierungen noch explizit an eine aristotelische Konzeption der menschlichen Natur anschließt, verortet Nussbaum dabei eindeutig auf der internen Seite dieser Unterscheidung.²¹ Ein paradigmatisches Beispiel für einen externen Ansatz findet sich dagegen in der Soziobiologie, deren Ziel darin besteht, menschliches Sozialverhalten aus biologischen, insbesondere evolutionären Mechanismen zu erklären.²² Dabei wird der Versuch unternommen, anthropologische Aussagen unmittelbar aus objektiven biologischen Tatsachen zu gewinnen. Wie wir im folgenden Abschnitt zeigen werden, machen die unterschiedlichen Erkenntnisquellen interne und externe Ansätze anfällig für verschiedene Formen der Kritik.

Die vierte Dimension anthropologischer Annahmen in der politischen Theorie betrifft ihre *theoretische Funktion*. Aussagen über die menschliche Natur dienen innerhalb von politischen Denkansätzen unterschiedlichen Zwecken. Sie können *erstens* Menschen als Subjekte der Politik deskriptiv bestimmen, *zweitens* und darauf aufbauend politische Normen und Institutionen rechtfertigen oder fundieren, *drittens* Möglichkeiten und Grenzen politischer Veränderung aufzeigen und *viertens* als Erklärungsgrundlage für menschliches Handeln fungieren. Zuweilen dienen sie gar, *fünftens*, als praktische Handlungsanleitung für politische Entscheidungsträger_innen, so etwa bei Machiavelli: »Der Ordner eines Staatswesens und der Gesetzgeber [muß] davon ausgehen, daß alle Menschen böse sind und stets ihrer bösen Gemütsart folgen, sobald sie Gelegenheit haben.«²³

Die erste dieser fünf Funktionen der politischen Anthropologie besteht darin, Menschen als Subjekte politischer Ordnung deskriptiv zu bestimmen. Ein klassisches Beispiel dafür findet sich in Hobbes' *Leviathan*, dessen bis heute wirkungreiche Legitimation politischer Herrschaft auf der deskriptiven Anthropologie beruht, die im »Vom Menschen« betitelten ersten Teil dargelegt wird. Die dort skizzierte mechanistische Anthropologie, die die menschliche Psyche auf physikalische Bewegungen zurückzuführen versucht, legt den Grundstein für Hobbes' Verständnis des Menschen als zweckrational-egoistisches Individuum, das schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb ein »fortwährendes und rastloses Verlangen nach immer mehr Macht«²⁴ an den Tag legt.

Die zweite, normative Rolle anthropologischer Annahmen besteht in der Rechtfertigung politischer Normen und Institutionen. Auch diese Funktion, die auf der ersten

20 Nussbaum, *Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit*, aaO. (FN 19), S. 203.

21 Auch andere, nicht unbedingt *politisch*-anthropologische Ansätze in der Tradition des aristotelischen Naturalismus lassen sich dort verorten, insofern sie von einem immer schon evaluativen Verständnis der menschlichen Natur ausgehen. Vgl. Philippa Foot, *Natural Goodness*. Oxford/New York 2001; Rosalind Hursthouse, *On Virtue Ethics*, Oxford 2002.

22 Vgl. Edward O. Wilson, *Sociobiology. The New Synthesis. Twenty-fifth Anniversary Edition*, Cambridge, MA/London 2000; Roger Masters, *The Nature of Politics*, New Haven, CT 1989.

23 Niccolò Machiavelli, *Discorsi*, 6. Aufl., Frankfurt a.M./Leipzig 2016, I. 3: 26.

24 Thomas Hobbes, *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, Frankfurt a.M. 1966, S. 75.

aufbaut, wird in Hobbes' *Leviathan* exemplarisch deutlich. Denn das beschriebene individuelle Machtstreben des Menschen, verbunden mit der relativen Gleichheit der menschlichen Fähigkeiten zwischen den Individuen, ist für Hobbes der durch und durch anthropologische Grund für den kriegerischen Naturzustand, in dem sich die Menschen befinden: »So liegen also in der menschlichen Natur drei hauptsächliche Konfliktursachen: Erstens Konkurrenz, zweitens Mißtrauen, drittens Ruhmsucht.«²⁵ Aus dieser im Wesen der Menschen begründeten Problematik des Kriegszustandes, so Hobbes, kann sie nur die Übertragung sämtlicher Macht an den Leviathan erlösen. Hobbes' Legitimation politischer Herrschaft ist somit eine direkte Konsequenz seiner anthropologischen Annahmen.

Die normative Funktion politischer Anthropologie tritt allerdings nicht nur als positive Legitimation bestimmter Normen und Herrschaftsansprüche in Erscheinung, sondern auch negativ, wenn anhand der menschlichen Natur Möglichkeiten und Grenzen politischer Veränderung bestimmt werden sollen. Im politischen Diskurs zeigt sich diese Figur, wenn postuliert wird, dass politische Programme wie die Abschaffung von Hierarchien der Natur des Menschen widersprüchlich sind und daher notwendigerweise zu sozialen und politischen Verwerfungen führen müssten.²⁶ Bei Hobbes greifen beide Argumentationsfiguren ineinander, insofern es die verheerende Gewaltförmigkeit des Naturzustandes ist, die die Errichtung einer absoluten Staatsgewalt notwendig macht.

Schließlich kann eine Konzeption menschlicher Natur als Erklärungsgrundlage für menschliches Handeln fungieren. Als Beispiele für diese explanative Funktion sind insbesondere Soziobiologie und Evolutionspsychologie zu nennen, deren Begriff der menschlichen Natur keine explizit normative Funktion einnimmt, sondern der Erklärung menschlichen Sozialverhaltens durch evolutionäre Mechanismen dienen soll. Derartige Forschungsprogramme tragen das Potenzial starker Kontroversen in sich, weil stets die Gefahr besteht, dass eine Erklärung als normative Rechtfertigung verstanden wird – wogegen vonseiten dieser Theorien meist massiver Widerspruch erhoben wird.²⁷

Insgesamt bieten die rekonstruierten vier Dimensionen politischer Anthropologie eine erste Orientierung im weiten Feld anthropologischer Annahmen in der politischen Theorie. Auch wenn Annahmen über die menschliche Natur zumindest in impliziter Form weitverbreitet bleiben, sind sie in den letzten Jahrzehnten in der politischen Theorie zunehmend vonseiten anthropologiekritischer Positionen unter Beschuss gekommen. Wie wir im folgenden Abschnitt zeigen, besteht dabei ein Zusammenhang zwischen Anthropologiekritik und den skizzierten Dimensionen politischer Anthropologie, da verschiedene Varianten politischer Anthropologie jeweils für spezifische Kritikformen anfällig sind.

25 Hobbes, *Leviathan*, aaO. (FN 24), S. 95.

26 Vgl. Steven Pinker, *The Blank Slate. The Modern Denial of Human Nature*, New York 2002.

27 Vgl. Wilson, *Sociobiology*, aaO. (FN 22), S. iv–vi.

3. Anthropologiekritik: eine Typologie

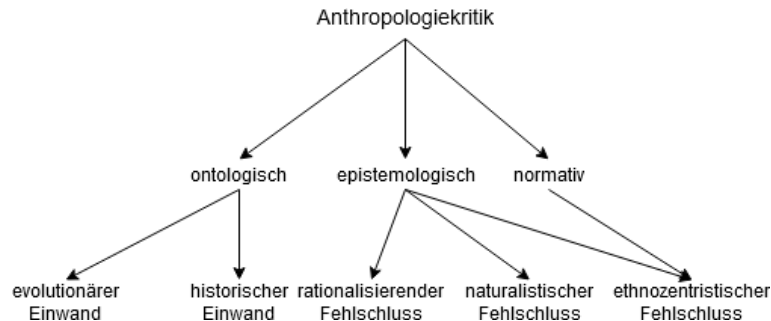
Politische Anthropologie ist *out*. In der zeitgenössischen politischen Theorie werden politische Normen äußerst selten explizit in einer Konzeption der menschlichen Natur begründet.²⁸ Die Gründe dafür sind nicht ausschließlich in einem postmodernen Zeitgeist zu suchen, sondern liegen in einem breiten Spektrum anthropologiekritischer Argumente, die im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend den politiktheoretischen Diskurs prägten. Im Folgenden unternehmen wir den Versuch, die verschiedenen Formen der Anthropologiekritik zu systematisieren und kritisch zu befragen.²⁹

Zunächst lassen sich drei Ebenen der Anthropologiekritik unterscheiden, die in der kritischen Diskussion der politischen Anthropologie allerdings zumeist nicht getrennt werden (s. Schaubild 1): Erstens kann auf der *ontologischen* Ebene bezweifelt werden, dass der Mensch überhaupt ein einheitliches Wesen hat. Selbst wenn dies zugestanden wird, kann zweitens auf der *epistemologischen* Ebene bestritten werden, dass substantielle und zuverlässige Aussagen darüber möglich sind. Drittens lässt sich argumentieren, dass die Rede von einem menschlichen Wesen problematische *normative* Konsequenzen mit sich bringt. In der Regel wird dies damit begründet, dass der Wesensbegriff der Pluralität menschlicher Individuen und Lebensformen zuwiderlaufe. Indem partikulare Eigenschaften oder Lebensformen als universell dargestellt würden, erfolge ein konstitutiver Ausschluss oder eine einseitige Privilegierung bestimmter menschlicher Merkmale oder Praktiken.

Die verschiedenen Ebenen der Kritik haben unterschiedlich viel Gewicht: Die ontologische Kritik ist »stärker« als die epistemologische, denn wenn es eine menschliche Natur nicht gibt, können auch keine substantiellen Aussagen über sie getroffen werden. Was die normative Kritik angeht, so könnte man argumentieren, dass sie für sich genommen überhaupt keine Kraft zu entfalten vermag: Wenn substantielle und *wahre* Aussagen über das Wesen des Menschen unseren normativen Überzeugungen widersprechen, wäre das eher ein Argument dafür, die fraglichen Überzeugungen zu modifizieren als den Wesensbegriff. Allerdings muss diese These in der Praxis aufgrund der konstitutiven Unschärfe und Unsicherheit von Aussagen über die menschliche Natur (s. u.) etwas abgeschwächt werden. Daher kann die normative Kritik auf Schwachstellen der Anthropologie hinweisen, muss jedoch immer an die beiden anderen Ebenen zurückgebunden werden.

28 Vgl. Richard Saage, »Zur Aktualität der Philosophischen Anthropologie« in: *Zeitschrift für Politik* 55, Nr. 2 (2008), S. 123–146.

29 Dabei fokussieren wir uns auf eine systematische Darstellung der zentralen anthropologiekritischen Argumente. Für eine ideengeschichtliche Kontextualisierung der Anthropologiekritik vgl. Marc Rölli (Hg.), *Fines Hominis? Zur Geschichte der philosophischen Anthropologiekritik*, Bielefeld 2015.



Beginnen wir mit der Anthropologiekritik auf ontologischer Ebene. Um zu bestreiten, dass es eine menschliche Natur überhaupt gibt, muss zunächst deren Definition geklärt werden. Der klassische Begriff des (menschlichen) Wesens bezieht sich auf eine Menge intrinsischer Eigenschaften, die zugleich notwendige und hinreichende Bedingungen für das Menschsein darstellen. Zudem wird diesem im strikten Sinne *definitorischen* Wesen eine *deskriptive* sowie – für die politische Anthropologie maßgeblich – auch eine *erklärende* und eine *normative* Rolle in Bezug auf die menschliche Lebensform zugeschrieben.³⁰ Der klassische Wesensbegriff soll also einiges leisten: Er soll nicht nur exakt definieren, was ein Mensch ist, sondern auch beschreiben, wie Menschen leben, erklären, warum sie so leben, wie sie es tun, und Anhaltspunkte dafür geben, wie sie leben sollten.

Dieser klassische Begriff des Wesens sieht sich einem starken Gegenargument ausgeliefert, insofern er auf biologische Arten wie den Menschen bezogen wird. Dieser *evolutionäre Einwand* stellt darauf ab, dass biologische Spezies evolutionären Prozessen unterliegen und daher individuell variabel sowie (natur-)historisch veränderlich sind und die Grenzen zwischen ihnen unscharf sind. Das bedeutet, dass es nicht möglich ist, eine Menge von notwendigen und hinreichenden Bedingungen der Zugehörigkeit zu einer Art und damit eine strikte Definition anzugeben, die auf mehr als nur die genealogische Verwandtschaft der Individuen referiert.³¹ Bloße Genealogie – also die Feststellung, dass Menschen dadurch bestimmt sind, dass sie von anderen Menschen abstammen – ist jedoch für sich genommen nahezu wertlos in Bezug auf die anderen Rollen, die dem Wesensbegriff traditionell zugeschrieben werden: Eine *politische* Anthropologie wäre im Rahmen eines rein taxonomischen Begriffs der menschlichen Natur undenkbar.

Neben dem evolutionären Einwand gibt es eine weitere Form der ›ontologischen‹ Essenzialismuskritik, die vor allem in der Tradition der Kritischen Theorie prävalent ist. Habermas formuliert sie am Ende seines klassischen Lexikonartikels über die Philosophische Anthropologie aus dem Jahr 1958 wie folgt:

30 Vgl. Maria Kronfeldner / Neil Roughley / Georg Toepfer, »Recent Work on Human Nature. Beyond Traditional Essences« in: *Philosophy Compass* 9, Nr. 9 (2014), S. 642–652; s. o. Abschnitt 2.

31 Kronfeldner et al., Recent Work on Human Nature, aaO. (FN 30).

»Damit hängt am Ende eine Schwierigkeit zusammen, die den Rahmen der Anthropologie sprengt: ›den‹ Menschen gibt es sowenig wie ›die‹ Sprache. Weil Menschen sich erst zu dem machen, was sie sind, und das, den Umständen nach, je auf eine andere Weise, gibt es sehr wohl Gesellschaften oder Kulturen, über die sich, wie über Pflanzenarten oder Tiergattungen, allgemeine Aussagen machen lassen; aber nicht über ›den‹ Menschen.«³²

Diese Form der Anthropologiekritik, die ähnlich bereits bei Lukács und in Horkheimers *Bemerkungen zur philosophischen Anthropologie* formuliert wird und die man als *historischen Einwand* bezeichnen könnte, verweist auf die historische Wandelbarkeit und Selbsterschaffung des Menschen und schließt daraus, dass die Rede von einem menschlichen Wesen mit einer unzulässigen Reifizierung einhergeht.³³

Beide skizzierten Einwände beziehen sich in ihrer Kritik der Anthropologie auf die menschliche Variabilität. Zugespitzt laufen sie darauf hinaus, dass Menschen zu verschieden sind, um ihnen eine einheitliche Natur zuschreiben zu können. Auch der Einwand der historischen Veränderlichkeit menschlicher Gesellschaften lässt sich so lesen, ist diese doch letztlich nichts anderes als Variabilität über die zeitliche Dimension. Dass der historische Einwand, jedenfalls in der Version von Habermas, nicht primär auf *individuelle* Variabilität abstellt, sondern allgemeine Aussagen über menschliche Gesellschaften und Kulturen ausdrücklich erlaubt, ändert daran nichts, macht die Kritik allerdings angreifbarer. Woraus, so ließe sich fragen, bestimmt sich für Habermas der zulässige Grad der Verallgemeinerung im Rahmen einer Wesensbestimmung, und weshalb gibt es ›die‹ Feudalgesellschaft, aber nicht ›den‹ Menschen? Der evolutionäre Einwand ist hier radikaler und scheint in letzter Konsequenz eine Form des Nominalismus (zumindest in Bezug auf biologische Arten) nahezulegen.

Eine mögliche Antwort auf die beiden Einwände verweist darauf, dass Konzeptionen der menschlichen Natur, die – begrenzte – Variation und Veränderung erlauben, zumindest denkbar sind. Mehr noch, es ist eine wichtige Einsicht der philosophischen Anthropologie, dass die menschliche Vielfaltigkeit und Wandelbarkeit selbst in die Natur des Menschen eingeschrieben ist. Eine solche Position lässt sich bereits bei Herder und in der Folge bei so unterschiedlichen Denkern wie Marx, Nietzsche, Plessner und Gehlen ausmachen. Die Dichotomie zwischen einer strikten Definition einerseits, die auf jeden einzelnen Menschen vollständig zutreffen muss, und der Unmöglichkeit

32 Jürgen Habermas, »Philosophische Anthropologie (ein Lexikonartikel)« in: ders., *Kultur und Kritik. Verstreute Aufsätze*, Frankfurt a.M. 1973, S. 89–111, hier S. 105f.

33 Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein. GLW, Band 2*, Darmstadt/Neuwied 1968, S. 371–385; Max Horkheimer, »Bemerkungen zur philosophischen Anthropologie« in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 4, Nr. 1 (1935), S. 1–25. Eine verwandte, wenngleich radikalere Anthropologiekritik findet sich im Existenzialismus: »Wenn der Mensch, so wie ihn der Existentialist begreift, nicht definierbar ist, so darum, weil er anfangs überhaupt nichts ist. Er wird erst in der weiteren Folge sein, und er wird so sein, wie er sich geschaffen haben wird. Also gibt es keine menschliche Natur, da es keinen Gott gibt, sie zu entwerfen.« Jean-Paul Sartre, »Ist der Existenzialismus ein Humanismus?« in: ders., *Drei Essays*, Frankfurt a.M. 1986, S. 7–51, hier S. 11.

jeglicher anthropologischen Aussagen andererseits muss als falsches Dilemma zurückgewiesen werden. Dabei müsste eine gehaltvolle politische Anthropologie deutlich über den Allgemeinplatz hinausgehen, dass der Mensch ein veränderliches Wesen ist. Um mit Leo Kofler zu sprechen, müsste sie sich mit den »*unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit*« auseinandersetzen.³⁴ Martha Nussbaums frühe Schriften weisen hier zumindest in die richtige Richtung: Nussbaum macht universelle Eigenschaften der menschlichen Lebensform aus, lässt jedoch bewusst Platz für eine historisch-kulturelle Spezifizierbarkeit dieser menschlichen Grundfähigkeiten und versucht damit, der Interdependenz von menschlicher Natur und Gesellschaft Rechnung zu tragen.³⁵ Auch wenn die richtige Balance zwischen Universalität und Raum für historische und individuelle Variabilität schwierig zu treffen ist, ist der fallible Versuch dazu vielversprechender als die Dualität einseitig anti-universalistisch aufzulösen.

Über die skizzierten Einwände auf der ontologischen Ebene hinaus sehen sich Konzeptionen einer menschlichen Natur auch mit einer Kritik auf der *epistemologischen* Ebene konfrontiert. Auch wenn zugestanden wird, dass es so etwas wie ein menschliches Wesen gibt, so stellt sich unmittelbar die Frage, wie wir zuverlässige Aussagen darüber treffen können. Denn weder die Biologie noch eine andere erfahrungswissenschaftliche Disziplin operieren mit einem Begriff der menschlichen Natur.

Habermas liefert in seinem berühmten Lexikonartikel über Anthropologie die wohl einzig viable Antwort auf diese Frage: Die philosophische Anthropologie – zu der sich die politische Anthropologie als Teilfeld verhält – ist die philosophisch geleitete Integration der Erkenntnisse von Biologie, Psychologie, Geschichte, Kulturanthropologie, Soziologie und allen anderen empirischen Wissenschaften, die sich mit dem Menschen befassen.³⁶ Denn auch wenn es zutrifft, dass keine der wissenschaftlichen Disziplinen *unmittelbar* mit einem Begriff des menschlichen Wesens operiert, so lassen sich diesen dennoch jede Menge Erkenntnisse über die menschliche Verfasstheit entnehmen: »In gewissem Sinne ist das allgemeine Problem der Anthropologie, dass über ›den Menschen‹ nicht zu wenig, sondern zu viel gesagt werden kann.«³⁷ Das Unterfangen der Anthropologie hängt also wesentlich von der *Auswahl* von wichtigen – also für Erklärung und Verständnis der menschlichen Lebensform relevanten – Strukturen und Merkmalen ab und trägt damit stets auch einen hypothetischen Zug.

Gerade dieser epistemischen Problematik der Anthropologie wohnt die Gefahr mehrerer anthropologischer Fehlschlüsse inne:³⁸ Da ist zunächst der *rationalisierende Fehlschluss*, der darin besteht, bereits erfolgte Wertungen nachträglich durch den

34 Leo Kofler, *Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie*, Wien 1967, S. 28.

35 Nussbaum, *Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit*, aaO. (FN 19), S. 208.

36 Habermas, *Philosophische Anthropologie*, aaO. (FN 32), S. 89f.

37 Bernd Ladwig, »Anthropologische Argumente in der menschenrechtlichen Moral« in: Dirk Jörke / Bernd Ladwig (Hg.), *Politische Anthropologie. Geschichte – Gegenwart – Möglichkeiten*, Baden-Baden 2009, S. 245–270, hier S. 249.

38 Vgl. Jörke, *Politische Anthropologie*, aaO. (FN 2), S. 56–58; ähnlich auch Dieter Birnbacher, »Was kann die Anthropologie zur Politik und ihrer theoretischen Fundierung beitragen?« in: Dirk Jörke / Bernd Ladwig (Hg.), *Politische Anthropologie. Geschichte – Gegenwart – Möglichkeiten*, Baden-Baden 2009, S. 179–194.

Rückgriff auf die menschliche Natur zu legitimieren. Durch diese Projektion wird den entsprechenden Werten eine Aura der Natürlichkeit und Objektivität verschafft, obwohl sie nicht in den anthropologischen Annahmen, sondern diese umgekehrt in jenen begründet liegen: Man findet das, wonach man gesucht hat.

In gewisser Hinsicht spiegelbildlich zum rationalisierenden Fehlschluss verhält sich der Vorwurf des *naturalistischen Fehlschlusses*. Dieser bezieht sich heute im Allgemeinen auf eine *unzulässige Vermischung der beiden Bereiche des Faktischen und des Normativen* und insbesondere darauf, dass aus einem Sein (der menschlichen Natur) ein Sollen (ethische oder politische Normen) abgeleitet werde. Eine gewisse Symmetrie zum rationalisierenden Fehlschluss besteht insofern, als hier nicht von einem Sollen unzulässigerweise auf ein Sein, sondern umgekehrt von einem Sein auf ein Sollen geschlossen wird.

Mit dem rationalisierenden Fehlschluss verwandt, aber stärker auf den Inhalt der anthropologischen Aussagen selbst bezogen, ist schließlich der *ethnozentristische Fehlschluss*. Dabei werden partikuläre menschliche Eigenschaften oder Wertvorstellungen eines guten menschlichen Lebens unzulässig verallgemeinert und auf andere soziale Kontexte übertragen. Insbesondere in der Debatte um die Begründung universaler Menschenrechte spielt die Kritik ethnozentristischer Fehlschlüsse eine bedeutende Rolle.³⁹

Das Problem des ethnozentristischen Fehlschlusses verweist unmittelbar auf die dritte, *normative* Ebene der Anthropologiekritik. Diese – oft, aber nicht immer poststrukturalistisch inspirierte – Form der Kritik wird von anthropologiekritischen Positionen häufig einfach als selbstverständlich vorausgesetzt. Hull bringt die kritisierte Denkweise folgendermaßen auf den Punkt: »The normal state for human beings is to be white, male heterosexuals. All others do not participate fully in human nature.«⁴⁰ Aufgrund der wichtigen Rolle der Auswahl zentraler menschlicher Eigenschaften für die politische Anthropologie ist das Risiko groß, dass bestimmte menschliche Eigenschaften, Strukturen oder Praxen einseitig über andere privilegiert werden. Mehr noch, die Geschichte der politischen Anthropologie ist voll von problematischen Theorien, die unterprivilegierten Gruppen die Menschlichkeit absprechen und die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Benachteiligung damit naturalisieren.

Daher wirft die normative Kritik wichtige Hinweise für die Kritik konkreter anthropologischer Theorien auf: Diese müssen stets auf die Gefahr von falschen Verallgemeinerungen und insbesondere von ethnozentristischen Fehlschlüssen geprüft werden. Sofern die These richtig ist, dass jede politische Theorie zumindest implizit auf anthropologische Annahmen angewiesen ist, kann die Konsequenz einer derartigen Kritik jedoch nicht sein, den Begriff der menschlichen Natur selbst aufzugeben, denn die Gefahr ethnozentristischer Fehlschlüsse ist bei einer mangelnden Reflexion impliziter an-

39 Für einen Überblick über die Debatte vgl. Georg Lohmann / Günter Nooke / Gerhard Wahlers (Hg.), *Gelten Menschenrechte universal? Begründungen und Infragestellungen*, Freiburg 2008.

40 David L. Hull, »On Human Nature« in: *PSA: Proceedings of the Biennial Meeting of the Philosophy of Science Association* 1986, Nr. 2, S. 3–13., hier S. 7.

thropologischer Annahmen umso größer. Stattdessen gälte es dann, mit aller gebotenen epistemischen Bescheidenheit und im Bewusstsein um die Fallibilität dieses Unternehmens eine wirkliche Universalisierung der Anthropologie anzustreben. Dazu ist eine an die epistemische Ebene rückgebundene normative Kritik von Ausschlüssen, die in *spezifischen* anthropologisch grundierten Ansätzen impliziert sind, äußerst hilfreich.⁴¹ Sie kann dazu beitragen, falsche Universalismen zu entlarven und in hegemonialen Diskursen unterbelichtete kulturelle Differenzen zu erhellen. Letztere sind jedoch wiederum nur vor dem Hintergrund unserer Gemeinsamkeiten als menschliche Wesen überhaupt intelligibel.⁴²

Auch die beiden anderen Fehlschlüsse sind keine grundsätzlichen Einwände gegen das Projekt der politischen Anthropologie an sich, sondern richten sich gegen spezifische Konzeptionen der menschlichen Natur, deren epistemischer Zugang durch die Fehlschlüsse beeinträchtigt wird. Gleichwohl kann aus der Kombination der Einwände des rationalisierenden und des naturalistischen Fehlschlusses eine gewichtige Herausforderung für die Anthropologie insgesamt abgeleitet werden, weil damit sowohl interne als auch externe Ansätze problematisiert werden können: Gegen interne Ansätze kann eingewandt werden, dass die kulturimmanente Erkenntnismethode gar nicht in der Lage ist, eine objektive Begründung für politische Normen zu liefern. Daher kann der Verdacht aufkommen, dass die anthropologischen Thesen aus den normativen Vorlieben der Theoretikerin abgeleitet werden und erst nachträglich als Aussagen über die menschliche Natur »verkleidet« werden, also ein rationalisierender Fehlschluss erfolgt.⁴³ Externe Ansätze sehen sich hingegen primär dem Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses ausgesetzt. Weil sie ihre Konzeption der menschlichen Natur aus (scheinbar) naturwissenschaftlichen Grundlagen beziehen, die nicht schon selbst evaluativ gefärbt sind, sehen sie sich dem Verdacht ausgesetzt, dass dabei von einem Sein auf ein Sollen geschlossen werde. Wenn nun alle Ansätze politischer Anthropologie entweder einen internen oder externen Zugang wählen, so resultiert aus der Verbindung beider Einwände eine allgemeine Anthropologiekritik.

Bei beiden Fehlschlüssen kann jedoch bezweifelt werden, dass es sich überhaupt um Fehlschlüsse handelt. Vertreter*innen interner Ansätze, die für einen rationalisierenden Fehlschluss kritisiert werden, können sich darauf berufen, dass es sich bei der Erkundung der menschlichen Natur aufgrund des reflexiven Charakters immer schon um ein normatives Unternehmen handelt. Und dem Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses kann damit begegnet werden, die Dichotomie zwischen Sein und Sollen selbst

41 Vgl. etwa die von Brooke Ackerly vorgebrachte Kritik an Nussbaums *Capabilities Approach*. Brooke A. Ackerly, *Political Theory and Feminist Social Criticism*, Cambridge 2000, S. 94–120.

42 Andrew Sayer, *Why Things Matter to People. Social Science, Values and Ethical Life*, Cambridge 2011, S. 99f.

43 So auch die überzeugende Kritik von Birnbacher an Nussbaum. Birnbacher, Was kann die Anthropologie zur Politik und ihrer theoretischen Fundierung beitragen?, aaO. (FN 38), S. 188f.

infrage zu stellen.⁴⁴ Selbst die Kritik eines ethnozentristischen Fehlschlusses könnte damit beantwortet werden, dass die eigenen (in empirischer Hinsicht) partikularen Wertvorstellungen eben (normativ) universell gültig seien. Dass es sich bei Letzterem um ein äußerst gefährliches Argument handelt, das leicht in eine unkritische Affirmation eigener Vorurteile verfallen kann, liegt auf der Hand. Entscheidend ist jedoch, dass keiner der potenziellen Fehlschlüsse ein unüberwindbares Argument gegen die Viabilität politischer Anthropologie liefert.

Auch wenn die zeitgenössische politische Theorie in der Mehrheit eine anthropologiekritische Position vertritt, werden die Gründe dafür in den meisten Fällen nicht explizit gemacht.⁴⁵ Die vorliegende Bestandsaufnahme verschiedener Formen der Anthropologiekritik zeigt, dass die Debatte um die Haltbarkeit anthropologischer Bestimmungen in der politischen Theorie keineswegs zugunsten der anthropologiekritischen Position entschieden ist. Abschließend plädieren wir daher im Folgenden für eine Wiederaufnahme des Projekts der politischen Anthropologie unter Berücksichtigung der Potenziale und Grenzen, die durch die skizzierten Funktionen anthropologischer Annahmen im politischen Denken abgesteckt werden.

4. Politische Anthropologie heute

Anthropologische Bezüge werden in der zeitgenössischen politiktheoretischen Diskussion häufig vorschnell als überholt beiseitegeschoben. Es ist zu vermuten, dass hinter dieser überwiegenden Ablehnung anthropologischer Ansätze vor allem die normative Spielart der Anthropologiekritik steht. Wie wir gezeigt haben, ist diese Form der Anthropologiekritik ernst zu nehmen und hat wichtige methodische Implikationen für die politische Anthropologie. Sie vermag jedoch nicht das Projekt als Ganzes infrage zu stellen, sondern ihr kann nur im Rahmen einer Explikation und Kritik problematischer anthropologischer Annahmen begegnet werden. Zugleich gibt es aus unserer Sicht mindestens vier Gründe dafür, sich Fragen der politischen Anthropologie heute erneut zuzuwenden:

Erstens sind anthropologische Begründungsfiguren innerhalb der politischen Ideengeschichte enorm relevant. Zum Verständnis ihrer vielfältigen Rollen in ideengeschichtlich wirkungsreichen Theorien ist daher eine grundlegende Reflexion über den Status politischer Anthropologie hilfreich. Diese Prävalenz anthropologischer Prämissen in der Ideengeschichte stellt *zweitens* ein Indiz dafür dar, dass die politische Theorie ohne sie schlicht nicht auskommt. Wenn wir politische Institutionen rechtfertigen, soziale Strukturen und Normen kritisieren oder menschliches Handeln erklären, setzen wir immer schon implizite Vorstellungen der menschlichen Natur voraus. Wenn diese unhinterfragt bleiben, ist die Gefahr gerade angesichts wirkmächtiger problematischer anthropologischer Positionen im Kanon der europäischen Ideengeschichte

44 Vgl. Hilary Putnam, *The Collapse of the Fact/Value Dichotomy and Other Essays*, 3. Aufl., Cambridge, MA 2004.

45 Vgl. Honneth, Vorwort, aaO. (FN 3), S. 7.

umso größer, unreflektiert einen ethnozentristischen Fehlschluss zu begehen. Insbesondere die menschliche Leiblichkeit und soziale Interdependenz sind Beispiele für Grundbedingungen menschlicher Existenz, die in impliziten Menschenbildern von Descartes bis zur heutigen Rational-Choice-Theorie allzu oft unterbelichtet bleiben. Diesem Problem kann eine explizite Beschäftigung mit politischer Anthropologie entgegenwirken, zumal die kritische Auseinandersetzung mit dem cartesianischen Erbe gerade auch ein Gründungsmoment der deutschsprachigen Philosophischen Anthropologie darstellt.⁴⁶ Menschen sind soziale, sorgebedürftige, verletzbare, leibliche, sinnliche und – im Sinne einer verkörperten praktischen Vernunft – rationale Wesen. Diese Eigenschaften stellen zentrale Ausgangspunkte dar, die eine ihrem Gegenstand angemessene politische Anthropologie aufnehmen müsste.

Drittens wird sich die Frage nach der menschlichen Natur durch technologische Entwicklungen, die die Grenze zwischen Mensch und Maschine zunehmend infrage stellen, auch als *praktische* Herausforderung in der nahen Zukunft erneut stellen. Um die Jahrtausendwende herum wurde diese Frage unter anderem von Habermas und Fukuyama anhand von biotechnologischen Entwicklungen wie der Gentechnik diskutiert, die das Potenzial zur Modifikation der menschlichen Natur haben.⁴⁷ Hinzu gekommen ist seitdem eine verstärkte Diskussion der Rolle des Menschen im Kontext sogenannter künstlicher Intelligenz.⁴⁸ Anders als in der Frage der Biotechnologie besteht die Verbindung zur Anthropologie dabei nicht primär in der potenziellen Veränderung der menschlichen Natur, sondern in der Infragestellung der Einzigartigkeit des Menschen als *animal rationale*. Zugleich streben transhumanistische Fantasien des *mind uploading* nach einer Befreiung des menschlichen Geistes von den Beschränkungen der Leiblichkeit. Wenngleich die politische Theorie keine fertigen Rezepte im Umgang mit diesen Entwicklungen liefern kann, wäre sie gut beraten, die dadurch aufgeworfenen anthropologischen Fragen ernst zu nehmen.

Viertens und damit zusammenhängend ist die Frage, welche Wesen eigentlich als politische Subjekte gelten können, auch in Bezug auf die Mensch-Tier-Differenz hochaktuell. Spätestens seit Sue Donaldsons und Will Kymlickas vieldiskutiertem Werk *Zoopolis* ist die Frage, ob auch nichtmenschlichen Tieren politische Rechte zugesprochen werden sollten, im Mainstream der politischen Theorie angekommen.⁴⁹ Indem der Alleinvertretungsanspruch des Menschen als Subjekt und Maßstab der Politik derart infrage gestellt wird, wird auch die politische Anthropologie herausgefordert.

46 Saage, Zur Aktualität der Philosophischen Anthropologie, aaO. (FN 28); vgl. Helmuth Plessner, *Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie*, Berlin/New York 1975.

47 Jürgen Habermas, *Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer neuen Eugenik?*, Frankfurt a.M. 2001; Francis Fukuyama, *Our Posthuman Future. Consequences of the Biotechnology Revolution*, New York 2002; vgl. auch Saage 2008, Zur Aktualität der Philosophischen Anthropologie, aaO. (FN 28).

48 Vgl. Thomas Fuchs, *Verteidigung des Menschen. Grundfragen einer verkörperten Anthropologie*, Berlin 2020.

49 Sue Donaldson / Will Kymlicka, *Zoopolis. Eine politische Theorie der Tierrechte*, Berlin 2013. Vgl. auch Bernd Ladwig, *Politische Philosophie der Tierrechte*, Berlin 2020.

Es gibt also wichtige Gründe dafür, die eingangs erwähnte anthropologiekritische Hegemonie in der politischen Theorie infrage zu stellen. Eine solche Erneuerung der politischen Anthropologie hat mehrere Voraussetzungen, die wir abschließend kurz skizzieren möchten. Zunächst einmal müsste der Dialog zwischen Anthropologie und Anthropologiekritik wiederhergestellt werden. Während anthropologiekritische Positionen einerseits nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden können, müssen Vertreter*innen der politischen Anthropologie andererseits der ontologischen Kritik sowie dem Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses begegnen und die Gefahr rationalisierender und ethnozentristischer Fehlschlüsse berücksichtigen. Wie wir oben skizziert haben, steht der politischen Anthropologie eine vielversprechende Verteidigungsstrategie gegen die ontologische Kritik zur Verfügung, indem die menschliche Variabilität und Historizität als selbst in der Natur des Menschen begründet verstanden werden. Mit diesem bereits in klassischen philosophischen Anthropologien angelegten Argument kann der problematischen Verengung des Begriffs der menschlichen Natur auf ein strikt definitorisches Kriterium der Artzugehörigkeit entgegnet werden. Dieser Ansatz einer Verteidigung müsste, wie auch bestehende Kritiken der im Vorwurf des naturalistischen Fehlschlusses implizierten Sein-Sollen-Dichotomie,⁵⁰ weiter ausgearbeitet werden, deutet jedoch an, dass die von der Anthropologiekritik aufgeworfenen Probleme nicht unüberwindbar sind. Wenn sich diese These bestätigen sollte, würde das Hinweise für die Beantwortung der Frage liefern, welche Rolle anthropologische Figuren im politischen Denken spielen können, insofern diese dann über eine lediglich ergänzende oder illustrative Funktion hinaus als normative Ressource der politischen Theorie dienen könnten.

Um der *epistemischen* Problematik anthropologischer Argumentation zu begegnen, die wir anhand der drei Fehlschlüsse diskutiert haben, ist methodisch eine Rückbindung der Anthropologie an empirische Erkenntnisse aus der Kulturanthropologie, Psychologie, Biologie und anderen erfahrungswissenschaftlichen Disziplinen erforderlich. Diesen Einzelwissenschaften lassen sich eine Vielzahl von Erkenntnissen über die menschliche Verfasstheit entnehmen, auf die eine politische Anthropologie zurückgreifen kann. Sie können jedoch umgekehrt die theoretische Integration der für das politische Zusammenleben relevanten menschlichen Eigenschaften in eine kohärente Konzeption der menschlichen Natur nicht leisten, sodass sie weder philosophische noch politische Anthropologie *ersetzen* können. Diese Integrationsleistung sowie der Bezug anthropologischer Aussagen auf die Politikwissenschaft bleibt eine genuine Aufgabe politischer Anthropologie.

Ziel des vorliegenden Aufsatzes war es, eine Topographie des Feldes der politischen Anthropologie zu beginnen, um eine Wiederaufnahme des anthropologischen Projekts anzuregen. Unsere Systematisierung von Figuren der politischen Anthropologie/-kritik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die vorliegende Typologie kann jedoch dazu beitragen, diese konkreten Kritiken einzuordnen und zur Struktur der jeweiligen Theorie in Beziehung zu setzen. Darüber hinaus kann sie als Ausgangspunkt

50 Vgl. Putnam, *The Collapse of the Fact/Value Dichotomy and Other Essays*, aaO. (FN 44).

einer Erörterung der Potenziale und Grenzen politischer Anthropologie dienen. In einem Zeitalter, in dem der Mensch sich selbst angesichts rasanter technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen fraglich wird, wäre es wichtiger denn je, seinen Platz in der politischen Theorie zu klären. Diesseits der diversen Anti-, Post- und Transhumanismen des 20. und 21. Jahrhunderts könnte dann erneut eine humanistische Perspektive sichtbar werden.

Werner Link

Zwischen Globalismus und Demokratie

Zusammenfassung: Wolfgang Streecks Konzept einer neuen nationalen und internationalen Ordnung (die an die Stelle des gegenwärtigen, von der »Hyperglobalisierung« geprägten Systems treten soll) ist eine theoretische Konstruktion, basierend auf dem Modell »Keynes-Polanyi-Staat«. Mehrere Sachverhalte (die im einzelnen erörtert werden) zeigen jedoch, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung des Konzepts nicht vorhanden und in absehbarer Zeit nicht zu schaffen sind. Vor allem fehlen auf der nationalen *und* internationalen Ebene die Akteure, die für die Systemtransformation notwendig wären. Die Hoffnung auf die große »Umkehr« dürfte sich nicht erfüllen.

Schlüsselwörter: Hyperglobalisierung, Global Governance und der Nationalstaat; Keynes-Polanyi-Staat; hegemoniale/imperiale EU und Europäische Integration; demokratischer Nationalismus und genossenschaftlich-konföderiertes Staatensystem.

Werner Link, Between Globalism and Democracy

Summary: Wolfgang Streeck's conception of a new national and international order (which is considered to replace the present system of »hyperglobalisation« and »global governance«) is a theoretical construction according to the model of the »Keynes-Polanyi-State«. However, the prevailing circumstances (which are separately discussed) indicate, that the conditions for realizing this concept do not exist. Most of all, the actors who are necessary for the system's transformation are missing – on the national *and* on the international level. The hope for the great reversal (»Umkehr«) will not come true.

Keywords: Hyperglobalisation, Global Governance and the Nation-State; Keynes-Polanyi-State; imperial/hegemonial EU and European Integration; democratic nationalism and a co-operative confederal states system.

Werner Link, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Köln.

Korrespondenzanschrift: w.s.link@t-online.de

Die Diskussion über eine neue Ordnungspolitik in und zwischen den Staaten ist seit einigen Jahren in vollem Gange. In dem neuen voluminösen und anspruchsvollen Buch des Kölner Soziologen Wolfgang Streeck¹ lautet die Hauptthese, dass die ökonomische »Hyperglobalisierung« im zeitgenössigen Kapitalismus und ihr politisches Pendant, die »global governance«², zum Scheitern verurteilt, ja, bereits gescheitert sind. Der »Neoliberalismus« war und ist ökonomisch und politisch ein Irrweg. Insbesondere verhindert er eine demokratische Politik. Der Nationalstaat ist und bleibt (entgegen der neoliberalen Annahme) der Hauptakteur der Politik. Er steht daher im Zentrum der wissenschaftlichen Analyse – zumal es Streeck nicht zuletzt um die Verwirklichung »der Demokratie« geht. Denn der Nationalstaat ist »das einzige soziale Gebilde, das demokratisierbar ist« (S. 491). Weltweit ist in Wirtschaft *und* in Politik die Hyperglobalisierung nicht die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, sondern das Problem selbst – Hauptverursacherin der gegenwärtigen innergesellschaftlichen und internationalen Verwerfungen und deren negativen Auswirkungen. Wenn man sich an die Auseinandersetzungen erinnert, die in der Politikwissenschaft (und nicht nur dort) Ende des 20. Jahrhunderts angesichts der begonnenen großen Globalisierung geführt wurden, so ist aus Streecks Analyse der heute feststellbaren Ergebnisse der Globalisierung und Hyperglobalisierung die Schlussfolgerung zu ziehen: Die damalige optimistisch-positive Einschätzung der Globalisierung und ihrer Folgen wurde von der realen Entwicklung widerlegt. Das gilt speziell für die Annahme, dass der Nationalstaat obsolet sei und durch erfolgreiche »global governance« abgelöst werde.³

Was speziell die Entwicklung in Europa angeht, zeigt Streeck (m. E. zutreffend), dass in der Europäischen Integration entgegen aller Rhetorik von Anfang an bis heute die Nationalstaaten die Herren der Entwicklung sind. Gleichwohl behauptet Streeck, dass die EU inzwischen ein »imperiales« oder »semi-imperiales« Gebilde oder ein »Möchtegern oder Quasiimperium« sei – beherrscht von den beiden »hegemonalen« Staaten Deutschland und Frankreich. Diese Begriffsverwirrung⁴ schadet seiner Argumentation. Sie ist auch insofern in sich widersprüchlich, als Streeck selbst darauf verweist, dass die Interessengegensätze zwischen Frankreich und Deutschland beachtlich sind. Sie schließen daher m. E. eine Hegemonie einer der beiden Staaten und erst recht ein Imperium aus. Mehr noch, die EU ist *vertraglich* (speziell durch die Stimmverteilung bei den Ratsbeschlüssen) so strukturiert, dass eine Hegemonie *rechtlich* nicht möglich ist; ihre Ratio ist von Anfang an anti-hegemonial! Auch der von Streeck rundum kritisierte und verteufelte Euro, die Europäische Währungsunion, war und ist

1 Wolfgang Streeck, *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin 2021.

2 Zum Begriff siehe den Artikel »Global Governance« in Wikipedia (letzter Zugriff 15.08.21).

3 Im Interesse der wissenschaftlichen Transparenz sei erwähnt, dass ich mich damals an dieser Diskussion mit meinem Buch, *Die Neuordnung der Weltpolitik* (München 1998, 3. Aufl. 2001) auf der Seite der Kritiker der Globalisierung beteiligt und u.a. »Die Selbstbehauptung des Territorialstaats im Globalisierungsprozess« (Kap. IV,3) beschrieben habe.

4 Die Lektüre des Standardwerks von Heinrich Triepel, *Die Hegemonie* (1938), 3. Neudruck Aalen 1974, hätte Streeck vor dieser Begriffsverwirrung bewahren können.

primär ein politisches Instrument zur Verhinderung einer deutschen DM-Hegemonie, das in diesem Sinne wirksam war und weiterhin ist. Eine gemeinsame deutsch-französische Führung ist zwar punktuell von Fall zu Fall innerhalb der EU möglich und wird gelegentlich (auf der Basis ausgehandelter Kompromisse) praktiziert, ist aber nicht strukturbildend etabliert. Generell stehen die (auch von Streeck betonten) enormen Heterogenitäten in der extrem erweiterten EU der Entwicklung der EU zu einem »Superstaat« oder einem »Armeestaat« eindeutig entgegen. Dieser Sachverhalt hindert Streeck freilich nicht, schon jetzt die real existierende EU hin und wieder als imperial zu bezeichnen, um dann deren Scheitern zu prognostizieren. Den Ausweg, den Streeck anbietet, ist eingebettet in seinen Entwurf einer neuen *staatlichen* und *internationalen* Ordnung (und wird deshalb in diesem Kontext weiter unten zu kommentieren sein).

Bezüglich der (*inner*)*staatlichen Ordnung* analysiert und kritisiert Streeck zunächst die bestehenden Abhängigkeiten von der Hyperglobalisierung und entwickelt dann im Rückgriff auf Polanyis Überlegungen nach dem Zweiten Weltkrieg (in Verbindung mit dem Keynes der dreißiger Jahre) ein Alternativmodell – den »Keynes-Polanyi-Staat«, der national, souverän und demokratisch (und kein großer Staat!) ist bzw. sein soll. Er erwartet, dass derartig strukturierte Staaten ein genossenschaftlich-konföderiertes Staatensystem bilden. Selbst wenn die (durch empirische Studien belegte und von Streeck ausführlich zitierte) Annahme als wahrscheinlich zutreffend gelten kann, dass kleinere Staaten effektiver zu regieren und eher demokratisch sind als große Staaten, bleibt die entscheidende Frage, ob die radikale Neustrukturierung und Neuorientierung unter den Bedingungen des real existierenden Parteienstaats⁵ und der modernen Medien möglich ist (siehe dazu weiter unten Streecks optimistische Hoffnung auf die große »Umkehr«).

Die Entwicklung des *politischen internationalen Staatensystems* nach dem Ost-West-Konflikt von der Bipolarität zur Multipolarität setzt Streeck in Beziehung zu der ökonomischen Hyperglobalisierung, ohne jedoch auf die relativ eigenständige Logik der internationalen Politik einzugehen. Nur kurz referiert er die »realistische« Perspektive zweier Autoren (nebst einer Anmerkung zu Thukydines' Melier-Dialog). Und im Schlusskapitel verweist er auf das wichtige Buch des renommierten englischen Politikwissenschaftlers Headley Bull, dessen aussagekräftigen Titel *The Anarchical Society* er allerdings nur im Literaturverzeichnis nennt. Ihn interessiert offenbar lediglich, dass (auch) Bull zeigt: Das nationalstaatliche System ist »unersetzbar« und internationale Ordnung gibt es »nur mit ihm (d. h. dem Nationalstaat, von mir hinzugefügt, W.L.), niemals mit einem Weltstaat«. Den Sachverhalt, dass im internationalen System infolge seiner anarchischen Struktur ein Macht- und Sicherheitsdilemma (John Herz) existiert, nimmt Streeck nicht zur Kenntnis. Somit bleiben in seiner Argumentation unberücksichtigt die geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, wonach das Sicherheitsstreben eines jeden Staates und das hegemoniale oder gar imperiale Streben der Großmächte dem anarchischen internationalen System innewohnt

5 Es ist auffällig, dass Streeck diesen Begriff meidet und die politischen Parteien und deren entscheidende Rolle im modernen Nationalstaat nicht behandelt.

und damit auch immer wieder die Tendenz zur Gegenmachtbildung und Balance of Power entsteht, um so eine Welthegeemonie oder gar Weltherrschaft zu verhindern.⁶

Streecks eigener Entwurf einer künftigen internationalen Ordnung ist eine voluntaristische Konstruktion – ein »nicht-imperiales Staatensystem« mit einer »polyzentrischen nationenbasierten Ordnung« (S. 491), einzuleiten durch einen »Rückzug aus globalen oder kontinentalen unregierbaren (Zusammenhängen und gerichtet) auf nationale regierbare Zusammenhänge« (S. 464, die Ergänzung in der Klammer von mir hinzugefügt, W.L.). Die Hyperglobalisierung ist »abzuwickeln« und mit »kleinen, aber nicht zu kleinen politischen Einheiten« soll sich eine neue demokratische Ordnung entwickeln.

»Demokratische Kleinstaaterei« ist auch das als heilsam erachtete Rezept, das Streeck für Europas Genesung von der Hyperglobalisierung ausstellt, weil er die bestehende EU als gescheitertes bzw. zum Scheitern verurteiltes Großprojekt ansieht. Aber ist dem tatsächlich so? Zahlreiche Studien kommen zu einem anderen Ergebnis bezüglich der Entwicklung der Europäischen Integration in der bipolaren Epoche und in den folgenden Jahrzehnten.⁷ Was die weitere Entwicklung der EU anbelangt, ist bereits zu erkennen: Wahrscheinlich ist weder die Entstehung eines voll-integrierten Europa, noch die Transformation der EU in ein Kerneuropa (was auch Streeck ausschließt), sondern ein Kontinentaleuropa (westlich von Russland) *im Rahmen der EU*, mit sich überlappenden Gruppierungen (»konzentrischen Kreisen«) in einzelnen Politikbereichen, jeweils mit den beiden Führungsmächten Deutschland und Frankreich in den Zentren (quasi als »Kerne«) und mit unterschiedlichen mittleren und kleineren EU-Staaten als deren Mitgliedern. Diese *differenzierte Integration* (die von Streeck in Kapitel II beschriebene »Integration und Differenzierung« in Staaten und Staatensystemen ist etwas anderes) wird in und außerhalb der EU nicht nur diskutiert, sondern ist bekanntlich schon (wenngleich mühsam) im Gange, nämlich bereits im Schengen-Abkommen und dann gemäß der vertraglichen Bestimmung als sogenannte »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit«, zu der sich einzelne EU-Mitgliedstaaten frei (in der Streeckchen Terminologie ausgedrückt, »souverän«) entscheiden – positiv oder negativ. (Über das Zustandekommen dieser Zusammenarbeit entscheidet selbstverständlich der EU-Rat.) Hingegen bedarf die Realisierung der von Streeck vorgeschlagenen staatlichen und internationalen Ordnung – wie der Autor betont – eines individuellen und gemeinschaftlichen »Umdenkens«, einer radikalen »Umkehr«, ausgehend von einem »(neu)geweckten Bedürfnis« der Menschen. Indem Streeck dabei auf den neutestamentlichen Umkehrruf (*metanoete*) verweist (S. 483, Anm. 83), wird erkennbar, dass so etwas wie eine quasi-religiöse politische Erweckungsbewegung die Voraussetzung für die Verwirklichung seines Ordnungsentwurfs ist. Die Erfüllung dieser Bedingung käme einer kulturellen Revolution gleich, die aber nicht stattfinden dürfte. Es fehlen

6 Ich folge hier der neo-realistischen Theorie und den von ihr angeregten empirischen Studien. Siehe u.a. das grundlegende Buch von Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics* (1. Aufl. 1979). Vgl. Carlo Masala, Kenneth N. Waltz (Baden-Baden, 2. Aufl. 2014).

7 Ausführlicher dazu und zum Folgenden mein Buch *Auf dem Weg zu einem neuen Europa*, Baden-Baden 2006.

die notwendigen gesellschaftlichen, politisch organisierten Akteure. Auf eine Erweckung oder (schlicht-säkular ausgedrückt) auf das »Glück«, das vielleicht »von alleine« zustande kommt, zu hoffen (S. 504), das ist allerdings wissenschaftlich erstaunlich (Machiavellis »Fortuna« ist wohl nicht gemeint!) und politisch keine empfehlenswerte Wegbegleitung.

Wissenschaftliche Prognosen sind freilich nur kurz- und mittelfristig sinnvoll. In längerer Sicht ist das treffliche Bonmont (das von jenem Keynes stammt, den Streeck für sein Modell heranzieht) zu bedenken: »In the long run we are all dead«. Was sich global und regional aus der Dynamik des anarchischen Staatensystem entwickeln wird, ist allerdings auch kurz- und mittelfristig nicht zuverlässig vorauszusagen. Wissenschaftliche Prognosen können nur durch theoriegeleitete empirische Studien gewonnen werden. Das gilt generell und auch für die folgenden (meine Bemerkungen abschließenden) Überlegungen:

Falls sich in Europa, in der EU, die Politik der differenzierten Integration nicht als erfolgreich erweisen sollte, wird sich die EU *vielleicht* tatsächlich auflösen in ihre kleinen, mittleren und größeren Nationalstaaten – wie Streeck es vorschlägt und als wünschenswert erachtet. Aber damit dürfte sich seine Hoffnung auf eine wahrhaft demokratische *und* kooperative europäische Staatengesellschaft wohl nicht erfüllen. Dann werden nämlich Deutschland und Frankreich (die sich gewiss nicht zerlegen werden) höchst wahrscheinlich eine strikt nationale oder nationalistische Politik, die mit regionalem Hegemoniestreben und Gegenmachtbildung verbunden ist, wie vor der Europäischen Integration betreiben – weltpolitisch als Juniorpartner und Gefolgschaftsstaaten der Großmächte (vermutlich *einer* Großmacht, den USA), die zweifellos nicht in mehrere mittlere und kleine »souveräne« Staaten zerfallen werden. Eine Auflösung der EU würde nicht nur den *europäischen* Frieden gefährden. Die »souveränen« europäischen Staaten würde in Befolgung ihres eigenen existenziellen Sicherheitsinteresses gezwungen sein, ihren Beitrag zur neuerlichen weltpolitischen Bipolarisierung im amerikanisch-chinesischen Kampf um die Welthegeemonie zu liefern – im Rahmen der Nato (wie immer sie sich auch entwickeln mag) und einer von der weltpolitischen Großmacht USA geführten »Koalition der Demokratien«. Das entspräche ganz sicher nicht den Bedingungen, die Streeck (S. 492 ff.) für die Verwirklichung seines Entwurfs benennt: »Multipolarität und Polyzentrismus« und »demokratischer Nationalismus«.

Wolfgang Streeck hat eine umfassende radikale Kritik der Hyperglobalisierung und deren gesellschaftlichen und politischen Folgen in und zwischen den Nationalstaaten erarbeitet und vorgelegt. Sein Gegenentwurf ist (wie oben im Einzelnen gezeigt wurde) sehr problematisch. Streeck hat aber immerhin der »Global Governance« ihre so »schönen« Kleider, die man ihr umgehängt hat, schonungslos ausgezogen. Nicht überzeugend ist vor allem der Ausweg aus der entstandenen großen Krise, den Streeck beschrieben hat und für den er wirbt. Die kontroverse Diskussion über Globalismus und Demokratie muss und wird weitergehen.

Luba von Hauff

Covid-19 und Machtübergänge im internationalen System

Zusammenfassung: Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob und wie die Covid-19-Pandemie die Machtverteilung im internationalen System beeinflusst hat, mit besonderem Augenmerk auf Chinas globales Engagement in dieser Hinsicht. Machtverteilung und -ausübung im internationalen System, so ist das Argument der vorliegenden Analyse, zeichnet sich vor allem im Rahmen der Bereitstellung globaler Kollektivgüter. Wer diese kontrolliert, kontrolliert die Ordnung und damit die Hierarchie innerhalb eines Systems. Wer die Kontrolle verliert, riskiert Verdrängung. Die Analyse zeigt, dass die Weichen für einen Übergang vom Westen zum Nichtwesten schon bereitstehen – ob China die Chance allerdings langfristig nutzen kann, bleibt abzusehen.

Schlüsselwörter: Liberale Weltordnung – Multipolarität – China – Globale Kollektivgüter – Machtübergang – Covid-19

Luba von Hauff, Covid-19 and Power Transition in the International System

Summary: This paper addresses the question of whether and how the Covid-19 pandemic affected the distribution of power in the international system, with particular attention to China's global engagement in this regard. The distribution and exercise of power in the international system, this analysis argues, is drawn primarily in the context of the provision of global public goods. Whoever controls these, controls the order and thus the hierarchy within a system. Those who lose control risk displacement. The analysis shows that the stage is set for a transition from the West to the non-West – whether China can seize the opportunity in the long term, however, remains to be seen.

Keywords: Liberal World Order – Multipolarity – China – Global Public Goods – Power Transition – Covid-19

Luba von Hauff, Dr. rer. pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr München.

Korrespondenzanschrift: luba.hauff@unibw.de

Einleitung

»If the 21st century turns out to be an Asian century
as the 20th was an American one,
the pandemic may well be remembered
as the turning point.« (Larry Summers, 2021)

Wem »nutzt« die Covid-19 Pandemie? Dies ist, wie viele Fragen der internationalen Politik, eine zynische Frage. Und doch ist sie relevant. Die Krise der globalen Gesundheit, die Covid-19 herbeigeführt hat, hat Millionen Menschenleben gekostet, und eine Vielfalt an weiterführenden globalen Krisen hervorgebracht, deren erfolgreiche Bewältigung auch mittelfristig nicht gewiss ist. Gleichzeitig hat die Pandemie wie ein Brennglas den machtpolitischen Status Quo der noch bestehenden, aber längst nicht mehr stabilen liberalen Weltordnung und ihrer Protagonisten offengelegt – und ebenso die Ambitionen und Fähigkeiten ihres bedeutendsten Herausforderers, der illiberalen, dezidiert antihegemonial ausgerichteten Volksrepublik China. Wem, also, »nutzt« die Pandemie, aus einer machtpolitischen Perspektive, wem »schadet« sie? Und wann wird aus einer Krise eine Chance?

Die zentralen Fragen dieser Analyse drehen sich um das internationale Machtgefüge des 21. Jahrhunderts und um die Rolle der Pandemie in diesem. Hat sie das Potential, sich auf die bestehende Hierarchie im internationalen System auszuwirken, und wenn ja, dann wie? Und vor allem – warum? Das Ziel der vorliegenden Analyse ist nicht, eine abschließende Antwort auf diese Fragen zu finden – diese gibt es noch nicht, die Krise besteht noch fort und mit ihr Suche nach der zukünftigen Ausrichtung der internationalen Ordnung. Allerdings besteht bereits jetzt die Möglichkeit, etwaige strukturelle Veränderungen im internationalen System zu beobachten, und ihr Wirkungspotential einzuordnen. Dies soll im Folgenden getan werden, nach Einführung in die Konzepte der »Macht« und der »Machtübergänge«.

Macht im internationalen System

Die Geschichte internationaler Politik ist die Geschichte von Machtübergängen – von Vorgängen also, bei denen Macht von einer das internationale System dominierenden Nation an eine andere, das System zuvor nicht dominierende Nation übergeht, und diese aus einer nunmehr dominanten Position heraus das bestehende System samt Ordnung und Hierarchie neu gestaltet.¹ Aus Sicht der Power Transition Theorie beginnt ein potentieller Übergang, wenn die Macht eines systemischen Herausforderers – eines aufstrebenden Staates – in etwa 80 Prozent der Macht des systemischen Hegemons erreicht.² Damit setzt der Zustand der »Parität« – der Gleichwertigkeit –

1 Abramo Organski / Jacek Kugler, *The War Ledger*, Chicago / London 1980; Robert Gilpin, *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981.

2 Ronald L. Tammen et al. (Hg), *Power Transitions: Strategies for the 21st Century*, New York, S. 20.

zwischen dem noch nicht dominanten und dem noch dominanten Akteur ein. Dieser Zustand endet, wenn der Herausforderer die Macht des Herausgeforderten um 20 Prozent überschreitet. Ab diesem Moment ist das »Overtaking« abgeschlossen, der Machtübergang ist vollzogen, eine neue internationale Hierarchie und Ordnung können entstehen.³ Was genau, allerdings, geht bei diesem Vorgang über – was bedeutet »Macht« im internationalen System? Und, welche Umstände rufen solche Übergänge hervor?

Im Zusammenhang internationaler Politik beschreibt der Begriff der »Macht« zunächst eine Ansammlung von unterschiedlichen materiellen Ressourcen, eine Art Portfolio verschiedener nationaler machgebender Elemente.⁴ Zu solchen Elementen zählen einerseits »natürlich« gegebene Ressourcen wie des Territorium und die Bevölkerungsgröße eines Landes – »the number of people who can work and fight« – und andererseits veränderbare Variablen wie die Wirtschaftsleistung (i.e. die sektor- übergreifenden wirtschaftlichen Fähigkeiten, der Grad der Industrialisierung und Rohstoffvorkommnisse eines Landes), die politische Kapazität (i.e. die Fähigkeit der Regierung eines Landes, die Bevölkerung zu mobilisieren), sowie nicht zuletzt das Militär (i.e. die Größe der Streitkräfte sowie das konventionelle und nichtkonventionelle Arsenal eines Landes).⁵ Die relative Fülle der zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen ist die Grundlage für die Beziehung der Staaten untereinander – sie gibt vor, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln die Staaten ihre Kernbedürfnisse im internationalen System verfolgen können; und sie entscheidet auch die internationale Rangordnung der Staaten untereinander – über ihre jeweilige Position in der bestehenden Hierarchie.⁶

Zusätzlich zum materiell geprägten Portfolio verschiedener nationaler Machtelemente steht der Begriff der »Macht« allerdings auch für den Ausdruck einer Beziehung zwischen zwei oder mehreren Akteuren – für eine Beziehung, in der ein Akteur einen anderen dazu bringt, etwas zu tun, das er oder sie sonst – ohne vorausgegangene Machtausübung – nicht getan hätte.⁷ Damit umschreibt der Begriff im zwischenstaatlichen Verständnis die Fähigkeit, Einfluss oder Kontrolle über das Verhalten anderer Staaten auszuüben, beziehungsweise dem Einfluss und der Kontrolle anderer Staaten standzuhalten. Beide Verständnisse sind untrennbar miteinander verbunden, das »Haben« bedingt das »Tun«: Nachhaltige Machtausübung ohne Machtressourcen im Hintergrund ist nicht möglich. Sie ist allerdings auch nicht möglich ohne einen Rahmen, eine Art Überbau, welcher der greifbaren, »harten« Seite der Macht Bedeutung, Orientierung und Zweck gibt.

3 Ibid.

4 Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations*, New York.

5 Tammen, *Power Transitions*, aaO. (FN 2), S. 6; Morgenthau, *Politics among Nations*, aaO. (FN 4), Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading / Mass. 1979; John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, 2001.

6 David A. Baldwin, »Power and International Relations« in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse, Beth A. Simmons (Hg.), *Handbook of International Relations*, London, 2013, S. 282.

7 Robert A. Dahl, »The Concept of Power« in: *Behavioural Science* 2, (1957), S. 201–215.

Es ist diesem Zusammenhang, dass die normative Dimension des Begriffs »Macht« relevant wird, versinnbildlicht durch eine soziale Ordnung, die die materiellen Ressourcen eines Staates in einen ideellen, und damit politischen, Kontext setzt. Eine solche Ordnung basiert auf Werten, die ihre grundlegenden Ziele, Grundsätze und Grenzen beschreiben; sie basiert auf Normen, welche regeln, wie innerhalb der Ordnung die Ziele umgesetzt, Entscheidungen gefällt und Probleme gelöst werden sollen; sie basiert, schlussendlich, auf formellen oder informellen Machtstrukturen und Rollen, welche festlegen, wie Autorität innerhalb dieser Ordnung verteilt und ausgeübt werden soll.⁸

Materielle Ressourcen wie Bevölkerungsgröße und Territorium, Wirtschaftsleistung, militärische Schlagkraft und politische Kapazität können nur im Zusammenspiel mit einer aussagekräftigen normativen Ordnung politische Wirkung entfalten, ohne sie haben sie keine eigene Bedeutung. Es ist erst das Zusammenspiel zwischen dem Materiellen und dem Normativen, das einen Staat A in die Position hebt, einen Staat oder eine Staatengruppe B dazu zu bringen, etwas zu tun, das dieser oder diese sonst nicht getan hätte(n). Es ist, entsprechend, das Zusammenspiel der materiellen und normativen Ressourcen eines Akteurs, das »Macht« erschafft.

Wenn die gesamte Palette der Machtressourcen reichlich vorhanden ist, eröffnen sich verschiedene Möglichkeiten zur Machtausübung – beispielsweise durch Zwang und Diskurs, ebenso über multilaterale Institutionen, bis hin zur Bereitstellung regionaler oder globaler Kollektivgüter. Zwang kann, dann, mit militärischen Mitteln ausgeübt werden – durch Militärinterventionen und Kriege (oder die Androhung dieser) -, oder aber mit ökonomischen – beispielsweise durch (Androhungen von) Sanktionen oder (das in Aussichtstellen von) positive(n) Anreize(n) wie Handelsvergünstigungen und Investitionszusagen.⁹ Auch im normativen Bereich lässt sich Zwang zunutze machen – durch soziale Inzentive wie das Verleihen von Status, Anerkennung und Inklusion oder eben durch Ächtung, Stigmatisierung und Ausschluss. Machtausübung durch Zwang – und auch wenn er mit »sanften« und »positiven« Anreizsetzungen verknüpft ist – ist grundsätzlich eine direkte, »entweder – oder«- Form der Beeinflussung des Empfängers, am treffendsten symbolisiert durch eine Pistole.

Bei der Ausübung von Zwang spielen Diskurse eine zentrale Rolle, denn Zwang erfordert einen Zweck und ein Ziel – und damit normativen, politischen Kontext, der die Notwendigkeit der Machtausübung normativ einordnet und dieser Legitimität verleiht. Es sind Diskurse, die auf der Grundlage einer bestehenden normativen Ordnung einen Rahmen für sinnvolle kollektive Handlung schaffen und so festlegen, welches Verhalten als angemessen, richtig, und legitim gilt – und welches nicht.¹⁰ Entsprechend wirken Diskurse vorbereitend für die Ausübung von Zwang, denn sie erfordern von allen – außer dem Diskurs kontrollierenden Akteur – eine Positionierung auf Seiten

8 David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York, 1965, S. 192ff.

9 Michael Barnett / Raymond Duvall, »Power in International Politics« in: *International Organization*, 59, Nr. 1 (2005), S. 39–75.

10 Ibid.

oder abseits der herrschenden Verständnisse, Gepflogenheiten und Normen – und schaffen so die Grundlage für die etwaigen militärischen, ökonomischen, und sozialen Konsequenzen.¹¹ Das gilt allerdings nur, wenn der Diskursschaffende über eine entsprechende attraktive, vertrauenswürdige, ihm und der beworbenen normativen Ordnung Kompetenz zuschreibende Position im internationalen System verfügt – und, wenn internationaler Bedarf nach, und Empfänglichkeit für, diese Ordnung gegeben sind.¹²

Auch die Schaffung von Institutionen hilft bei der Ausübung von Macht. In diesem Sinne kann eine Institution als physische und organisatorische Einrüstung einer bestimmten normativen Ordnung (und des entsprechenden Diskurses) sowie der dazugehörigen materiellen Mittel verstanden werden – und auch als ein Instrument zur Erweiterung und Internationalisierung dieser beiden. Dabei wirkt die Institution über die ihr eigenen Normen, Regeln und Prozeduren; über die Kontrolle der Tagesordnung und damit die Selektion des überhaupt »Besprechungswürdigen« im Vorfeld; sowie nicht zuletzt über die Schaffung intrainstitutioneller materieller Abhängigkeiten.¹³ Auch hier gilt: Institutionen können ausgeprägte politische Wirkung erzeugen – vorausgesetzt, es besteht internationaler Bedarf nach der Ordnung, die sie bewirbt.

Ist der Bedarf da, kann die Kombination aus Zwang, Diskurs und Institutionen dem Wirkungspotential eines Akteurs eine regional oder gar global strukturgebende Form verleihen – und so zu einem Kollektivgut werden. In diesem Zusammenhang können Kollektivgüter als erweiterte Institutionen des regionalen oder auch des globalen Regierens verstanden werden – jedwede Formate, die Probleme von transnationaler oder globaler Relevanz wie beispielsweise Krieg und Frieden; Klima und Gesundheit; Wirtschaft und Entwicklung für alle beteiligten Akteure multilateral koordinieren und, wo möglich, regulieren.¹⁴ Kollektivgüter können also als eine Art Lösungskonzepte betrachtet werden, als Bewältigungsstrategien für Themen und Problemfelder von transnationalem Belang, die »gemeinhin als wichtig für die internationale Gemeinschaft angesehen werden, und die aber nicht von einzelnen Ländern allein gelöst werden können«.¹⁵

Allerdings kann ein einzelnes Land sehr wohl, sofern es über entsprechende Ressourcen verfügt, eine Plattform zur Lösung bereitstellen – sofern der Nutzen dieser Bereitstellung für den Akteur größer ist als die Kosten dafür.¹⁶ Tatsächlich ist die

11 David Campbell, *Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity*, Minneapolis, 1998.

12 G. John Ikenberry / Charles Kupchan, »Socialization and Hegemonic Power« in: *International Organization* 44, Nr. 3, S. 283–315.

13 Peter Bachrach / Morton S. Baratz, »Two Faces of Power« in: *The American Political Science Review* 56, Nr. 4, (1962), S. 947–952.

14 Charles Kindleberger, »International Public Goods with International Government« in: *The American Political Science Review* 76, Nr. 1, S. 1–13.

15 Daniel Bodansky, »What's in a Concept? Global Public Goods, International Law, and Legitimacy« in: *The European Journal of International Law* 23, Nr. 3 (2012), S. 653 (Übersetzung der Autorin).

16 Kindleberger, *Internationale Public Goods*, aaO. (FN 14).

Lösung und Regulierung transnational greifender und global relevanter Themen in jeder Hinsicht ressourcenaufwendig; sie bedarf nicht nur der themenspezifischen Koordination, sondern auch der Schaffung entsprechender institutionalisierter Formate, in denen diese stattfinden kann. Auch benötigt sie geeignete Modelle, anhand derer die bestehenden Probleme gelöst werden können sowie materielle Mittel, mithilfe derer die angedachten Lösungen umgesetzt werden können.

Kurzum: Die Bereitstellung von Kollektivgütern ist kosten- und arbeitsaufwendig, und kann, wenn überhaupt, nur von Akteuren geleistet werden, die über bedeutende Machtressourcen verfügen – beispielsweise von einer »Koalition von Großmächten«, sofern ihre normativen Ordnungen miteinander vereinbar sind oder von einem hegemonial ausgestatteten Akteur, je nach Ausmaß des Problems.¹⁷ Gleichzeitig sind solche Formate für diejenigen, die sie erschaffen von großem Vorteil, denn sie bieten nicht nur Raum zur Machtausübung, sondern auch zur Konsolidierung (oder Erweiterung) der jeweiligen Machtposition: Es ist über die Bereitstellung globaler Kollektivgüter, dass die Deutungshoheit eines Akteurs im internationalen Bereich etabliert wird, und damit die Macht, eigene Modelle lokaler, regionaler und globaler Organisation voranzutreiben, die Grenzen des Möglichen und Legitimen zu setzen und so Raum für die Erweiterung des eigenen Einflusses zu schaffen. Internationale Stabilität entsteht – aber zu den Bedingungen und dem Vorteil des Hegemons. Entsprechend kann die Fähigkeit, globale Kollektivgüter bereitzustellen, als die Kulmination der Machtausübungsfähigkeiten eines Hegemons betrachtet werden – oder, wenn sie vom Herausforderer bereitgestellt werden, als ein Meilenstein im Machtübergangsprozess.

Tatsächlich bahnen sich Machtübergänge zwar über materiellen Zuwachs an – die Wirtschaftsleistung und die militärischen Fähigkeiten eines Staates steigen, und damit auch seine Bereitschaft und das Bedürfnis das internationale System nach eigenen Vorstellungen zu formen. Es ist allerdings erst durch die Fähigkeit, globale Kollektivgüter bereitzustellen – den Bedarf und die Problemlage in der internationalen Gemeinschaft zu erkennen, als Antwort darauf angemessene Lösungskonzepte zu entwickeln und diese auch umzusetzen – dass Macht, in ihrer ganzheitlichen Bedeutung als Kombination aus materiellen Ressourcen und normativer Ordnung übergehen kann. Ein effektiver Machtübergang bedingt, dass die »greifbare«, materielle, Seite der Macht eine neue Bedeutung, neue Regeln und Ziele, sowie Autoritätsrollen erhält.¹⁸

Ein nachhaltiges »overtaking« erfordert also nicht nur eine materielle Gleichwertigkeit oder gar Überlegenheit, es erfordert auch, und insbesondere, die Fähigkeit, einen Mangel im internationalen System zu erkennen, und diesen mit einem neuen Ansatz im Rahmen einer neuen Ordnung zu beheben. Und – es erfordert einen entsprechenden Mangel, oder Lücke, die von der dominierenden Macht und der dazugehörigen normativen Ordnung nicht erkannt und / oder nicht gefüllt wird. Beide Um-

17 Ibid.; Joseph S. Nye, »The Kindleberger Trap« in: *Project Syndicate*, 2017. Abgerufen am 14.08.2021: <https://www.belfercenter.org/publication/kindleberger-trap>.

18 Ein Machtübergang kann, wie im Falle Großbritanniens und der USA nach dem zweiten Weltkrieg, auch innerhalb einer normativen Ordnung stattfinden, die entsprechenden normativen Veränderungen sind dann weniger ausgeprägt.

stände sind Voraussetzung, damit ein Machtübergang eine gesamtsystemische legitime Grundlage erhält – das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die Kompetenz und Führungsstärke der übernehmenden Macht.

I. Der Status Quo vor Covid-19

Die Liberale Weltordnung ...

Vor etwa 30 Jahren brachte das Ende des Kalten Krieges nach vier Jahrzehnten den Systemwettbewerb zwischen der totalitären, kommunistischen Sowjetunion und dem liberal-demokratischen, kapitalistischen Westen zum Abschluss – zugunsten des letzteren. Dieser »Sieg« und das physische und ideelle Wegbrechen des einstigen Hauptgegners leiteten die unangefochtene Dominanz des verbleibenden westlichen Blocks ein, angeführt von der nun alleinigen »Supermacht« USA und der sich damals herausbildenden »normativen«, und auch als wirtschaftliche Macht etablierenden EU. Es war die Zeit, in der die Gestaltungsmöglichkeiten des Westens grenzenlos schienen: Den »Siegern« über den Kommunismus stand es, in Ermangelung einer Gegenmacht, nun frei, die bestehenden, auf die westliche Allianz des Kalten Kriegs zugeschnittene liberale Ordnung zu erweitern, und damit auch die Reichweite der eigenen Macht.

Es war in diesem Zusammenhang der neuen internationalen Alternativlosigkeit des »unipolaren Moments«, dass die Akzeptanz und Aneignung westlicher Standards und Normen zum *sine qua non* der internationalen Teilhabe wurde.¹⁹ Zu diesen gehörten ein liberalisiertes Wirtschaftssystem und die Bereitschaft zu freiem Handel, die Achtung für Menschenrechte und Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, sowie, ganz zentral, die Demokratienorm. Sie war der Inbegriff der normativen Ordnung des Westens, der universelle, einzig »richtige« – da im systemischen Wettbewerb als Sieger hervorgegangene – Entwicklungs- und Modernisierungspfad für jedes Land, »the end point of mankind's ideological evolution, ..., and the final form of human government«, wie Francis Fukuyama im Jahr 1989 schrieb.²⁰ Tatsächlich war der Zugang zu allen Aspekten internationaler Entwicklungshilfe, Handelskooperation und Investitionszusagen an ökonomische Liberalisierung und politische Demokratisierung geknüpft, ebenso der Zugang zu prestigereichen Clubs wie der OSZE, der Europäischen Union, der NATO, der WTO.

Diese normative Ordnung stand auf der Grundlage eines soliden materiellen Unterbaus, der einerseits eine Folge der Innovationskraft der Industrien der westlichen Länder, allen voran der USA, ihrem technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt, der gesellschaftlichen Resilienz sowie einer kontinuierlich wachsenden Wirtschaftsleistung war: So betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA allein im Jahr 1990 in etwa 23 Prozent des weltweiten BIPs; zusammen mit anderen führenden Industrieländern

19 Charles Krauthammer, »The Unipolar Moment« in: *Foreign Affairs* 70, Nr. 1 (1990), S. 23–33.

20 Francis Fukuyama, »The End of History«? in: *The National Interest*, Nr. 3 (1989).

Europas – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, sowie Italien – kam der Westen auf 48 Prozent der globalen Gesamtleistung.²¹ Das waren Ressourcen, die substantielles unterschwelliges und tatsächlich vorhandenes militärisches Potential erlaubten, was vornehmlich die USA auch entsprechend zu nutzen wussten: die amerikanischen Rüstungsausgaben im Jahr 1995 betragen 40 Prozent der weltweiten Ausgaben – die Schlagkraft der Streitkräfte, das technologische Potential und das nukleare Arsenal waren konkurrenzlos, eine hegemoniale Kategorie für sich.²²

Der Vorteil der neu entstandenen systemischen Alternativlosigkeit zeigte sich bei der Machtausübung – die Monopolposition des Westens etablierte eine natürliche Hierarchie, nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch im normativen. Tatsächlich teilten sich die USA und die Länder der Europäischen Union bereits während der Bipolarität die Führungspositionen innerhalb verschiedener Formate des globalen Regierens (meist, aber nicht immer unter Ausschluss der Länder des Warschauer Paktes und anderer Satellitenstaaten der Sowjetunion) – wie beispielsweise in der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und in weiteren Fachorganisationen der Vereinten Nationen, die sie materiell wie personell federführend prägten. Nach der Unipolarisierung des internationalen Systems wurden die bestehenden Institutionen um die meisten Länder des ehemaligen Ostblocks erweitert. Die Führungspositionen, indes, blieben erhalten. So wurden die westlichen Länder zu den Architekten und Verwaltern der liberal geprägten globalen Kollektivgüter, präsent und führend in allen Bereichen globaler Relevanz der damaligen Zeit.

Die Bereitstellung globaler Kollektivgüter hatte eine wichtige, vertrauensbildende Funktion: Der Westen, qua technologischem, industriellem und wissenschaftlichem Vorsprung, dem hohen Lebensstandard seiner marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften, und dem beständigen Frieden innerhalb seiner Grenzen war nicht nur der »triumphale Sieger« über die totalitäre, von Armut und Rückständigkeit geprägte Sowjetunion; er war das richtungweisende Vorbild, der politisch-normative Leuchtturm für alle Länder, die nach Entwicklung, Modernisierung und Wohlstand strebten.²³ Seine neu für alle zugängliche liberale Ordnung – das Demokratie, Wohlstand, Gleichberechtigung, Offenheit und Freiheit bewerbende Modell – stand für die »richtigen« Lösungen für die Herausforderungen des anmutenden post-totalitären Zeitalters.²⁴

Entsprechend erfolgreich war sie am Anfang: Westlich dominierte internationale Organisationen wurden in den ersten zwei postsowjetischen Jahrzehnten immer größer, ebenso die Zahl der Demokratien.²⁵ Dies war nicht nur eine Funktion westlicher Dominanz und der daraus entstehenden normativen Alternativlosigkeit. Der damalige

21 Weltbank, *World Development Indicators*, Washington, D.C. 2021.

22 Ibid.; Posen, *From Unipolarity to multipolarity: transition in sight?*, aaO. (FN 7).

23 Fareed Zakaria, »The Rise of Illiberal Democracy«, in: *Foreign Affairs* 96, Nr. 6, (1997), S. 22–43.

24 Lawrence Whitehead, »Internationale Democracy Promotion as a Political Ideology: Upsurge and Retreat« in: *Journal of Political Ideologies* 20, Nr. 1 (2015), S. 10–26.

25 G. John Ikenberry, »The End of Liberal International Order?« in: *International Affairs* 94, Nr. 1 (2018), S. 7–23; Freedom House, *Freedom in the World*, Washington, D.C. 2007.

Erfolg – die Attraktivität des Westens – repräsentierte den auch, und besonders, im Nichtwesten entstandenen Bedarf nach neuen Entwicklungs- und Regierungsansätzen und das dem Westen Norm- und Standardsetzer in diesem Zusammenhang entgegengebrachte Vertrauen. Der globale Bedarf nach den Kollektivgütern des Westens war immens. Dieser Bedarf war nicht nur der wesentliche Motor nichtwestlicher Transformationsprozesse, er war auch ein substantieller Pfeiler westlicher Macht.

... und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Seit ihrem Zenit um die Jahrtausendwende ist die Attraktivität und Reichweite der liberalen Weltordnung kontinuierlich kleiner geworden, wie auch der globale Machtanteil des Westens unter Führung der USA. Dies war die Folge von zwei unterschiedlichen, parallel ablaufenden Entwicklungen: der Westen wurde in all seinen materiellen und immateriellen Fähigkeiten schwächer, während der Nichtwesten – autoritäre Mächte wie Russland und insbesondere China – erstarkte, ebenfalls in allen relevanten Dimensionen.

Der derzeitige Zustand des Westens ist eine Folge von unterschiedlichen globalen und regionalen Krisen der letzten 20 Jahre. So schwächte die Weltfinanzkrise der Jahre 2007 / 2008 nicht nur das internationale – und insbesondere das besonders stark international verflochtene amerikanische und europäische – Bankensystem, sondern auch die dazugehörigen Volkswirtschaften, die ihre Banken mit neuem, oftmals steuerfinanziertem Kapital »retten« mussten.²⁶ Die Finanzkrise mündete fast nahtlos in die europäische Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, die mit der Ausnahme Irlands vornehmlich die südlichen EU Mitglieder betraf – Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Diese Krisen führten zu einem steilen Rückgang der Wirtschaftsleistung in den USA und der EU, zu steigender Arbeitslosigkeit und Verschuldung: Stellten im Jahr 2006 die USA und die EU gemeinsam noch 51,5 Prozent des weltweiten BIP, so waren es im Jahr 2010 44,5 Prozent, und im Jahr 2012 knapp 41 Prozent.²⁷

Zusätzlich zur substantiellen materiellen Schwächung hatte die Staatsschuldenkrise eine polarisierende Wirkung, insbesondere in EU: es entstanden neue Trennlinien zwischen den Ländern, deren Volkswirtschaften gerettet werden mussten und den sogenannten »Rettern« – den EU Institutionen und wirtschaftsstarken Kernländern im Norden –, die wirtschaftliche und politische Reformen als Bedingung für die Auszahlung der Hilfgelder verlangten.²⁸ Im Jahr 2015 brachte die Flüchtlingskrise weitere Spaltungen in die »Herzkammer des liberalen Westens« – die neuen, postsozialistischen Mitglieder schotteten sich von den aus dem Nahen Osten und Afrika kommenden Migrationswellen ab, und begannen mit dem Aufbau eines zunehmend

26 Ikenberry, *The End of Liberal International Order?*, aaO. (FN 24).

27 Weltbank, *World Development Indicators*, Washington D.C., 2021.

28 Wade Jacoby / Jonathan Hopkin, »From Lever to Club? Conditionality in the European Union during the Financial Crisis« in: *Journal of European Public Policy* 27, Nr. 8, (2020) S. 1157–1177.

antiliberalen politischen Systems, beziehungsweise mit dem Abbau demokratischer politischer Institutionen und der Distanzierung von der normativen Ordnung des Westens.²⁹ Auch hier wiederholte sich das Muster zwischen kritikübenden und Bedingungen stellenden EU Institutionen und wirtschaftsstarken Kernländern und den neuen Normbrechern, die sich weigerten, wieder zu Normnehmern – »Schülern« liberaler Werte – degradiert zu werden.³⁰

Diese Welle der Entfremdung von liberalen Prinzipien machte auch vor altetablierten, traditionell normsetzenden westlichen Gesellschaften nicht halt – auf beiden Seiten des Atlantiks. Aufgrund wachsender globalen Verflechtungen und technischem Fortschritt wuchs hier die Angst vor Verlust von Wohlstand und Status bei denjenigen sozialen Gruppen, deren Arbeitsplätze entweder ins Ausland ausgelagert oder automatisiert wurden. Sie wuchs auch bei denjenigen, die ihre nationale Identität durch offenere Grenzen und wachsende gesellschaftliche Liberalisierung bedroht sahen. Infolgedessen gewannen Bewegungen mit populistischem, oft rechtsnationalem, offen anti-liberalem und anti-elitärem Hintergrund Zulauf.³¹

Der wohl prägnanteste Verfechter der illiberalen Haltung innerhalb des Westens war US-Präsident Donald Trump (2017–2021), der zusätzlich zur Demontage des liberalen Diskurses – unter anderem durch die Verunglimpfung von Richtern und der freien Presse – auch die Zerstörung der im Rahmen der liberalen Weltordnung zur Verfügung gestellten Kollektivgüter aktiv betrieb.³² So blockierte seine Regierung nicht nur die Ernennung neuer Richter für die Berufungskammer der WTO, die für internationale Streitschlichtung zuständig ist – und damit für die Aufrechterhaltung der bestehenden Welthandelsordnung. Unter Donald Trump traten die USA auch aus dem Pariser Klimaabkommen aus, und demonstrierten die eigene politische Gleichgültigkeit gegenüber einer der dringlichsten Krisen der 21ten Jahrhunderts. Trump persönlich verschmähte zudem die NATO als eine »obsolete« Institution und stellte die Zukunft des Bündnisses, und damit der den Westen auf beiden Seiten des Atlantiks zusammenhaltenden, nach innen wie außen identitätsstiftenden liberalen »Security Community« infrage.³³

Sowohl die ökonomische Verwundbarkeit durch die Krisen als auch die Zwietracht innerhalb des eigentlich als resilient und fortschrittlich geltenden Westens schwächte

29 Ivan Krastev / Stephen Holmes, *The Light that Failed. A Reckoning*. London, 2019.

30 Die ungarische Regierung, *Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the Opening of China-Central and Eastern Europe Summit in Budapest*, Budapest, 2017. Abgerufen unter <https://miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orban-speech-at-the-opening-of-the-china-central-and-eastern-europe-summit-in-budapest/>.

31 Rebecca Adler-Nissen / Ayse Zarakol, »Struggles for Recognition« in: *International Organization* 72, Nr. 2, (2021), S. 611–634.

32 Samuel Moyn, »We're in an anti-liberal moment. Liberals need better answers« in: *Washington Post*, 21.06. 2019. Abgerufen unter: https://www.washingtonpost.com/outlook/were-in-an-anti-liberal-moment-liberals-need-better-answers/2019/06/21/5f276b26-91f7-11e9-b72d-d56510fa753e_story.html.

33 Kein Autor, »Trump Worries Nato with »Obsolete« Comment« in: *BBC*, 16.01.2017. Abgerufen unter: <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-38635181>.

den wichtigsten Pfeiler der liberalen Weltordnung: das Vertrauen in die Kompetenz westlicher Lösungen für lokale, regionale und globale Probleme. Sie warfen die bedeutungsschwere Fragen nach der Universalität des westlichen Entwicklungs- und Regierungsmodells auf, ebenso nach der Rechtmäßigkeit seiner Rolle als Vorbild, Rangoberster der internationalen Hierarchie, und einziger internationaler Norm- und Standardsetzer.³⁴ Die Grundlage für den internationalen Bedarf nach westlich orchestrierten Lösungen war nicht mehr eindeutig.

Die Schwächung von innen wurde begleitet von strukturellen Veränderungen im Außen – dem materiellen Erstarken der »autoritären Großmächte« Russland und China, samt ihrer dezidiert anti-westlichen, illiberalen politischen Haltung und den dazugehörigen Regimen.³⁵ So löste die Volksrepublik China bereits im Jahr 2010 Japan als die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt – nach den USA – ab, als der Westen mit der Bewältigung der globalen Finanz- und Staatsschuldenkrise der Jahre 2007/8 beschäftigt war. Seitdem wuchs das chinesische BIP unaufhörlich: Trug es im Jahr 2010, bereits als zweitgrößte Volkswirtschaft, nur 9,2 Prozent zum globalen BIP bei, waren es im Jahr 2015 bereits knappe 15 Prozent und im Jahr 2020 17,3 Prozent – während das BIP der USA allein, und auch im Verbund mit der EU stagnierten (bei jeweils ca. 24 und 42 Prozent). Gemessen an der Kaufkraftparität hat Peking im Jahr 2017 die USA als größte Volkswirtschaft der Welt überholt.³⁶

Auch im militärischen Bereich zeigten die strukturellen Veränderungen des Systems Wirkung: Zwar dominieren die Fähigkeiten Washingtons (und damit des Westens) weiterhin noch – das Land hat nach wie vor den mit Abstand größten Rüstungshaushalt, das stärkste nukleare Arsenal, und Allianzen sowohl in Europa als auch in Asien. Allerdings haben die USA aufgrund der Verwicklungen in Bodenkriege im Nahen Osten im Rahmen des Kriegs gegen den Terror den Schwerpunkt ihrer Fähigkeiten im Bereich der Schlagkraft eher auf die Bekämpfung bewaffneter Aufstände (»counter-insurgency«) gelegt, denn auf die immer wichtiger werdende Entwicklung neuer Technologien.³⁷ Dieses »Aufmerksamkeitsdefizit« gegenüber technologischen Entwicklungen äußert sich nun in der nicht mehr optimalen Konkurrenzfähigkeit in hochsensiblen Bereichen der Hyperschalltechnologie und Langstreckenartillerie, ebenso bei Fragen der Cybersicherheit. Dies sind Bereiche, in denen sowohl Russland als auch die Volksrepublik China, die zwei- und drittgrößten Militärmächte der Welt, mittlerweile führen.³⁸

34 David A. Lake, Lisa L. Martin, Thomas Risse, »Challenges to the Liberal Order: Reflections on International Organization« in: *International Organization* 72, Nr. 2, (2021), S. 225–257.

35 Azar Gat, »The Return of the Authoritarian Great Powers« in: *Foreign Affairs* 86, Nr. 4, (2007), S. 59–69.

36 Weltbank, World Development Indicators, Washington D.C., 2021.

37 Dana Allin, »Chapter Two: US Policy and Afghanistan« in: *Adelphi Series* 51, Nr. 425–426, (2011), S. 47–68.

38 The International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance*, London, 2021, S. 6.; Dmitry Adamsky, *Moscow's Syria Campaign. Russian Lessons for the Art of Strategy*, Paris, 2018.

Die Volksrepublik führt auch in verschiedenen nichtmilitärischen Bereichen, zum Beispiel im Anlagebau – insbesondere in den Sektoren Werkzeugmaschinen, Schiffsbau, Atom- und erneuerbare Energien und Hochgeschwindigkeitsbahnen – sowie in der Entwicklung sogenannter kritischer Technologien. Zum letzteren gehören zukunftsrelevante Themenfelder wie künstliche Intelligenz, Mobilfunksysteme, nano- und Biotechnologie, Robotik sowie Quanteninformatik.³⁹ In dieser Hinsicht ist China im Bereich der Überwachungstechnologie besonders exponiert: Tatsächlich sind chinesische Firmen weltweit die wichtigsten Exporteure solcher Technologien, zu ihren Kunden zählen Demokratien wie Autokratien, genauso wie hybride Regime. Diese Marktmacht übersetzte Peking bereits vor der Pandemie in eine standardsetzende Position in der Internationalen Telekommunikationsunion (ITU) – die dort im Bereich der Gesichtserkennungs- und Überwachungsmaßnahmen kodifizierten Normen kommen derzeit ausschließlich von chinesischen Firmen.⁴⁰

Alleine ist die neue Fülle der materiellen Ressourcen und Innovationskraft auf Seiten Chinas allerdings noch keine strukturelle Herausforderung für die liberale Weltordnung und die exponierte Position des Westens in dieser. Es ist die normative Ausrichtung der wirtschaftlich starken Volksrepublik, die ihre neuen herausragenden Ressourcen zu einem Problem macht, zu einer Bedrohung für den liberalen Status Quo. Auf den ersten Blick führt China zwar keine normative Revolution im Schilde – es ist bestens in die liberale Wirtschaftsordnung integriert, und gehört zu den größten Profiteuren dieser.⁴¹ Auch stützt sich die von Peking beworbene normative Ordnung auf einige auch in der Charta der Vereinten Nationen festgehaltenen »Westfälischen« Prinzipien – die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Gleichzeitig wirbt Peking jedoch für »respektvollem Umgang mit politischer Diversität« im internationalen System, und befürwortet eine individualistische Entwicklungsperspektive, die die historischen Gegebenheiten und kulturellen Bedingungen jeder Nation berücksichtigt.⁴² Damit zielt das Modell Chinas unter dem Schlagwort politischer Neutralität ganz bewusst darauf, sich als normative, individualistisch geprägte Alternative zur universell geprägten liberalen Ordnung und den darin enthaltenen Normen der Demokratie und Menschenrechte zu positionieren – zum Zwecke der eigenen autoritären Regimesicherheit einerseits, und der Senkung der utilitaristisch begründeten internationalen Notwendigkeit, sich an die westliche Ordnung anzupassen, andererseits.

39 James L. Schoff / Asei Ito, *Competing with China on Technology and Innovation*, Washington, DC, 2019.

40 Sheena Chestnut Greitens, »Surveillance, Security, and Liberal Democracy in the Post-Covid World« in: *International Organization* 74, Sonderausgabe, (2020), S. E169 – E190.

41 Alistair Ian Johnston, »Is China a Status Quo Power?« in: *International Security* 27, Nr. 4 (2003), S. 5–56.

42 Xi, Jinping, *Carry Forward the Five Principles of Peaceful Co-Existence to Build a Better World Through Win-Win Cooperation*, Peking, 2014. Abgerufen unter http://www.china.org.cn/world/2014-07/07/content_32876905.htm.

Tatsächlich ist der von politischer »Neutralität« geprägte internationale Diskurs Pekings richtungsweisend: es geht China um die normative Weiterentwicklung, wenn nicht gar Ablösung der bestehenden liberalen Strukturen zugunsten einer multipolaren Ordnung, in welcher Peking mehr darf, als sich nur an die bestehenden Regeln gewinnbringend anzupassen: China möchte führen – insbesondere die Nationen des globalen Südens, zu denen sich das Land aufgrund der kolonialen Geschichte auch selbst zählt, aber auch alle anderen von der liberalen Weltordnung abgewandten Staaten.⁴³ Diese Ziele verfolgt China erstens, mit einem offiziell politisch neutralem, aber de facto dezidiert anti-hegemonial inspirierten und damit offen antiwestlich orientierten Diskurs; zweitens, mit der Schaffung neuer internationaler Institutionen ohne westlicher (Führungs-)Rolle wie der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, dem Forum on China-Africa Cooperation, der Central Eastern Europe – China 17+1 Gruppe; und drittens, mit dem klassischen Mittel des Zwanges – der gezielten ökonomischen Anreizsetzung in Form von Handelskooperation, Investitionen, und Entwicklungshilfe.

Zusammen wirken diese Mittel im Rahmen der 2013 ins Leben gerufenen Belt and Road Initiative (BRI), einem Billionen US Dollar schweren Konnektivitätsprojekt Pekings, das mit über 100 teilnehmenden Staaten zum Symbol einer neuen und nichtwestlich geführten Globalisierungswelle geworden ist – und damit zu einem neuen globalen, aber nicht westlich dominierten, Kollektivgut. Die BRI, die auch unter dem Namen der Neuen Seidenstraße bekannt ist, hat als Ziel, durch den Ausbau und Erwerb von »harter« Infrastruktur wie Überlandstrecken, Häfen, Öl- und Gaspipelines, Energienetzen und internationalen Kommunikations- und Mobilfunknetzen, umfassende und Kontinente übergreifende Verbindungen zu schaffen, die China mit den Ländern Asiens, Afrikas, Europas und sogar Lateinamerikas verknüpfen. Ergänzt wird diese Infrastruktur durch »weiche« Netzwerke in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Sozialwesen und Kultur – sie reichen von Handelsabkommen über Harmonisierung von unterschiedlichsten Regulierungsstandards und der Bereitstellung nichtwestlicher Kredite von neuen Entwicklungsbanken wie der Peking-kontrollierten Asian Infrastructure and Investment Bank (AIIB) und der New Development Bank (NDB) der BRICS-Staaten bis hin zu Kooperation in Wissenschaft, Bildung und Tourismus.⁴⁴

Die BRI verknüpft die materiellen und die normativen Dimensionen chinesischer Macht, und schafft damit eine ganzheitliche Alternative zu den liberal ausgerichteten Kollektivgütern des Westens. Entsprechend erklärte der chinesische Präsident Xi Jinping die BRI nicht nur zu einer »neuen Option für andere Länder und Nationen, die ihre Entwicklung beschleunigen und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit bewahren wollen«, sondern auch zu einem neuen und alternativen Entwicklungs- und Moder-

43 Xi, Jinping, *Work Together to Build the Silk Road Economic Belt and The 21st Century Maritime Silk Road*, Peking, 2017. Abgerufen unter: www.xinhuanet.com/english/2017-05/14/c_136282982.htm; Yan, Xuotong, *Becoming Strong. »The New Chinese Foreign Policy«* in: *Foreign Affairs* 100, Nr. 4 (2021), S. 39–47.

44 Luba von Hauff, *China, the West, and Democratization. The Struggle for the Local and the Global in Post-Soviet Kazakhstan*, Abington / New York, 2020, S. 188ff.

nisierungsmodell, das auf »chinesischer Weisheit und chinesischen Lösungsansätzen für die Probleme der Menschheit« beruht.⁴⁵ Es geht China also darum, sich selbst als ein neues, nichtwestliches Vorbild zu etablieren und eine neue, in bedeutenden Teilen normativ alternative Ordnung samt dazugehöriger Kollektivgüter für ein neues, multipolares und »post-westliches«, Zeitalter zu errichten – zu Lasten der noch bestehenden, aber bereits langsam verblassenden liberalen Weltordnung und gegen den Willen ihrer schwächelnden Protagonisten. Die Covid-19 Pandemie spielt in dieser Hinsicht eine relevante Rolle.

II. Der Status Quo mit Covid-19

Die globale Führungsposition des Westens und die normative Alternativlosigkeit der liberalen Weltordnung war bereits vor dem Ausbruch der Pandemie nicht unangefochten. Im Gegenteil, es war absehbar, dass China nicht nur aktiv nach »neuen Wegen« suchte, um die Strukturen der global governance nachhaltig zu reformieren«, sondern auch, dass zum gegebenen Zeitpunkt sowohl die bestehenden westlichen Strukturen, als auch einzelne führende liberale Industrienationen Schwierigkeiten hatten, sich den chinesischen Ambitionen effektiv entgegenzustellen.⁴⁶ Insofern bot das Auftauchen eines neuen Problems von dramatischer globaler Relevanz dem Westen und auch China die Gelegenheit, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die eigenen Führungsqualitäten wiederaufzubauen, beziehungsweise weiter auszubauen, und so die jeweils eigene Machtposition zu verbessern.

Das Virus, das die Krankheit Covid-19 verursacht, wurde im November 2019 in der chinesischen Millionenstadt Wuhan zum ersten Mal entdeckt, allerdings auf Anweisung chinesischer Behörden über Wochen hinweg nicht gemeldet. Selbst als sich zu Beginn des Jahres 2020 die Krise in vollem Gange befand, hielt Peking Informationen gegenüber der Weltöffentlichkeit zurück, schränkte Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation im Land ein, und lehnte Hilfen von Seiten westlicher Gesundheitsbehörden ab.⁴⁷ So konnte sich das Virus im Januar und Februar 2020 in der globalisierten Welt unbemerkt ausbreiten, und eine globale Gesundheitskrise, eine Pandemie, entstand. Spekulationen wurden laut, dass der globale Verlauf der Pandemie zum chinesischen »Tschernobyl« werden könnte – mit den entsprechenden Folgen für die KPCh.⁴⁸ Allerdings drehte sich das Blatt schnell: Mithilfe eines landesweiten kompletten »shutdowns« des alltäglichen Lebens, der erzwungenen Quarantäne ganzer betroffener Städte und Ortschaften, sowie strengsten Hygieneauflagen und digitalen wie analogen Überwachungsmaßnahmen konnte das autoritäre China bereits im März 2020 einen »Sieg im Krieg gegen das Virus« verkünden – und dem weltweit ersten,

45 Xi, Work Together, aaO, (FN 42).

46 Kurt M. Campbell / Rush Doshi, »The Coronavirus Could Reshape Global Order« in: *Foreign Affairs*, 2020. Abgerufen unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2020-03-18/coronavirus-could-reshape-global-order>. Übersetzung der Autorin.

47 Ibid.

48 Ibid.

dezidiert illiberalen, und bisher einzigem konsistentem Modell zur Pandemieabwehr so Legitimität verleihen.⁴⁹

Während sich in China die Inzidenzen ab dem Frühjahr 2020 im einstelligen Bereich bewegten, sah die Lage im Rest der Welt anders aus. Im März 2020 gab es bereits mehr Infektionen im chinesischen Ausland als im Inland, die meisten davon zunächst in Ländern der Europäischen Union und Nordamerikas, im Iran und Australien. Kaum ein Land war auf diese Krise vorbereitet, auch nicht die traditionell normsetzenden Industrienationen des Westens – die Führungsmächte der liberalen Weltordnung, die Verwalter globaler Kollektivgüter. Entsprechend stürzte die Pandemie die Welt in eine Vielzahl neuer Krisen – zur der Krise der globalen Gesundheit kamen eine Wirtschafts-, Entwicklungs-, und auch eine humanitäre Krise hinzu.⁵⁰

Zu Beginn der Pandemie fehlte es den meisten Ländern, auch denen im Westen, an praktisch allem – an adäquater und zu Genüge vorhandener medizinischer Ausrüstung wie Atemschutzmasken, Schutzkleidung, Beatmungsgeräten, Luftfiltern, Desinfektionsmitteln und Medikamenten. Die Isolierstationen, und bald auch Intensivstationen der Krankenhäuser waren überfüllt, Impfungen gab es keine. Die globalisierte Welt kam zu einem (teilweisen) Stillstand, und die globalisierte Weltwirtschaft unter dieser Belastung in eine Krise. Im Jahr 2020 ist sie infolge der Krisenbewältigung um 4 Prozent geschrumpft, unter den Ländern des industrialisierten Nordens sogar bis zu 6,5 Prozent.⁵¹ Und doch war die Pandemie kein »Gleichmacher« zwischen der wohlhabenden Welt im Norden und der Entwicklungswelt im Süden; im Gegenteil.

Erstere, insbesondere die Länder der EU und die USA konnten die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie gut bewältigen: im Schnitt konnten die führenden Industrienationen des Westens seit Ausbruch der Pandemie bis zu 24 Prozent der ohnehin großen BIPs in entsprechende fiskalische und geldpolitische Ankurbelung investieren und sich so von der Rezession schnell erholen. Die Weltbank rechnet damit, dass der globale Norden das vorpandemische ökonomische Niveau spätestens bis 2022 wieder erreicht haben wird.⁵² Auch waren die in den USA, Deutschland und Großbritannien ansässigen Unternehmen äußerst erfolgreich darin, im Spätjahr 2020 wirksame und hochinnovative Impfstoffe gegen das Virus zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Seit Sommer 2021 sind die Länder des Westens flächendeckend mit diesen Impfstoffen versorgt, es kommt bisweilen sogar zu »Impfmüdigkeit« aufgrund mangelnder Nachfrage.⁵³

49 Xi, Jinping, zitiert in Greitens, Surveillance, Security, aaO. (FN 39), S. E175.

50 Rajiv J. Shah, »The COVID Charter. A New Development Model for a World in Crisis« in: *Foreign Affairs* 100, Nr. 5, (2021), S. 179–191.

51 Weltbank, *World Development Indicators*, Washington DC, 2021.

52 Richard Partington, »Global economy set for fastest recession recovery in 80 years, says World Bank« in: *The Guardian*, 08.06.2021. Abgerufen unter: <https://www.theguardian.com/business/2021/jun/08/global-economy-set-for-fastest-recession-recovery-in-80-years-says-world-bank>.

53 Kein Autor, »Strategien Gegen Impfmüdigkeit. In Praxen droht der Verfall von Impfdosen« in: FAZ, 22.07.2021. Abgerufen unter: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/corona-impfung-was-gegen-die-impfmuedigkeit-hilft-17448453.html>.

Im globalen Süden sieht die Situation hingegen anders aus, dort hatte die Pandemie besonders weitreichende Folgen: in Lateinamerika, Afrika, Indien kam es zu dramatischen Ausbrüchen von Covid-19, die aufgrund mangelhaft entwickelter Gesundheitsstrukturen kaum aufgefangen werden konnten. Auch die globale Rezession ist in ihrer negativen Wirkung gravierender als im Westen, und konnte nicht im gleichen (oder ansatzweise ähnlichem Maße) aufgehalten werden: Länder mit mittlerem Einkommen konnten nur bis zu 6 Prozent, und Länder mit geringem Einkommen nur 2 Prozent ihres BIPs in nationale Konjunkturprogramme investieren. Entsprechend ist eine Überwindung der Wirtschaftskrise in diesen Ländern nicht in Sicht.⁵⁴ Dafür kommt zusätzlich eine Entwicklungs- und Hungerkrise hinzu. Bisher hat die Pandemie über 100 Millionen Menschen in extreme Armut getrieben – das heißt, in Lebensumstände in denen weniger als US\$ 1,90 am Tag zur Verfügung stehen – während aktuelle Berechnungen davon ausgehen, dass seit dem Jahr 2020 zusätzliche 500 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze von US\$ 5,50 am Tag leben müssen. Auch das weltweite Hungerrisiko hat sich verdoppelt, seit dem Ausbruch der Pandemie sind mehr als 270 Millionen Menschen von Hunger bedroht, was die Situation der humanen Sicherheit in den ohnehin vulnerablen Regionen zusätzlich verschärft.⁵⁵

Covid-19 hat also einen Entwicklungsnotstand geschaffen, die globale Ungleichheit erhöht, ebenso wie die Gefahr fortdauernder humaner und politischer Unsicherheit. All diese Umstände haben den globalen Bedarf nach erweiterter Entwicklungskooperation – nach (mindestens) ökonomischer, infrastruktureller, medizinischer, und humanitärer Unterstützung – stark steigen lassen: Nach wie vor benötigen Länder des globalen Südens Unterstützung bei der Versorgung mit medizinischer Ausrüstung, Medikamenten und Impfungen; sie benötigen erweiterte Entwicklungshilfe – in Form von Konjunkturprogrammen, Notkrediten und Gesundheitsinfrastrukturausbau; nicht zuletzt benötigen sie Vorbilder und Normsetzer – bewährte Praktiken und umsetzbare Modelle im Umgang der der Pandemie. Anders ausgedrückt: Die Pandemie bietet einen in dieser Größe noch nicht dagewesenen Raum zur Wiederbelebung der bestehenden Institutionen des globalen Regierens und damit der Sicherung westlicher Führungspositionen innerhalb der derzeitigen internationalen Ordnung. Sie bietet allerdings ebenso Raum zur Etablierung anderer – alternativer – Institutionen des globalen Regierens, für Akteure, die eine Führungsrolle innerhalb des internationalen Systems anstreben und bereit sind, dafür die Schaffung neuer Kollektivgüter auf sich zu nehmen.

Bisher haben die Führungsnationen der liberalen Weltordnung die Chancen der Pandemie zu Macht- und Weltordnungssicherung verstreichen lassen. Sie waren nicht in der Lage, dem bestehenden gesundheitspolitischen, entwicklungspolitischen und -ökonomischen, sowie humanitären Bedarf gerecht zu werden. Zwar wurden Entwicklungshilfen in Höhe von mehr als 160 Milliarden US Dollar bereitgestellt, diese Summe war jedoch angesichts der Notlage unzureichend, zumal sie auch nicht mit

54 Shah, *The COVID Charter*, aaO. (FN 50).

55 *Ibid.*

»robusten« Krediten von Seiten der Internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere der Weltbank, ergänzt wurde.⁵⁶ Auch in medizinischer Hinsicht bot der Westen bisher zu wenig: obwohl der Zusammenhang zwischen mangelnden Impfmöglichkeiten in Entwicklungsländern und der Gefahr vor unkontrollierbaren, gefährlichen und letztlich impfesistenten Virusmutationen nicht nur theoretisch bekannt ist, sondern bereits in der Realität existiert, sind kostengepasste Exporte und Spenden der Impfstoffe westlicher Unternehmen in den globalen Süden unzureichend – trotz mittlerweile gesättigtem Bedarf in den eigenen Ländern.⁵⁷ So haben bis August 2021 nur ein knappes Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen eine Impfung erhalten, und eine durch westliche Länder angetriebene Trendwende ist, trotz Diskussion um Patentfreigabe, nicht in Sicht.⁵⁸

Nicht zuletzt hat der Westen auch nach anderthalb Jahren Pandemie kein international praktikables Modell und keine attraktiven, umsetzbaren Lösungen für Länder ohne hohes Einkommen geschaffen, die einen Weg aus der globalen Krise aufzeigen.⁵⁹ Diese Lücke weiß China für sich zu nutzen: Bereits zu Beginn der Pandemie konnte das Land, als weltweiter Hauptproduzent medizinischer und pharmazeutischer Güter, den Notstand auf globaler Ebene abschwächen. So unterstützte die Volksrepublik seit Ausbruch der Pandemie mehr als 150 Länder mit medizinischen Hilfslieferungen und Teams, mit multilateraler Koordination und der Bereitstellung von humanitärer und Entwicklungshilfe – auch für Länder des Westens.⁶⁰ Im März 2020 schickte sie beispielsweise rund 31 Tonnen mit Hilfsgütern nach Italien – als die europäischen Nachbarn nicht imstande waren, dem notleidenden Land zu helfen. Auch die USA profitierten in den ersten zwei Monaten der Pandemie von Chinas Hilfsgütern, die medizinische Ware im Wert von 12 Millionen US Dollar umfassten.⁶¹ Beide Vorgänge waren medial begleitet und dienten einerseits dazu, die lokale wie globale Handlungsunfähigkeit des Westens zu unterstreichen, und andererseits Chinas neue Rolle als verantwortungsbewusste, kompetente, Entwicklung fördernde und humanitäre Hilfe

56 Ibid.

57 Amy Maxmen, »The fight to manufacture COVID vaccines in lower-income countries« in: *Nature*, 16.09.2021. Abgerufen unter: <https://www.nature.com/articles/d41586-021-02383-z>.

58 Ibid; Nicole Winchester, Covid-19 vaccinations: is the Global South falling behind? London, 2021. Abgerufen unter: <https://lordslibrary.parliament.uk/covid-19-vaccinations-is-the-global-south-falling-behind/>.

59 Christoph von Marschall, »Jeder Staat kämpft für sich allein gegen das Coronavirus« in: *Tagesspiegel*, 13.03.2020. Abgerufen unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/der-nationalismus-schlaegt-voll-durch-jeder-staat-kaempft-fuer-sich-allein-gegen-das-coronavirus/25634714.html>; Noah Weiland / Rebecca Robbins, »The US Is Sitting on Tens of Millions of Vaccine Doses the World Needs« in: *The New York Times*, 11.03.2021. Abgerufen unter: <https://www.nytimes.com/2021/03/11/us/politics/coronavirus-astrazeneca-united-states.html>.

60 Andreas Fuchs et al., *Chinas Maskendiplomatie: Die Rolle politischer und wirtschaftlicher Beziehungen bei der Beschaffung medizinischer Güter in der Corona-Krise*, Kiel, 2020.

61 Mu Cui, »China hilft Italien in der Corona-Krise«, *Deutsche Welle*, 21.03.2020. Abgerufen unter: <https://www.dw.com/de/china-hilft-italien-in-der-corona-krise/a-52858981>.

selbst im reichen Westen leistende, gleichzeitig sich jedoch dezidiert vom Westen absetzende (Welt-)Macht hervorzuheben.

Tatsächlich lag das Hauptaugenmerk von Pekings Engagement aber im globalen Süden – die bestehenden Kooperationsprogramme mit den Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas wurden um anti-pandemische Maßnahmen erweitert und finanzielle Nothilfen substantiell aufgestockt.⁶² Mit diesen Ländern – vornehmlich im Rahmen sino-zentrischer Formate wie der SchOZ, dem europäischen 17+1 Netzwerk und weiterer Gruppierungen in Afrika und Asien – haben chinesische Regierungsvertreter auch verschiedene multilaterale Telefon- und Videokonferenzformate ins Leben gerufen und institutionalisiert, um Informationen und bewährte Praktiken bei Pandemiebekämpfungsmaßnahmen (und etwaigen anderen Fragen sozialer Kontrolle) zu teilen.⁶³

Insgesamt hat China im Jahr 2020 mehr Ressourcen für internationale Entwicklungs- und humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt, als jemals zuvor – im bilateralem Rahmen, aber auch in Form von zusätzlichen Zuwendungen an bestehende globale Institutionen: die Weltgesundheitsorganisation hat insgesamt 50 Millionen US Dollar an zusätzlichen Spenden von Peking erhalten und die globale Impfinitiative Covax eine Unterstützung in Höhe von 100 Millionen US Dollar.⁶⁴ Zusätzlich dazu hat Peking im August 2021 zugesagt, Entwicklungsländern noch in diesem Jahr bis zu zwei Milliarden Impfdosen aus chinesischer Produktion zur Verfügung zu stellen, was das Land zum größten und wichtigsten Impfstofflieferanten machen würde.⁶⁵

Das klar geäußerte Ziel all dieser Maßnahmen ist, das weltweite Impftempo vor dem Hintergrund der sich rasant verbreitenden Deltavariante anzukurbeln, die Pandemie zu bewältigen und Chinas Profil als »global health leader« – im Rahmen der von Xi Jinping beworbener »chinesischer Weisheit und Lösungen« – zu etablieren.⁶⁶ Zu diesem letzteren Zweck hat China bereits bestehende Institutionen erweitert: Die entwicklungspolitische Rolle der BRI wurde im Kontext der Pandemie um die Initiative der »Health Silk Road« ergänzt, einem Projekt, das darauf abzielt, eine Kontinente übergreifenden Gesundheitsinfrastruktur zu erschaffen, die einerseits auf der Versorgung von medizinischer Ausrüstung, Medikamenten und Impfungen aus einer Hand beruht und andererseits die multilaterale Koordination von Information, Maßnahmen und bewährten Praktiken fördert.⁶⁷ Zusätzlich hat Peking die »Digital« und die »Green« Silk Roads ins Leben gerufen – Projekte, die ebenfalls an das über-

62 Jacob Kurtzer, *China's Humanitarian Aid: Cooperation amidst Competition*, Washington, D.C., 2017. Abgerufen unter: <https://www.csis.org/analysis/chinas-humanitarian-aid-cooperation-amidst-competition>.

63 Campbell / Doshi, *The Coronavirus Could Reshape Global Order*, aaO. (FN 46).

64 Kurtzer, *China's Humanitarian Aid*, aaO. (FN 64).

65 Leng, Shumei / Hu, Yuwei, »China to become biggest COVID-19 vaccine provider amid West's slowness in realizing promises« in: *Global Times*, 05.08.2021. Abgerufen unter: <https://www.globaltimes.cn/page/202108/1230714.shtml>.

66 Kein Autor, »Has Covid-19 prompted the Belt and Road Initiative to go green?« in Oxford Business Group, 28.01.2021. Abgerufen unter: <https://oxfordbusinessgroup.com/news/has-covid-19-prompted-belt-and-road-initiative-go-green>.

67 Ibid.

greifende Konnektivitätsprojekt BRI angebunden sind und zwei mit der Pandemie verwandte zukunftsrelevante Themen anschnitten: globale Digitalisierung und den Ausbau erneuerbarer Energien.⁶⁸

Pekings internationales Engagement in der Entwicklung von neuen Kollektivgütern wie den verschiedenen »Silk Roads« ist kein Akt des Altruismus. Im Gegenteil, es ist eine gezielte Bereitstellung eines stark nachgefragten globalen Kollektivguts und das Füllen einer vom Westen durch materielles Unvermögen oder strategische Kurzsichtigkeit offengelassenen Lücke. Insofern ist die Pandemie nicht nur ein Treiber bedeutender globaler Missstände, sondern auch der Treiber eines potentiell anstehenden Machtübergangs: Diese Krise zeigt bestehende Mängel in der Effektivität und Reichweite der altetablierten globalen Kollektivgüter auf und reduziert damit vorerst weiter die Grundlage des Führungsanspruchs der westlichen Welt. Tatsächlich veranlasste das »großzügige« Engagement der Volksrepublik im Kampf gegen Corona den Präsidenten Serbiens, ein Anwärter auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, von China als »dem einzigen Land, das uns helfen kann« zu sprechen, und europäische Solidarität als ein »Märchen« zu bezeichnen.⁶⁹ Diese Aussage – ähnlich formuliert von weiteren Ländern in und außerhalb des Westens – zeugt von einer sich potentiell anbahnenden, neuen machtpolitischen Alternativlosigkeit im internationalen System. »China set a new standard for the global efforts against the epidemic«, so sprach im Jahr 2020 Regierungsvertreter Zhao Lijan.⁷⁰ Ob es in der Zukunft bei der standardsetzenden Rolle nur im Bereich der Pandemie bleibt, wird sich zeigen.

68 Ibid.

69 Campbell / Doshi, *The Coronavirus Could Reshape Global Order*, aaO. (FN 45).

70 Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, *Foreign Ministry Spokesperson Zhao Lijan's Regular Press Conference on March 5, 2020*, Peking, 2020.

Daniel Lambach

Materie über Geist? COVID, der antipopulistische Reflex und Theoriebildung in den Internationalen Beziehungen

Zusammenfassung: Ist die COVID-Pandemie eine »Rache der Natur«? Dieser verbreitete Topos greift die Pandemie auf, um in einem antipopulistischen Reflex eine vermeintliche Rückkehr des Materiellen zu postulieren, das über die Flüchtigkeit von Sprache und Diskurs obsiege. In diesem Beitrag kritisiere ich diese Sichtweise, insbesondere ihre Tendenz zu unnötigen Dualismen und Determinismen, und diskutiere COVID im Speziellen sowie Materialität im Allgemeinen als Herausforderung für eine sozialkonstruktivistische Theoriebildung in den Internationalen Beziehungen. Hierzu skizziere ich ein relationales Bild der Gesellschaft als soziomaterielles Beziehungsgeflecht, in dem Akteure untereinander sowie mit Dingen verbunden sind. In diesen Beziehungen kommen Ideen, Repräsentationen und Identitäten zum Tragen. Abschließend werden die Implikationen dieses Ansatzes für die Interpretation der Pandemie ausgeführt.

Schlüsselwörter: COVID, Populismus, Materialität, Materialismus, Sozialkonstruktivismus, Theorie

Daniel Lambach, Matter Over Mind? COVID, the Anti-Populist Reflex and Theory-Building in International Relations

Summary: Is the COVID pandemic a »revenge of nature«? This common topos seizes on the pandemic to postulate, in an anti-populist reflex, a supposed return of the material that prevails over the ephemerality of language and discourse. In this paper, I critique this view, particularly its tendency toward unnecessary dualisms and determinisms, and discuss COVID in particular and materiality in general as a challenge to social constructivist theorizing in International Relations. To this end, I sketch a relational picture of society as a sociomaterial web of relations in which actors are connected to each other and to things. Ideas, representations, and identities come into play in these relations. Finally, the implications of this approach for the interpretation of the pandemic are elaborated.

Keywords: COVID, populism, materiality, materialism, social constructivism, theory

Daniel Lambach, PD Dr. rer. pol., Inhaber einer Heisenberg-Stelle am Forschungsbereich Normative Ordnungen der Goethe-Universität Frankfurt und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Korrespondenzanschrift: lambach@normativeorders.net.

DOI: 10.5771/0044-3360-2021-4-448

1. Einleitung

Als die COVID-Pandemie die Welt überzog, wurde dies mancherseits als »Rache der Natur« gedeutet. Teils wurde spirituell argumentiert, dass sich der geschundene Planet durch Pathogene an der ihn ausbeutenden Menschheit räche, aber teils wurde auch eine biologische Kausalität hervorgehoben. Wie Inger Andersen, Exekutivdirektorin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, erklärte, nehme durch die Zerstörung natürlicher Lebensräume und den globalen Klimawandel die Chance zu, dass tierische Pathogene auf Menschen überspringen. Die Pandemie sei somit eine »Botschaft«, die die Menschheit ernst nehmen sollte.¹ Solche Interpretationen, insbesondere der Topos der Rache, sind dennoch mit Vorsicht zu genießen und entspringen eher der menschlichen Tendenz zum *meaning-making*, also der Hineindeutung von Sinn in komplexe Zusammenhänge.²

Ein Echo dieses Topos findet man auch in der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik. Dort wird mit der Pandemie eine »Rückkehr des Realen« konstatiert. Diese Rückkehr entlarve dekonstruktivistische Ansätze, Sozialkonstruktivismus und ähnliche Philosophien, die die Bedeutung von Diskursen, Ideen und Sprache hervorheben, als irreführend, wenn nicht gar pseudowissenschaftlich. Dies wurde teils auch in eine Frontstellung zwischen den »harten« oder »exakten« Natur- und Lebenswissenschaften auf der einen Seite und den Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite gemünzt.³

Diese Argumentationslinie wurde auch auf politischer Ebene entfaltet. Hier war es insbesondere der Populismus, gegen den die Kritik vorgebracht wurde, er sei strukturell unfähig, dem Problem COVID angemessen zu begegnen. Der Populismus, so der Duktus der Kritik, basiere auf Sprachspielen, einem unernsten Diskurs, in dem man sich nie auf etwas festlegen müsse und alle Probleme durch sprachliche Nebelkerzen verschleiert und umgedeutet werden könnten. In dieser Hinsicht profitiere der Populismus von jener Relativierung von Wahrheit, welche durch dekonstruktivistische Philosophie in die Gesellschaft eingesickert sei.⁴ Dies ist keineswegs völlig aus der Luft gegriffen – tatsächlich haben Länder, die von populistischen Parteien regiert werden, eine schlechtere Performance beim Schutz ihrer Bevölkerung vor den Auswirkungen

1 Damian Carrington, »Coronavirus: ›Nature is sending us a message‹, says UN environment chief« in: *The Guardian*, 25. März 2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/25/coronavirus-nature-is-sending-us-a-message-says-un-environment-chief>.

2 Alf Hornborg »Beyond the Image of Covid-19 as Nature's Revenge: Understanding Globalized Capitalism through an Epidemiology of Money« in: *Sustainability* 13, Nr. 9 (2021).

3 Siehe hierzu Ralf Bönt, »Die Wahrheit ist nicht relativ« in: *DIE ZEIT*, 2. Mai 2021, <https://www.zeit.de/kultur/2021-04/wissenschaft-corona-politik-massnahmen-expertise-naturwissenschaften-forschung-und-als-Replik-Philipp-Sarasin>, »Das Corona-Virus, eine ›soziale Konstruktion‹« in: *Geschichte der Gegenwart*, 9. Mai 2021, <https://geschichtedergewegung.ch/das-corona-virus-eine-soziale-konstruktion/>.

4 Katja Reuter, »Die Corona-Pandemie als Rache des Realen? Eine Lesenotiz zu Benjamin Bratton« in: *Theorieblog*, 31. August 2021, <https://www.theorieblog.de/index.php/2021/08/die-corona-pandemie-als-rache-des-realen-eine-lesenotiz-zu-benjamin-bratton/>.

der Pandemie als andere Staaten.⁵ Und auch darüber hinaus hat sich eine umfangreiche Literatur zu COVID und Politik entwickelt, die sich z.B. mit der Offenheit rechts-populistischer Wähler:innen für medizinische Verschwörungstheorien befasst, wofür insbesondere die USA ein instruktives Lehrstück bieten.⁶

Aber bestätigt dies die Behauptung, die u.a. Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, im Landtag tätigte: »Es gibt viele Dinge, über die man diskutieren kann, aber man kann nicht mit dem Virus diskutieren«?⁷ Ich meine: nein. Zwar ist diese Aussage in rein semantischer Lesart korrekt, nicht aber in ihrer Stoßrichtung, denn sie suggeriert, dass in der Pandemie die natürliche Tatsache über soziale Fakten obsiegt, dass Materialität Sprache und Geist schlägt. Im Gegenteil behaupte ich in diesem Aufsatz, dass die Pandemie sogar verdeutliche, wie wichtig Sprache, Ideen und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit für unseren Umgang mit dem COVID-Virus sind.

2. Die radikale Materialität von COVID und der antipopulistische Reflex

Als COVID aufkam, witterten manche Kommentator:innen schon die nahende Entzauberung des Populismus. Im März 2020 schrieb der Kolumnist Otto English im Online-Magazin Politico, dass der Coronavirus den Populismus von Boris Johnson und Donald Trump vor eine neue Herausforderung stelle. Die Unterstützer:innen dieser Regierungen, so English, hätten diese in der Erwartung gewählt, dass sie es sich leisten können, den Status Quo umzuschmeißen – den Volkswirtschaften gehe es gut, die Arbeitslosigkeit sei niedrig. Nun komme COVID: »The outbreak takes a hand grenade to the conceit that everything is going to be alright – and thus it presents a very real threat to politicians like Trump and Johnson.«⁸ COVID sei eine reale und komplexe Bedrohung, der man nicht mit »quick-fix solutions« und PR-Kampagnen beikommen könnte. Die »post-truth politics« zerschellen an einem Problem, das sie nicht wegdiskutieren können.

Tatsächlich hat diese Darstellung etwas betörendes, galt (und gilt) doch der Populismus als große Bedrohung der Demokratie unserer Zeit. Zwar ist Englishs Kritik am Populismus als einer Art Wohlstandsverwahrlosung empirisch kaum haltbar und hilft auch politisch kaum weiter, aber die Annahme, dass sich populistische Regierungen mit dem Coronavirus schwer täten, scheint sich in mehreren prominenten Fällen zu

5 Michael Bayerlein / Vanessa A. Boese / Scott Gates / Katrin Kamin / Syed Mansoob Murshed, *Populism and COVID-19: How Populist Governments (Mis)Handle the Pandemic*, Göteborg 2021 (V-DEM Working Paper 121).

6 Jakob-Moritz Eberl / Robert A. Huber / Esther Greussing »From Populism to the »Plandemic«: Why Populists Believe in Covid-19 Conspiracies« in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31, no. sup1, S. 272–284.

7 Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Wahlperiode, 121. Sitzung, 24. März 2021, Plenarprotokoll 17/121, S. 11.

8 Otto English, »Coronavirus‘ Next Victim: Populism« in: *Politico*, 19. März 2020, <https://www.politico.eu/article/coronavirus-next-victim-populism-uk-boris-johnson-us-donald-trump/>.

bestätigen. Großbritannien hat, nach Russland, die meisten Coronatoten in Europa zu beklagen und ist auch in der europäischen Spitzengruppe, wenn man diese Zahl ins Verhältnis zur Bevölkerung setzt. Gleiches gilt für Brasilien unter der Bolsonaro-Regierung, die außerdem noch vieles dafür tat, um die Existenz und Tödlichkeit des Virus in Frage zu stellen. Und die USA zeigen, wie Coronaleugnung zu einem Identitätsmarker für große Teile der politischen Rechten werden kann.

Diese Schilderung von Populist:innen als unernsten Luftkissen, deren Handeln vollständig darauf optimiert ist, eine imaginäre Bedrohung nach der anderen zu bekämpfen, die aber von komplizierten, weil »realen« Herausforderungen überfordert sind, ist durchaus verbreitet. Im Internet wird hierzu gerne ein Zitat von Jean-Paul Sartre aus seiner 1944 verfassten Kritik am Antisemitismus herangezogen: »Glauben Sie nicht, die Antisemiten würden sich über die Absurdität dieser Antworten etwas vormachen. Sie wissen, daß ihre Reden oberflächlich und fragwürdig sind; doch darüber lachen sie, ihrem Gegner obliegt die Pflicht, die Wörter in ernster Weise zu verwenden, da er an die Macht des Wortes glaubt; sie haben *das Recht* zu spielen. Sie spielen sogar gern mit dem Diskurs, denn indem sie lächerliche Gründe nennen, diskreditieren sie den Ernst ihres Gesprächspartners; sie sind genußvoll unaufrichtig, denn ihnen geht es nicht darum, durch gute Argumente zu überzeugen, sondern einzuschüchtern oder irrezuleiten.«⁹

Populist:innen sind in dieser Lesart Kreaturen des flüchtigen Wortes, die jetzt durch die Rache der Natur eingeholt würden. Gegen die rohen Fakten materieller Tatsachen habe das Wort keine Chance, besonders wenn es so unernst und unredlich geführt werde wie von populistischer Seite. Hier wird ein Dualismus des Wortes (ephemer, ungreifbar, leicht) und der Realität (konkret, greifbar, brutal) konstruiert, der auch Anklänge an Karl Roves Gegenüberstellung der »reality-based« und der »faith-based community« hat.¹⁰ Am wortgewaltigsten hat diese Kritik der Soziologie Benjamin Bratton vorgebracht. In seinem neuesten Buch »The Revenge of the Real«¹¹ stellt er den Populismus als eine Art »anti-governance« dar, die nur über emotionale Appelle funktioniere und damit schon aus seiner strukturellen Logik heraus inkompetent sein muss. So werde Misstrauen gegen die Steuerungsfähigkeit des Staates gesät, die gerade während einer Pandemie von besonderer Wichtigkeit sei.

Der antipopulistische Reflex in der Pandemie ist offen für eine Reihe problematischer Annahmen und Konstruktionen. Diese sind nicht zwingend notwendig für eine Kritik des Populismus und seinen empirisch nachweisbaren Problemen in der Pandemiebekämpfung, tauchen allerdings in den verschiedenen, oben zusammengefassten

9 Jean-Paul Sartre. *Überlegungen zur Judenfrage [Réflexions Sur La Question Juive]*, Hamburg 1994 [1944], S. 16, Hervorhebung im Original.

10 David Greenberg, »Creating Their Own Reality: The Bush Administration and Expertise in a Polarized Age« in Julian Zelizer (Hg.): *The Presidency of George W. Bush: A First Historical Assessment*, Princeton 2010, S: 199–226.

11 Benjamin Bratton, *The Revenge of the Real: Politics for a Post-Pandemic World*, London 2021.

Argumentationslinien auf. Problematisch finde ich insbesondere zwei eng miteinander verschränkte Annahmen.

Erstens wird impliziert, dass es eine ontologische Wahrheit gebe, die man auch wahrnehmen könne, wenn man nur hinreichend objektiv sei und nicht auf die Luftschlösser des Populismus reinfalle. Gepaart wird dies gerne mit Appellen, politische Ideologien abzustreifen und der reinen Vernunft zu folgen, wie es beispielsweise unlängst Maja Göpel in ihrer Forderung nach einem »Recht auf Wahrheit« tat.¹² Die Kritik an solch einer positivistischen und depolitisierenden Haltung ist zahlreich und hat eine lange Geschichte und soll deshalb hier nicht rekapituliert werden.¹³ Die soziale Konstruktion der Beobachterperspektive ist eine wichtige Erkenntnis, die aus dieser Kritik erwachsen ist und sie ist auch in der COVID-Bekämpfung relevant – warum sollten wir Inzidenzen so selbstverständlich entlang von Ländergrenzen messen, wenn uns nicht das internalisierte Ideal territorialer Staatlichkeit dazu treiben würde?¹⁴

Zweitens suggerieren diese Diskurse einen Gegensatz von Materialismus und Idealismus – der Virus als roher materieller Fakt, der sich der populistischen Diskursivität verweigert. Zwar mögen unsere Ideen beeinflussen, was wir von dieser Welt sehen und wie wir es sehen, aber dies sei lediglich eine idealistisch gefärbte Sichtweise der »realen« Materialität. Im Zweifel, so das Narrativ, stünden materielle Fakten über sozialen Konstrukten und das Reale habe stets die Trumpfkarte der unverrückbaren und unhinterfragbaren Tatsachen. Damit bewegt sich diese Argumentation auch in einer Tradition umweltbezogener Determinismen, nach denen die materiellen Lebensumstände das Denken und Handeln formen. Varianten dieser Determinismen gibt es viele, von der geographischen Variante (»geography is destiny«) bis zum historischen Materialismus Marx'scher Prägung (»Das Sein bestimmt das Bewusstsein«).

Determinismen sind nicht nur wissenschaftlich problematisch, sondern auch in moralischer Hinsicht. Denn wenn das Soziale durch die Natur bedingt ist, spricht man den Menschen die Agency ab, für ihre Handlungen verantwortlich zu sein.¹⁵ Es ist von dort nicht weit zu essentialistischen Konzeptionen des Sozialen, in denen soziale Konstrukte – wie Nationen, Gemeinschaften, Religionen, Gender – als natürlich konstituierte Einheiten auftreten, die *qua* ihrer Natürlichkeit prä-sozial und damit unverrückbar sind. Für viele dieser Konstrukte ist das Gegenargument bereits ausführlich gemacht worden – über die soziale Konstruiertheit von Gender oder Nation muss man heute keine Kontroversen mehr aufmachen. Dasselbe Argument kann man

12 »Die Frage nach dem Lebensstil wird sich bald sehr stark stellen«, Interview von Angela Richter mit Maja Göpel, in: *Republik*, 25. September 2021, <https://www.republik.ch/2021/09/25/die-frage-nach-dem-lebensstil-wird-sich-bald-sehr-stark-stellen>.

13 Siehe z.B. Donna Haraway, »Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective« in: *Feminist Studies* 14, Nr. 3 (1988), S. 575–599.

14 Daniel Lambach, »The Normative Order of the Territorial State« in: Matthias Kettemann (Hg.): *Navigating the Frontiers of Normative Orders: Interdisciplinary Perspectives*, Frankfurt 2020, S. 44–58.

15 Caroline Kärger / Janet Kursawe / Daniel Lambach, »Von Agenten, Akteuren und Strukturen in den Internationalen Beziehungen: Konturen einer empirischen Agency-Forschung« in *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 24, Nr. 2 (2017), S. 91–120.

auch gegenüber der Natur aufmachen: das Soziale ist mit der natürlichen Umwelt verwoben und formt sie, wie die Literaturen zur Konstruktion von Landschaftsräumen und zu sozial-ökologischen Systemen demonstrieren.¹⁶ Nicht zuletzt demonstriert der menschengemachte Klimawandel, dass der kausale Pfeil auch umgekehrt verlaufen kann. So weist Simon Dalby zurecht daraufhin, dass wir uns nicht nur dafür interessieren sollten, was der Klimawandel für die Geopolitik bedeutet, sondern auch dafür »what geopolitics does to climate change«.¹⁷ Die Politik ist also keineswegs der Natur ausgeliefert, sondern in die Konstruktion der Natur und ihrer Auswirkungen eingebunden. Makaber demonstriert wurde dies durch ein Foto eines Whiteboards, auf dem die britische Regierung ihre Pandemiepläne skizzierte. Zwischen Stichworten und Diagrammen stand dort prominent »who do we not save?«¹⁸

3. Materialität und Idee

Trotz meiner Kritik am kruden Materialismus des antipopulistischen Reflexes sollte man nicht in das Gegenteil eines radikalen Konstruktivismus abgleiten. Politik und Gesellschaft sind kein bloßes Sprachspiel, das losgelöst von materiellen Dingen und Umgebungen betrieben wird. Stattdessen muss man sich die physische Welt und die Welt der Ideen als unentwirrbar ineinander verflochten vorstellen. Dies hatte der Geograph Edward Soja schon vor über dreißig Jahren formuliert: »As socially produced space, spatiality can be distinguished from the physical space of material nature and the mental space of cognition and representation, each of which is used and incorporated into the social construction of spatiality but cannot be conceptualized as its equivalent.«¹⁹ Dabei solle man nicht von einer rigiden Trennung der drei Sphären des Physischen, des Geistes und des Sozialen ausgehen, sondern diese in ihren Verbindungen und Überlappungen verstehen. Die Theoretisierung dieser Verbindungen, so Soja weiter, bleibe jedoch »one of the most formidable challenges to contemporary social theory«²⁰. Daran hat sich bis heute wenig geändert, auch wenn seither der Sozialkonstruktivismus und kritische Gesellschaftstheorien viel zu unserem Verständnis der Konstruiertheit des Sozialen beigetragen haben.

In diesem Abschnitt möchte ich daher bei diesem Grundproblem ansetzen: Wie bekommt man Materialität in eine sozialkonstruktivistische Theoriebildung hinein?

16 Thomas Greider / Lorraine Garkovich, »Landscapes: The Social Construction of Nature and the Environment« in: *Rural Sociology* 59, Nr. 1 (1994), S. 1–24; Markus Wissen, *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates: Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*, Münster 2011.

17 Simon Dalby, »Rethinking Geopolitics: Climate Security in the Anthropocene«, in: *Global Policy* 5, Nr. 1 (2014), S. 1–9, hier S. 7.

18 Sam Hancock, »Who do we not save?: Dominic Cummings tweets sketch of government's Covid plans before giving evidence to MPs.« in: *The Independent*, 26. Mai 2021, <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/dominic-cummings-covid-whiteboard-b1854061.html>.

19 Edward Soja, *Postmodern Geographies*, London 1989, S. 120.

20 Soja, *Postmodern Geographies*, aaO. (Fn 19), S. 120.

Ich tue dies vor allem aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen (IB), aber ich denke, dass diese Diskussion auch für die Politikwissenschaft als Ganzes von Bedeutung ist. In den IB gibt es diverse einschlägige Diskussionen und Theorien, die für diese Diskussion relevant sind und die ich deshalb als Einstieg verwende.

Da wäre an erster Stelle der Neue Materialismus zu nennen. Dieser ist eine breitere Bewegung in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaft, die entgegen den Annahmen des *linguistic turn* mehr Aufmerksamkeit für die stoffliche Welt fordert – für Dinge, Objekte, Technologien, die Natur. Dabei geht es nicht darum, die Bedeutung von Sprache zu verneinen, sondern die Balance zwischen den beiden Seiten neu auszutarieren. Deshalb stellt der Neue Materialismus, so Nadine Voelkner in ihrer Rezeption aus IB-Perspektive, »die aktive Materialität der Welt radikal in den Vordergrund, um das Verständnis ihrer Rolle in der sozialen Welt zu verdeutlichen und zu erforschen.«²¹ Innerhalb dieser Bewegung oder an sie angeschlossen gibt es eine Vielzahl von Theorien, die sich dieser Aufgabe aus verschiedenen Perspektiven widmen. Dabei geht es beispielsweise um die Materialität des Körpers, die Materialität des Raums, die Materialität von Technologien, die Materialität von Gesellschaft und so weiter.²²

Die entscheidende Frage ist nun, wie man die Bedeutung von Materialität in sozialen Theorien einfängt. Hieran hat sich eine Kontroverse entzündet, ob Dinge in punkto Handlungsfähigkeit denselben Status zugeschrieben bekommen sollten wie Menschen. Es ist klar, dass Materialität Auswirkungen und Effekte hat, aber kann man deshalb sagen, dass Dinge Agency haben, dass sie im Wortsinne »handeln«²³ Hierzu gibt es verschiedene Antworten. Actor-Network-Theorien (ANT) bezeichnen Dinge als Aktanten, die im Geflecht des Netzwerks Wirkungen erzeugen.²⁴ Andere Theorien sprechen davon, dass Dinge eine »more-than-human agency« oder eine »thing-power« ausüben können.²⁵ Mit diesen Ansätzen geht Agency vom soziologischen Subjekt auf Netzwerke oder Assemblagen über, in denen Menschen und Dinge interagieren.²⁶ Diese Dezentrierung von Agency eröffnet aber keine politische Perspektive, wie Sheila Jasanoff anmerkt. Sie kritisiert, dass ANT und andere materialistische Theorien

21 Nadine Voelkner, »Neuer Materialismus in den Internationalen Beziehungen« in Carlo Masala / Frank Sauer (Hg.): *Handbuch Internationale Beziehungen*, Wiesbaden 2015, S. 2.

22 Vgl. exemplarisch Stacy Alaimo / Susan J. Hekman, *Material Feminisms*, Bloomington 2008; Franck Billé (Hg.): *Voluminous States: Sovereignty, Materiality, and the Territorial Imagination*, Durham 2020; Caroline Holmqvist, »Undoing War: War Ontologies and the Materiality of Drone Warfare« in: *Millennium* 41, Nr. 3 (2013): 535–552; Theodore Schatzki, »Materiality and Social Life« in: *Nature and Culture* 5, Nr. 2 (2010), S. 123–149.

23 Marijn Huijten / Matthias Leese (Hg.), *Technology and Agency in International Relations*, Routledge 2019.

24 Christian Büger, »Actor-Network Theory, Methodology, and International Organization« in: *International Political Sociology* 7, Nr. 3 (2013), S. 338–342.

25 John Cianchi, *Radical Environmentalism: Nature, Identity and More-Than-Human Agency*, Palgrave 2015; Gulshan Khan, »Agency, Nature and Emergent Properties: An Interview with Jane Bennett« in: *Contemporary Political Theory* 8, Nr. 1 (2009), S. 90–105.

26 Vicki Squire, »Reshaping Critical Geopolitics? The Materialist Challenge« in: *Review of International Studies* 41, Nr. 1 (2015), S. 139–159.

einen »moralischen Nihilismus« riskieren, »making all actions and agents seem equally empowered, or disempowered, and therefore equally responsible, or irresponsible, for the networks within which they function«. ²⁷ Indem Netzwerke Verantwortung dezentrieren, depolitisieren sie Macht, indem sie sie unsichtbar machen.

Einen produktiveren Zugang bieten sozialkonstruktivistische Theorien aus den Science & Technology Studies, insbesondere die Social Construction of Technology (SCOT)-Theorie, die als Kritik an technodeterministischen Ansätze entstand. ²⁸ SCOT geht davon aus, dass Technologien keine immanenten Eigenschaften haben, sondern ihre Bedeutungen sozial konstruiert und geformt sind. Gleichzeitig ist Technologie nicht nur eine abhängige Variable oder ein Nebenprodukt sozialer Prozesse. Vielmehr folgt Technologie kontingenten Entwicklungspfaden, welche an entscheidenden Punkten durch Entscheidungen relevanter Akteure beeinflusst werden. Eine zentrale Annahme von SCOT ist, dass Designentscheidungen in Technologien eingebettet werden, und dass die sozialwissenschaftliche Technikforschung diese Prozesse und deren soziale Implikationen problematisieren sollte. Damit wird der Entwicklungsprozess von Technologie als multidirektional, kontingent und evolutionär dargestellt. Eine Kernannahme von SCOT ist die der »interpretativen Flexibilität«. Dies bedeutet, dass Technologien zwar für bestimmte Zwecke geschaffen werden und in den entsprechenden Feldern auch ihre »embedded politics« ²⁹ zum Tragen kommen, dass sie aber auch durch menschliche Akteure umdefiniert und neuen Zwecken zugeführt werden können.

Diese Überlegungen lassen sich auch verallgemeinern. Danach wären Dinge als Teil von bzw. in ihrer Interaktion mit Gesellschaft zu verstehen. Die Gesellschaft schafft ihre materielle Infrastruktur, formt ihre Umgebung, entwickelt Technologien und Objekte. Gleichzeitig beeinflussen all diese Dinge wiederum die Gesellschaft, soziales Handeln und natürlich auch Ideen und Diskurse. Die Gesellschaft besteht in dieser relationalen Perspektive also aus soziomateriellen Beziehungsgeflechten, in denen Akteure untereinander sowie Akteure mit Dingen verbunden sind. Praktiken halten dieses Geflecht aufrecht, arrangieren es neu und strukturieren es.

Durch den intersubjektiven Charakter des Geflechts kommen auch Ideen zum Tragen. In Beziehungen spielen Diskurse, Symbole und Repräsentationen zentrale Rollen, indem sie Wahrnehmungen und Kommunikation beeinflussen. Das heißt, dass Menschen sich nie von gesellschaftlichen Zeichensystemen und Diskursen frei einem Ding nähern können, sondern immer nur durch diese vermittelt mit ihm interagieren. So sind beispielsweise in »extreme« Umgebungen wie die Arktis, die Tiefsee, das Hochgebirge oder den Weltraum Ideale des rauhen, männlichen Entdeckers eingeschrieben,

27 Sheila Jasanoff, »Future Imperfect: Science, Technology, and the Imaginations of Modernity« in: dies. / Sang-Hyun Kim (Hg.), *Dreamscapes of Modernity: Sociotechnical Imaginaries and the Fabrication of Power*, Chicago, S. 1–33, hier S. 16–17.

28 Trevor J. Pinch / Wiebe E. Bijker, »The Social Construction of Facts and Artefacts: Or How the Sociology of Science and the Sociology of Technology Might Benefit Each Other« in: *Social Studies of Science* 14, Nr. 3 (1984), S. 399–441.

29 Langdon Winner, »Do Artifacts Have Politics?« in: *Daedalus* 109, Nr. 1 (1980), S. 121–136.

denen wir uns bis heute – allen gesellschaftlichen Fortschritts zum Trotz – nicht entziehen können.³⁰

Solche Repräsentationen sind kein bloßes Epiphänomen der menschlichen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt: Sie sind keine bloße Abbildung des Natürlichen, das mit offensichtlicher Evidenz Akteure zum Handeln zwingt. Sie sind aber auch keine reinen Phantasiegebilde, sondern müssen mit den Eigenschaften des Dings (oder genauer: mit dem, was man über das Ding zu wissen glaubt) in Einklang gebracht werden. Mathias Albert und Andreas Vasilache haben dies am Beispiel der changierenden Konstruktionen der Arktis im Kontext globaler Erwärmung auf den Punkt gebracht: »Neither is the Arctic a region that can be characterized by supposedly ›neutral‹ facts, nor is it amenable to arbitrary social constructions ›at will‹, so to speak.«³¹ Der Klimawandel führt zu einer Veränderung der arktischen Umwelt, aber welche Aspekte davon politisch salient gemacht werden (Öffnung von Schiffsrouten, Zugang zu Ressourcen unter dem Meeresboden) und welche nicht (Überlebensfähigkeit indigener Völker, schmelzende Permafrostböden), obliegt der Entscheidung politischer Akteure.³²

4. Fazit

Diese Überlegungen helfen uns bei der Einordnung der COVID-Pandemie. Sie vermeiden irreführende Dualismen zwischen Materialität und Ideen und das Streben nach einer vermeintlich objektiven Perspektive. Stattdessen betonen sie die gesellschaftliche Einbettung der Pandemie. COVID wird darin nicht zu einer »Rache« der Natur an einer ihr fremden Gesellschaft, sondern zu einem soziomateriellen Prozess im Beziehungsgeflecht von Mensch und Umwelt.

Am Beispiel COVID finden wir viele Aspekte des oben entwickelten theoretischen Zusammenhangs wieder. Da ist zum einen die interpretative Flexibilität des Virus. Am offensichtlichsten war dies bereits bei der Namensgebung. Ehe sich die offizielle Designation COVID-19 (Coronavirus SARS-CoV-2) durchsetzte, sprachen englischsprachige Medien und Akteure vom »China flu« oder »Wuhan flu« und verwiesen damit auf den geographischen Ursprung des Virus. Die Trump-Regierung verwendete diese Begriffe auch noch, nachdem die Weltgesundheitsorganisation bereits eine neue

30 Auður H. Ingólfssdóttir, »Go North, Young Man« – Gendered Discourses on Climate Change and Security in the Arctic« in: *Nordia Geographical Publications* 40, Nr. 4 (2011), S. 89–98.

31 Mathias Albert / Andreas Vasilache, »Governmentality of the Arctic as an International Region« in: *Cooperation and Conflict* 53, Nr. 1 (2017): 3–22, hier S. 6.

32 Ähnlich Jason Dittmer / Sami Moisio / Alan Ingram / Klaus Dodds, »Have You Heard the One About the Disappearing Ice? Recasting Arctic Geopolitics« in: *Political Geography* 30, Nr. 4 (2011); S. 202–214.

Nomenklatur empfahl, und machte das Sprechen vom »China flu« zu politischen Symbolen und Identitätsmarkern unter ihren Anhänger:innen.³³

Auch jenseits der Namensgebung hoben politische Akteure bestimmte Aspekte der Pandemie hervor, während andere heruntergespielt wurden. In Deutschland wurde vor allem über die ökonomischen Effekte von Lockdowns und die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitswelt gesprochen. Geringere Aufmerksamkeit bekamen Fragen des sozialen Ausgleichs und die überdurchschnittliche Corona-Inzidenz unter weniger privilegierten Schichten. Ähnlich war dies auf globaler Ebene. Dort entbrannten Statuswettkämpfe zwischen Staaten, wer niedrigere Inzidenzen aufweist und wer zuerst Impfstoffe entwickelt; Fragen globaler Solidarität fielen dagegen dem Impfstoffnationalismus zum Opfer. Länder mit niedrigen Fall- und Todeszahlen wie Taiwan, Neuseeland oder Südkorea wurden als Modellfälle dargestellt und erhielten beträchtliche *soft power* unter ihren *peers*. Allerdings fand diese Zuschreibung im Kontext etablierter Frames und Interaktionsmuster statt – Chinas Meldungen konstant niedriger Inzidenzen nach der ersten Welle begegnet man im Westen bis heute mit Skepsis und Vorwürfen der Verschleierung und Fälschung von Daten. Ferner hat sich gezeigt, dass auch Bekämpfungsversuche kulturell spezifisch sind. So musste in der ersten Phase der Pandemie in Deutschland lange Überzeugungsarbeit für das Maskentragen gemacht werden, während dies in anderen Ländern eher als selbstverständlich angesehen wurde.³⁴

Diese Repräsentationen der Pandemie müssen auch auf die Materialität des Virus und der medizinischen und sozialen Technologien Bezug nehmen, welche zu seiner Bekämpfung eingesetzt werden. Diskurse der öffentlichen Gesundheit rücken die Ansteckungswege des Virus in den Mittelpunkt, ebenso wie seine Reproduktionszahl (das inzwischen allseitig bekannte »R«) und seine Mortalitätsrate. Versuche, COVID in die Nähe einer normalen Grippe zu rücken, beruhen nicht etwa auf einer Verneinung dieser Maßzahlen, sondern argumentieren zumeist auf Basis selektiver Interpretationen und Daten. Selbst Diskurse aus dem Bereich der Verschwörungstheorien verweisen auf die Unsichtbarkeit des Virus und auf die Interpretationsfähigkeit der Symptome, die oberflächlich anderen Atemwegserkrankungen ähneln, um die Schwere oder sogar die Existenz der Pandemie zu leugnen.

Diese Repräsentationen des Virus und die Technologien zu dessen Bekämpfung haben ihre eigenen »embedded politics«. Techniken des Home Office kommen vor allem Wissensarbeiter:innen zugute; Arbeitskräfte mit handwerklichen oder »systemrelevanten« Tätigkeiten bleiben dagegen dem Risiko einer Ansteckung ausgesetzt. Impfstoffe werden zunächst bestimmten Ländern und – innerhalb dieser – bestimmten Bevölkerungsgruppen, welche als vulnerabel identifiziert werden, zugänglich gemacht. Eine

33 Jason Shuo Zhang / Brian C. Keegan / Qin Lv / Chenhao Tan, »A Tale of Two Communities: Characterizing Reddit Response to Covid-19 through /R/China_Flu and /R/Coronavirus«, in: *arXiv* (8 June 2020). <https://doi.org/arXiv:2006.04816>.

34 Marc Rieger, »To Wear or Not to Wear? Factors Influencing Wearing Face Masks in Germany During the Covid-19 Pandemic« in: *Social Health and Behavior* 3, Nr. 2 (2020), S. 50–54.

verordnete Quarantäne trifft Bewohner:innen einer überfüllten Zweizimmerwohnung anders als Besitzer:innen eines freistehenden Einfamilienhauses.

Seine soziale Einbettung und politische Behandlung hat auch Rückwirkungen auf die Ausbreitung des Virus. Die höhere Verbreitung des Virus in sozioökonomisch benachteiligten Gemeinschaften ist ein besonders offensichtliches Beispiel hierfür.³⁵ Bekannt ist ebenfalls, dass manche Regierungen phasenweise weniger testeten, um die Zahl der bekannten Fälle zu drücken. Diese diente vor allem ihrer Popularität, begünstigte aber die Ausbreitung des Virus im Dunkelfeld der Messung.³⁶ Ähnliches gilt für Maskenverordnungen und andere *public health*-Maßnahmen, welche teils erhebliche Auswirkungen auf die Dynamik der Pandemie haben. Nicht zuletzt befürchten Expert:innen, dass durch eine inadäquate Bekämpfung von COVID neue, gefährlichere Mutationen des Virus entstehen könnten. So formen Ideen über COVID und daraus resultierendes soziales Handeln die Materialität der Pandemie selbst.

Diese Argumente zeigen, wie politische und soziale Akteure die Pandemie konstruieren. Dies ist keine rein sprachliche Konstruktion, sondern ein mit der Materialität des Virus interagierender Prozess, der auch konkrete Auswirkungen auf den Verlauf der Pandemie hat. Gleichzeitig kann sich diese Konstruktion nicht von der Materialität der Pandemie lösen. Man kann mit dem Virus nicht diskutieren, allerdings bestehen große Spielräume, wie man mit ihm interagiert und wie man über ihn spricht. Um zum Ausgangspunkt des Aufsatzes zurückzukehren: COVID ist keine »Rache des Realen«, denn das Reale war auch in der prä-COVID-Ära nie fort. Genauso wenig erleben wir jetzt einen wie auch immer gearteten Triumph des Materiellen über den Diskurs. Beides sind, in den Worten Sojas, Fundamente des Sozialen und die Pandemie zeigt uns ihre Interaktion in einem bestimmten Zusammenhang auf. Ähnliche Diskussionen führen wir über den Klimawandel³⁷ und auch dort sollten wir aus politikwissenschaftlicher Perspektive die Falle eines Dualismus zwischen Materialität und Ideen vermeiden, sondern die Interaktionen zwischen beiden betrachten.

35 Benjamin Wachtler / Niels Michalski / Enno Nowossadeck / Michaela Diercke / Morten Wahrendorf / Carmen Santos-Hövenner / Thomas Lampert / Jens Hoebel, »Sozioökonomische Ungleichheit und Covid-19 – Eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand«, in: *Journal of Health Monitoring* 5(S7) (2020), S. 3–18.

36 Maegan Vasquez, »Trump Now Says He Wasn't Kidding When He Told Officials to Slow Down Coronavirus Testing, Contradicting Staff« in: *CNN*, 23. Juni 2020, <https://edition.cnn.com/2020/06/22/politics/donald-trump-testing-slow-down-response/index.html>.

37 Z.B. Allan Shearer, P.H. Liotta, *Gaia's Revenge: Climate Change and Humanity's Loss*, New York 2006.

BUCHBESPRECHUNGEN

Cavuldak, Ahmet (Hg.): <i>Peter Graf Kielmansegg im Gespräch</i> (Sandra Wirth).....	459
Fourest, Caroline: <i>Generation beleidigt: Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei</i> (Thorsten Paprotny).....	461
Gottwald, Franz-Theo / Mayer-Tasch, Peter C. / Sauer, Linda (Hg.): <i>Zeitenwende?</i> (Harald Bergbauer).....	462
Klein, Christa: <i>Elite und Krise</i> (Günter C. Behrmann).....	465
Koß, Michael: <i>Demokratie ohne Mehrheit?</i> (Isabelle-Christine Panreck).....	467
Löwenthal, Leo: <i>Falsche Propheten</i> (Thorsten Paprotny).....	469
Mayer-Tasch, Peter Cornelius: <i>Die Kraft der Zuversicht</i> (Gert Krell)	470
Neuberger, Julia: <i>Antisemitismus</i> (Thorsten Paprotny).....	472
Nitschke, Peter: <i>Antinomien der Globalisierung</i> (Harald Seubert)	473
Witte, Jörg: <i>Genese der Zahl und Zeitbegriffs aus der Erinnerung</i> und Hölscher, Lucian: <i>Zeitgärten</i> (Peter Steinbach)	476

Ahmet CAVULDAK (Hg.): Peter Graf Kielmansegg im Gespräch. Übungen im politischen Denken. Baden-Baden: Nomos 2020, 404 S., € 39,00

Peter Graf Kielmansegg ist vieles, allen voran ein Denklehrer der Demokratie und ein entschiedener Verteidiger ihrer repräsentativen Spielart. Seit den 1970er Jahren erkundet er die Themenfelder von Legitimität, Volkssouveränität und direkter Demokratie, denkt schreibend über aktuelle Herausforderungen des freiheitlichen Verfassungsstaates nach – etwa im Spannungsfeld von Gleichheit oder der Umweltproblematik – und er unterzieht die Fragen der Europäischen Union in Bezug auf Integration und Grenzen einer wohlwollend kritischen Analyse. Geehrt mit dem Schader-Preis und dem Sigmund-Freud-Preis sowie als ehemaliger Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gehört der promovierte Historiker und habilitierte Politikologe zu den bekanntesten Vertretern der dritten Generation westdeutscher Politikwissenschaftler. So nimmt es nicht wunder, dass sich im letzten Jahrzehnt ein Zweig der Forschung über den Zusammenhang von Leben und Werk den Weg in die immer intensiver erkundete Politikwissenschaftsgeschichte gebahnt hat. Zu erinnern ist hier etwa an Thomas Zittel/Andre Kaiser (Hg.), 2004: *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung. Fragestellung im Werk von Peter Graf Kielmansegg*; Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hg.), 2014: *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*; Ahmet Cavuldak (Hg.), 2019: *Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg*; Sandra Wirth, 2019: *Nachdenken über Demokratie. Das akademische Werk von Peter Graf Kielmansegg im Spiegel von Demokratie und Zeitgeschichte*.

Kielmanseggs Schüler Ahmet Cavuldak vereint im Band *Peter Graf Kielmansegg im Gespräch* gleich zwei Aspekte: Zum einen geben 17 ausgewählte Texte Kielmanseggs einen Einblick in die thematische und argumentative Vielfalt seines Werkes. Zum anderen liefert ein fast 150-seitiges Interview mit dem Herausgeber die Einordnung der Schriften in wissenschaftliche wie biographische Zusammenhänge durch den Befragten

selbst. Die Texte entstammen bis auf zwei eigens für den Band gefertigten Arbeiten (»Hannah Arendt lesen« und »Denkt die Welt europäisch?«) den Jahren 1979 bis 2019. Cavuldak teilt sie in drei Bereiche: »Ideengeschichtliche Profile«, »Porträtskizzen von Weggefährten« und »Öffentliche Stellungnahmen«. Erklärtes Ziel ist es, diejenigen Stellungnahmen vorzustellen, die »der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen und Problemen der Demokratie in der Bundesrepublik gewidmet [sind und] [...] als ›Anwendung‹ und ›Übersetzungen‹ seiner [Kielmanseggs] grundlegenden Überzeugungen betrachtet werden« können (S. 10). Dabei bleibt im Dunkeln, nach welchen Kriterien abseits persönlicher Vorliebe die Auswahl erfolgte. So entstammen fast alle Texte (bis auf »Abschied von Eugen Kogon« und »Dolf Sternbergers Lehre von der Politik«) den Jahren nach Kielmanseggs Emeritierung. Ein Potpourri verschiedener Jahrzehnte oder Veröffentlichungsmedien, der am meisten oder zu Unrecht am wenigsten rezipierten Texte hätte größere Neugier geweckt. Zu nennen sind hier beispielsweise Kielmanseggs Auseinandersetzung mit Egbert Jahn um den Begriff der strukturellen Gewalt Ende der 1970er Jahre, der maßgebliche Aufsatz »Integration und Demokratie« über die Europäische Union oder frühe Aufsätze im Merkur wie »Demokratie und Tugend« (1972) oder »Die Verspätung des freiheitlichen Verfassungsstaates« (1979).

Im Abschnitt zu ideengeschichtlichen Profilen bildet der neu geschriebene Text »Denkt die Welt europäisch?« einen ebenso herausfallenden Exkurs, wie der immerhin als Exkurs benannte Aufsatz zur »Sprachlosigkeit der Sozialwissenschaften« im Abschnitt über Weggefährten. Ein Gewinn für die gut lesbaren und anregenden Texte wäre es, hätte Cavuldak sich jeweils für eine einleitende Kommentierung entschieden. Schließlich ergänzt der Band jedoch Kielmanseggs eigene Reihe, der von Zeit zu Zeit neu zusammengestellt und zuweilen mit geänderten Titeln veröffentlichten Aufsätze, etwa »*Nachdenken über Demokratie*« (1980), »*Das Experiment der Freiheit*« (1988), »*Die Grammatik der Freiheit*« (2013) oder »*Wohin des Wegs Europa?*« (2015). Die Einleitung lässt an einigen Stellen die Vermutung zu, der »Autor« (S. 9.) und Redakteur der Textsammlung sei im Wesentlichen gar Kielmansegg selbst. Ungeachtet kleiner Widrigkeiten spiegeln

die klare Sprache, ideengeschichtliche Fundierung und argumentative Führung der Texte regelmäßig die titelgebenden Übungen im politischen Denken wider und sind so ein Gewinn für den Leser. Am Ziel, jenes »Bild vom Menschen und Gelehrten, das sich aus der Lektüre des Gesprächs ergibt zu erweitern und zu vertiefen« (S. 10), kann sich der Band beruhigt messen lassen.

Das Herzstück bildet das Transkript eines mehrtägigen Interviews aus dem Jahr 2018. Da außer einem Interview im Alpha-Forum des Bayerischen Rundfunks von 2007 und der biographischen Passage in der Dissertation der Autorin von 2019 nur wenig Verschriftlichtes zur Biographie Kielmanseggs vorliegt, liefert der Band durchaus neue Einblicke. Cavuldak spannt mit seiner Gesprächsführung den Bogen weit von der Kindheit, über berufliche Anfänge, bis hin zu einzelnen Schwerpunkten des Werkes, er gibt seinem Interviewpartner weiten Raum für die eigene Erzählung, für Nachdenken sowie selbstkritischen Fragen und er fördert so manch bisher Unbeschriebenes zutage – etwa die wohl einzige Teilnahme an skandierenden Sprechchören (S. 55). Er fasst kurzweilig wesentliche Stationen sowie auch inhaltliche Positionen zusammen und erreicht durch empathische wie zupackende Fragen einen tieferen Einblick in Kielmanseggs Menschen- und Gesellschaftsbild sowie seine Denkweise. So wird eindrucksvoll deutlich, welche Spuren etwa eigene Erfahrungen als Flüchtlingskind im Zweiten Weltkrieg oder die tradierten Standesregeln der aristokratischen Herkunft hinterlassen. Wie prägend familiäre Erfahrungen sind, zeigt sich beispielhaft an Passagen über die Beziehung zu Kielmanseggs Vater – etwa auch in Bezug auf berufliche Weichenstellungen. Begleiten kann der Leser Kielmansegg zudem bei der Reflektion über das notwendige Zusammenwirken von Politologie und Geschichtswissenschaft: Ist Erstgenannte rein gegenwartsfixiert, verarmt sie um den Einblick darin, »was der Mensch eigentlich ist in allen seinen Möglichkeiten« (S. 33), wozu wiederum die Beschäftigung mit der Geschichte den besten Zugang ermöglicht.

Insgesamt bietet der Band mit kleinen Abstrichen einen komprimierten Einstieg in das Werk und einen nicht minder lesenswerten Einblick in das Leben eines Denklehrers der Demokratie. Empfehlenswert ist es daher für sowohl für Neu-

linge der Kielmansegg-Lektüre als auch für Leser, die ihr Verständnis vertiefen und die eine oder andere neue Facette entdecken wollen.

Sandra Wirth

Caroline FOUREST: Generation Beleidigt: Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer. Eine Kritik. Aus dem Französischen von Alexander Carstiu, Mark Feldon und Christoph Hesse. Berlin: Edition Tiamat 2020, 144 S., € 18,00

Eine substantielle Analyse der Identitätspolitik bleibt ein eminent wichtiges Desiderat für die politikwissenschaftliche Forschung. Die französische Autorin und Filmemacherin Caroline Fourest, eine bekennende Feministin, leistet mit ihrem scharfsinnigen, zornigen wie pointierten Essay einen Beitrag dazu, indem sie offensiv aufklärerisches Denken einfordert. Zudem spricht die Feministin über ihr eigenes Coming-out (vgl. S. 83 ff.).

Früher sei die »Zensur«, so Fourest, seitens der politischen Rechten erfolgt, nunmehr entspringe diese den »moralistischen und identitären Linken« (S. 7). Die »üblen Winde der modernen Inquisition« verortet sie in den »sozialen Netzwerken« (S. 11). Weiße sollten sich auch heute »befugt fühlen dürfen, Bücher gegen Rassismus zu publizieren oder zu illustrieren, ohne dass man ihnen ihre Hautfarbe zum Vorwurf macht«: »Das Ziel des Antirassismus besteht letztlich nicht darin, ein Opferdasein zu fristen, sondern die Vorurteile aus der Welt zu schaffen.« (S. 18) So bestehe die »Kraft eines Kunstwerks« darin, »dass es einen dazu bringt, aus sich herauszugehen und sich in einen anderen hineinzusetzen«, davon wollten aber die »buchstabengetreuen Identitätsvögte« (S. 37) nichts wissen. Es sei eine »fatale Logik«, so schreibt die lesbische Autorin, wenn in Filmen etwa »Homosexuelle nur noch Homosexuelle« (S. 93) spielen dürften. Mancherorts sei in England und in den USA bei Othello-Aufführungen die »schwarze Schminke« verboten worden: »Es wurden sogar Stimmen laut, die forderten, die Rolle solle von einem schwarzen Tenor interpretiert werden ... wobei übrigens Othello ein maurischer, das heißt arabischer General ist.« (S. 41)

Die Autorin unterscheidet zwei Formen des Antirassismus, die eine fordere eine »Gleichbehandlung im Namen des Universalismus«, die andere »eine besondere Behandlung im Namen der Identität« (S. 49). Der universalistische Antirassismus kämpfe niemals für die »Vorzugsbehandlung einer bestimmten Gruppe«, sondern für das »Ende der Diskriminierungen« (S. 49). Der »identitäre Antirassismus« verteidige eine »fundamentalistische Auslegung von Identität«, auch »in Ländern, in denen sich die radikale Rechte aus Angst vor dieser Entwicklung erhebt«: »Der linken Jugend ist das egal. Wie ihre älteren Genossen möchte auch sie ihre Triebe ausleben, ohne an die Folgen zu denken. Diese Linke identifiziert sich eher mit dem Kampf gegen Rassentrennung als mit dem Widerstand gegen den Nazismus. Sie hat auch keinerlei Skrupel, sich mit fundamentalistischen und antisemitischen Gruppen zu verbünden, solange diese nur behaupten, gegen den Kapitalismus oder den Imperialismus zu kämpfen.« (S. 53) Caroline Fourest erkennt hier, dass auch in jenen Gruppierungen, die politisch der Linken zugerechnet werden, eine Theorievergessenheit oder -blindheit herrscht, etwa wenn von den Akteuren verkannt oder übersehen wird, dass ökonomische Bedingungen die Gesellschaft prägen. Wer an materieller Armut leidet oder die objektive Realität dieser kritisch reflektiert, entwickelt mitnichten bunte Identitätskonstruktionen. Bei der von Fourest begründet, aber hochemotional und pathetisch kritisierten Identitätspolitik handelt es sich um einen postmodernen Konstruktivismus, dessen Protagonisten sich grundsätzlich im Recht wähnen und machtvoll wie moralisierend auftreten.

Berechtigterweise benennt Fourest den »Separatismus« der neuen »Radikalen«, würdigt die »liberalen lesbischen Aktivistinnen« der Frauenbewegung, die sich auf den »Kampf für die Gleichheit« ausrichteten, nicht auf den »Kampf für die Vielfalt« (S. 60). Die »Politik der Anerkennung« führe oft zu einer »Verstärkung des Ressentiments« (S. 61). Im Zeitalter der Identitätspolitik werde der »Kampf für die Frauenrechte« vernachlässigt: »Die Frage lautet nicht mehr, ob ein Mann eine Frau vergewaltigt, sondern ob er einer bedrängten Minderheit angehört oder nicht.« (S. 62) Auch die »verwirrte Vorstellung« von Intellektuellen wie Michel Foucault spricht

die Autorin an. Dieser habe das Chomeini-Regime unterstützt, attestierte der iranischen Regierung eine »politische Spiritualität« und glorifizierte Fanatiker als »Stimme der Unterdrückten«: »Der Philosoph war sogar froh zu sehen, wie all die Frauen, die einst ebenso wenig ein Kopftuch trugen wie ihre Schwestern im Westen, plötzlich wieder den Schleier anlegen mussten.« (S. 63)

Als Signatur der Gegenwart bestimmt die Autorin die »existentielle Bedeutung des Sich-Beklagens«, das »Spektakel der Viktimisierung« richte sich nicht gegen Mächtige, sondern darauf, »andere Stimmen zum Schweigen zu bringen« (S. 101). Die »identitäre Restauration« von »radikalen Linken« komme letztlich den »radikalen Rechten« (S. 141) zugute. Caroline Fourest plädiert für eine »universalistische Auffassung«, um »die Gleichheit und nicht nur die Vielfalt zu verteidigen« und den »Kampf gegen soziale Ungleichheiten« (S. 142 f.) fortzuführen. Caroline Fourests Thesen und Überlegungen bieten Denkanstöße und reichlich Stoff für ernsthafte politische Diskussionen.

Thorsten Paprotny

Franz-Theo GOTTWALD / Peter C. MAYER-TASCH / Linda SAUER (Hg.), Zur Dialektik von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, Marburg: Metropolis 2020, 236 S., € 19,80

Dem Thema der Gerechtigkeit kann man sich von zwei unterschiedlichen Positionen aus nähern: geisteswissenschaftlich-theoretisch von philosophischen und empirisch-praktisch von der politikwissenschaftlichen Seite. Der vorliegende Band beinhaltet beide Zugänge: In den ersten vier Beiträgen wird die Philosophie bemüht, um Aspekte und Dimensionen der Gerechtigkeit auf den Begriff zu bringen, die folgenden neun Artikel nähern sich dem Thema der Gerechtigkeit auf mehr pragmatische Weise. Ein als abschließender Beitrag konzipiertes Nachwort, das den Blick auf die einzelnen Artikel zurückwirft und gleichzeitig über das Werk hinausweist, beschließt den Band mit dem Titel *Zeitenwende?*, der eigentlich *Zeitenwende!* überschrieben sein müsste: Es ist höchste Zeit für grundlegende Veränderungen und Korrekturen an unserem Lebensstil und an unserem Umgang mit sozialen und vor allem ökologischen Herausforderungen.

Jede und jeder Einzelne ist gefordert! Die soziale Dimension ist bei diesem sich auf die ökologische Gerechtigkeit konzentrierenden Werk deshalb in besonderer Weise berührt, da ökologische Fehlentwicklungen zumeist und zuvörderst die ärmeren Schichten der Bevölkerung treffen, wengleich Umweltprobleme »natürlich« auch alle anderen Bereiche der Gesellschaft (früher oder später) in Mitleidenschaft ziehen.

Der von Franz-Theo Gottwald, Peter Cornelius Mayer-Tasch und Linda Sauer herausgegebene Band geht auf ein Symposium zurück, das die Schweisfurth-Stiftung 2018 anlässlich des 80. Geburtstags von Mayer-Tasch durchgeführt hat. Der Jubilar bot bereits 1971, im Jahr seiner Habilitation, eine Lehrveranstaltung über Umweltrecht und Umweltpolitik an, vermutlich die erste Veranstaltung dieser Art an einer deutschen Universität, und gründete 1974 als Professor für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München eine Forschungsstelle für Politische Ökologie. Das Thema des Umweltschutzes bildet den Kardinalpunkt im Denken und Handeln von Mayer-Tasch, den Ausgangs- und Bezugspunkt für zahlreiche Veröffentlichungen und persönliche Beziehungen, und folglich auch den Mittelpunkt des vorliegenden Werkes. Freunde, Kollegen und Mitstreiter, denen die soziale und ökologische Gerechtigkeit ein zentrales Anliegen ist, beleuchten verschiedene Aspekte dieses komplexen und eminent wichtigen Themas.

Auf die Bedeutung der Gerechtigkeit weist zu Beginn Mayer-Tasch selbst hin, indem er sie neben der Liebe als das wohl bedeutsamste Thema des menschlichen Zusammenlebens bezeichnet. Es begleitet das philosophische Denken von der griechischen Antike bis ins 21. Jahrhundert und spielt verständlicherweise auch in demokratischen Wahlkämpfen eine herausragende Rolle. Damit der Grundsatz der Gerechtigkeit keine bloße Parole bleibt, ist stets aufs Neue der persönliche Einsatz nötig: Bewusstseinsbildung in der akademischen Lehre, Mitwirkung in Vereinigungen und politisch-ökologischen Initiativen. Verschiedene Lebensetappen von Mayer-Tasch führen vor Augen, wie ein solches ökologisches Engagement aussehen kann.

Auf verschiedene Konzeptionen der Gerechtigkeit im Laufe der europäischen Geistesgeschichte geht Manuel Knoll ein: Er spannt den

Bogen von der frühgriechischen Philosophie über die griechische Klassik und den Hellenismus bis in die Neuzeit und das 21. Jahrhundert. Während Aristoteles und die an ihn anknüpfende Tradition betonen, dass das Nachdenken über Gerechtigkeit selbst gerecht mache und gleichzeitig den Boden für gerechte Gesellschaftssysteme bereite, zirkuliert der moderne Gerechtigkeitsdiskurs um den Wohlfahrtsstaat: John Rawls z. B. liefert in seiner *Theorie der Gerechtigkeit* eine umfassende (positive) Begründung, Robert Nozick hingegen hält die Erhebung von Steuern und Umverteilungen für grundsätzlich ungerecht. Die Spannung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zeigt sich in der Tatsache, dass der Wohlfahrtsstaat die Einschränkung ökologischer Maßnahmen nahelegen kann, wie umgekehrt der Umweltschutz einer Volkswirtschaft und damit dem Sozialstaatsniveau manchen Kompromiss abverlangt. Die holistische Perspektive des Aristotelismus aufgreifend betont Harald Seibert im Hinblick auf die Dialektik von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, dass beide nicht nur in einer Spannung zueinander stehen, sondern umgekehrt einander regelrecht bedürfen: Dialektik bedeutet nicht nur Widerspruch, sondern stets auch dynamische Vermittlung. Soziale Gerechtigkeit verlangt im Sinne von Hans Jonas' Fernsten-Ethik der ökologischen Perspektive, einer Schonung und Achtsamkeit, um in die Zukunft hinein zu wirken, und gerade die auf Bewahrung und Konservatismus angelegte Ökologie öffnet dem Sozialstaat eine sichere Zukunftsperspektive. Am Beispiel von Platons kosmologischem Dialog *Timaios*, der dem politischen Hauptwerk der *Politeia* vorgeordnet ist, demonstriert Seibert, dass der Oikos in seiner Verbindung von Regularität und Irregularität, von Leben und Gesetz, überhaupt erst den Boden für die politische Ordnung schafft: Ohne ökologische Gerechtigkeit ist eine politisch-soziale Gerechtigkeit nicht zu haben. Die Reflexionen über das Phänomen der Gerechtigkeit setzt Ulrich Weiß fort, indem er auf die beiden Begriffe der Billigkeit und der Tyrannei der Werte eingeht. Die Gerechtigkeit ist nicht nur im Werk von Platon die wichtigste Kardinaltugend und Ordnungskraft, sie galt in der gesamten Antike als überragender Wert für das menschliche Zusammenleben. An dieser außerordentlichen Wertschätzung hat sich für viele Menschen bis heute nichts geändert. Niedergeschla-

gen hat sich diese außerordentliche Wertschätzung in Sätzen wie »Fiat iustitia, pereat mundus«. Damit aber das größte Recht nicht zum größten Unrecht mutiert, wurde eine Art zweiten Rechts hinter dem Recht erdacht, die sog. Billigkeit (*epieikeia, aequitas*). Die Überbetonung von theoretischer Gerechtigkeit und die Allgemeinheit der Gesetzesgerechtigkeit verlangen nach einer Korrekturinstanz. Aufschlussreich ist auch der Hinweis auf die (bereits 1967 von Carl Schmitt) so genannte »Tyrannei der Werte«, die sich heute als *political correctness* in allerlei Auf-, Ab- und Umwertungen niederschlägt und nicht selten wirklichkeitsfremde Forderungen und überzogene Anklagen zur Folge hat.

Den philosophischen Reflexionen über Gerechtigkeit folgen Beiträge mit stärkerem Praxisbezug. Franz Kohout stellt die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie und Sozialem von einem politikwissenschaftlichen Standpunkt aus. Die Antwort kann nur in einem Dreiklang aus Staat, Markt und Bürgerschaft bestehen: Der Staat setzt die Rahmenbedingungen, der Markt ermöglicht eine differenzierte Güterverteilung, und die Bürger sorgen für die nötige Dynamik, wie die Fridays-for-Future-Bewegung jüngst gezeigt hat. Trotz fortbestehender Spannungen zwischen Ökologie und Wachstum zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Demokratien das Potential haben, auf Umweltkrisen angemessen zu reagieren. Maria-E. Stalinski und Nicki Weber konzentrieren sich in ihrem Beitrag auf die soziale Bedingtheit der Ökologie, indem sie die Situation von Menschen untersuchen, welche die Ziele der Nachhaltigkeit nicht im gebotenen Ausmaß verfolgen können; der Schwerpunkt liegt auf einer kritischen Auseinandersetzung mit Themen des Feminismus, des Antirassismus und anderen marginalisierten Gruppierungen, und damit auf Gebieten, die von den eigentlichen Herausforderungen für die Ökologie ein Stück weit entfernt sind. Wieder zurück ins Zentrum der ökologischen Debatte führt der Artikel von Monika Csigó, in dem die Bedeutung von Institutionen unterstrichen wird. Die Leitfrage lautet: Wie bringe ich rational und egoistisch handelnde Individuen – mit Hilfe geeigneter Institutionen – dazu, ihre kurzfristigen individuellen Ziele zugunsten eines langfristigen gemeinschaftlichen Ziels einzuschränken? Ebenso eindeutig wie die Frage ist ihre Antwort: durch die Institution der

Bildung, die verändert und verbessert werden muss! Dabei beinhaltet echte Bildung die Kultivierung von Rücksichtnahme und Mitgefühl, die Stärkung für altruistisches und ethisches Handeln. Bildung ist die einzige Möglichkeit, die ökologische Krise offensiv anzugehen. Kurt-Peter Merk wirft einen Blick in die Verfassung, die in Art. 20a GG (seit 1994) den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen normiert, während (seit 1949) in Art. 20 Abs. 1 GG das Sozialstaatsprinzip verankert ist. Der Unterschied der beiden Normen ist gewaltig: Der Umweltschutz ist lediglich eine vage »Staatszielbestimmung«, der Sozialstaat hingegen ein grundlegendes Staatsprinzip. Merk wirft die Frage auf, ob das Umweltstaatsziel, das ja der Aufrechterhaltung der nachhaltigen Bewohnbarkeit des Staatsgebiets dient und damit in die Zukunft weist, nicht dem heute nur verteilenden Sozialstaat gleich- oder gar übergeordnet werden sollte? Die Thematik des Vorrangs der ökologischen vor der sozialen Gerechtigkeit führt Franz-Theo Gottwald gewissermaßen fort, indem er die These am Beispiel der Landwirtschaft verdeutlicht: Ohne ökologische Gerechtigkeit kann es keine soziale Gerechtigkeit geben! Das Sinken der Grundwasserspiegel, der Verlust fruchtbarer Böden, sinkende Ernteerträge, Biodiversitätsverluste bei Pflanzen und Tieren schaden nicht nur überwiegend der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, sie verschlechtern die Qualität der Nahrung und erhöhen die Lebensmittelpreise, auf deren niedriges Niveau gerade Geringverdiener angewiesen sind. Der Terminus der ökologischen Gerechtigkeit impliziert offensichtlich beides: Umwelt- und soziale Gerechtigkeit, und es ist gerade dieser Zusammenhang, der vielen Menschen selbst heute nicht hinreichend bewusst ist. Beachtenswert ist der kommunikationswissenschaftliche Beitrag von Winfried Schulz, der die Karriere des Themas Klimawandel überzeugend nachzeichnet. Medien sind die wichtigste Quelle der Bevölkerung für die Einschätzung der Situation von Umwelt und Klima. Damit diese Themen die Medien erobern, brauchen sie eine dramatische Auffälligkeit, und diese Medienaufmerksamkeit hat in jüngster Vergangenheit vor allem Greta Thunberg mit ihrer Fridays-for-Future-Bewegung entfacht. Sie verknüpfte das Klimaproblem mit der Frage der Generationengerechtigkeit und mobilisierte damit insbesondere die Altersgruppe der unter 30-Jäh-

rigen. Dass die Pandemie-Ereignisse mit ihrer Auffälligkeit, Dynamik und Intensität alle politischen, sozialen und ökologischen Themen zeitweise nahezu marginalisiert haben, ist offenkundig; fraglich ist, in welcher Gestalt und wann sie wieder ins öffentliche Bewusstsein zurückkehren. Markieren die Überschwemmungen in Deutschland im Juli 2021 einen derartigen Wendepunkt? Dem Thema der sozioökologischen Bewegungen widmen sich auch die beiden folgenden Artikel: Severin Böhmer arbeitet die aktuelle Politisierung der Jugend und der Natur heraus und betont das Erfordernis einer neuen Solidarität – in einem ersten Schritt gegenüber den Mitbürgern, und in einem zweiten gegenüber der Natur. Wie diese Solidarität im Einzelnen aussehen kann, schildern Linus Pohl und Joana Bayraktar am Beispiel der Kooperation zwischen den Grünen und Fridays for Future. Für beide ist kennzeichnend, dass sie als Protestbewegungen begonnen und sich zu politischen Bewegungen gewandelt haben, dass in beiden eine Wertever-schiebung zwischen Generationen zum Ausdruck kommt, dass sie basisdemokratisch und antihierarchisch organisiert sind, und dass ihre Anhänger oftmals einen akademischen Hintergrund haben. Stärker als diese Merkmale aber verbindet beide das Engagement für einen sozial verträglichen Klimaschutz, um die jahrhundertalte Trennung von Mensch und Natur zu überwinden. Manfred O. Hinz wechselt im folgenden Beitrag die Blickrichtung weg von Europa und hin nach Afrika, um die Bedingungen für Nachhaltigkeit auf diesem meist wenig beachteten Kontinent ins Bewusstsein zu heben. Ein Schwerpunkt ist hier der »Africa Human Development Plan 2016« des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der die Rolle der Frauen bei der sozialen und ökologischen Entwicklung in den Blick nimmt. Die Wahrnehmung ihrer Leistungen bei der Produktion landwirtschaftlicher Produkte und der Ernährung der Bevölkerung ist ihrer tatsächlichen Bedeutung in keiner Weise angemessen. Ihr gewaltiger Beitrag zu den ökologischen und sozialen Lebensbedingungen in Afrika wird deutlich unterschätzt – dessen Wahrnehmung (u. a. durch die Medien) bedarf einer entsprechenden Korrektur. Ein Nachwort zu den Beiträgen des Sammelbandes liefert Linda Sauer mit ihrer Spurensuche der sozioökonomischen Bedingungen unserer Zeit. Sie

betont, dass mit der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit vor allem das Thema der Verantwortung angesprochen ist: Wir müssen auf die aktuellen Lebensumstände und Herausforderungen aktiv antworten und uns zielorientiert für die Verbesserung der sozialen und ökologischen Bedingungen einsetzen. Die Haltung eines »spectateur engagé« (Raymond Aron) ist nicht genug, um die Welt als einen »lebensfähigen und bewohnbaren Ort« zu erhalten (S. 230).

Der aus einem Symposium hervorgegangene Sammelband ist im Grunde eine Festschrift für P. C. Mayer-Tasch zu dessen 80. Geburtstag. Sie ehrt den Jubilar für seine theoretische Weitsicht und seinen praktischen Einsatz vor allem auf dem Gebiet der Ökologie. Die Beiträge thematisieren unterschiedliche Aspekte der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, und bringen damit die in dieser Wortkombination steckenden Spannungen und Widersprüche, eben die Dialektik, treffend zum Ausdruck. Der Band ist »klein, aber fein«, enthält viele tiefe und relevante Einsichten, und sei zur Lektüre dringend empfohlen!

Harald Bergbauer

Christa KLEIN: *Elite und Krise Expansion und »Selbstbehauptung« der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg 1945–1967*, Stuttgart 2020. Verlag Franz Steiner 394 S. 64,00 €

1957 feierte die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg das 500. Jubiläum ihrer Gründung. Sie war damit die erste Hochschule, die aus einem solchen Anlass in der Bundesrepublik öffentlich hervortrat. Zur Eröffnung der Festwoche zogen die Freiburger Professoren mit zahlreichen Vertretern von Universitäten aus dem In- und Ausland in Talaren durch die noch nicht vollauf wieder aufgebaute Stadt. Die Medien, darunter auch schon das Fernsehen, machten das Jubiläum zu einem überlokal wahrgenommenen Ereignis. Der Südwestfunk produzierte für die ARD einen halbstündigen Film über die Universität und übertrug die Jubiläumsfeier.

Eröffnet wurde sie vom Rektor, dem Historiker Gerd Tellenbach, mit einer Rede zu »Tradition und Neugestaltung der Universität«. Der Bundespräsident Theodor Heuss schloss hieran mit »Die Bedeutung der Universität Freiburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts«, einem

ihm politisch wie historisch nahe liegenden Thema, an. Es folgten acht rein akademische Vorträge Freiburger Professoren, worin die Feier Züge eines Heidegger-Festivals annahm. Heidegger selbst sprach über den »Satz von der Identität«, der ihm nahe stehende katholische Theologe und Religionsphilosoph Bernhard Welte über »Theologie und Philosophie«, der protestantische Rechtsphilosoph und Jurist Erik Wolf, ein von Heideggers Denken stark beeinflusster Weggefährte des Philosophen, über »Das Recht des Nächsten«. Erst der letzte Festredner, der 1954 auf die neue Professur für »Wissenschaftliche Politik und Soziologie« berufene Arnold Bergstrasser, wandte sich unter dem Thema »Die Aufgabe der Universität in Gesellschaft und Staat« wieder unmittelbar der Institution zu, deren Jubiläum gefeiert wurde.

Noch im Jubiläumsjahr erschien in drei Bänden die Festschrift unter dem Rahmentitel »Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1457–1957«. Die Geschichte der Universität in den Jahrzehnten vor dem »Wiederaufbau« blieb darin ausgespart. Geändert hat sich das auch nicht, als die Universität schon das Jahr 1982 wieder zu einem Jubiläumsjahr machte. Systematisch thematisiert wurden das Verhalten und Handeln der Professoren vor, bei und nach der NS-Macht ergreifung wie an vielen anderen Universitäten erst seit den 90er-Jahren. Mittlerweile ist die Forschung hierzu beträchtlich fortgeschritten. Davon zeugt die im Rahmen des DFG-Projekts »Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler ca. 1945–1970« bei Sylvia Paletschek geschriebene Dissertation von Christa Klein. Fern von aller »Jubiläumrhetorik« konzentriert sie sich auf die Nachkriegsgeschichte der Philosophischen Fakultät, wobei auch die NS-Vergangenheiten vieler ihrer Professoren eingeschlossen werden.

»Universitätsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte«, so Christa Klein, »ermöglicht es, quantifizierende und qualitative, institutions- und personengeschichtliche Ansätze zu kombinieren. Strukturelle, generationelle und diskursive Entwicklungen können damit differenziert in ihren Wechselwirkungen analysiert werden. (S. 31)

Politikwissenschaftlich ist dies in doppelter Hinsicht von Interesse: generell, weil sich die

Universitäten, die sich ausnahmslos in den nationalsozialistischen Staat integriert und ihn bis zur Kriegsniederlage mitgetragen hatten, danach in einer institutionell, konzeptionell und personell beispiellosen politischen und historischen Lage befanden, im Hinblick auf die Institutionalisierung des Fachs, weil sie an keiner anderen westdeutschen Universität in solcher Breite vorgeschritten ist wie in Freiburg. Unter beiden Aspekten bietet *Elite und Krise* in den vier von einer Einleitung und einem Resümee gerahmten Hauptkapiteln viel, teils sogar weit mehr, als bislang bekannt war. Denn Christa Klein hat nicht nur rund 800 theoretisch relevante Publikationen, zeit- und universitätsgeschichtliche Studien sowie gedruckte Quellen mit großer Gründlichkeit und Genauigkeit ausgewertet, sondern auch an die 200 Akten des Universitätsarchivs studiert, zudem Presse- und Rundfunkarchive genutzt.

Strukturiert hat sie den untersuchten Zeitraum durch die Phasen: »Restaurative Rekonsolidierung« mit der »Idealistischen Umdeutung des NS 1945–52«; »Institutionelle Modernisierung unter traditionellen Vorzeichen 1953–59«; »Universitätsreformen und Liberalisierungsprozesse 1960–67«. Wodurch sie bestimmt wurden, wird mit Blick auf die im Fakultätsrat vertretenen Generationen – die bis in die 60er-Jahre hinein dominante »Krisengeneration« der Geburtsjahrgänge 1886–1910 und die nachfolgende »Dynamisierte Generation« der Jahrgänge 1911–1935 – analysiert. Beide Generationen werden nochmals schematisch in aufeinander folgende Einheiten von je zehn Jahrgängen untergliedert. Karl Mannheims so eingegrenzter Generationsbegriff ermöglicht eine statistisch fundierte Beschreibung von Wandlungen der Fakultät.

Sie führt zu »Erfahrungshorizonten und Prägnungen« der Professoren, also zum Hauptergebnis der Arbeit, für das im Titel die Begriffe »Elite« und »Krise« stehen. Es lässt sich in der These zusammenfassen, dass die Krisengeneration durch ein schon um 1900 entstandenes, im Ersten Weltkrieg und der Folgezeit verstärktes Bewusstsein einer Grundlagenkrise der Gesellschaft wie der Wissenschaft geprägt war, worauf sie unter Berufung auf eine Wilhelm Humboldt zugeschriebene Idee der Universität mit einem geistesaristokratischen Sendungsbewusstsein geantwortet hat.

Pointierte arbeitet Christa Klein die Kontinuität des »idealistischen Krisendiskurses«, die Dia-

lektik von »Krise« und »Idee« sowie die Variabilität ihrer inhaltlichen Konkretisierungen heraus. Hierfür ist die Jubiläumsfeier 1957 beispielhaft. Institutionell war der Wiederaufbau weit fortgeschritten. Die Universität konnte sich sehen lassen. Ihr Lehr- und Forschungsbetrieb verlief weithin routiniert in restaurierten Bahnen. Allerdings wuchsen die Studentenzahlen bedenklich. Zumal in Lehramtsfächern wurde der Höhepunkt der in den späten Krisenjahren der Weimarer Republik viel beklagten »Überfüllungskrise« – er hatte bei 40 Studierenden pro Professor gelegen – schon 1950 überschritten. Ab der Mitte der 50er-Jahre stieg die Zahl der »Studienfälle« dann bis 1960 steil an. (S. 113) Die mittlere (!) Betreuungsrelation lag nun bei 1:114, in Massenfächern wie Anglistik, Romanistik und Germanistik bereits Jahre zuvor weit darüber. (S. 41 und S. 115)

Die Folgeprobleme waren überwiegend hausgemacht. Eine große Mehrheit der Ordinarien sperrte sich gegen die Habilitation und Berufung von Frauen. Vielen erschien es schon als problematisch, dass um 50 % der Studierenden weiblich waren. Erst 1960 wurde eine Frau auf eine Professur berufen. 1967 kam eine zweite hinzu. Im gleichen Zeitraum wurden 15 neu bewilligte Professuren mit Männern besetzt. (S. 159) Auch bei der Einrichtung von Parallelprofessuren, die der 1957 gegründete Wissenschaftsrat empfahl, blieb die Fakultät zögerlich. (S. 83) Für die notwendige starke Erweiterung des Lehrangebots wurde eine neue Stellen- und Personengruppe geschaffen: der »Mittelbau«. In den 60er-Jahren wuchs er auf 85 % des Lehrpersonals an. (S. 162) Nur Vertreter der Habilitierten erhielten begrenzte Rechte zur Mitsprache. Dem nicht habilitierten Mittelbau – somit zwei von drei Lehrenden – waren sie ganz versagt.

Verbunden werden die personen-, institutionen- und ideengeschichtlichen Ansätze in der zweiten Hälfte der Arbeit, wo der Blick auf einzelne Professoren, die beiden Generationseinheiten und Wandlungen der Profession gerichtet wird. Vorangestellt ist Max Ernsts frühe Gemäldecollage »Au rendez-vous des amis«, in die

Christa Klein Porträtfotos von bekannten Professoren der beiden Professoren-Generationen eingefügt hat. (S. 165) Als Senior ist der aufgrund seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus und seiner nationalgeschichtlichen Forschungen in der frühen Nachkriegszeit hoch an-

gesehene Historiker Gerhard Ritter, ein vehementer Gegner der Parteiendemokratie und Politikwissenschaft, in der vorderen Mitte platziert. Rechts neben ihm sieht man seinen hochschul- und demokratiepolitischen Antipoden Bergstraesser, den »Institutionengründer und Paradiesvogel mit großer internationaler Erfahrung und Weltläufigkeit«. (S. 215) Ihm folgen mit offenen Armen die Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer und Wilhelm Hennis aus der dynamischen Generation. Links neben Ritter hockt separiert Heidegger in einem Gestell vor einem Spieltisch mit kleinen Figuren. Hinter Ritter steht der »Hochschulpolitiker und konservative Reform« Tellenbach, der mit Bergstraesser 1957 die Jubiläumsfestwoche organisiert hatte.

Schon damals »zeichnete sich in der Aufgabentrias Forschung, Lehre, Wissenschaftsorganisation sukzessive ein Hierarchieverhältnis ab, in dem die Wissenschaftsorganisation oben, die Lehre unten rangierte. Finanzakquise, Nachwuchsförderung, Verbindungen zur scientific community und zu anderen Öffentlichkeiten, internationale Sichtbarkeit und die Platzierung der eigenen Disziplin rückten zu wichtigen Aufgabenfeldern auf.« (S. 207) Kein anderer der Freiburger Professoren – auch kein anderer Politikwissenschaftler – hat sich diesen Aufgaben mit Blick auf die institutionelle Fundierung der freiheitlichen Demokratie, die Westintegration der Bundesrepublik und die staats- wie weltbürgerliche Bildung ihrer Bürger so umsichtig und auf solch nachhaltige Weise angenommen wie Bergstraesser in seinen letzten zehn Lebensjahren. (S. 215–220)

Bereits 1951, also bald nach der Waldleiningener Konferenz zur »Aufnahme der politischen Wissenschaften in die Studienpläne der Universitäten« hatte das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg die Errichtung einer Professur an der Universität Freiburg in den Haushaltsplan 1952/53 aufgenommen, die Staats- und Rechtswissenschaftliche und die Philosophische Fakultät dazu eine gemeinsame Kommission eingerichtet. (S. 266) Einigen konnte sie sich nicht. Denn der Agrarökonom Constantin von Dietze, wie Ritter einer der wenigen ehemaligen NS-Gegner unter den Professoren, setzte sich in seiner Fakultät mit Erfolg für Bergstraesser ein. Ritter erschien schon dessen Herkunft aus den Heidelberger Sozial- und Kulturwissenschaften bedenken-

lich, die vermeintliche Amerikanisierung des Remigranten geradezu verderblich. Er favorisierte seinen ehemaligen Schüler Michael Freund, womit der erste Platz auf dem Berufungsvorschlag doppelt besetzt wurde.

Berufen wurde Bergstraesser, der in den USA 1946 das Angebot der Britischen Besatzungsregierung, die Leitung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zu übernehmen, erhalten (S. 267), nach langem Zögern aber entschieden hatte, sich am German Department der University of Chicago wissenschaftlich neu zu orientieren. Erste eigene Versuche, zu Beginn der 50er-Jahre wieder in Deutschland Fuß zu fassen, misslangen. 1953 erhielt er dann aber in rascher Folge Rufe auf Professuren für Wissenschaftliche Politik in Freiburg, Soziologie in Frankfurt und Amerikanistik in Köln. Er ging unter der Bedingung nach Freiburg, dass die Denomination der Professur um »Soziologie« erweitert wurde.

Mittlerweile trennt uns von den Aufbaujahren der Bundesrepublik und der Politikwissenschaft mehr als ein halbes Jahrhundert. Damit tritt zunehmend Forschung an die Stelle der erlebten und erinnerten Geschichte. Dies kann zu beachtlichen Erkenntnisgewinnen führen. In tonangebenden Studien zur Disziplingeschichte der Politikwissenschaft wird derzeit jedoch nur wiederholt, was längst in Frage gestellt, teils sogar widerlegt ist. Christa Klein bewegt sich hingegen methodisch wie theoretisch mit großer Sicherheit auf dem Niveau der avancierten universitätsgeschichtlichen Forschung. Die Lektüre ihrer vorzüglich edierten, mit dem Dahrendorf-Preis ausgezeichneten Dissertation ist daher Lesern in der Politikwissenschaft besonders zu empfehlen.

Günter C. Behrmann

Michael KOß: Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen, München: dtv 2021, 270 S., € 20,00

Nur selten rückt der Bundesrat ins Scheinwerferlicht der politischen Öffentlichkeit, dabei ist ein Blick auf seine Zusammensetzung aufschlussreich: Die Hälfte aller Bundesländer vertritt dort eine Drei-Parteien-Koalition: Berlin, Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Drängte sich eine Koalition aus drei Parteien – wer es genau nimmt: bei Beteiligung der Union vier Parteien – auf nationaler Ebene erst so recht vor den Bundestagswahlen 2021 in den Vordergrund, war dieser durchaus lagerübergreifende Versuch der Mehrheitsbildung in den Ländern bereits Realität. Der Osten erscheint hierbei als Vorreiter des Westens, ist in den neuen Ländern doch lediglich in Mecklenburg-Vorpommern eine Zwei-Parteien-Koalition im Amt. Wer nun die nicht mehr wirklich steile These formuliert, Regierungsbündnisse aus zwei Parteien – Volkspartei plus Juniorpartner – gehörten vorerst der Vergangenheit an, bewegt sich auf festem Boden. Wer aber wie Michael Koß fragt, wie sich das Ringen um Mehrheiten in Anbetracht der Krise der Volksparteien auf den Parlamentarismus auswirkt, wagt sich auf weithin unerschlossenes Terrain.

Der Lüneburger Parteienforscher verbietet sich jede Nostalgie. Sein an ein breites Publikum gerichtetes Buch trauert kaum dem »glorreichen Zeitalter« der Volksparteien in den 1970ern hinterher, vielmehr unternimmt es einen erfrischenden Perspektivwechsel: Nicht das Taumeln der Volksparteien heute erscheint ihm als atypisch, sondern ihre stabilen Mehrheiten gestern. Die vormalige Dominanz von Union und SPD – so die Ausgangsthese – war eine Konsequenz der integrativen Kraft des Kalten Krieges. Dieser habe Leitplanken aufgestellt: durch die Abgrenzung zum Kommunismus einerseits, durch die Westbindung – und im Falle Österreichs, sein zweites Fallbeispiel – die prowestliche Neutralität andererseits. Mehrheiten versteht Koß dabei im doppelten Sinne: für die Demokratie und in der Demokratie. Sei erstgenannte trotz des erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich gegeben, erweise sich die Suche nach letztgenannter als komplex, was der Autor vorwiegend auf die sich seit den 1950ern auflösenden Milieus zurückführt – ein durch den Fall des Eisernen Vorhangs akzelerierter Prozess.

Stabile Parteiensysteme wie zur Zeit des Kalten Krieges entstünden, sofern gesellschaftliche Konfliktlinien parallel verlaufen. Der postmaterielle Konflikt indes kreuze den bereits in die Geburtsstunde der Bundesrepublik verankerten Verteilungskonflikt um Wohlstand orthogonal und bedinge damit die erhöhte Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems. Aber ist

die schwache Parteienbindung in der Wählerschaft nicht auch eine Konsequenz aus dem Mangel an strahlenden Persönlichkeiten? Ohne das Gewicht von Charisma zu bestreiten, antwortet Koß mit einem klaren Nein. Die »Lichtgestalten« der Politik, etwa Willy Brandt und Bruno Kreisky in Österreich, seien Kinder ihrer Zeit. Wiederum greift Koß auf den Kalten Krieg zurück – die Zeit nach 1989 stärke eher jene eigennützig »Renegaten«, die aufgrund der Leitplanken des Kalten Krieges zuvor kaum Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. Einer historisch fundierten Politikwissenschaft anhängend, erklärt der Autor seine Thesen mit Rückblicken ins 19. und 20. Jahrhundert, wiewohl die ersten Jahre der Bundesrepublik etwas knapp wegkommen – gerade der Weg der Sozialdemokratie zur Achtung der Leitplanken, die Partei mithin erst ab dem Godesberger Programm 1957 prägend.

Koß' nüchterner Blick auf die Volksparteien – er definiert sie kurzerhand als Kräfte, die gemeinsam mehr als 70 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen – geht nicht einher mit einer Absage an die Parteiendemokratie überhaupt. Im Gegenteil: Für den Autor sind Parteien die *conditio sine qua non* des parlamentarischen Prozesses. Elemente direkter Demokratie als Heilmittel bei unklaren Mehrheitsverhältnissen lehnt Koß ab. Zuvorderst in turbulenten Zeiten plädiert er für Debatten und Kompromissuche zum Schmieden stabiler Bündnisse. Zeuge nicht der andauernde innerparteiliche Zwist in CDU und SPD nach der Direktwahl ihrer Vorsitzenden von der Porosität der mit Brechstange herbeigeführten Mehrheiten? Auch trägt Koß' Argument gegen Referenden, wonach nur die wenigsten Themen isoliert von anderen Fragen beachtet werden könnten. Die These, Große Koalitionen seien nur »mittlerweile stigmatisiert« (S. 160), verkürzt indes die Zerwürfnisse um die erste Koalition aus CDU/CSU und SPD 1966 bis 1969, die mithin gerade in der Politikwissenschaft Argwohn hervorrief. Auch Koß' Bilanz, die Koalition habe ihre Zwecke erfüllt – den Beleg der Regierungsfähigkeit der SPD, die Verabschiedung der Notstandsgesetze und der großen Finanzreform – erscheint rosig, schließlich lösten Union und SPD das grundlegende Problem der Wahlrechtsreform entgegen ihres Versprechens eben nicht. Die Konsequenzen ragen bis in die Gegenwart.

Welche Reformen schlägt Koß vor, um Mehrheiten jenseits der Leitplanken des Kalten Krie-

ges zu stabilisieren? Ein vorsichtiges Plädoyer für Minderheitenregierungen begleitet das Ansinnen einer Ausweitung des Wahlrechts auf alle dauerhaft Ansässigen sowie erhöhte Information über das Verhalten der Parteien in den Parlamenten. Aus dem Gebot der Transparenz spart Koß dabei die Ausschüsse aus, diese zu Recht als Orte der konfliktiven Mehrheitsfindung wertschätzend. Zu kurz kommt die systematische Analyse der europäischen Nachbarn und der Landesebene, wo Mehrparteien-Regierungen teils bereits seit Jahren praktiziert werden: Inwiefern können diese Erfahrungen beispielgebend für die Bundesebene sein? Wo verstecken sich Fallstricke?

Pluralität und Vielfalt erfordern das Aushalten von Ambiguitäten und ein verstärktes Werben für Mehrheiten jenseits von Lagerdenken. Dies gilt bei der Suche nach Koalitionen im Parlament ebenso wie in der Sphäre der Zivilgesellschaft. Das Befähigen der Jugendlichen und Erwachsenen zu dieser Form der demokratischen Teilhabe ist ein Kernanliegen der politischen Bildung. Koß gelingt es, zentrale Thesen der Parteien- und Parlamentarismusforschung alltagssprachlich zu erklären. Gerade im Versuch, politikwissenschaftliche Erkenntnisse jenseits des Elfenbeinturms – oder wie es wohlwollender bei Koß heißt: »im Weinberg der Wissenschaft« (S. 233) – zu kommunizieren, hat die Monographie Vorbildfunktion.

Isabelle-Christine Panreck

Leo LÖWENTHAL: Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. Unter Mitarbeit von Norbert Guterman. Aus dem Englischen von Susanne Hoppmann-Löwenthal. Mit einem Nachwort von Carolin Emcke. Berlin: Suhrkamp 2021. 254 S., € 15,00

Über Populisten, Volkstribune und Agitatoren legte Leo Löwenthal, der als Soziologe der Kritischen Theorie zugehörte, 1949 Studien vor, in der zeitgenössische Akteure in der US-amerikanischen politischen Arena beschreibt, die in und nach dem Zweiten Weltkrieg auftraten. Die Originalausgabe lautet präziser »Prophets of Deceit«, also »Propheten des Betrugs«. Eingangs listet Löwenthal eine Reihe von Auszügen aus Reden und Botschaften einiger mit faschistischen Führern sympathisierender Gestalten auf. Schon

von hier aus werden die antisemitischen Tiraden, rhetorischen Eigenheiten und martialisch formulierten Ressentiments sowie die zynischen Momente sichtbar.

Was Löwenthal zusammengestellt hat, wirke, so schreibt er selbst, wie die »wilde Tirade eines Besessenen« (S. 18), in der »leidenschaftliche Schimpfkanonaden« mit »persönlichen Beleidigungen« vermischt sind: »Der Agitator geht seine Zuhörer nicht von außen her an; vielmehr gibt er sich wie jemand aus ihrer Mitte, der ihre innersten Gedanken formuliert.« (S. 19) Er attackiere »klar definierte soziale Gruppen« (S. 22), schürt Vorurteile und bleibt oft hinsichtlich der bestehenden Gesellschaftsordnung vage. Der Agitator denkt sich nicht »Kausalbeziehungen« aus, aber er bedient die bestehenden Ressentiments des Publikums, etwa »gegen Bürokraten schlechthin« (S. 27). Aus dem lautstark artikulierten »Scheinprotest« gegen Missstände in der Gesellschaft wird ein »Verführungsakt«, mit dem er den Zuhörern den »Ausweg aus einem Zustand ständiger Unterdrückung in Form irrationaler Ausbrüche« (S. 39) anbietet. Nicht die Analyse der modernen Gesellschaft erfolgt, sondern ein »ewiger Betrug« konstruiert und die Überzeugung befestigt, dass die Zuhörer »Objekt einer permanenten Verschwörung« (S. 45) seien. Zudem machen die »schlechten Manieren« den Agitator zum »Garant seiner Aufrichtigkeit« (S. 50 f.). Er bestärkt paranoide Vorstellungen: »Der Agitator nährt die Idee einer permanenten Verschwörung gegen die ewig Betrogenen; er treibt sein Spiel mit ihnen und verstärkt die Tendenz, das eigene Mißgeschick geheimen feindlichen Machenschaften zuzuschreiben.« (S. 52) Als Kritiker der Regierung tritt er auf der Vertreter einer Oppositionspartei, unterscheidet sich aber von »ernsthaften Reformen« durch die erbitterte »Heftigkeit seiner Angriffe«: »Der Agitator löst den Widerspruch zwischen seinen gleichzeitigen Attacken gegen Kommunismus und gegen Kapitalismus, indem er die Figur des Kommunisten-Bankiers konstruiert, des Juden, der sowohl Kommunismus als auch Kapitalismus für seine finsternen Ziele arbeiten läßt.« (S. 80 f.)

Der Flüchtling wird als »gefährlichste Abart des Fremden« vorgestellt und wird mit dem »Parasiten« gleichgesetzt – »ein Ausgestoßener, der kein besseres Los verdient hat« (S. 86 f.). Löwenthal schreibt über die Absicht des Agitators:

»Wenn er den Feind als einen Kriminellen, einen Entarteten, ein widerliches Tier, eine Mikrobe kennzeichnet, trifft der Agitator bei seinen Zuhörern tiefe Schichten von Haß und Sich-betrogen-Fühlen; ihre Rachsucht und ihr Haß auf diesen unsichtbaren Feind werden unerträglich.« (S. 90) Sein Parteiprogramm enthält eher eine Sammlung von Proklamationen. Er offeriert »verbale Gefühlsentladung« statt der Arbeit an den Ursachen des »gesellschaftlichen Unbehagens« – und versteht sich als »Schutzagentur zur Abwehr des Feindes« (S. 144). Ein Kennzeichen seiner Persönlichkeit ist der extreme »Mangel an Selbstkontrolle« (178), was auch das »Schwelgen in zwecklosen Wutausbrüchen über vage Beschwerden« zeige: »Bei allem, was er sagt und tut, bleibt das Verhalten des Agitators stets zweideutig. [...] In der irrationalen Sphäre des Agitators geht es um die Deutung von vagen Anspielungen, von un- oder halbexplizierten Inhalten. [...] Seine Anhänger sollen all ihr Vertrauen in seine Person setzen – ein neues, ich-fremdes und brutales Über-Ich.« (S. 228)

Leo Löwenthals hellsichtige wie präzise Analysen lassen sich in andere Kontexte überführen. Man kann erwägen, ob Analogien zu ähnlichen Phänomenen in »postfaktischen Zeiten« (S. 255) möglich und sinnvoll sind, wie Carolin Emcke, die Autorin des Nachwortes, dies tut. Zugleich gilt es aber, sich davor zu hüten, vermeintlich zeitlose Typologien zu entwerfen, weil die politik- wie sozialwissenschaftliche Analyse die gesellschaftlichen wie politisch-ökonomischen Entstehungsbedingungen berücksichtigen und auch nicht aufgrund von evident anmutenden Ähnlichkeiten von Agitatoren gestern und heute konstruktivistisch verfahren und allgemeine Typologien entwerfen sollte. Leo Löwenthal hat bestimmte Erscheinungsformen seiner Zeit wissenschaftlich souverän und anschaulich analysiert. Zur Lektüre empfohlen werden kann dieser klarsichtige Band in jedem Fall.

Thorsten Paprotny

Peter Cornelius MAYER-TASCH: Die Kraft der Zuversicht: Eine philosophische Betrachtung. Wiesbaden: Berlin University Press 2021, 142 S., € 18,00

Der Münchner Rechts-, Politik- und Kulturwissenschaftler Mayer-Tasch, Autor zahlreicher Bü-

cher auch über philosophische Grundfragen, hat einen gelehrten und anregenden »Versuch einer Apologie der Zuversichtlichkeit« vorgelegt, ihrer »Voraussetzungen, Implikationen und Konsequenzen sowohl für einzelne Menschen als auch für ganze Gruppen, einschließlich ihrer Wirkgesetzmäßigkeiten und den damit verbundenen Ambivalenzen«. (S. 108) Das ist durchaus mutig für einen Menschen, der schon seit 50 Jahren entschieden darauf hinweist, dass unsere Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu langsam erfolgen und zu gering ausfallen. In einem von der Corona-Krise ausgelösten Nachwort spricht er sogar von »Kollateralschäden der Globalisierung« und von »apokalyptischen Reitern der Weltwetterkrise« und fragt noch einmal, wie sich Zuversicht in einer solchen zivilisatorischen Krisensituation als »erfolgsversprechende Bewusstseinshaltung« bewähren könne. (S. 119)

Völlig neu sind solche Krisensituationen freilich nicht; historisch haben zuversichtliche Zeiten immer mit zivilisatorischen Einbrüchen gewechselt, gab es Phasen mit begründeten Hoffnungen auf gute Weltordnung und solche mit einer Häufung dramatischer überregionaler Gefahren. Die Spanische Grippe nach dem Ersten Weltkrieg oder noch viel früher die Pest waren um ein Vielfaches größere Katastrophen als die Corona-Pandemie. Auf weniger dramatischem, aber immer noch nachdrücklichem Niveau denke man auch an den Wechsel von der Aufbruchsstimmung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit ihrem globalen demokratischen Aufschwung hin zur Kumulation von sicherheitspolitischen, ökonomischen und ökologischen »shared fates« und der Zunahme von Autoritarismus und Totalitarismus seit der Jahrhundertwende. Auch gab es immer Missachtung von Warnungen und leichtsinnigen Übermut (Mayer-Tasch nennt Kassandra, aber auch die britische Appeasementpolitik gegenüber Hitler-Deutschland) oder aber die *Überschätzung* von Bedrohungen kombiniert mit fragwürdigen Überreaktionen aus einem verfehlten Überschuss an Zuversicht, gemeinhin als Hybris bezeichnet, wie etwa im Irakkrieg von 2003–2011. Die Frage, ob Zuversicht ein kollektiver Erfolgsfaktor oder ein emotionaler Luxus sei, entscheidet Mayer-Tasch gleichwohl zugunsten ihrer positiven Wirkungen, und zwar sowohl individuell als auch kollektiv, obwohl er die Risiken kennt und benennt.

Den größten Teil seiner Ausführungen widmet der Autor verschiedenen möglichen Quellen für Zuversicht, wobei er grob zwischen theologischen, naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen unterscheidet. In der Gewichtung erhalten dabei theologische oder religiöse Ressourcen, auch in geisteswissenschaftlicher oder psychologischer Verkleidung, den größten Raum. Dabei zeigt sich Mayer-Tasch »der Kirche« gegenüber sehr kritisch, weil sie schon früh mit der Verbindung zur Macht und jüngst noch einmal durch die vielen Missbrauchsfälle und ihren Umgang damit ihre Glaubwürdigkeit als Beratungs- und Ermutigungsinstanz verloren habe. In diese Lücke seien kommerziell agierende Experten gestoßen, darunter auch solche mit fragwürdigem (pseudo-)religiösem Beiwerk. Im Unterschied zur Kirche und den Scharlatanen aber bleiben die Schöpfung und Jesus Christus Vorbilder für praktisch werdende Zuversicht und zentrale Impulsgeber für den Menschen als *Homo Creator*. Im Nachgang, als Teil der Schöpfung und unter Berufung auf sie kann der Mensch selbst Schöpfer seines kleinen Universums werden. (S. 93)

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich Mayer-Tasch in einem eigenen Kapitel mit dem Thema »Am Anfang war das Wort«, wobei er sich auf das erste Kapitel im Johannes-Evangelium stützt. Hier diskutiert er die Verbindungen des Evangelisten zur stoischen, platonischen und hermetischen Tradition. Dabei geht er über ein Gott versuchendes Zutrauen auf dessen Beistand in konkreten Situationen hinaus, also etwa beim Ausbleiben von dringend benötigtem Regen. Für den Menschen, der im Kleinen die Welterschöpfung sowohl imitiere als auch fortsetze, gehe es darum, dass der mit Gottes Wort im Rahmen der Welt- oder Naturgesetzlichkeit ausgelöste Schöpfungsimpuls den Anfang eines Realisierungs- bzw. Materialisierungsprozesses markiere. (S. 98) Weniger religiös geprägte Menschen, die nicht an einen persönlichen Schöpfergott glauben, mögen diese Anregung als einen Hinweis auf den Urknall umdeuten, aus dem über Milliarden Jahre eine in ihrer Größe und Großartigkeit unfassbare Riesenwelt mit uns Menschen als winzigen, aber doch zugleich auf ihre Weise besonders faszinierenden lebendigen Wesen entstanden ist. In jedem Fall ein Anlass für staunende Bewunderung, Demut und Dankbarkeit; und für Trost auch dann, wenn es für Zuversicht nur noch wenig oder gar keinen Raum mehr gibt.

Auf der naturwissenschaftlichen Ebene bringt Mayer-Tasch die empirisch erwiesene heilsame Wirkung von Placebos ins Gespräch; sie zeigen, dass positive Erwartungen und Selbstbilder sehr wohl psychosomatische Prozesse beeinflussen können. Ob das auch für elektromagnetische Wellen gilt, die kollektive Wirkungen entfalten, wenn bei vielen Menschen an verschiedenen Stellen zeitgleich positive Gedanken kursieren, erscheint mir fraglich. Es könnte sich hier um einen Ausflug in die Esoterik handeln, aber der Autor besteht nicht auf der Triftigkeit solcher Spekulationen. Wichtiger erscheinen ihm vergleichsweise einfache, ja wie er selbst sagt fast triviale mentale Maßnahmen, die über Zuversicht die Erfolgsaussichten geplanter Vorhaben oder Projekte steigern: Klarheit in der Formulierung des Ziels, Konzentration auf das Ziel und unerschütterlicher Glaube an seine Erreichbarkeit. Mit der Zielsetzung verbundener Altruismus oder Gemeinwohlorientierung seien zusätzlich als Erfolgskriterien plausibel, aber nicht zweifelsfrei belegbar. (S. 72) Schließlich bringt er Vorprägungen ins Spiel, die hilfreich oder sogar notwendig für die Fähigkeit zur Nutzung der fördernden theologischen, psychologischen und naturwissenschaftlichen Hilfskräfte sind. Solche Vorprägungen könnten genetisch, sozialisatorisch, vielleicht aber auch »astrologisch und/oder karmisch« sein. (S. 94)

Ich habe ja schon angedeutet, dass man nicht alle Angebote des Autors übernehmen muss, wenn man an Zuversicht interessiert ist, sei es jetzt individuell oder kollektiv – am grundsätzlichen Bedarf scheint mir angesichts des angedeuteten aktuellen Weltzustandes kein Zweifel (mein Fachgebiet sind internationale Beziehungen) möglich. In einem Essay in der Zeitschrift *Soziopolis* hat Andreas Reckwitz vor kurzem im Entwurf einer Soziologie des Verlusts darauf hingewiesen, dass die Spätmoderne, in der wir etwa seit 1980 leben, die Dialektik von Fortschritt und Verlust mit Akzent auf dem Voranschreiten der Menschheit zu sistieren scheint. In der spätmodernen Kultur werde die Gegenwart weniger als Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer besseren Zukunft wahrgenommen. Die Kalkulation mit Verlusten, die es auch immer gegeben habe, sei keine Frage des Präsens mehr, sondern der Zeitform des Futur Zwei: *wir werden verloren haben*. Die geschichtsphilosophische Hoffnung

auf Fortschritt der *Weltzeit* der Weltgesellschaft trete zurück, um fortan in die *Lebenszeit* des Individuums investiert zu werden, in biografische Selbstentfaltung und Selbstoptimierung.

Und so wäre eine meiner Fragen an Peter Cornelius Mayer-Tasch, ob er nicht doch genauer zwischen individueller Zuversichtsberatung einerseits und einer Reflexion über die Weltlage unterscheiden müsste. Und auch bei der individuellen Zuversicht müsste Scheitern als Chance auftauchen. Er erwähnt das zwar, integriert es aber nicht wirklich. Es ist doch interessant, dass Novak Djokovic nach dem vergebenen Sieg bei den US Open, der ihn zum größten Tennisspieler aller Zeiten gemacht hätte, Freudentränen vergießen konnte; Freudentränen darüber, dass er endlich einmal die Zuneigung der Zuschauer auf seiner Seite hatte. Die Sportreporterin, deren Artikel ich das entnommen habe, zitiert am Schluss »einen großen weißen Mann« dazu: *There's a crack in everything / That's how a light gets in* (Leonard Cohen). Und die positive Bewertung der Zuversicht als Mittel für Erfolg wäre konsequenter mit seiner ethischen Qualität zu verbinden. Mayer-Tasch versucht das Problem mit dem Verweis darauf zu lösen, dass Massenmörder wie Hitler, Stalin oder Mao, die mit großer Zuversicht an ihr grausames Werk gegangen sind, letztlich gescheitert seien. Das ist kein ausreichendes Argument, denn mit dieser Zuversicht haben sie und ihre Anhänger viel zu viel Unheil angerichtet.

Vielleicht muss man überhaupt Erfolg neu definieren. In der langen und eindrucksvollen Liste von Autor(inn)en, auf die Mayer-Tasch zurückgreift, fehlt Albert Camus. Bei ihm gehören Erfolg und Scheitern unauflöslich zusammen. In der »Pest« macht der Arzt Rieux einfach seine Arbeit, obwohl ihm die Leute unter der Hand zum Teil grausam wegsterben und obwohl er am Ende weiß, dass die Pest jederzeit wiederkommen kann. Freilich erwähnt Mayer-Tasch den amerikanischen Schriftsteller Jonathan Franzen, der bekanntlich die These vertritt, dass der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten, allenfalls noch zu verlangsamten sei. Franzen hat sich damit scharfe Kritik eingehandelt, aber Mayer-Tasch hält diese Perspektive selbst für »alles andere als unwahrscheinlich« (S. 126). Selbst dann aber bleibe es unverzichtbar, weitere Schritte zu tun und Handlungsräume zu eröffnen. (Das sagt auch

Franzen.) »Seichten Optimismus« lehnt Mayer-Tasch ab; aber er fordert weiterhin »unbeugsame Zuversicht« und warnt vor »resignativem Defätismus«: Man müsse weiter an das Licht am Ende des Tunnels glauben! (S. 129) Als mögliche Alternative dazu bietet sich – mit oder ohne Camus und Franzen – eine Gelassenheit an, die auch ohne Licht am Ende des Tunnels für sich und andere sinnvoll menschendienlich tätig bleibt – nicht freudlos, aber ohne Illusionen. Dann gäbe es vielleicht sogar mehr Licht *im* Tunnel.

Gert Krell

Julia NEUBERGER: Antisemitismus. Wo er herkommt, was er ist – und was nicht. Aus dem Englischen von Anne Emmert. Berlin: Berenberg 2020, 240 S., € 16,00

In einem politisch hypernervös anmutenden Zeitalter sind Ressentiments machtvoll wie verstörend allgegenwärtig. Antisemitische Vorurteile und gewaltsame Angriffe gegen jüdisches Leben sind verstärkt zurückgekehrt. Die Judenfeindlichkeit ist in öffentlichen Diskursen ebenso zunehmend präsent wie im Alltagsleben. Lässt sich der neue Antisemitismus erfolgreich bekämpfen? Julia Neuberger verfolgt wachsam neue Erscheinungsformen in Politik und Gesellschaft, referiert ebenso kenntnisreich, präzise und engagiert die Geschichte des Antisemitismus. Die deutsch-britische Rabbinerin widmet sich mit besonderer Aufmerksamkeit auch antisemitischen Einstellungen, die bei einzelnen Repräsentanten der politischen Linken bestehen (vgl. S. 20). Der deutschen Ausgabe des Bandes stellt die Autorin Erinnerungen an ihre eigene Familiengeschichte voran, verknüpft mit Anmerkungen zu neuen Formen des Antisemitismus in Deutschland und Großbritannien (vgl. S. 13 f.). Neuberger betont, dass zwar in vielen Fällen »Kritik an der israelischen Regierung absolut gerechtfertigt« sei, aber dass auch zunehmend eine »unbegründete Kritik an Israel« (S. 14 f.) grassiere. Insbesondere bemerkt die Autorin, dass »antisemitische Verbalattacken« sich häufen würden und mancherorts wieder »Sprüche salonfähig« seien, die noch vor einiger Zeit als »unerhört antisemitisch geißelt worden wären« (20).

Julia Neuberger stellt die Geschichte des Antisemitismus dar, legt in einem knappen Abriss

über jüdenfeindliche Formen der Gewalt in der Religionsgeschichte vor und spricht von einer »antijüdischen Mixtur« (S. 27), die viele Jahrhunderte bestanden habe, bedingt durch die »starke Ausbreitung des Christentums in Nordeuropa« wie durch die »muslimischen Eroberungswellen« (S. 27). Deziert kritisch verweist Julia Neuberger auf Martin Luthers Judenfeindlichkeit, der sich als »glühender Antisemit« (S. 30) bekannt, sich so boshaft wie aggressiv geäußert habe (vgl. S. 52). So zutreffend diese Feststellung ist – und so berserkerhaft der Reformator seine Ansichten vorbrachte –, so hätten auch antisemitische Äußerungen von Aufklärungsphilosophen wie J. G. Herder und Immanuel Kant berücksichtigt werden können. Es gibt also nicht nur einen religiös imprägnierten – ob unter christlichen oder islamistischen Signaturen –, sondern auch einen philosophisch getönten Antisemitismus unter Gelehrten. Erwähnung findet bei Neuberger der Historiker Heinrich von Treitschke, dessen Tiraden, etwa dass Juden grundsätzlich schuldig seien, »gleichzeitig fremd, nutzlos und zu mächtig« (S. 46), verbunden mit stigmatisierenden Parolen, von der NS-Propaganda aufgenommen wurden.

Mit Blick auf die »White Supremacy« heute analysiert Neuberger die Ausbreitung militanter rechtsextremer Bewegungen in den USA, verbunden mit kritischen Anmerkungen zu sibyllinischen Äußerungen des damaligen US-Präsidenten Trump (vgl. S. 54 f.). Sie äußert sich differenziert über die israelische Regierung. Unterschieden werden müsse zwischen begründeter Kritik an politischen Entscheidungen und offenkundigem Antisemitismus: »Unzweifelhaft antisemitisch ist der Versuch, den Staat Israel in Bausch und Bogen schlechtzumachen.« (S. 98) In diesem Zusammenhang sagt Neuberger, dass die transnationale, israelkritische BDS-Bewegung »unter Umständen antisemitisch« (99) sei. Darüber hinaus sei es im Allgemeinen »schlicht lächerlich«, wenn versucht werde, »allen Juden die Politik des Staates Israel vorzuwerfen«: »Juden sprechen nicht mit einer Stimme, weder in Israel noch anderswo.« (S. 102)

Trotz weitreichender Informationen sei heute auch die »Holocaustleugnung« international wieder ein »wachsendes Phänomen«. Beängstigend sei, dass »Meinungen« sich in Diskussionen »auf einer Ebene mit historischen Belegen« befänden, auch dann, »wenn die Meinungen falsch, feige,

bösartig oder einfach nur absurd sind« (S. 124 ff.): »Wer den Holocaust leugnet, leugnet das Leid der Juden. Wenn man aber dieses Leid einfach leugnen kann, warum sollte die Bevölkerung den Juden noch zuhören, warum sollte sie Antisemitismusvorwürfe ernst nehmen?« (S. 133) Die »antisemitische Hetze von heute« gründe meist auf »altbekannten jüdenfeindlichen Erzählmustern« (S. 140), diese gebe es in konservativen Kreisen wie in der Antirassismusbewegung (vgl. S. 198). Verbreitet seien sie auch unter sozialistisch orientierten Politikern: »Im Diskurs der Labour Party schwingt ein antisemitischer Ton mit.« (S. 157) Zugleich lobt Julia Neuberger die Solidaritätsaktionen vieler Kirchen und Moscheen mit Juden, ebenso die »aufrichtige Freundschaft« (S. 186), die vielerorts bestehe: »So war es ein grandioser Anblick, als 2018 nach einem antisemitischen Übergriff in Berlin auf einer Demonstration muslimische Frauen über ihrem Kopftuch eine Kippa trugen.« (S. 186) Vor allem zeigt die Autorin, dass Antisemitismus heute mitnichten ein auf das Milieu der politischen Rechten begrenztes Phänomen ist. Julia Neuberger beschreibt ambivalente Erfahrungen: »Viele Hunderttausend Menschen empören sich über Antisemitismus von links und rechts. Und trotzdem bin ich verunsichert.« (204) Diese Verunsicherung ist nachvollziehbar. Die Autorin leistet mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Entstehung, Entwicklung und Gegenwart des Antisemitismus.

Thorsten Paprotny

Peter NITSCHKE, *Antinomien der Globalisierung. Über die Gleichzeitigkeit des Ungleichen, Berlin u.a.: Peter Lang 2021, 305 S., €*

Peter Nitschke gesteht zu Beginn seines Buches ein, dass er über keine geschlossene »Theorie« der Globalisierung verfüge. Dies könnte eher Vorzug als Mangel sein. Denn gerade diese Zurückhaltung hinsichtlich einer monolithischen Sozialtheorie und die Kraft der Einkreisung der komplexen Problematik machen den Reiz seines Buches aus, zumal der Autor eine souveräne Verbindung von politikwissenschaftlichen, juristischen, historischen und philosophischen Perspektiven ins Feld führt. Der Untertitel signalisiert in subtiler Abweichung vom Standardge-

danken des bekannten Topos, dass Ungleiches in einer temporalen Simultaneität auftritt, was die globale Welt zu einer permanenten »Concordia discors« macht.

Die erste Sinnachse gilt der »Ungleichzeitigkeit« in der Globalisierung. Nitschke datiert mit dem Eintreten des weltweiten »balancer from beyond«, eben der Vereinigten Staaten von Amerika in die Weltpolitik, während des späten 19. Jahrhunderts die Beginn der Globalisierung. Ein erster antinomischer Knotenpunkt (I) eröffnet sich hier: Nicht nur Europa wird nach Nitschkes Diagnose in der exponentiellen Dynamik der Globalisierung entmachtet, auch die USA werden es auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Der Nimbus der »einzigen verbliebenen Weltmacht und der ökonomischen Dominanz ist längst Geschichte geworden.

»Globalisierung« wird zum Codewort für einen tiefreichenden Wandel der tradierten Zivilisationen der Erde. Das Novum benennt Nitschke prägnant: »Noch nie gab es eine derart systemisch-paradoxe Konstellation in einem weltumspannenden Maßstab« (S. 31). Bezugsgröße, um die Globalisierung fassen zu können, sei nämlich nicht nur die Ökonomie, so sehr sie Beachtung verlangt. Es sind die Verwerfungen innerhalb von nationalen und supranationalen Einheiten, aber auch in der Interaktion zwischen ihnen. (S. 39 ff.). Wichtig ist dabei die Einsicht, dass Globalisierung keineswegs eine geeinte Menschheit am Horizont sichtbar werden lässt, sondern oftmals die Differenzen verstärkt.

Als weiteren konkreten Fokus der antinomischen Transformationen macht Nitschke das »Neuland in der Kommunikation« aus (II): Weltweite Vernetzung und Digitalkommunikation suggeriert zumindest auf der Oberflächenstruktur die Möglichkeit der Abschwächung von Differenzen und die Teilhabemöglichkeiten auch der ökonomisch benachteiligten Weltteile und Ethnie. Doch auch Blasen oder Atavismen können globale Aufmerksamkeit erfahren. Diese Beobachtungen verweisen nur solange auf Binsenweisheiten, als sie nicht in begriffliche Präzision und detaillierte Fallbeispiele übersetzt werden. Beides geschieht bei Nitschke in hoch interessanter Weise: in einer Beispielskala, die von der Arabellion bis zu der Skandalisierung der Politik ausgehend von den Twitter-Einträgen Trumps reicht. Ausgehend von unterschiedlichen Kontexten wird eine

»intellektuelle Herrschaft des Mobs« deutlich (S. 60). Nitschke spricht sich dagegen aus, das Internet unbesehen als »Aufklärungsplattform« zu kreditieren (S. 63). Nitschke appliziert Elias Canettis Kategorien in ‚Masse und Macht‘ und diagnostiziert die Generierung einer virtualisierten, darum aber umso wirksameren, globalen Meute.

Der Informationszuwachs verdoppelt sich alle zwei Jahre. Auch dies ist ohne Vergleichsperspektive in der Weltgeschichte. Sinnvoll wird vor diesem Horizont eine begriffsscharfe Unterscheidung zwischen »Information« und »Wissen«, einschließlich der Reflexion auf die neue magische Wirkung von »Fake news« und »alternative facts«, die Aufklärungsstandards gerade unterschreiten.

Globalisierung bringt, unstrittig, eine Verminderung von Armut und Verelendung und eine höhere Verteilungseffizienz mit sich. Zugleich ist, wie Nitschke in statistisch wohl informierten Überlegungen zeigt, die Behauptung einer Steigerung der Schere zwischen »arm« und »reich« keineswegs Relikt klassenkämpferischer Sozialtheorien. Sie hält vielmehr harten ökonomischen Überprüfungen stand. Damit ergibt sich eine weitere Antinomie (III). Ist doch die Relation zu bedenken, in der der reichste Mann der Welt, Jeff Bezos, zu jenen Massen steht, die mit 2 Dollar am Tag auskommen müssen. Zumindest ebenso schlagend ist freilich die Frage, wie sich solche Vermögen zu dem diffundierenden »Wohlfahrt der Nationen« verhalten, den Staatshaushalten und Bruttoinlandsprodukten.

Auch mentale Wahrnehmungen der Verteilungen und Umverteilungen spielen in diesem Horizont eine wiederum Wirklichkeit generierende Rolle: der deutsche Pessimismus und ein hoher indischer und chinesischer Aufstiegsoptimismus markieren Endpunkte der Wahrnehmungsdifferenzen.

Die globale Welt nötigt einerseits zum »Ideal der geeinten Menschheit«, andererseits vermehrt sie die Differenzen auf ökonomischen, mentalen und kulturellen Felder. Nationalökonomische Parameter lassen sich keinesfalls in einen Ethizismus des Erwünschten auflösen. Gegenüber gängiger und leichtfertiger Rede von einem »postnationalen Paradigma« hält Nitschke mit erfreulicher Deutlichkeit fest, dass der Nationalstaat auch in der Globalisierung noch immer ein maßgeblicher, Freiheitsrechte sichernder Akteur blei-

be. Er fügt aber hinzu, dass er »im klassischen Sinne« (107), schon aufgrund dieser ökonomischen Verwerfungen eben nicht mehr souverän sein können.

Ein viertes antinomisches Paradigma (IV) betrifft die erstmals von Huntington diagnostizierten »Clashes of civilizations«, Nitschke setzt mit pointierter Assoziation »Kulturkämpfe«. Sie treten regelmäßig dort auf, wo säkularistische Gesellschaften auf solche treffen, in denen eine »heiße Religion« die Agenda bis weit ins Politische hinein bestimmt. Einerseits spielen seit den späten siebziger Jahren veränderte Machtkonstellationen eine maßgebliche Rolle. Völlig zu Recht greift Nitschke dabei auf die iranische Revolution von 1979 zurück, deren weltverändernde Transformationsmacht erstmals und vor aller politischen Theorie Michel Foucault erkannt hatte. Andererseits diffundieren die Machtkämpfe auch innerhalb der Nationen und Kulturkreise, so dass kulturelle Richtordnungen im Sinn von Toynbee oder Voegelin zwar grundsätzlich hilfreich bleiben, aber eher relational als statisch zu verstehen sind. Gerade im Blick auf den Islam (IS. 39 ff.) findet Nitschke zu feingliedrigen Unterscheidungen, die auch die literarischen und philosophischen hochkulturellen Prägungen würdigen, den politischen Islamismus aber nicht verharmlosen.

Interkulturalität wird komplementär zu der Erfordernis eine kulturellen Selbstachtung thematisiert. Relationalität ist in der Analyse der globalen Welt unerlässlich. Sie ist aber keinesfalls mit einfachem Relativismus zu verwechseln. Kabul ist nicht Paris oder Berlin, was auch bedeutet, dass in der europäischen Welt die Gleichheitsgrundsätze der republikanisch demokratischen Verfassungsstaaten gelten und die Zuwanderungskulturen und -religionen diese Konditionen aufnehmen müssen. Als eine Antinomie in der Antinomie könnte hier das umstrittene Phänomen des Euroislam betrachtet werden.

Wenn Karl R. Popper seine Totalitarismusanalyse unter den Topos der »offenen Gesellschaft und ihrer Feinde« (S. 150 ff.) brachte, so formuliert Nitschke die Fortschreibung im 21. Jahrhundert unter den Problemittel der »Demokratie und ihrer Feinde« (V). Auch Demokratiebegriffe müssen aus der Alleinverbindlichkeit der okzidentalen Weltordnung heraustreten. Neben dem Islam gilt hier insbesondere der neuen Weltmacht China das besondere Augenmerk von Peter Ni-

ttschke. Das westlich okzidentale Muster einer wechselseitigen Bedingung von Markt und freier Gesellschaft führt sich am chinesischen Beispiel ad absurdum. Ist doch der autokratische Staatsapparat geradezu die Voraussetzung des neuen, schlagend erfolgreichen Kapitalismus. Nitschke ist Realist genug, um zu sehen, dass ein Menschenrechtsuniversalismus nicht *eo ipso* als Transformationsinstanz versanden werden darf. Die »normative Kraft des Faktischen« geht in eine andere Richtung. In einer luziden und kenntnisreichen Analyse der »Arabellion« von 2011 und ihrer im Westen unverstanden bleibenden Eigenesetzlichkeiten wird gezeigt, dass die »Verschmelzung von Universalismus und Individualismus« selbst »zutiefst ein Produkt der westlichen Aufklärung« (S. 163) sei: Es besteht wenig Grund zu erwarten, dass sie sich global wiederholt.

Wie auch der sublime Blick auf Indien und Mursis nationalistischen Neohinduisimus zeigt, gibt es vielmehr gegenläufige Tendenzen. Die Demokratisierungserwartungen stoßen allerdings auch noch auf eine andere harte Gegenfront. Nitschke zeigt eindrücklich, wie in weiten Teilen der Welt nicht die legitimierten und gewählten Verfassungsorgane, sondern Großkonzerne das Geschick lenken. Er gibt also zu bedenken, dass die NGO-Vorstellung, die Verwerfungen des Kapitalismus seien durch den dominanten Neoliberalismus bedingt, nicht zutreffen. Punktgenau bezieht Nitschke auch die »identitätspolitische Perspektive« in seine Überlegungen ein: Sie führt bekanntlich wiederum in die Realitätskonstruktionen verschiedener Blasen und die fehlenden »Ambiguitätstoleranzen«, die es immer schwieriger machen, dass ein Sensus communis sich überhaupt herausbildet.

Auch massenhafte Migrationsströme (VI) sind Begleiterscheinungen der Globalisierung. Denn im Rayon der globalen Welt werden nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – Pressionen erzeugt, Mauern errichtet und Territorien geschlossen. Nitschke analysiert realistisch klar, dass der Migrationsdruck auf die EU-Staaten voraussichtlich weiter zunehmen werde (S. 218). Dies kann noch dramatische Formen annehmen, wenn sie weiterhin keine langfristigen Planungen aufweisen können, um dieser Situation zu begegnen. Strategische Entwicklungshilfe in der globalen Welt sei erforderlich, und könne sich auf real-

idealistische Maximen stützen: keine Unterstützung diktatorischer Regime und von Korruption, das Ende von Waffenexporten und der allmähliche Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen.

»Entsicherungen« (VII), ja das Ende von Einhegungsbemühungen erkennt Nitschke als ein Zentralproblem der Globalisierung. Kriege haben bekanntlich ein neues Gesicht angenommen, sie sind entnationalisiert worden. Das Ende der Staatenkriege bringt aber eine Durchbrechung der Differenz von Front und Hinterland mit sich, was die Erosion des Nonkombattantenstatus zur Folge hat und völkerrechtliche Standards weiter unterminiert. Das Clausewitzsche Paradigma kommt damit an sein Ende. Denn wenn der Krieg nicht mehr die »ultima ratio regis« ist, der Primat der Politik vor dem Militär sich nicht halten lässt, so stellen sich Barbarisierungen und Terrorisierungen wie von selbst ein. Dass Terror eine der neuen Fratzen des Krieges ist, hat auch damit zu tun, dass die Verwerfungen sich zunehmend in das Innere der westlichen Gesellschaften verlagern. Ohne einfache Kausalitäten zu bemühen, behandelt Nitschke nebeneinander die Attentate am Breitscheidplatz durch Amri und den rechtsextremistischen Terrorismus Breiviks in Utøya im Sommer 2011, sowie den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke.

In einem hoch reflektierten Ausblick betont Nitschke, dass die Welt nach wie vor in einem definitiven Moment stehe und es alles andere als ausgemacht sei, ob sich der westliche nationalstaatlich kodierte Weg der Offenen Gesellschaft in der globalen Zukunft wirksam durchsetzen könne. Nationalstaatlichkeit lebte von dem Strukturmoment der Grenze. Globalisierung ist per se auf dem Weg zur Entgrenzung. Was die Zukunft des Westens betrifft, ist Nitschke eher skeptisch. Er konstatiert mit Toynbee die Gefahr eines »Rhythmus des Zerfalls« (295). Fukuyamas These vom »Ende der Geschichte« weist er keineswegs energisch zurück, sekundiert sie aber mit André Glucksmanns Aussage, dass die Vorstellung am Ende der Geschichte zu leben, selbst eine Krankheit sei. Konzeptioneller und strategischer Mangel wird offensichtlich: Vor allem »im Westen nichts Neues.«

Nitschke eröffnet keine wohlmeinenden, aber letztlich doch hilflosen Rezepte. Vielmehr stellt er fest, dass der Kern der Krise des liberalen und demokratischen Projektes primär darin be-

steht, eine solche Krise überhaupt zu leugnen. Die Grenzen überschreitenden Folgephänomene der Globalisierung werden, wie auch der Wahlsieg Donald Trumps zeige, mit Gefährdungen verbunden sein, die in eine Legitimationskrise des Globalisierungsprozesses führen. Doch kann er nicht einfach zurückgedreht werden. Was hieße, ihn zu gestalten?

Auf eine so klarsichtige Krisendiagnostik können auch Rezepte und Heilungsvorschläge aufgebaut werden. Unterschreiten sollten sie diesen Befund nicht. Antinomien bezeichnen Widersprüche, die nicht in einem »Sic et non« aufgelöst werden können, sondern wie Kant gezeigt hat, auf eine nächste Ebene nötigen. In diese Richtung muss auch die Globalisierungstheorie weitergeführt werden.

Der Faktenreichtum und die umfassende, niemals nivellierende, sondern verschiedene Krisen- und Problemherde gleichermaßen in den Blick nehmende Perspektive dieses Buches beeindruckt gleichermaßen. Dass Nitschke zwar keine umfassende Theorie generiert, wohl aber verschiedene Kategorien und Denkformen auf die phänomenologisch scharfsichtig erfasste Realität bezieht, erweist sich insgesamt als Proprium dieser brillanten Analyse. In der Bestimmung der Lage des 21. Jahrhunderts dieses Buch eine wichtige Rolle zu.

Harald Seubert

Jörg WITTE, *Genese der Zahl und Zeitbegriffs aus der Erinnerung: Von archaischen Kulturen bis zur Renaissance*. Göttingen: Wallstein 2020, 280 S., € 24,00; Lucian HÖLSCHER: *Zeitgärten: Zeitfiguren in der Geschichte der Neuzeit*. Göttingen: Wallstein 2020, 325 S., € 28,00

Was von der Sekunde ausgeschlagen worden sei, gäbe keine Ewigkeit zurück. So reflektierte Friedrich Schiller einmal die Unausweichlichkeit und Unwiederholbarkeit der Gegenwart im Zeitverlauf. Als Dichter, der sich zugleich als »moderner« Historiker verstand und nicht zuletzt als Dramatiker die Kunst der medial vermittelten, nachhaltig beeindruckenden dramatischen Geschichtsdeutung beherrschte, hatte er dabei allerdings nicht die historisch-politische Vergangenheit im Kopf. Vielmehr reflektierte er über eine verfllossene und verlorene Liebe. Sein

Zitat wurde später immer wieder dekontextualisiert und als geschichtspolitisches Zitat instrumentalisiert. Denn im Zuge der Beschleunigung von Entwicklungen gehörte zum historisch-politischen Zeitverständnis das Bedauern über verlorene Handlungsspielräume. Politisch gesehen, waren »Zeitfenster« politischer Gestaltung immer befristet, wurde Zeit zum knappen Gut. In der Finanzkrise wurde sogar der Eindruck geweckt, »Politik« sei in der Lage, Zeit zu kaufen. Wenn wir auch nicht genau wissen, was Zeit ist, so ist doch eines klar: Käuflich ist sie nicht. Zehn Jahre nach der Finanz- und Bankenkrise vermittelte die Pandemie eine neue Erfahrung. Zeit war dehnbare. Immer häufiger sprach man von »gefühlter Zeit«. Krise empfand man als Dehnung der Zeit, man wartete zugleich auf Umbrüche, Erfolge, Chancen und spürte doch, wie wenig »Entscheider« in den Krisen Herren der Lage waren.

Für den Physiker hingegen besitzt Zeit eine völlig andere Qualität. Seine »Zeit« bezeichnet eine unbeeinflussbare physikalische Größe, die abhängig bleibt vom Standpunkt des Betrachters eines Körpers, der sich im vierdimensionalen Raum bewegt. Unbeeinflussbar? Das versteht ein Historiker schwer. Er verformt dann Begriffe zu seinem Zweck, verbindet sie mit Charakteristika, bildet Epochen und »Zeitalter«. Er macht sich Zeit handsam, seiner Vorstellung entsprechend, und verbindet »Zeit« unversehens mit alltäglicher Vorstellungskraft. »Relativität«, das klingt für den Historiker hingegen einigermaßen plausibel, ist er doch immer für Vorstellungen aufgeschlossen, die den Wandel in der Zeit zu relationieren und relativieren versuchen. Auch gegenüber einer Unterscheidung von Ideal- und Realzeit, von absoluter und gefühlter Zeit, bleibt er offen. Verlangsamung und »Beschleunigung der Geschichte«, »Ungleichzeitigkeit« und »Gleichzeitigkeit« der Veränderungen, Strukturen und Ereignisse sind für ihn gängige Topoi, ebenso die Verbindung zwischen Erfahrungsraum und Erwartungsraum – über wenig lässt sich besser spekulieren als über Zeitvorstellungen und Zeitwahrnehmungen. Zeitbilder sind für den Historiker selbstverständlich. Darin aber liegt die Gefahr, denn irgendwann verlieren Sprachbilder den Kontakt zur Realität, suggerieren Evidenz, mehr nicht.

Deshalb ist es gut, von einem Mathematiker wie Witte zu lernen, dass auch Zahlen, Prioritä-

ten, Quantifizierung ihre Geschichte haben und die Wahrnehmungen von Geschichte, ihrem Verlauf, und ihrer Entwicklung beeinflussen. Witte beleuchtet in seinem geistvollen und didaktisch hervorragend reflektierten Buch die Entwicklungsgeschichte »moderner mathematischer Begriffe« und geht dabei nicht nur von der Frage aus, »wie Tage nacheinander in einer linearen zeitlichen Reihenfolge« angeordnet werden (S. 7), sondern wie die Überzeugung entstehen kann, dass das Buch der Natur, also dem Wandel im Zeitverlauf, in der Sprache der Mathematik geschrieben werden konnte. (S. 11) Irgendwann dämmert es dem Historiker, dass sich im 18. und 19. Jahrhundert die Mathematik als neue Leitdisziplin herausbildete und – etwa im Zusammenhang mit Landvermessung und Kartierung – auch einen großen Nutzen für die Staatsverwaltung bedeutete. Nicht ohne Grund zierte das Porträt des Mathematiker Gauß Jahrzehnte den 10-DM-Schein der Bundesrepublik. Derartige Mathematisierung der Geschichte ist keine Degradierung der Historie, die im 19. Jahrhundert ebenfalls zur Leitdisziplin wurde und Natur, Kultur, Recht und Sprache in historische Perspektiven rückte, auch die Mathematik, die mit Gauß zeigte, dass sie Ordnung in Raum und Zeit zu bringen wusste.

Im Zentrum von Wittes Fragestellung steht die historisch-genetische Betrachtung der Mathematik, die seit dem 17. Jahrhundert einen unglaublichen Aufschwung nahm und sich mit den Ingenieur- und Naturwissenschaften verband. Grundlegend bleibt dabei neben dem physikalisch-naturkundlichen und räumlichen Vorstellungsvermögen immer das persönliche Erinnerungsvermögen, das Erfahrungen kumulierte und Orientierung brauchte und deshalb so wenig wie das Zeitverständnis ohne den Begriff der Zahl auskam. In sechs Hauptabschnitten belegt Witte, wie der Ursprung des Zählens und Rechnens Gedächtnisoperationen beeinflusst, wie Zahl und Zeit tief in der neuzeitlichen Erinnerungskultur angelegt wurden und blieben, wie die Zahl über Vorgänge wie »Erinnern« und »Merken« die Formen des Erinnerns und überhaupt der Wahrnehmung bestimmen konnte. Aus hochgradig abstrakten, gleichsam körperlosen Kopfgebilden wie Zahlen generieren sich semantisch greifbare Erinnerungen, setzt eine durch Zahlen bestimmte Begriffsbildung überhaupt die Entstehung ei-

nes Erinnerungsvermögens voraus, das schließlich eigene Entwicklungslogiken formt und sozialen Wandel im zeitlichen Verlauf überschaubar macht. Witte beleuchtet die kulturelle Ignoranz, die Mathematik nicht nur gern als lebensfern charakterisiert, sondern nicht selten dazu führt, dass selbst kluge Zeitgenossen ohne Zögern ihre fehlenden mathematischen Kompetenzen konzedieren.

Indem Witte die historische Entwicklung mathematischer Kenntnisse skizziert, werden zugleich die Grundvoraussetzungen eines »semantischen« Erinnerungsvermögens bewusst gemacht, das sein »begriffliches Wissen« bestimmt und schließlich ein auf Erinnerungen fußendes Urteilsvermögen überhaupt begründet.

Die Denkformen, die Zeit verständlich machen, sind allerdings nicht abstrakt, sondern figurativ und zugleich durch die Dimension der Multiperspektivität (S. 11) geprägt. Hölscher, beeinflusst durch Reinhart Koselleck, hat wie kein zweiter Historiker seiner Generation über die Figuration von »Geschichte, Gegenwart und Zukunft« nachgedacht und Zeitmodelle und Zeitordnungen extrahiert, die er als »Zeitgärten« (S. 17) beschreibt. In diesen will er die »temporären Formen und Figuren« begreifbar machen, in denen sich Geschichten dem Betrachter darbieten. Mit der Darstellung der Entdeckung der Zukunft vermied er 1999 noch das inzwischen gängig gewordene Modewort von den »Zukünften«, also die Vorstellung, dass sich Zukunft pluralisieren lässt; er beleuchtet hingegen die politische Funktion von Zukunftsvorstellungen, indem er deren Geschichte erhellt. Im Einleitungskapitel seines 2016 neu aufgelegte Vorgängerband über die »Entdeckung der Zukunft« skizziert er in der als Folgeband zu lesenden neuen Studie nunmehr »Zeitbegriffe«, die ähnlich wie der Zukunftsbegriff vieldimensional angelegt sind und zugleich die Vorstellungen geschichteter Vergangenheit und ihrer Multiperspektivität beleben, indem sie die Alliterationen an Gartenbaukunst und die Malerei nahelegen und »vom Prospekt zur Perspektive« schreiten (S. 38 ff.). Die Andeutung konträrer Zeitbegriffe greift auf Leibniz und Newtons Vorstellungen, aber auch auf Kant und Herder zurück, um so die Entwicklung der Grundstrukturen historischer Erzählungen zu verdeutlichen, ehe sich Hölscher im Mittelteil »Geschichtswerke« einzelnen historischen Wer-

ken zuwendet und nach »Zeitfiguren« fragt, die sich in prägenden Werken – von Schlözers »Welt-Geschichte für Kinder« über Schillers Geschichte des »Abfalls der Niederlande« und Droysens Hellenismus-Studie bis zu den Darstellungen von Rürup, Kocka, Herbert u.a. finden lassen.

Hölscher erweist sich hier als belesener Kritiker, zugleich aber als sehr sensibler, genauer Leser, der in seinen rezensionsartig verfassten Präsentationen versteht, von den referierten und kommentierten Texten auf die Anliegen und Vorverständnisse der Autoren und zugleich auf seine eigene Fragestellung zurückzukommen. Eine beeindruckend hermeneutische Kompetenz ermöglicht ihm, sich nicht in den behandelten Texten zu verlieren, sie überdies aber auch nicht als Steinbruch für die Beantwortung seiner eigenen Fragestellungen zu benutzen, sondern das von ihm historiographische Material argumentativ und diskursiv aufzubereiten. Seine Analysen erschöpfen sich nicht in der werkimmanenten Aufzählung, sondern bereiten den abschließenden dritten Teil vor, der exemplarische »Zeitfiguren« mit einem systematischen Anspruch entfaltet. Das Verhältnis von Raum und Zeit geht nicht im Begriff des Wandels auf, sondern lebt von der Vorstellung einer auf Dauer als »Wesen der Zeit« bestandenen und zugleich daran ausgerichteten Zeitvorstellung, mithin von der Vorstellung einer »Gerichtetheit der Zeit« (S. 211). Die Bestimmung dieser Richtung prägt die Zeitbilder und mündet in Vorstellungen eines »Zeitgeists«, der aus der »Ineinanderblendung diachroner und synchroner Argumentationslinien« (S. 222) lebt, aber auch offen bleibt für die Wahrnehmung den Zeitfluss ordnender »Epochen« (S. 226). Er verbindet sich als Fortschritt oder gar als Ausdruck eines sich mit der Vorstellung von »Entwicklung« kombinierten »Lebenszyklus« (S. 234). Bestimmend werden dann Vorstellungen von Zeitschichten, die der Geologie entlehnt werden, aber auch von einer sich vervielfältigenden »Zeitebene«, ehe Begriffe wie »Bruch«, »großer Augenblick« (257) oder gar »Apokalypse« die Deutung der Geschichte zu dramatisieren gestatten.

Im Ergebnis gelangt Hölscher zu der Feststellung, Geschichtsschreibung vollziehe nur nach, »was in der Gesellschaft ebenso geschieht.« Das galt auch für Zukunftsvorstellungen, denn kaum wurde die Zukunft »entdeckt«, »hat sie auch eine Geschichte« und wird folglich zum lohnenden

Objekt der Geschichtsschreibung. Das trifft auch für die Vorstellungen zu, die man sich von Geschichte machte. Zukunftsvorstellungen dienen der Orientierung auf Erwartungsräume, sie verschieben gleichsam die Horizonte des Künftigen. In der Gegenwartsgeschichte aber kondensiert sich die unmittelbar wirksame Vorstellung von politischer Orientierung, werden Historiker zu geschichtspolitischen Akteuren, indem sie die Gegenwart auf einen Begriff genetisch, zielorientiert oder fortschrittlich deuten, ihr also gleichsam eine Kongruenz und Konsequenz andichten. So spielen sich Historiker als »Sinngerber« des vielleicht »Sinnlosen« (Theodor Lessing) auf und werden zu Akteuren kollektiver Deutungen.

Die Konsequenz der wahrnehmungskritischen Überlegungen von Hölscher könnte die Forderung begründen, wissenschaftstheoretisch aufgeschlossen die epistemologischen Kompetenzen des Historikers durch Integration in seiner Ausbildung zu sensibilisieren. In der Tat müsste der Historiker dann auch verstehen, sich und seinem raum-, zeit-, erfahrungs- und erwartungsabhängigen Urteil zu misstrauen – zu misstrauen im Sinne Poppers und Albers. Dies würde ihm erleichtern, seine indikativisch formulierten Annahmen selbstkritisch in Frage zu stellen, nach Gegengründen seiner eigenen Urteilsbildung und geschichtsphilosophischen Axiomatik zu suchen, also Erkenntniskritik betreiben und in die geschichtswissenschaftliche Ausbildung, in die Lehre und Forschung zu integrieren. Die ent-

scheidenden wissenschaftskritischen Fragen wurden in der Erkenntnistheorie und -kritik ebenso wie in der philosophischen Argumentationsanalyse gestellt; die theoretische Abstinenz der Geschichtswissenschaft ließ allerdings diese Zugänge in den Hintergrund treten.

Hölscher hat die geschichtswissenschaftliche relevante Philosophie des Wandels, der Weltansicht und des Weltverständnisses vor Jahren bereits ungemein bereichert, als er nach der Leere und dem Jenseits, nach den Begrenzungen einer konstatierten politischen Korrektheit fragte. Deutungen der Geschichte entstehen nicht einfach, sie werden entwickelt, propagiert, auch erkämpft und durchgefochten, sie verlangen nach Akteuren und werten letztlich doch, und vielleicht leichtfertig, den Historiker zu oft als Sinngerber und Sinnstifter auf. Im Faust Goethes findet sich früh eine Handlungsanleitung kritischer historischer Zeitgeistforschung, die Hölscher noch einmal auf seine zeitgemäße Weise erschließt. Im Faust I lesen wir: »...die Zeiten der Vergangenheit sind uns ein Buch mit sieben Siegeln; Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.« (Faust I, 575–579) Geschichtswissenschaft als Aufklärung ist hier zu greifen, denn sie hat nicht zuletzt gängige Geschichtsbilder zu problematisieren. Mit Hölscher fällt das leichter.

Peter Steinbach